

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst  
3003 Bern  
Tel. 031 322 97 44  
Fax 031 322 82 97  
doc@pd.admin.ch

---

90.022 Vorkommnisse im EMD.  
Parlamentarische Untersuchungskommissionen

---



90.022

**Vorkommnisse im EMD.  
Parlamentarische Untersuchungs-  
kommissionen  
Evénements survenus au DMF.  
Commissions d'enquête parlementaires**

Beschlussentwurf der Büros vom 7. März 1990 (siehe unten)  
Projet d'arrêté des Bureaux du 7 mars 1990 (voir ci-après)

*Antrag des Büros*  
Eintreten

*Antrag Hunziker*  
Von der Einsetzung einer EMD-Puk ist abzusehen. Die Geschäftsprüfungskommission soll die ihr notwendig erscheinenden Abklärungen vornehmen und dem Rat Bericht erstatten.

*Proposition du Bureau*  
Entrer en matière

*Proposition Hunziker*  
Il est renoncé à l'institution d'une commission d'enquête parlementaire. La Commission de gestion est chargée de procéder aux éclaircissements qu'elle estime nécessaires et de faire rapport au conseil.

**Bundesbeschluss über die Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen zur besonderen Klärung von Vorkommnissen von grosser Tragweite im Eidgenössischen Militärdepartement**

*Antrag der Büros*

*Ingress*  
Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 55 des Geschäftsverkehrsgesetzes, nach Anhören des Bundesrates, beschliesst:

*Art. 1*  
Der Nationalrat und der Ständerat setzen je eine Untersuchungskommission im Sinne der Artikel 55–65 des Geschäftsverkehrsgesetzes ein.

*Art. 2*  
*Abs. 1*  
Gegenstand der parlamentarischen Untersuchung bildet die Tätigkeit jener Gruppen, Untergruppen und Aemter des Eidgenössischen Militärdepartementes, die sich mit dem Nachrichtendienst, mit der Abwehr, mit der Vorbereitung von Notstandsmassnahmen und mit der Führung von Personaldaten befassen oder befasst haben.

*Abs. 2*  
Im Rahmen dieses Auftrages umfasst die Untersuchung auch die Tätigkeit von Aemtern und anderen Stellen innerhalb und ausserhalb des Eidgenössischen Militärdepartementes.

*Abs. 3*  
Die Untersuchung ergänzt und vertieft frühere Abklärungen der Geschäftsprüfungskommissionen.

*Art. 3*  
Die Kommissionen erstatten den beiden Räten Bericht über ihre Untersuchungen sowie über allfällig festgestellte Verantwortlichkeiten und institutionelle Mängel. Sie unterbreiten Vorschläge für Massnahmen organisatorischer und rechtlicher Art.

*Art. 4*  
Die Kommissionen erstatten den beiden Räten spätestens für die Herbstsession 1990 Bericht.

*Art. 5*  
Die Mitglieder der Untersuchungskommissionen können sich nicht vertreten lassen.

*Art. 6*  
*Abs. 1*  
Dieser Beschluss ist nicht allgemeinverbindlich; er untersteht nicht dem Referendum.

*Abs. 2*  
Er tritt sofort in Kraft.

*Antrag Onken*

*Art. 2 Abs. 1*  
Gegenstand der parlamentarischen Untersuchung bildet die Amtsführung im Eidgenössischen Militärdepartement, insbesondere die Tätigkeit jener Gruppen, Untergruppen und Aemter des Eidgenössischen Militärdepartementes, die sich ....

*Antrag Zimmerli*  
*Art. 2 Abs. 4 (neu)*  
Von der Untersuchung ausgeschlossen ist das Verhalten von Personen, soweit es von schweizerischen Gerichten rechtskräftig beurteilt worden ist.

**Arrêté fédéral concernant l'institution de commissions parlementaires d'enquête chargées de clarifier les faits d'une grande portée survenus au Département militaire fédéral**

*Proposition des Bureaux*

*Préambule*  
L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, se fondant sur l'article 55 de la loi sur les rapports entre les conseils; après consultation du Conseil fédéral, arrête:

*Art. 1*  
Le Conseil national et le Conseil des Etats instituent chacun une commission d'enquête au sens des articles 55 à 65 de la loi sur les rapports entre les conseils.

*Art. 2*  
*Al. 1*  
L'enquête parlementaire portera sur les activités des groupements, groupes et offices du Département militaire fédéral qui sont chargés ou ont été chargés des renseignements et de la sécurité, ainsi que de la préparation des mesures applicables

en état de nécessité et de la gestion de fichiers de données personnelles.

*Al. 2*

Dans le cadre de ce mandat, l'enquête portera également sur les activités d'offices et d'autres services, qu'ils soient subordonnés au Département militaire fédéral ou non.

*Al. 3*

L'enquête complétera et approfondira les investigations auxquelles les commissions de gestion ont procédé auparavant.

*Art. 3*

Les commissions feront rapport aux deux conseils sur leurs enquêtes ainsi que sur toutes responsabilités éventuelles et défauts de nature institutionnelle. Elles feront des propositions touchant l'organisation et la législation.

*Art. 4*

Les commissions feront rapport aux deux conseils d'ici la session d'automne 1990 au plus tard.

*Art. 5*

Les membres des commissions d'enquête ne peuvent se faire remplacer.

*Art. 6*

*Al. 1*

Le présent arrêté, qui n'est pas de portée générale, n'est pas sujet au référendum.

*Al. 2*

Il entre en vigueur immédiatement.

*Proposition Onken*

*Art. 2 al. 1*

L'enquête parlementaire portera sur la gestion du Département militaire fédéral et notamment sur les activités des groupements ....

*Proposition Zimmerli*

*Art. 2 al. 4 (nouveau)*

Les personnes dont les actes ont déjà fait l'objet d'un jugement d'un tribunal suisse entré en force, seront exclues de l'enquête.

**Affolter**, Berichterstatter: Gemäss Artikel 55 des Geschäftsverkehrsgesetzes kommt die Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen unter folgenden Voraussetzungen in Frage: «Bedürfen Vorkommnisse von grosser Tragweite in der Bundesverwaltung der besonderen Klärung durch die Bundesversammlung, können zur Ermittlung der Sachverhalte .... Untersuchungskommissionen beider Räte eingesetzt werden.»

Ich möchte hier eingangs mit aller Klarheit festhalten: Was Vorkommnisse von grosser Tragweite sind und wo ein Bedürfnis zu deren besonderen Klärung besteht, das stellt die Bundesversammlung fest und niemand sonst, insbesondere auch nicht die Medien. Fest steht weiterhin, dass diese schärfste Form der parlamentarischen Oberaufsicht nur dann zur Anwendung kommen soll, wenn die normalen Aufsichtsmittel der eidgenössischen Räte als zu wenig griffig erscheinen. Konsultationen unter den Fraktionen haben bekanntlich zum Ergebnis geführt, dass publik gewordene Vorkommnisse in einzelnen Diensten des EMD durch eine Puk 2 untersucht werden sollen. Die andere durchaus vertretbare Vorgehensweise hätte in einer Beauftragung der Militärsektion der Geschäftsprüfungskommission gelegen, eine solche Untersuchung im EMD durchzuführen.

Die GPK des Ständerates hat denn auch am 27. Februar in einem formellen Beschluss der Meinung Ausdruck gegeben, dass sie sich für diesen Fall als taugliches Instrument der parlamentarischen Oberaufsicht betrachte und – gestützt auf die ihr vom Bundesrat zugesicherten und ausgehandelten Rechte – bereit sei, die Aufgabe zu übernehmen. Entsprechende Vorbereitungen zur raschen Funktionsaufnahme sind getroffen worden.

Wenn Ihr Büro jetzt auf eine Puk 2 eingeschwenkt ist, dann vor

allem auch deshalb, weil man vom Büro aus der Fraktionsübereinkunft nicht im Wege stehen und weil man gleichzeitig einen Beitrag zur Beruhigung der Atmosphäre leisten wollte. Unbestritten bleibt aber, dass die Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen die Ausnahme bleiben muss. Wir sind immer noch ein Milizparlament, dessen Einsatzmöglichkeiten für derart zeitaufwendige Einsätze neben den gesetzgeberischen und sonstigen Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, beschränkt sind.

Ich habe interessanterweise von einzelnen Fraktionen bereits jetzt erfahren, dass die Rekrutierung von geeigneten und bereitwilligen Puk-Kandidaten grosse Mühe bereite. Kein Wunder – das sage ich jetzt auch zuhänden der Öffentlichkeit –, wenn man weiss, dass z. B. im Ständerat jedes Mitglied mit durchschnittlich 18 bis 20 Kommissionsmitgliedschaften versehen ist. Dies führt dazu, dass wir schon bei jeder normalen Kommissionssitzung Mühe haben, überhaupt allseits zuzugängliche Termine zu finden.

Es ist deshalb zu begrüssen, dass dieser Tage die Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte die Schaffung einer Verwaltungskontrollstelle beschlossen haben, die dann ein schnittiges Instrument in den Händen der parlamentarischen Prüfer werden sollte und werden dürfte. Wir hätten dieses Instrument eigentlich jetzt schon haben müssen und dann die Uebung mit der Puk nicht durchführen müssen. In Zukunft wird also hier ein Instrument zur Verfügung stehen, das solche Aufgaben übernehmen kann. Unter diesen Kautelen beantrage ich Ihnen namens des ständerätlichen Büros, auf den Ihnen vorliegenden Bundesbeschluss einzutreten. Der Wortlaut ist das Ergebnis der gestrigen Beratungen der beiden Ratsbüros.

Nachdem in der Puk 1 der Nationalrat Prioritätsrat war, steht die Priorität diesmal dem Ständerat zu. Es wird eine Kommission von fünf Mitgliedern pro Rat in Aussicht genommen. Der Nationalrat hat die Einsetzung einer Puk ebenfalls für heute traktandiert, so dass nach erfolgreicher Suche nach Puk-Mitgliedern die Arbeiten rasch aufgenommen werden können. Zur Umschreibung des Auftrages – in meinen Augen der wichtigste Teil des Bundesbeschlusses, der druckfrisch vor Ihnen liegt – werde ich bei Artikel 2 noch einige Ausführungen machen.

Ich bitte Sie, auf den Bundesbeschluss einzutreten.

**Hunziker**: Mein Antrag ist ein persönlicher. Er wird nicht im Namen der freisinnigen Fraktionsgruppe gestellt. Unsere Fraktion hat angesichts des klaren Willens der anderen Parteien schliesslich ihre Abneigung gegen die Einsetzung einer Puk aufgegeben. Ich spreche also im eigenen Namen.

Seit Bestehen des Bundesstaates bzw. seit es die Möglichkeit dazu gibt, ist zweimal eine Puk eingesetzt worden, das erste Mal im Zusammenhang mit der Mirage-Affäre und das zweite Mal im Zusammenhang mit den Umständen, die zum Austritt von Frau Kopp aus dem Bundesrat geführt haben. In beiden Fällen war der Grund für die Einsetzung einer Puk der, dass die eidgenössischen Räte zur Auffassung gelangten, sie seien vom jeweils zuständigen Departementschef unvollständig oder unwahr informiert worden. Beide Male handelte es sich um ein offensichtliches Misstrauen gegen ein Mitglied der Landesregierung. Heute liegen die Dinge völlig anders.

Sicher gibt es unter Parlamentariern und im Volk die Meinung, der Bundesrat als Gesamtheit oder einzelne seiner Mitglieder hätten in den letzten Wochen und Monaten zu wenig dezidiert und überzeugend agiert. Das ist aber etwas völlig anderes, als wenn man ihnen bewusste Irreführung oder unsaubere Informationspolitik vorwerfen würde. Wir Parlamentarier und der Bundesrat müssen das Steuer wieder in die Hand nehmen und uns nicht dauernd durch neue angebliche Enthüllungen in Nebengewässer abdrängen lassen. Man kann den Sturm auf der politischen See auch künstlich entfachen und aus recht fragwürdigen Gründen verhindern, dass er sich beruhigt. Es gilt auseinanderzuhalten, was an tatsächlich neuen und beunruhigenden Informationen bekanntgeworden ist und was aufgewärmt und aufgebauscht wurde. Gerüchte sind nicht Fakten, und Leute, die selber leichthin Amtsgeheimnisse verletzen, sind eher als zwielichtige Informanten anzuse-

hen. Ihre Wege dürfen wir es nicht in Kauf nehmen, dass unser Staat an die Grenze der Handlungsunfähigkeit gedrängt wird. Wir als Parlamentarier und auch der Bundesrat haben wahrhaft schwierige und drängende Zeitprobleme zu bewältigen und können es uns einfach nicht leisten, der Fichomanie, die allenthalben grassiert und weitergepflegt wird, zu erliegen. Sicher ist unser Volk mit uns der Meinung, Fehlleistungen und falscher Uebereifer seien rasch und gründlich zu beheben. Ich bin aber überzeugt, dass der allergrösste Teil unserer Bürgerinnen und Bürger alles Verständnis dafür hat, dass es einen zeitgemässen und angemessenen Staatsschutz braucht und dass dieser nicht ohne eine politische Polizei möglich ist.

Ich bin froh, dass der Nationalrat vorgestern völlig überrassenen und in den Auswirkungen staatsgefährdenden Demontageanträgen entgegengetreten ist. Was unser Volk heute am meisten bewegt, ist nicht die Fragwürdigkeit gewisser Registriertätigkeiten in eidgenössischen Bundesstellen, sondern die unerfreuliche Tatsache, dass wir als Parlament – auch der Bundesrat ist einzuschliessen – täglich an Handlungsfähigkeit einbüssen und uns stundenlang darüber unterhalten, wer was wo durchleuchten solle, anstatt uns mit den wirklichen Aufgaben zu befassen und uns den entscheidenden Zukunftsproblemen zuzuwenden.

Gestatten Sie mir ein kritisches Wort an die Adresse der Monopolmedien, konkreter gesagt an das Fernsehen und Radio DRS – mit Ausnahme ihrer Bundeshausredaktionen –, und auch eines an die besonders enthüllungsbesessenen Blätter. Glücklicherweise gibt es eine ganze Reihe von Zeitungen, die sachlich berichten und die Vorfälle ihren Lesern in der richtigen Dimension darstellen. All diesen Journalisten und Zeitungen möchte ich aufrichtig danken. Empört bin ich über die Flut von Sendungen und Artikeln über den sogenannten Schnüffelstaat, ein Wort, das von den Medien bei jeder sich bietenden Gelegenheit verwendet wird.

Es wird der Eindruck erweckt, unsere ganze Eidgenossenschaft sei nur noch eine Fichenrepublik. Echte Informationen gibt es kaum, dafür werden immer wieder neue Zeugen gegen die «Gesinnungspolizei» und den «Polizeistaat Schweiz» ans Podium und ans Mikrofon gerufen. Im «Zischtigs-Club» tritt Jürg Frischknecht als Ankläger auf – er, der seit Jahren selber Daten über nach seiner Auffassung rechtsextreme Umtriebe sammelt, die er laufend in seinen Publikationen verwendet, aber in die er keinen Einblick gewährt! Zur Sendung «Focus» von Radio DRS 3 wird Nationalrat Ziegler gebeten.

So wird laufend neues Misstrauen gegen den Bundesrat, das Parlament und die Behörden verbreitet. Dass damit das Ansehen unseres Landes im Ausland erheblich geschädigt und die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Ländern sehr nachteilig betroffen wird, scheint diese Leute wenig zu kümmern. Da wird keck behauptet, man habe seinerzeit für den Besetzungsfall eine Evakuierung der Landesregierung nach Irland vorgesehen, wobei man die beiden sozialdemokratischen Mitglieder zu Hause gelassen hätte. Es passt in die ganze Regie, dass diese unzutreffende Geschichte sofort im «Echo der Zeit» dazu benutzt wurde, SP-Präsident Hubacher dazu ausführlich Stellung nehmen zu lassen. Im «Vaterland» vom 3. März 1990 ist zu lesen, dass es ein Schriftstück gibt, aus dem hervorgeht, dass der Kommandoposten II in Irland für die Bundesräte – jetzt hören Sie – Graber, Ritschard und Gnägi vorgesehen war!

Das ist bisher von den Massenmedien nicht zum Anlass für eine Kommentierung und noch viel weniger für eine Sensationsmeldung genommen worden. Plump mutet auch die sensationell aufgemachte Meldung über die sogenannte Rewi-Kommission an. Dass es eine solche Gruppe gab, war bereits 1981 bekannt und Gegenstand einer Debatte im Nationalrat. Dasselbe gilt für die sogenannte Geheimarmee. Auch sie ist im Bericht 1981 des damaligen Nationalrates Delamuraz, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, über den Fall Bachmann erwähnt. Das ist alter und kalter Kaffee. So werden laufend längst bekannte und erledigte Vorfälle von Monopolmedien als neue Enthüllungen eines früheren Geheimdienstmannes ins Land hinaus posaunt. Hier wird mit System und Absicht laufend Misstrauen gesät.

Zum Schluss: Ich bin enttäuscht über die Tatsache, dass es

auch Parlamentarier gibt, die sich genüsslich am ganzen Kessel treiben beteiligen und längst Erledigtes in neuer Skandalverpackung verkaufen. Nationalrat Hubacher, Präsident der SPS, war 1981 Mitglied jener Geschäftsprüfungskommission und hat ihren Bericht über Ex-Oberst Bachmann und die Vorgänge in der Una gekannt. Er hat nicht protestiert! Heute, wo es Mode geworden ist, steht er im vordersten Glied.

Es scheint mir an der Zeit, dass wir uns den wirklichen Aufgaben zuwenden, ohne zu vernachlässigen, was im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Wochen und Monate vorgekehrt werden muss. Dazu braucht es keine Puk. Das können die Geschäftsprüfungskommissionen unserer beiden Räte ebensogut. Zeigen wir dem Volk, dass wir unsere Kräfte schwergewichtig am richtigen Ort einsetzen und bereiten wir dem Fichentheater ein schnelles Ende!

**Masoni:** Ich spreche jetzt sofort, weil der Präsident mich bittet, ihn nachher zu vertreten. Ich muss Ihnen gestehen: Ich bin in einem Gewissenskonflikt. Ich bin in einem Zwiespalt, dem Zwiespalt und Konflikt zwischen dem Entscheid meiner Fraktion, sich der Puk-Einsetzung zu fügen, und dem Gelübde, Kraft und Ehre der Eidgenossenschaft zu wahren.

Ich frage mich eigentlich ständig: Ist die Einsetzung dieser Puk wirklich das richtige Mittel, Kraft und Ehre der Schweiz zu wahren? Wird dieser Entscheid nicht dem allgemeinen nationalen und internationalen Ansehen der Schweiz schaden? Wird dieser Entscheid nicht die internationale Glaubwürdigkeit, insbesondere bei der Bekämpfung von wirtschaftlicher Spionage, von Drogendelikten und Terrorismus, abschwächen? Ist nicht diese Einsetzung geeignet, das Parlament, die GPK als Instrumente der Aufsicht abzuschwächen, sogar zu entwerten?

Insbesondere macht mir der Umstand Sorge, dass zweimal hintereinander eine Puk eingesetzt werden sollte. Das erste Mal habe ich mich in der Fraktion und auch bei den ständerätlichen Kollegen dafür eingesetzt. Aber das zweite Mal muss man sich die ernsthafte Frage stellen: Führen wir so nicht ein Ausnahmeregime ein, wo Parlament und Kommissionen eine Bevormundung brauchen? Es ist ein Problem, das mir Sorgen bereitet, das mich quält.

Im ersten Fall war die Lage eine ganz andere. Zum ersten Mal hatte eine Bundesrätin demissionieren müssen. Es war Grund genug, etwas ganz Besonderes einzusetzen. Hier geht es darum, zugegebene Fehler in ihrer Bedeutung richtig einzuschätzen, Verbesserungen vorzuschlagen. Wem gebührt diese Aufgabe? Das ist die klassische Aufgabe von Parlament und Geschäftsprüfungskommission. Ich weiss, der Einwand, der viele Kollegen beschäftigt, ist der: Aha, man will keine Puk, weil man die Suche nach der Wahrheit behindern will.

Der Sprechende war während vier Jahren in der GPK, von 1983 bis 1987. Unsere erste Sorge war, die institutionellen Instrumente zu verbessern, eine kräftige, eine wirksame Verwaltungskontrolle einzusetzen. Wir wollten nicht Instrumente haben, um zu verstecken. Wir wollten Instrumente schaffen, um besser prüfen, um unsere Aufsichtsaufgabe besser erfüllen zu können. Wir wollten aber diese Instrumente in die bestehenden Institutionen integrieren und damit die GPK stärken. Deswegen fühle ich mich berechtigt zu sagen: Wir haben die Kontrollkraft des Parlamentes als solches zu verschärfen, nicht ausserordentliche Instrumente zu schaffen, die nachher in den Akten vergessen werden. Wir wollen die Instrumente, die wir ständig brauchen, verbessern. Gerade deswegen bin ich gegenüber dieser Puk sehr skeptisch.

Ich muss sagen, im damaligen Kampf, die Instrumente zu verbessern, hätten wir gerne die Unterstützung jener Medien gehabt, die jetzt für die Puk einstehen. Aber haben Sie damals in den Zeitungen etwas gehört zur Unterstützung dieser Verbesserung des Instrumentariums? Das hätten wir gerne gelesen, das hätten wir wirklich gebraucht!

Man hält uns aber weiterhin entgegen, die Puk sei das richtige Instrument zur Befriedung. Wenn man die Puk hat, die weiter forscht, dann ruht der Kampf der Parteien, dann herrscht unter den verschiedenen politischen Kräften in der Schweiz Friede. Aber ist es tatsächlich so?

Wenn man von Krise spricht, wo liegt heute das wesentliche

Element dieser Krise? Das wesentliche Element dieser Krise liegt darin, dass eine der Regierungsparteien zusammen mit den Medien versucht, alles in Frage zu stellen, was vorher von allen Regierungsparteien in der Regierung und im Parlament getragen wurde. Ich sage ganz bewusst «von allen getragen», weil ich mehrmals Gelegenheit hatte, dies festzustellen.

1972 habe ich eine Abhandlung über dieses Problem verfasst. Mein Hauptargument war: Man braucht ein Gesetz auf diesem Gebiet. Ich war mir der Gefahren bewusst, die einem Gesetz innewohnen. Aber ich habe das befürwortet, auch im Nationalrat. Aber das Parlament wollte es nicht.

Damals hat Bundesrat Furgler klar gesagt, in welchen Departementen Nachrichtendienste und somit entsprechende Fichen bestanden: im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement und auch im Militärdepartement. Alle wussten es, das war keine Ueberraschung. Aber niemand wollte damals eine gesetzliche Grundlage für diese Tätigkeit schaffen. Auch in der grossen Pressedebatte über die Bundespolizei tauchten Hinweise auf – damals 600 000 – Fichen mit allerlei Eintragungen auf. Das war somit schon damals bekannt.

Die GPK des Nationalrates hat diese Fichen auch zu sehen bekommen – mindestens im Justiz- und Polizeidepartement –, so dass man nicht sagen kann, ihre Existenz sei eine Ueberraschung. Es gibt Dinge in Zusammenhang mit der Handhabung dieser Kartei, die sicher zu rügen und zu verbessern sind. Dies muss geprüft, studiert und vorbereitet werden. Gerade die GPK ist das Instrument, um diese Sache anzugehen. Die Puk kann die Behörde nicht zu Verbesserungen veranlassen. Die Puk stellt die Dinge fest. Dann muss die GPK mit der Arbeit der Verbesserung beginnen.

Das sind die Gründe, die mich skeptisch machen, aber insbesondere der Umstand, dass wir nach getaner Arbeit keine Gewähr für ein Ende der Polemik, für einen konstruktiven Frieden haben; es gibt eher Anzeichen dafür, dass der politische Krieg weitergehen wird. Vorgestern im Nationalrat hat Herr Hubacher jedenfalls für den Fall, dass die Motion für die Abschaffung der politischen Polizei nicht angenommen werde, mit Krieg gedroht.

So sage ich mir: Gut, wenn Krieg sein muss, dann sei Krieg. Aber es darf kein trügerischer Zustand herrschen, der uns glauben macht, die Sache sei zur Zufriedenheit erledigt, und dann kommt vielleicht das Verlangen nach einer dritten Puk. Das ist für mich ein grosses Gewissensproblem, aber ich kann mich mit der Idee einer zweiten Puk wirklich nicht abfinden.

Aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen, dem Antrag Hunziker zuzustimmen.

**Reichmuth:** Ich möchte mich heute nicht gegen die Einsetzung einer Puk aussprechen. Ich bin der Meinung, dass die in jüngster Zeit in der Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr, der sogenannten Una, zutage geförderten Tatbestände rasch und in aller Gründlichkeit abgeklärt werden müssen. Auch die Vorgänge im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Notstandsmassnahmen und die Führung von Personaldateien müssen überprüft werden.

Man kann sich allerdings zu Recht fragen, ob zur Untersuchung in diesen Bereichen des EMD nicht die Geschäftsprüfungskommission das gesetzlich dafür zuständige Organ gewesen wäre. Diese Frage erübrigt sich wohl heute, nachdem in den Gesprächen der Bundesratsparteien übereinstimmend die Lösung gefunden wurde, eine zahlenmässig begrenzte Puk einzusetzen. Artikel 55 des Geschäftsverkehrsgesetzes legt allerdings fest – Herr Affolter hat bereits darauf hingewiesen –, dass für die Einsetzung einer Puk Vorkommnisse von grosser Tragweite die Voraussetzung bilden.

Bei einer etwas grosszügigen Interpretation kann diese Voraussetzung für die Vorkommnisse bei der Una als erfüllt betrachtet werden. Ich glaube aber nicht, dass dies für den gesamten Bereich des EMD zutrifft. Es sind keine schlüssigen Anhaltspunkte vorhanden, die eine Puk für das ganze EMD rechtfertigen würden. In diesem Sinne ist die Umschreibung des Auftrages der Puk in Artikel 2 der Vorlage des Büros der Situation angemessen, um so mehr, als mit Artikel 2 Absatz 2 unter Umständen eine Ausweitung dieses Auftrages möglich ist.

Wenn ich heute dem Eintreten auf diesen Bundesbeschluss nicht opponiere, so mit einem konkreten Vorbehalt für die Schlussabstimmung. Ich möchte nämlich bis zu jenem Zeitpunkt die personelle Zusammensetzung dieser Puk in beiden Räten kennen. Gestern wurden gegen unseren Kollegen Hans Danioth von bestimmten Kreisen ungerechtfertigte, ja geradezu unerhörte Vorwürfe in Szene gesetzt. Diese Vorwürfe können einer näheren Untersuchung nicht standhalten und belasten ihn in keiner Weise persönlich. Sie müssen daher in aller Form zurückgewiesen werden.

Das tendenziöse Kesseltreiben hat immerhin bewirkt, dass sich Kollege Danioth heute bedauerlicherweise nicht mehr bereit erklärt, das Präsidium der Puk 2 zu übernehmen, obwohl er in persönlicher und fachlicher Hinsicht dazu geeignet gewesen wäre.

Ich habe für mich daraus die Konsequenz gezogen, dass die Masstäbe für die «Puk-Verträglichkeitsprüfung» der einzelnen Kommissionsmitglieder hoch angesetzt werden müssen. Es wäre nach meiner Meinung beispielsweise eine Zumutung, ja geradezu eine Provokation und für weiteste Volkskreise unverständlich, ausgerechnet Leute mit marxistischer Vergangenheit oder erklärte grundsätzliche Armeeabschaffer für die Kontrolle der geheimsten Archive unserer ausschliesslich der Landesverteidigung dienenden Armee einzusetzen.

Ich möchte also die Leute kennen, die sich der staatspolitisch bedeutungsvollen Aufgaben annehmen, wie sie der Puk 2 bevorstehen, bevor ich in der Schlussabstimmung ja sage.

Ich bitte Sie um Verständnis für diese Haltung.

**Jagmetti:** Ich habe Verständnis für die Ausführungen, wie wir sie gehört haben, insbesondere von Herrn Hunziker und Herrn Masoni. Auch ich habe Anstoss genommen an gewissen Vorkommnissen und Umständen. Ich komme aber zu einem anderen Ergebnis als Herr Hunziker, und zwar aus einem zentralen Grund: wegen der demokratischen Legitimation. Wir sind wahrscheinlich alle der Meinung, dass unser Staat Schutz braucht vor Angriffen, wie sie durch Terroristen oder andere ausgeübt werden können. Aber wir verlangen für diesen Schutz eine demokratische Legitimation. Bei der Puk-Lösung erhalten wir vollen Zugang zu den Unterlagen und ermöglichen damit die Ueberwindung der Hindernisse, die sich einem solchen Vorgang von der Verwaltung aus entgegenstellen könnten.

Betrachten wir bitte folgendes: Die Bürger haben Parlamentarier gewählt. Sie haben dann festgestellt, dass ein Teil der von ihnen gewählten Parlamentarier – ich weiss nicht, ob es mich auch betrifft – von der Ueberwachung erfasst wird. Und da frage ich Sie: Wo liegt denn die Legitimation der Verwaltung, den Bürgerwillen nachher zu kontrollieren? Sie kann ja nur darin bestehen, dass das Parlament selbst noch einmal die Kontrolle ausübt. Die Unabhängigkeit des Parlamentes – nicht um seiner selbst willen, sondern als Vertreter der Bürger – gehört zu den ganz klassischen Menschenrechten und findet sich schon in der Bill of Rights von 1689. Wir haben die dort gewährleistete Immunität auch, aber das reicht nicht. Wir brauchen eine Kontrolle, eine demokratische Legitimation allgemeiner Art.

Ich sage nicht nein zum Staatsschutz. Ich sage ja zu einem Staatsschutz, aber ich sage auch ja zu seiner demokratischen Legitimation. Deshalb muss meines Erachtens eine Lösung gewählt werden, bei der der Wille des Bürgers zum Tragen kommt, bei der der Wille des Bürgers sich durch unsere Tätigkeit auch durchsetzt und bei der diese demokratische Form und diese demokratische Basis gewahrt bleiben.

Durchaus richtig ist, dass die Geschäftsprüfungskommission an und für sich auch in diesen Prozess der demokratischen Kontrolle eingeschaltet ist. Aber ich bin persönlich der Ueberzeugung, dass die Puk noch weniger Hindernisse zu überwinden hat, dass sie den Zugang vollständig hat und dass wir diesen Weg wählen sollten, damit der Bürger weiss, was geschieht; damit seine Vertreter, die er gewählt hat, dafür sorgen, dass das, was notwendig ist, richtig und mit demokratischer Legitimation geschieht.

Das führt mich zur Bejahung der Puk-Lösung.

**M. Béguin:** Nous approuvons la création de cette nouvelle Commission d'enquête parlementaire parce qu'elle répond à l'aspiration légitime des citoyens et des citoyennes qui ont été troublés par la manière dont on a conçu, à une certaine époque, le service de renseignements.

Les arguments de ceux qui s'opposent à l'entrée en matière ne sont pas tous dénués de pertinence. Mais, à notre avis, ils doivent céder devant cette évidence: refuser la Commission d'enquête parlementaire, ce serait donner à croire que nous voulons cacher une vérité inavouable. Nous souhaitons donc que toute la lumière soit faite sur cet objet afin que la confiance en les autorités puisse renaître.

Mais nous réaffirmons, en même temps et avec la même force, l'obligation de l'Etat de garantir les institutions que le peuple s'est librement données et que nous avons fait serment de défendre. Au nombre de ces institutions, il y a notre défense nationale dont la nécessité a été très largement reconnue par le souverain il y a quelques mois.

Enfin, nous attendons du Conseil fédéral, une fois les erreurs reconnues et réparées, qu'il gouverne avec la détermination et la fermeté que les circonstances exigent.

**Frau Meier Josi:** Zu untersuchen ist unter anderem, ob in der Una entgegen der gesetzlichen Grundlagentexten Weisungen für den gesellschaftspolitischen Nachrichtendienst gegeben wurden. Weil die Tätigkeit des Militärdepartements sich auch auf Milizleute erstreckt, wird die Puk 2 nicht auf Anhörungen und Zeugeneinvernahmen von «Dritten» verzichten können. Gerade das könnte die GPK nicht erzwingen. Das ist auch der einzige Grund, weshalb das Instrument der Puk den Vorrang verdient vor dem Einsatz der GPK, eben die Möglichkeit, auf der Befragung und den Zeugenaussagen von Dritten zu beharren.

Eine zweite Puk braucht es, weil die wünschbare Ausdehnung des Auftrages der Puk 1 die Möglichkeiten ihrer Mitglieder sprengte. Wir haben als Milizparlamentarier bis zur Erschöpfung gearbeitet, und ich warne Sie schon deshalb davor, den Auftrag einer zweiten Puk zu breit zu formulieren.

In einem hat Kollege Hunziker natürlich recht. Die gegenwärtige Enthüllungssucht ist abstoßend und widerlich. Das, was nüchtern an Kritik, auch an harter Kritik, im Bericht der Puk 1 dargelegt wird, walzen einzelne phantasievolle Autoren breit malend in billigster Manier aus. Das alles zeigt, dass Information heute weitgehend eine Ware geworden ist, die nach Bedarf auf den Markt geworfen wird. Ich danke daher jenen Medienleuten, die sich nicht in dieses Kesseltreiben einspannen lassen und immer noch der echten Information verpflichtet sind.

Ich habe seinerzeit in der Berichterstattung zur Arbeit der Puk 1 im Dezember darauf hingewiesen, welche Verantwortung wir Parlamentarier selbst haben. Verschiedene meiner Kollegen haben damals dasselbe getan. Wir haben nicht nur auf die Geschehnisse im Departement verwiesen. Auch heute müssen wir uns wieder fragen, welche Verantwortung wir für überbordende Berichte tragen. Jedenfalls sollten wir uns nicht zu einer Art moderner Prostitution gegenüber den Medien hinreißen lassen.

Auch das Volk trägt seinen Teil Verantwortung. In der Berichterstattung habe ich seinerzeit auch die Ueberzeugung ausgedrückt, dass die grössten Feinde des Staates jene unkritischen Bürger seien, welche jede Zivilcourage vermissen liessen. Herr Kohlschütter hätte uns einigen Aerger erspart, wenn er vor elf Monaten den Beschwerdeweg beschritten hätte, statt erst heute genüsslich in der Rolle eines Medieninformanten aufzutreten.

Ich rufe in diesem Sinne alle Mitbürger auf, zu unterscheiden zwischen Mediensucht und der dauernd dringend notwendigen Kritik an unsern Einrichtungen und der notwendigen Mitarbeit am Wiederaufbau des Vertrauens in diesen Staat. Wir werden das unsere dazu leisten durch einen Beschluss, der nötig ist, nämlich den Beschluss auf Eintreten und die Zustimmung zu einer Puk 2.

**Hefti:** Frau Kollegin Meier hat eben gesagt, das Wichtigste in einem Staat sei, dass es immer wieder Bürger gebe, die Zivilcourage zeigen. Diese Zivilcourage ist heute hier meines

Erachtens durch Herrn Hunziker und seinen Antrag gezeigt worden.

Zu den Ausführungen des Berichterstatters, unseres Herrn Vizepräsidenten: Im Grunde genommen stützten sie den Antrag, der uns nachher vorgelegt wurde, nicht.

Zu den Ausführungen der verehrten Kollegen Jagmetti und Béguin: Sie klangen mir zu akademisch und gehen an den Realitäten vorbei.

Ich glaube auch, gerade dem Anliegen, das unser verehrter Kollege Reichmuth betonte und das ich sehr wichtig finde, wird nicht entsprochen werden, wenn man die nachfolgenden Ausführungen, die gegen den Antrag Hunziker waren, zur Kenntnis nahm.

Nachdem man den Staatsschutz grundsätzlich bejaht, setzt man dann am Schluss Leute in diese Puk, die dazu beitragen, dass dieser Staatsschutz auch in seinen gerechtfertigten Belangen schwer geschädigt, wenn nicht verunmöglicht wird.

Zum Präsidium der Puk: Es wird doch auch hier ein Kesseltreiben inszeniert gegen jeden irgendwie unbeliebigen Präsidenten. Heute ist es Herr Kollege Daniöth, morgen wird es irgendein anderer sein. Und wie halten es da viele Medien? Ich zitiere Goethe dazu: «Im Auslegen seid frisch und munter, legt ihr nichts aus, so legt was unter.»

**Onken:** Ich glaube, wir sind alle etwas überrascht durch den Antrag, den Herr Hunziker heute morgen auf unsere Pulte hat legen lassen. Ich bin sogar etwas betroffen darüber, aber ich anerkenne, dass es mutig ist, in einer Situation, in der sich die Bundesratsparteien zu einer gemeinsamen Plattform, zu einem Beschluss durchgerungen haben, hier so dezidiert eine völlig andere Auffassung darzulegen.

Herr Affolter hat gesagt, dass es das Parlament sei, das die «Vorkommnisse von besonderer Tragweite» definiere und nicht die Medien. Das ist zweifellos richtig. Aber auch das Parlament steht ja schliesslich nicht im luftleeren Raum, und wer Ohren hat zu hören und Augen hat zu sehen, Herr Hunziker, und wer nicht völlig im Elfenbeinturm sitzt, Herr Kollege Hefti, der nimmt wahr, dass die Bevölkerung über all das, was sich ereignet hat, zutiefst betroffen ist. Dass sie aufgewühlt ist und dass diese Betroffenheit ganz offensichtlich auch unser Parlament erreicht hat und wir hier mit diesem Antrag, eine Puk einzusetzen, auch im Namen der Bevölkerung handeln. Es ist eindeutig, dass der Vertrauensverlust, den wir mit der Puk 1 in Grenzen zu halten versucht haben, seither noch zugenommen hat, dass er schleichend weitergegangen und noch immer nicht zum Ende gekommen ist. Der Sturm der Entrüstung ist nicht künstlich entfacht worden. Das wäre eine völlige Verzerrung des Bildes.

Herr Masoni hat gefragt, woher die Krise, um die es geht, rühre. Sie bestehe darin, dass eine Regierungspartei zusammen mit den Medien all das in Frage stellt, was bis vor kurzem allgemeiner Konsens war und von allen mitgetragen wurde. Das stimmt nicht! Die Krise rührt daher, dass scheinbarweise Informationen an die Öffentlichkeit gedrungen sind, die bisher für unmöglich gehalten worden sind; dass wir in unserem Land eine Erschütterung haben, weil viele nicht für möglich gehalten haben, dass in der Schweiz die Ueberwachung der Gesinnung von unbescholtene Bürgerinnen und Bürgern derart weit gehen könne, wie das jetzt offenbar geworden ist. Die Bestürzung und die Krise bestehen darin, dass sich ein Staat im Staate unkontrolliert hat ausbreiten, hat wuchern können. Das ist der Grund der Krise, der wir mit der Einsetzung einer zweiten Puk nun zu begegnen versuchen.

Warum eine Puk, meine Damen und Herren? Wir haben jahrelang mit unseren Geschäftsprüfungskommissionen operiert und haben alle zur Kenntnis nehmen können, wo ihre Grenzen liegen. Es gibt sogar Fälle, wo mittlerweile offenkundig geworden ist, dass die Geschäftsprüfungskommissionen nur eine Teilwahrheit, eine Halbwahrheit und nicht die ganze, die volle Wahrheit erhalten haben. Das ist auch die Situation verschiedener Parlamentarier, von denen jetzt behauptet wird, sie hätten das ja alles gewusst. Sie haben es eben auch nicht gewusst; sie haben vielleicht Teile davon gekannt, aber gewiss nicht das, was mittlerweile offenbar ist, in allen Fällen verifizie-

ren können. Ihnen daraus jetzt einen Vorwurf zu machen, ist somit sicher falsch.

Die Geschäftsprüfungskommissionen kommen bei allem guten Willen nicht zum Ziel. Ich habe mich übrigens dem Beschluss unserer GPK widersetzt, weil ich nie daran geglaubt habe, dass die GPK mit ihren Instrumenten in der Lage wäre, den Bereich, der hier zur Diskussion steht, zu durchleuchten. Wir wollen ja die Instrumente schaffen, die sie brauchen, um in Zukunft wirkungsvoller arbeiten zu können. Wir wollen nicht nur die Verwaltungskontrolle, sondern – über die parlamentarische Initiative der Puk – auch gewisse Rechte, wie sie eine Puk zur Verfügung stehen, vielleicht einer kleinen Delegation zu ordnen.

Aber bislang haben die Geschäftsprüfungskommissionen diese Rechte nicht, sie würden unweigerlich an gewisse Grenzen stossen. Sie müssen die Möglichkeit haben, auch vertrauliche und geheime Unterlagen anzufordern. Die Entscheidung muss bei ihnen liegen, nicht beim Bundesrat. Sie müssen das Recht haben, Zeugen und Auskunftspersonen einzuvernehmen.

Ich kann abschliessend nur sagen: Es ist ganz offensichtlich, das spüre ich heute wieder, ein Unterschied, ob man selber zu denen gehört, die da zu Unrecht überwacht, bespitzelt, registriert worden sind, oder ob man eben nicht dazu gehört und sich das nur theoretisch vorstellt. Die Betroffenheit ist ganz offensichtlich eine andere, und deshalb auch die energische, die aufgerüttelte Reaktion meiner Partei. Aber hier muss an die Liberalität aller appelliert werden, an die Liberalität auch derjenigen, die nicht betroffen sind.

Ich schliesse mit dem Satz – ich weiss nicht von wem er stammt –: «Wie soll Gerechtigkeit werden in Athen, wenn sich nicht auch jene gegen das Unrecht auflehnen, denen kein Unrecht widerfahren ist?» Darum geht es, und deshalb sind alle eingefordert, und deshalb bitte ich Sie, der Einsetzung einer zweiten Parlamentarischen Untersuchungskommission zuzustimmen.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag des Büros (Eintreten)	27 Stimmen
Für den Antrag Hunziker (Nichteintreten)	9 Stimmen

#### Detailberatung – Discussion par articles

#### Titel und Ingress – Titre et préambule

Angenommen – Adopté

#### Art. 1

Angenommen – Adopté

#### Art. 2

**Affolter**, Berichterstatter: Angesichts dieser qualifizierten Form der parlamentarischen Ausübung der Oberaufsicht wird die Umschreibung des Auftrages ausserordentlich wichtig. Das war schon der heutigen Eintretensdebatte zu entnehmen. Sie hat den Gegenstand der Untersuchungshandlungen präzise wiederzugeben und aufzuzeigen, bei wem untersucht werden muss oder soll. Das scheint uns in Artikel 2, wie er Ihnen vorliegt, gelungen zu sein.

Die beiden Büros haben es im vorliegenden Fall klar abgelehnt, beispielsweise die Amtsführung des EMD generell zum Gegenstand der Untersuchungen zu machen. Sie werden darüber im Zusammenhang mit dem Antrag Onken zu befinden haben. Ich stelle aber bereits hier fest und gebe damit auch der Meinung, die in der Koordinationskonferenz herrschte, Ausdruck: Eine solche Ausdehnung auf die Amtsführung des gesamten EMD liefe ohne jeden Zweifel auf eine Bevormundung oder sogar Bevogtung des Departementvorstehers hinaus.

Herr Onken hat nicht an der Koordinationskonferenz teilgenommen, aber er hätte wissen müssen, dass dies der Meinung der klaren Mehrheit der beiden Büros entsprach. Man kann diese Ausdehnung nicht anders auffassen als eine Bezeugung tiefen Misstrauens gegenüber dem Chef des EMD, der – auch das wurde gestern betont – keinen Zweifel daran

gelassen hat, dass er den parlamentarischen Prüfern volle Unterstützung gewähren will. Das ist eine Frage des Vertrauens, und bis jetzt gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass der Vorsteher des EMD dieses Vertrauen nicht verdienen würde.

Ich möchte Sie bitten, Artikel 2 Absatz 1 gemäss dem Antrag des Büros zu beschliessen, weil die «besondere Klärung» dort herbeigeführt werden soll.

**Onken**: Mein Antrag zielt auf eine grosszügigere, weiter gefasste Formulierung des Auftrages, den wir der Puk 2 auf ihren beschwerlichen und anforderungsreichen Weg mitgeben. Das Büro schlägt vor, die Tätigkeit jener Gruppen, Untergruppen und Aemter des EMD, die sich mit dem Nachrichtendienst, mit der Abwehr, mit der Vorbereitung von Notstandsmassnahmen und mit der Führung von Personaldateien befassen oder befasst haben, zum Gegenstand der Untersuchung zu machen. Ich hingegen gehe bei meinem Antrag vom Grossen und Umfassenden ins Kleine und schlage vor, die Amtsführung des EMD allgemein ins Visier zu nehmen, besonders jedoch jenen inneren Bereich, der im Antrag des Büros ebenfalls umschrieben ist. Das ist ein Unterschied, das ist eine wesentliche, aber wie mir scheint notwendige Akzentverschiebung. Sie geht auf die Vorarbeiten und den Entwurf der Parteisekretäre der CVP und der SP zurück.

Wahrscheinlich werden Sie sagen, mein Antrag müsse abgelehnt werden, er gehe zu weit. Ich bitte Sie jedoch, meine Begründung zur Kenntnis zu nehmen. Ich möchte sagen, worum es geht und worum es nicht geht. Zunächst möchte ich sagen, worum es bei meinem Antrag nicht geht.

1. Es geht nicht um einen generellen Misstrauensantrag gegen das EMD. Grosse Bereiche dieses Departementes stehen nicht im Kreuzfeuer der Kritik und des Argwohns; sie müssen nach meinem Dafürhalten nicht untersucht werden.

2. Es geht nicht um den Departementchef, den wir als einen ehemaligen Kollegen alle persönlich kennen und an dessen Integrität wir keinen Anlass haben zu zweifeln. Wenn von Amtsführung im EMD die Rede ist, ist nicht der Departementchef gemeint, wie das vielleicht beim Auftrag an die Puk 1 der Fall war, bei dem Amtsführung im EJPD verständlicherweise vor allem die Amtsführung von alt Bundesrätin Kopp meinte. Hier geht es allgemeiner um die Amtsführung in diesem weitläufigen Departement schlechthin und natürlich vorab in jenen exponierten Bereichen, die mein Antrag ebenfalls umschreibt.

3. Es geht nicht um eine argwöhnische Bevormundung des Departementes. Das Departement soll nicht unter Kuratel gestellt werden. Der Auftrag bleibt auch in meiner Version auf das Wesentliche beschränkt, nämlich darauf, parlamentarische Transparenz und, wo erforderlich, auch Öffentlichkeit herzustellen. Darum geht es allerdings, nach allem was vorgefallen ist – immer nur zögernd leider, bloss auf äusseren Druck hin. Dass wir rückhaltlos aufklären und für Klarheit sorgen, das allerdings ist erforderlich.

Es ist vielleicht – ich sage: vielleicht – ein Beitrag, verlorengegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Bei diesem Versuch sind wir niemandem verpflichtet als denjenigen, die uns gewählt haben: dem Volk. Nicht dem Bundesrat und nicht der Verwaltung, sondern dem Volk. Dabei geht es zu einem guten Teil – darüber soll sich niemand täuschen – auch um unsere eigene Glaubwürdigkeit.

Die rückhaltlose Aufklärung, wenn wir sie ernst meinen, beginnt bereits bei der Formulierung des Auftrages. Drei Punkte möchte ich dabei deutlich machen.

1. Wir sollten als Parlament nicht den Fehler wiederholen, den leider bis vor kurzem der Bundesrat gemacht hat, nämlich immer nur auf Zusehen hin, in unwillig zugestandenem Raten, auf Druck zu handeln. Wir müssen aus freien Stück weiter gehen. Der Antrag des Büros umschreibt sozusagen das Unumgängliche. Er umschreibt das, was nach dem heutigen Wissensstand unausweichlich geworden ist, und er begrenzt es auch darauf. Mein Antrag hingegen geht freiwillig, ohne Zwang, ohne unmittelbare äussere Notwendigkeit in die Offensive. Er räumt ein, dass nach all diesen bestürzenden Offenbarungen der letzten Zeit, nach der Art und Weise, wie unsere Bundesräte von Mitarbeitern offensichtlich falsch oder nur lückenhaft

informiert worden sind, grundsätzlich nichts mehr ausgeschlossen werden kann – und dass wir auch nichts ausschliessen wollen.

2. Das Parlament sollte sich nicht selbst beschränken. Bei der Puk-Debatte, die wir im vergangenen Dezember führten, haben viele im Nationalrat, aber auch hier beteuert, dass wir die parlamentarische Oberaufsicht energischer, dass wir sie wachsamer, dass wir sie aufsässiger wahrnehmen müssten. Hier folgt nun eigentlich die erste Probe aufs Exempel. Und was machen wir? Wir begnügen uns bereits wieder mit einem etwas zurückgenommenen, enger abgesteckten Auftrag, mit einer Grenzziehung. Letztlich bescheiden wir uns selbst. Es ist jedoch unsere eigene Kommission, die wir einsetzen und auf den Weg schicken. Es ist unser eigenes parlamentarisches Instrument, das wir einzusetzen leider gezwungen sind, es sind unsere eigenen Kolleginnen und Kollegen, denen wir diese heikle Mission überbürden.

Müssen wir denn befürchten, dass sie diesen Auftrag falsch auslegen, dass sie ihn missverstehen, dass sie ihn vielleicht sogar missbrauchen könnten? Mitnichten. Das müssen wir nicht.

Auch die Puk 1 hat einen sehr weit gefassten Auftrag gehabt, und sie hat Prioritäten gesetzt. Sie hat sich beschränkt. Sie hat im Rahmen ihrer verantwortungsvollen Arbeit auch Grenzen gezogen, aber sie selbst, die Kommission, hat es getan, und nicht das Parlament hat ihr schon vorab Fesseln angelegt.

3. Schliesslich: Der Auftrag, den wir hier erteilen, muss umfassend sein, schon um die Einsetzung einer dritten Puk – was Gott verhüten möge – zu vermeiden. Es gibt zwar diesen eindeutig prioritären Untersuchungsbereich, den der Auftrag des Büros umschreibt und den auch ich mit der Akzentuierung «insbesondere» in den Vordergrund rücke. Es ist jener Hauptbereich, der durch Vorkommnisse von besonderer Tragweite Anlass gegeben hat zur Einsetzung der Puk 2; niemand will dieses Gebiet ohne Notwendigkeit überschreiten und die Ermittlungen über diesen engeren Zielbereich hinaus ausweiten.

Doch wer in diesem Saale kann ausschliessen, dass die Spur, die heute bekannt ist, sich nicht verzweigt, sich nicht verästelt in diesem weitläufigen Departement? Wer kann von vornherein in Abrede stellen, dass nicht vielleicht auch andere Gruppen, Untergruppen oder Aemter, die bisher nicht im Visier gestanden sind, von alledem berührt sein könnten? Wer kann wissen, wie tatsächlich die Informationen, die Weisungen gelaufen sind, wie die Querverbindungen im EMD hergestellt wurden? Wer kann sagen, wo eine schillernde Persönlichkeit wie ein Oberst Bachmann überall seine Mittelsmänner, seine Verbindungspersonen hatte? Wer kann heute schon wissen, worauf die Kommission stösst, wenn sie in diesen abgeschirmten, bisher weitgehend geheimen Bereich vorstösst? Niemand kann es sagen, und niemand kann es deshalb auch eingrenzen. Deshalb wäre es falsch, wenn wir uns vorschnell, vielleicht sogar willkürlich eine Grenzziehung zumuten wollten, die sich schon morgen als zu eng, als behindernd, vielleicht sogar als verhindernd, als verunmöglichend für die Kommission erweisen könnte.

Ich bitte deshalb den Rat um einen grosszügigen, um einen weitsichtigen Entscheid. Wir dürfen unserer Kommission Vertrauen schenken. Sie wird dieses Vertrauen nicht missbrauchen. Wir müssen aber auch Klarheit, unbedingte Klarheit und Transparenz fordern und fördern. Das wird landesweit von uns erwartet, und mit der Annahme dieses Antrags, den ich Ihnen stelle, können wir dazu ein Zeichen setzen. Tun wir es.

**Zimmerli:** Wir bereinigen die Grundlagen des Drehbuchs für ein Schauspiel, über das die Geschichte richten wird. Dabei haben wir uns anzustrengen, und wir dürfen nicht versagen. Wir stehen am Scheideweg. Wir können das mächtigste Instrument, das unser Parlament jetzt kennt, ausstatten mit einem präzisen, griffigen Auftrag in durchaus unakademischem Respekt vor der Gewaltentrennung. Präzise sage ich, griffig. Oder wir können offen formulieren. Wir können damit Grenzen verwischen, ungewollt Misstrauen säen und letztlich dafür sor-

gen, vielleicht sogar im Gezänk – was ich wirklich nicht möchte –, dass die Puk 2 ihre Aufgaben unter den denkbar schlechtesten Voraussetzungen aufnehmen muss.

Dies meine Vorbemerkung.

Im Geschäftsverkehrsgesetz steht, dass eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen ist, wenn Vorkommnisse von grosser Tragweite das nötig machen. Hier liegt der entscheidende Unterschied zur Puk 1. Das EMD, oder, besser gesagt, die Amtstätigkeit, die Führung des EMD, ist kein «Vorkommnis von grosser Tragweite» im Sinne des Geschäftsverkehrsgesetzes. Es geht darum, dass wir den Auftrag der Puk klar abgrenzen von den ordentlichen Oberaufsichtskompetenzen der Geschäftsprüfungskommission. Das hat das Büro versucht, und dieser Antrag verdient nach meinem Dafürhalten die Unterstützung des Rats.

Es geht nicht darum, dass wir uns in ungebührlicher Weise selbst beschränken. Wir haben uns von Gesetzes wegen selber zu beschränken. Es geht nicht darum, dass wir nur das Unumgängliche tun, sondern es geht darum, dass wir uns auf das Nötige und Gesetzmässige beschränken.

Man komme jetzt nicht mit der alten, ausgeleierte Platte, das möge zwar juristisch richtig sein, aber politisch-psychologisch sei es falsch.

Das Geschäftsverkehrsgesetz wurde im Jahre 1967 aufgrund der Vorfälle, die wir alle kennen, mit der Puk ergänzt, mit diesem mächtigsten Instrument, das wir in unserem Parlamentsrecht kennen. Und was man damals juristisch als richtig angesehen hat, ist heute auch politisch richtig. Ich möchte Sie deshalb eindringlich bitten, bei diesem klar umschriebenen Auftrag zu bleiben. Es geht nicht darum – ich wehre mich gegen versteckten Vorwurf –, dass man mit einem solchen Auftrag etwas vertuschen möchte. Ganz im Gegenteil. Ich bin mit dem Herrn Kollegen Onken einig, dem ich im übrigen für sein sachliches Votum in dieser Auseinandersetzung sehr dankbar bin. Es geht durchaus darum, dass wir aufsässig untersuchen. Herr Onken, Sie haben dieses Wort gebraucht. Ich unterschreibe es: *durchaus aufsässig, aber im Rahmen eines konkreten Auftrags.*

Wenn Sie gestatten, Herr Präsident, dann erkläre ich auch gleich, weshalb ich den Absatz 4 noch einbauen möchte. Er geht in die gleiche Richtung.

Es mag sein, dass es unter Juristen absolut selbstverständlich ist, dass das Verhalten von Personen, soweit es rechtskräftig von Gerichten beurteilt worden ist, niemals Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung sein kann.

Aber, meine Damen und Herren des Büros, Sie haben vielleicht in den Medien heute morgen gesehen, was es bedeutet, wenn man diese Selbstverständlichkeit streicht. Offenbar ist dieser Grundsatz eben nicht selbstverständlich. Es kann doch nicht der Zweck einer Puk sein, nach Revisionsgründen für einen rechtskräftig verurteilten Landesverräter zu suchen.

Es geht um etwas ganz anderes. Es geht darum, dass man im Bereich des Untersuchungsgegenstandes, namentlich bei der Ueberprüfung der Tätigkeit von «Bachmannschaften» und anderer Organisationen, die unkontrolliert, schwer verständlich, vielleicht im Uebereifer gehandelt haben, selbstverständlich auch das Umfeld dieses Falles Jeanmaire in die Untersuchung einbezieht. Es kann aber niemals der Sinn sein, dass eine Puk sich über das Bestehen oder eine fehlende Existenz von Revisionsgründen äussert; das mag Herr Jeanmaire und mögen seine Anwälte gefälligst später selbst aus dem Bericht der zweiten Puk ableiten. Ich möchte Sie deshalb sehr bitten, aus Respekt vor der Gewaltentrennung, aus Respekt vor der Tätigkeit unserer Gerichte, diesen Absatz 4 beizufügen.

Die Erfahrungen der letzten Monate und Wochen haben gezeigt, wie schwierig es ist, die Tätigkeit einer Puk vom verantwortungsvollen Wirken eines Gerichtes abzugrenzen. Deshalb sollten wir die Grenzen klar aufzeigen, wiederum nicht in unzulässiger Beschränkung des Auftrages – ich unterstreiche das –, aber aus Respekt vor der Gewaltentrennung. Deshalb bitte ich Sie, diesem Absatz 4 zuzustimmen und bei Absatz 1 dem Büro zu folgen.

**Hänsenberger:** Herr Onken hat zwar zu Absatz 1 einen Antrag gestellt, hat es aber in der Begründung geflissentlich unterlas-

sen, auch Absatz 2 zu erwähnen. Herr Onken, ich glaube, die Verzweigungen und Verästelungen, die Sie auch erfasst haben möchten, sind in Absatz 2 dieses Artikels gedeckt, soweit es den Hauptgegenstand dieser Untersuchung betrifft. Da kann die Untersuchung auch die Tätigkeit von Aemtern und anderen Stellen innerhalb und ausserhalb des Eidgenössischen Militärdepartementes im Rahmen dieses Auftrages einbeziehen.

Wir dürfen nicht die Ausdehnung auf das ganze EMD so vornehmen, dass wir der GPK – Herr Zimmerli sagte es bereits – ihre normalen Aufgaben wegnehmen. Ein Ergebnis der Puk 1 war eine parlamentarische Initiative, die noch behandelt werden muss. Sie sieht eine Vergrösserung der Kompetenzen der GPK vor, analog etwa der Finanzdelegation unserer Räte. Die entsprechenden Kommissionen sind bereits ernannt. Der Ständerat ist Erstrat, er hat bereits einen Sitzungstag bestimmt. Diese Arbeit kommt jetzt hier zu spät. Aber die Kontrollmöglichkeiten des Parlamentes werden wahrscheinlich durch die GPK noch besser wahrgenommen werden können. Wir kommen hier zu spät mit der parlamentarischen Initiative Puk 1, ähnlich wie wir zu spät kommen mit dem Datenschutzgesetz, das in der Presse überhaupt noch nicht erwähnt worden ist. Sein Text, der durch die Ständeratskommission verbessert wurde, könnte eine grosse Beruhigung bringen, wenn das Datenschutzgesetz einmal in Kraft sein wird und den Bund bindet, seine Karteien bekanntzugeben. Der Text dieses Gesetzes liegt vor, wir werden ihn noch in dieser Session beraten.

Hier liegt nicht ein übliches GPK-Geschäft vor. Wir wollen es auf diese im Geschäftsreglement für die Puk vorgesehenen besonderen Fälle beschränken.

Ich bitte Sie, den Antrag Onken abzulehnen und nur Unumgängliches an die Puk zu geben. Das ist keine Selbstbeschränkung des Parlamentes, wir haben durchaus auch andere Mittel, und eine Grenzziehung zur Verwaltung ist nötig. Wir verfügen über Untersuchungsmöglichkeiten, aber es braucht nicht alles der Puk gegeben zu werden, auch aus Rücksicht auf die von Frau Meier erwähnte Belastung der Amateurpolitiker.

**Schönenberger:** Die Logik, die Herr Onken hier an den Tag gelegt hat, leuchtet mir nicht ein, und deshalb gestatte ich mir einige wenige Ausführungen. Herr Onken hat die Amtsführung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement der Amtsführung im Eidgenössischen Militärdepartement gegenübergestellt. Er gibt zu, dass bereits die Puk 1 die Aufgabe hatte, die Amtsführung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement zu untersuchen, und zwar – das ist allgemein bekannt – weil die Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartementes das Vertrauen des Parlamentes verloren hatte.

Heute geht es aber um die Amtsführung im EMD. Sie erklären, Herr Onken, den Vorsteher des EMD über jeden Zweifel erhaben. Wenn dies der Fall ist, sehe ich nicht ein, weshalb seine Amtsführung untersucht werden muss, denn Amtsführung ist Amtsführung und kann nicht im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement anders ausgelegt werden als im Eidgenössischen Militärdepartement. Schon begrifflich ist ein und dasselbe darunter zu verstehen. Sie geben also mit Ihrem Antrag, Herr Onken, der Amtsführung im Eidgenössischen Militärdepartement einen ganz anderen Sinn als der Amtsführung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement.

Sie sagen weiter, das Parlament solle nicht die gleichen Fehler machen wie der Bundesrat und nur das zögernd zugeben, was langsam in die Öffentlichkeit gedrungen sei. Ich verweise Sie ausdrücklich auf das Votum von Herrn Hunziker, der Ihnen dargelegt hat, dass bereits im Jahr 1981 eine Unterkommission der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission den Fall Bachmann untersucht hat. Und zwar hat man damals im Nationalrat beschlossen, vorerst solle einmal die Geschäftsprüfungskommission diesen ganzen Problemkreis untersuchen, und wenn dann die Geschäftsprüfungskommission zum Ergebnis komme, es müsse eine Puk eingesetzt werden, werde man nachher über diesen Antrag befinden.

Die Untersuchung ist vorgenommen worden. Sie können den Bericht beim Sekretariat der Bundesversammlung beziehen. Sie können auch im «Amtlichen Bulletin» des Nationalrats vom

Frühling 1981 nachlesen, was alles gesagt wurde. Sie werden nachlesen können, dass die Vertreter Ihrer Partei nach gewalteter Diskussion erklärt haben, der Fall sei klar, der Fall «Oberst Bachmann» sei abgeschlossen, er sei tadellos untersucht worden, sie hätten nichts beizufügen.

Was heute wieder auf die Strasse gezerrt wird, und zwar in unverantwortlicher Art und Weise von der Presse, die unser Volk mit Skandalen, die angeblich vorgekommen seien, verunsichert, liegt erstens einmal zehn Jahre zurück und ist seit zehn Jahren abgeschlossen. Aber ich würde nicht staunen, wenn man in weiteren zehn Jahren wieder darauf zurückkommen und erneut erklären würde, Oberst Bachmann sei von der Puk 2 im Jahre 1990 doch nicht ganz durchleuchtet worden, er müsse nochmals «vor die Schmitte». Einmal muss dieses Misstrauen, das dauernd gesät wird und das – wie Herr Hunziker sagte – von den Medien teilweise in unverantwortlicher Weise weitergetragen wurde, aufhören.

Zur Begründung für die Darstellung Ihrer Version, Herr Onken, haben Sie drei Punkte angeführt. Ich habe sehr gut zugehört. Sie haben gesagt, wir könnten nicht in Raten und auf Druck handeln, wir müssten freiwillig weitergehen. Sie haben von «bestürzenden Offenbarungen» gesprochen – die bestürzenden Offenbarungen habe ich bereits kommentiert. Im zweiten Punkt haben Sie gesagt, das Parlament sollte sich nicht selbst beschränken, und im dritten Punkt haben Sie gesagt, der Auftrag müsse umfassend sein. Wenn Sie diese drei Punkte zusammenfassen, sehen Sie, dass Sie das alles in dem einen Satz sagen können: Wir wollen einen umfassenden Auftrag. Nun ist aber dieser umfassende Auftrag auch nach dem Antrag der Büros gegeben. Wie Herr Hänsenberger Ihnen bereits dargelegt hat, haben Sie Absatz 2 vergessen oder nicht gelesen, denn er lautet ganz klar: «im Rahmen dieses Auftrages umfasst die Untersuchung auch die Tätigkeit von Aemtern und anderen Stellen innerhalb und ausserhalb des Eidgenössischen Militärdepartementes.» Wenn also die Untersuchungen in dieser oder jener Richtung etwas aufzeigen, das Licht in das angebliche Dunkel bringen könnte, ist die Puk berechtigt, diesen Weg zu beschreiten und da und dort nachzusuchen, ohne dass sie dafür einen neuen Auftrag des Parlamentes einzuholen hätte. Sie hat also mit dieser Ergänzung «les pleins pouvoirs».

In Absatz 1 – auch das sei hier noch kurz gesagt – ist der Auftrag an die Puk klar umschrieben. Der Puk wird gesagt, wo sie suchen muss, was sie suchen muss, auf die sogenannten Vorkommissionen ist hingewiesen. Dieser Auftrag ist umfassend und genügend.

Ich bitte Sie daher, den Antrag Onken abzulehnen.

**Dobler:** Votum und Antrag von Herrn Kollege Zimmerli veranlassen mich zu einer Äusserung. Er beantragt in seinem neuen Absatz 4, dass jene Fälle von der Untersuchung ausgeschlossen werden, die bereits von den schweizerischen Gerichten rechtskräftig beurteilt worden sind.

Ich würde sagen, noch vor vier Jahren wäre es unnötig gewesen, in diesem Rat einen solchen Antrag stellen zu müssen. Aber ich verstehe, dass Herr Kollege Zimmerli skeptisch wird, dass Prinzipien, die in unserem Rechtsstaat bis dato immer gegolten haben, nun *expressis verbis* in einen Beschluss aufgenommen werden müssen. Jeder erstsemestrige Student an der juristischen Fakultät würde durchfallen, wenn er sich über diese Prinzipien hinwegsetzen würde und eine andere Meinung vertreten würde als die allgemeinen Lehren, die wir hier in der Eidgenossenschaft noch haben. Aber ich verstehe Herrn Zimmerlis Skepsis. Nach allem, was passiert ist, muss man derartige Prinzipien nun offensichtlich auch in einen Beschluss nehmen. Aber das Prinzip der Trennung der Gewalten, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit sollte doch nicht *expressis verbis* immer wieder zur Diskussion gestellt werden müssen, sondern es sollte auch einem Parlamentarier intus sein.

Ich habe die Meinung, dass auch das Parlament – obwohl es die Oberaufsicht hat – an diese Rechtsprinzipien gebunden ist und dass es nicht über alles und jedes Richter sein kann. Ich beantrage Ihnen deshalb, den Antrag von Herrn Zimmerli zu unterstützen.

**Frau Bühler:** Herr Hänsenberger und mein Kollege Schönenberger haben erwähnt, dass mit Absatz 2 eigentlich alles abgedeckt sei, was Herr Onken mit seinem Antrag bezwecke. Das stimmt nicht. Absatz 2 fängt an: «Im Rahmen dieses Auftrages ....», und der Auftrag ist in Absatz 1 abschliessend formuliert. Also kann keine Rede davon sein, dass mit Absatz 2 die Absicht von Herrn Onken abgedeckt sei. Herr Onken gibt den umfassenden Auftrag, setzt aber gleichzeitig den Schwerpunkt, der in Absatz 1 auch in Ihrer Fassung gegeben ist. Es muss doch möglich sein, dass diese Untersuchungskommission weiter geht, wenn sie Ereignisse oder Fakten aufdeckt, die in eine völlig andere Richtung gehen, als wir das heute noch sehen – heute sehen wir nur Una, Nachrichtendienst, Abwehr, Vorbereitung von Notstandsmassnahmen; das ist zu eng, wenn die Fäden in ein anderes Gebiet hinein gehen, ich nenne nur die Rüstungsbeschaffung. Oder wollen Sie, dass sie dann an Grenzen stösst und allenfalls eine Puk 3 notwendig wird?

Ich erinnere Sie an die Puk 1, auch für sie wünschte man ja ursprünglich den Auftrag so eng zu setzen, dass nur gerade die Frage des Rücktritts untersucht werden sollte. Was ist passiert? Es sind völlig andere Schwerpunkte herausgekommen. Schwerpunkte, die man sich gar nicht vorstellte, als man den Auftrag erteilte.

Ich möchte nicht, dass die Puk 2 an Grenzen stösst und wir in einigen Monaten wieder hier sitzen und uns überlegen müssen, ob wir einer neuen Puk oder wem auch immer einen Auftrag erteilen müssten. Herr Schönenberger, Sie haben den schönen Satz gesagt: «Einmal muss das Misstrauen zu Ende sein.» Das finde ich auch, und deshalb muss ein möglichst grosser Spielraum gewährt werden und Offenheit gegeben sein. Der Schaden kann nur so in Grenzen gehalten werden. Ich erinnere Sie auch daran, dass wir uns hier mit einem höchst sensiblen Bereich, mit dem EMD, befassen, und ich fürchte, wenn wir uns nicht klug verhalten, kommt die nächste Armeeabschaffungsinitiative mit Sicherheit. Das wünsche ich nicht.

**M. Cavadini:** Nous dirons rapidement, avec ceux qui viennent de s'exprimer que, suite à la proposition de M. Onken, qui vise à étendre à l'ensemble d'un département – et pourquoi se limiter au seul Département militaire et ne pas prendre en compte l'ensemble de l'administration? – les soupçons que nous avons sur le fonctionnement de quelques offices et de quelques services, il faut savoir raison garder. La question de la forme de l'enquête a été tranchée dans le sens de la commission. Nous devons prendre acte de la volonté de ce conseil, qui rejoint d'ailleurs la volonté de l'autre Chambre.

Le but poursuivi – on l'a dit – c'est la restauration de la confiance dans le fonctionnement de l'administration, soit pouvoir donner l'assurance que les droits de l'Etat ne vont pas jusqu'à l'inquisition et au procès d'intention, et enfin permettre au gouvernement de travailler dans la sérénité, dans une confiance retrouvée.

Laisser entendre, comme on vient de le faire à deux reprises, que l'on se trouve devant les écuries d'Augias et qu'une grande tornade blanche doit traverser l'ensemble des services fédéraux, c'est rendre un mauvais service au pays lui-même. On excite les frustrations, on suscite des soupçons maladroits. Nous devons mettre une limite à nos interrogations, travailler efficacement pour pouvoir, enfin, nous consacrer à des thèmes plus porteurs d'avenir. C'est dire que toute mesure excessive serait aussi dommageable à l'Etat que les excès dont on veut aujourd'hui se prémunir. Le mandat de la commission doit donc être limité, précisé face aux éléments techniques qui sont suspects de dysfonctionnement et il ne doit pas contribuer au renforcement du psychodrame que certains souhaitent encore alimenter.

C'est la raison pour laquelle nous vous demandons d'écarter la proposition de M. Onken. M. Gautier définira – quant à lui – l'appui que nous apporterons à l'amendement de M. Zimmerli.

**Jagmetti:** Es geht nach dem Antrag des Büros um das ganze EMD, aber es geht um eine bestimmte Thematik. Es geht um die Thematik Nachrichten und Abwehr, Notstandsmassnah-

men und alle Personaldateien. Es geht nicht um Ausbildung, es geht nicht um Ausrüstung, und es geht nicht um ganz andere Fragen im EMD.

Herr Onken, Sie wollen ja auch nicht die Ausbildungsmethodik des Bundesamtes für Mechanisierte und Leichte Truppen, die Entwicklung des Bisongeschützes, die Benzineinkäufe des OKK usw. untersuchen. Was wir wollen, ist diese Thematik. Also sagen wir es doch, bestimmen wir doch den Auftrag der Kommission! Frau Bühler, das ganze EMD ist in dieser Thematik einbezogen, und demgemäss halte ich dafür, dass das Büro uns einen sehr vernünftigen Antrag vorgelegt hat.

**Masoni:** Unser Rat hat durch Eintreten auf die Puk die gesetzliche Grundlage dank der hohen akademischen Unterstützung bereits über Gebühr erstreckt. Hier wird die Puk nicht ein klar umrissenes Vorkommnis von grosser Tragweite zu untersuchen haben, sondern eine Reihe von «Fehlern» bei der Ausführung einer klaren, bis jetzt absolut anerkannten, unangefochtenen Aufgabe, die sich auf Artikel 56 der Bundesverfassung in Verbindung mit anderen spezifischen Zuständigkeiten des Bundesrates und der Bundesversammlung stützt.

Was man rügt, ist, dass das Feindbild und dementsprechend der Auftrag nicht an die Entwicklung der Lage angepasst wurden. Sie sehen, das ist nicht ein klar umrissenes Ereignis, sondern wahrscheinlich eine Folge von kleinen Fehlern, von Meinungsunterschieden bei der Auslegung der internationalen Lage usw., Probleme, zu denen die Meinungen noch heute sehr geteilt sein können. Gerade dass die Puk eine Sache untersuchen muss, die laut gesetzlicher Grundlage kein in sich geschlossenes Vorkommnis ist, sondern eine geschichtliche Entwicklung, macht es jetzt notwendig, die Einschränkungsanträge von Kollege Zimmerli anzunehmen und die Erweiterungsanträge von Kollege Onken zu verwerfen.

Entgegen der Empfehlung unseres Präsidenten muss ich über beide Anträge sprechen, weil die Argumente, die gegen die Erweiterung laut Antrag Onken und für die Einschränkung laut Antrag Zimmerli sprechen, dieselben sind. Es sind zugleich die Argumente, die sich gegen die Puk als solche richten.

*Gegenstand der Untersuchung wird nicht* – Herr Kollege Onken – die heute noch offene, d. h. noch nicht mit der Rechnung genehmigte Geschäftsführung im Bereiche der Geheimdienste sein, für deren Kontrolle auch der Rat und seine Geschäftsprüfungskommission zuständig sind, sondern auch die Vergangenheit, die Geschichte. Das bedeutet bereits eine grosse zeitliche Erweiterung der Untersuchung. Und diese Erweiterung der Untersuchung – wir dürfen das nicht vergessen – hat einen grossen Nachteil: Beamte haben sich in dieser Untersuchung für eine Praxis zu verantworten, ohne dass hinter ihnen diejenigen stehen, die diese Praxis befohlen haben: Bundesräte, Kommissionspräsidenten, Parlament. Diese Praxis wurde damals von klaren Mehrheiten getragen. Heute stehen aber die Beamten allein da, um sie zu verantworten. Das ist die Gefahr einer solchen Puk, Herr Professor Jagmetti, da liegt der Fehler. Eine solche Puk bringt die Gefahr mit sich, dass die Beamten zum Schluss kommen, in schwierigen Momenten seien sie da, um gegenüber dem Parlament Sachen zu verantworten, die das Parlament damals in Kenntnis der Lage genehmigt hat.

Das ist die grosse Gefahr. Das wird das Vertrauen der Verwaltung schwer treffen und erschüttern. Gerade diese Gefahr erfordert es, dass wir den Auftrag einschränken.

Die Einschränkungen von Kollege Zimmerli sind deswegen nötig. Sie sollten zwar nicht nötig sein. Aber in der heutigen Zeit, wo alles in Frage gestellt wird, wo wir entgegen der gesetzlichen Grundlage eine Puk über eine von der GPK bereits abgeschlossene Sache einsetzen, müssen wir mindestens die Schranken laut Antrag von Kollege Zimmerli einbauen und die von Kollege Onken beantragte Erweiterung ablehnen.

Die Bestätigung dieser Argumentation sehen wir in Artikel 65 Absatz 1 des Geschäftsverkehrsgesetzes. Jemand hat vorhin behauptet, die Puk verhindere das Weiterführen der GPK-Tätigkeit auf diesem Gebiet nicht. Laut Artikel 65 Absatz 1 gilt aber genau die gegenteilige Regelung: «Hat die Bundesversammlung die Einsetzung von Untersuchungskommissionen

beschlossen, so fällt die weitere Verfolgung der im Auftrag an die Untersuchungskommissionen genannten Vorkommnisse und Verantwortlichkeiten durch andere ständige oder nicht-ständige parlamentarische Kommissionen dahin.»

Deswegen, Kollege Onken, wäre es nicht möglich, die ganze Amtsführung des Militärdepartementes von der Puk untersuchen zu lassen. Das würde bedeuten, dass die GPK in ihrer Zuständigkeit blockiert würde. Und das ist nicht im Sinn der gesetzlichen Grundlagen.

In Artikel 65 Absatz 1 des Geschäftsverkehrsgesetzes haben wir zugleich die indirekte Bestätigung dafür, dass es die gesetzliche Grundlage kaum zulassen würde, dass man für eine solche unbeschränkte Untersuchung über die gesamte Tätigkeit des Nachrichtendienstes eine Puk einsetzt. Doch hat unser Rat eine solche gewollt. Diese praktischen Schwierigkeiten zeigen uns, dass unser Entscheid der gesetzlichen Grundlage nicht ganz entsprach, und zugleich, dass Auftrag und Tätigkeit der Puk mindestens im Sinn des Antrags Zimmerli und entgegen dem Antrag Onken eingeschränkt werden müssen.

**Meier Hans:** Herr Onken hat darauf hingewiesen, dass der Vorschlag, die gesamte Amtsführung des EMD zu überprüfen, auch vom Generalsekretär der CVP gemacht wurde. Er hat aber unterlassen, darauf hinzuweisen, dass die CVP-Fraktion diese Meinung nicht geteilt hat. Und das scheint mir das Wesentliche zu sein.

Bei all diesen Diskussionen will man den Faktor Zeit überhaupt nicht berücksichtigen. Wir wissen doch, wie schwierig es ist, geeignete Mitglieder für eine solche Kommission zu finden. Und wir kennen die Probleme, die die Mitglieder der Puk 1 in zeitlicher Hinsicht hatten. Nun soll die Puk 2 die ganze Amtsführung des Eidgenössischen Militärdepartementes überprüfen, soll also dringend notwendige Zeit aufgewendet werden, um absolut unbestrittene Ämter und Stellen zu überprüfen. Das ist ein Leerlauf sondergleichen. Erwarten Sie also den Bericht nicht für die Herbstsession 1990, sondern vielleicht für 1993 oder 1994, damit man ihn dann für die übernächsten Nationalratswahlen wieder aufwärmen kann, um von neuem mit längst bekannten Tatsachen die schweizerische Öffentlichkeit aufzuputtschen.

Ich glaube, hier sollte nun einmal klar entschieden werden, was überprüft werden soll; ich begreife nicht, wie man behaupten kann, Absatz 2 von Artikel 2 gebe nicht Gelegenheit, auch dort zu untersuchen, wo im Prinzip vorläufig keine Untersuchung vorgesehen sei. Was heisst denn «... auch die Tätigkeit von Ämtern und andern Stellen ....» anderes als Stellen über die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Stellen hinaus? Ja, auch Stellen ausserhalb des Eidgenössischen Militärdepartementes sollen gemäss dem Vorschlag des Büros von der Puk 2 untersucht werden.

Das beweist einmal mehr, dass man in der ganzen Angelegenheit keine Grenzen kennt, dass man es nicht als notwendig erachtet, nun möglichst rasch eine klare Situation zu schaffen, sondern man möchte wohl alles bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag auf kleiner Flamme halten.

Persönlich hätte ich ebenfalls die Meinung vertreten, es wäre richtiger gewesen, die GPK statt einer Puk zu beauftragen, aber ich habe für die Puk gestimmt, weil es mir einfach unmöglich schien, im jetzigen Stadium das Rad zurückzudrehen. Aus diesen realistischen Ueberlegungen bin ich für die Puk 2. Aber ich glaube, es ist dringend notwendig, den Untersuchungsrahmen vor allem im Hinblick auf den Faktor Zeit nicht allzu weit auszudehnen.

**Uhlmann:** Ich möchte Ihnen beliebt machen, den Antrag Onken abzulehnen und den Antrag Zimmerli anzunehmen. Auf die Begründung verzichte ich, das wurde ausgiebig getan.

Ich habe eine andere Bemerkung anzubringen: Ich möchte das Klima und das Umfeld, das bei der Bestellung der ersten Puk herrschte, und jenes, das heute herrscht, etwas beleuchten. Damals waren sich alle Bundesratsparteien einig, dass man Offenlegung und Untersuchung will. Man hat damals mit aller Kraft versucht, einen Konsens zu finden, und man konnte in diesem Saal und auch beim Nationalrat mit einem fertigen Antrag kommen: ohne grosse Diskussion ist diese Puk 1 be-

schlossen worden. Auch wurde beschlossen, welchen Umfang die Untersuchung annehmen soll. Dass waren nach meinem Dafürhalten gute Voraussetzungen; man hat ja dann auch in der Folge die Ergebnisse als gut bezeichnet und eine tragfähige Untersuchung vorlegen können.

Wie ist es heute? Heute wollen auch alle Parteien Transparenz in der Frage der Una. Ich muss aber sagen, mit Bezug auf den Umfang besteht nun bereits keine Konsensfähigkeit mehr. Das beschäftigt mich. Die Sekretäre haben schon darum gerungen, die Bundesratsparteien haben gerungen, und ich stelle einfach fest, dass hier die SPS keinen Fingerbreit zugunsten eines Konsens in Richtung Vorschlag der bürgerlichen Parteien nachgegeben hat.

Das ist eine schlechte Voraussetzung, und darum frage ich nun Herrn Onken ganz konkret an: Ist die SP bereit, objektiv und sachlich in dieser Puk mitzuarbeiten und die Ergebnisse zu stützen, auch wenn wir jetzt allenfalls nicht dem Antrag Onken oder dem Antrag der SP folgen? Denn wenn das nicht der Fall ist, wenn dann wieder gesagt wird: «Ja, das haben die bösen Bürgerlichen getan, wir sind nicht in der Verantwortung», dann frage ich mich wirklich, was das bringen soll. Diese Frage möchte ich beantwortet haben.

**Rüesch:** Ich möchte Ihnen ankündigen, dass ich, falls der Antrag Onken angenommen wird, anschliessend einen Rückkommensantrag stellen werde. Man müsste in diesem Fall in die Untersuchungen auch das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten zur Zeit von Herrn Aubert miteinbeziehen.

Ich erinnere daran, dass Herr Aubert nach seinem Amtsende in Rumänien war und sich nachher begeistert über Ceausescu Regime und sein Land geäussert hat. Offenbar muss der Nachrichtendienst in seinem Departement derart katastrophal sein, dass dieser ebenfalls einer besonderen Untersuchung bedarf. Im EMD spricht man von Ueberborden, im EDA war offenbar der Nachrichtendienst so katastrophal, dass unser verehrter Herr alt Bundesrat derart schlecht informiert war. Das kann doch nicht sein, das darf nicht sein, Herr Onken. Wenn man an das EMD Ihren Massstab setzen will, müsste dieser auch für andere Departemente gelten. Vielleicht bekämen wir am Schluss für alle sieben Departemente eine Puk, und dann könnten alle Parteien bis zu den nächsten Wahlen ihr Fichensüppchen kochen. Darum geht es doch.

Deshalb beantrage ich, den Antrag Onken abzulehnen, damit ich keinen Rückkommensantrag stellen muss, und dem Antrag Zimmerli zuzustimmen.

**Onken:** Ich bin um eine Antwort gebeten worden, und ich will sie nicht schuldig bleiben. Ich bin der Ueberzeugung, dass wir zum Ende kommen sollten, denn mit zunehmender Dauer scheint mir das Niveau der Debatte doch zu sinken. So möchte ich beispielsweise nicht auf den kleinen Ausfall von Herrn Kollege Rüesch eingehen, der mit dem Thema, das hier zur Diskussion steht, nichts, aber auch wirklich gar nichts zu tun hat. Herr Uhlmann hat mich gefragt, ob die SPS bereit sei, je nach Ausgang des Entscheids, in dieser Untersuchungskommission loyal mitzuarbeiten. Ich kann nicht für meine ganze Partei sprechen, das ist klar, aber ich meine doch, unsere Vertreter werden ernsthaft mitarbeiten, wie immer dieser Auftrag ausfällt. Wir diskutieren hier demokratisch, wie wir den Auftrag auslegen, wie wir ihn umreissen, wo wir ihn eingrenzen, wo wir in ausweiten wollen. Das steht dem Parlament zu, das ist eine korrekte Ausmarchung, die wir jetzt führen. Wenn der Entscheid gefallen ist, dann steht der Auftrag. Dann schicken wir diese Kommission auf die Reise, und auch die Vertreter meiner Partei werden dort konsequent mitarbeiten.

Sie hätten Ihre Frage – Herr Kollege Uhlmann – ja auch Herrn Hunziker und der FDP stellen können, die heute morgen mit zahlreichen Stimmen sogar gegen die Einsetzung einer Puk war. Da kann man sich auch fragen: Ja, werden die denn ernsthaft mitarbeiten, wenn sie doch eigentlich gar keine Puk wollten? Aber ich denke, die Vertreter der FDP werden ebenso wie alle anderen eine seriöse und gute Arbeit leisten. Darum ist mir jedenfalls nicht bange.

**Frau Meier Josi:** Ich stelle einen Ordnungsantrag. Ich bitte Sie, einen anderen Abstimmungsmodus zu wählen, nämlich die Absätze 1 und 2 gemeinsam dem Antrag Onken gegenüberzustellen, weil Absatz 2 sehr viel von dem enthält, was Herr Onken will, und weil bei getrennter Abstimmung Absatz 1 angenommen, Absatz 2 aber verworfen werden könnte.

**Präsident:** Ich schlage Ihnen vor, dass wir gemäss meinem Vorschlag abstimmen. – Sie sind damit einverstanden.

*Abs. 1 – Al. 1*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Büros	35 Stimmen
Für den Antrag Onken	4 Stimmen

*Abs. 2, 3 – Al. 2, 3*

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 4 (neu) – Al. 4 (nouveau)*

**M. Gautier:** M. Zimmerli a fort clairement exposé tout à l'heure les raisons principales pour lesquelles il demandait de rajouter un alinéa 4 (nouveau) à l'article 2. Je n'y reviendrai pas, mais je voudrais ajouter qu'à l'origine – si je suis bien renseigné – le projet qui avait été adopté par les Bureaux hier après-midi comportait ce quatrième alinéa. Il a été biffé à la fin de la séance. On pourrait donc croire qu'en le biffant on réintroduit la mission pour la Commission d'enquête parlementaire de conduire des investigations sur des affaires déjà jugées par les tribunaux. C'est en tout cas ce qui semble s'être produit, sous forme de malentendu, du côté des médias.

*Je ne citerai qu'un journal, le Journal de Genève que j'ai devant moi, où il est écrit en première page: «Ils (les Bureaux) ont prévu d'étendre son champ d'investigation à des affaires déjà jugées comme, par exemple, l'affaire Jeanmaire.» A l'intérieur de ce même journal, on cite une déclaration à la presse du président du Conseil national, M. Ruffy: «Il n'est pas impossible que cela (les travaux de la commission) aboutisse à une révision du procès de l'ex-brigadier.»*

Or, il me semble que ce n'est pas ce qu'ont voulu les Bureaux hier. S'ils pensent que cela va sans dire, tant mieux, mais pour ma part je crois que cela irait encore beaucoup mieux en le disant dans un quatrième alinéa et je vous invite à soutenir la proposition de M. Zimmerli.

**Affolter, Berichterstatter:** Ich habe noch Stellung zu nehmen zum Antrag von Herrn Kollege Zimmerli und muss Sie ersuchen – dies in Uebereinstimmung mit dem Resultat der gestrigen Koordinationskonferenz –, diesen Antrag abzulehnen. Ich bitte Sie, diese Frage nicht zu dramatisieren. Der hauptsächlichste Grund für die Nichtaufnahme dieses Absatzes wurde eigentlich von Herrn Dobler schon erwähnt, nämlich: Sollen wir bisherige Selbstverständlichkeiten in solchen Bundesbeschlüssen immer wieder festschreiben? Müssen wir unsere Bindung an Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Gewaltentrennung, Aufgaben der einzelnen Staatsgewalten usw. tatsächlich in jeden Bundesbeschluss aufnehmen? Ich glaube nicht.

Der Hintergrund des Antrags Zimmerli lässt sich schon aus den Reaktionen der Presse erkennen, nämlich die Angelegenheit Jeanmaire. Dass die Puk 2 auch frühere Prozessakten, die mit den EMD-Vorkommnissen und deren Untersuchung in Zusammenhang stehen, soll beiziehen können, dürfte unbestritten sein. Ebenso klar ist aber, dass eine Puk keine in Rechtskraft erwachsene Urteile von sich aus in Frage stellen oder gar die Fälle neu aufrollen kann. Hierfür stehen die ausserordentlichen Rechtsmittel in Bund und Kantonen zur Verfügung: Wiederaufnahme, Revision usw. Dies gilt auch für den Fall Jeanmaire. Deshalb ist eine ausdrückliche Erwähnung des Nichteinbezugs von Personen, deren Verhalten rechtskräftig beurteilt worden ist, schlichtweg überflüssig.

Dies war auch der Grund für die Streichung dieses Passus, der nun wieder im Antrag Zimmerli eingebracht wird. Diese Strei-

chung hatte niemals den Sinn, die EMD-Puk sei nun auch für den Fall Jeanmaire zuständig, wie das in der Presse sofort abgewandelt wurde. Das gibt es begriffsmässig nicht, gibt es auch vorgehensmässig nicht.

Ich sage Ihnen aber nochmals: Dramatisieren wir diesen Fall nicht. Wenn Sie dem Antrag Zimmerli folgen und einen solchen Passus aufnehmen, passiert nicht viel, und im anderen Fall passiert auch nicht viel.

In Uebereinstimmung mit den Anträgen der Koordinationskonferenz beantrage ich Ihnen, den Antrag Zimmerli abzulehnen. Dieser Antrag liegt auch im Nationalrat vor. Wir hätten dann eine Differenz in einer Sache, die mir tatsächlich nicht gravierend scheint.

**Meier Hans:** Ich unterstütze den Antrag Zimmerli. Sollte er wieder abgelehnt werden, möchte ich ausdrücklich feststellen, dass es trotzdem die Meinung des Rates ist, dass dieser Grundsatz Geltung hat.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Zimmerli	33 Stimmen
Dagegen	4 Stimmen

**Art. 3 – 6**

*Angenommen – Adopté*

**Hefti:** Nur eine Frage: Meines Erachtens hat Herr Kollega Reichmuth verlangt, dass erst entschieden werde, wenn man die Mitglieder dieser Puk kenne.

**Reichmuth:** Das gilt für die GesamtAbstimmung.

*GesamtAbstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	34 Stimmen
Dagegen	3 Stimmen

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

## Vorkommnisse im EMD. Parlamentarische Untersuchungskommissionen

## Événements survenus au DMF. Commissions d'enquête parlementaires

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.022
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.03.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	89-99
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 576

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

90.022

**Vorkommnisse im EMD.  
Parlamentarische Untersuchungs-  
kommissionen  
Evénements survenus au DMF.  
Commissions d'enquête parlementaires**

Beschluss des Ständerates vom 8. März 1990  
Décision du Conseil des Etats du 8 mars 1990

**Bundesbeschluss über die Einsetzung von parlamentari-  
schen Untersuchungskommissionen zur besonderen Klä-  
rung von Vorkommnissen von grosser Tragweite im Eid-  
genössischen Militärdepartement**

*Antrag der Büros*

*Ingress*

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossen-  
schaft,  
gestützt auf Artikel 55 des Geschäftsverkehrsgesetzes, nach  
Anhören des Bundesrates,  
beschliesst:

*Art. 1*

Der Nationalrat und der Ständerat setzen je eine Untersu-  
chungskommission im Sinne der Artikel 55–65 des Geschäfts-  
verkehrsgesetzes ein.

*Art. 2*

*Abs. 1*

Gegenstand der parlamentarischen Untersuchung bildet die  
Tätigkeit jener Gruppen, Untergruppen und Aemter des Eid-  
genössischen Militärdepartementes, die sich mit dem Nach-  
richtendienst, mit der Abwehr, mit der Vorbereitung von Not-  
standsmassnahmen und mit der Führung von Personaldat-  
eien befassen oder befasst haben.

*Abs. 2*

Im Rahmen dieses Auftrages umfasst die Untersuchung auch  
die Tätigkeit von Aemtern und anderen Stellen innerhalb und  
ausserhalb des Eidgenössischen Militärdepartementes.

*Abs. 3*

Die Untersuchung ergänzt und vertieft frühere Abklärungen  
der Geschäftsprüfungskommissionen.

*Art. 3*

Die Kommissionen erstatten den beiden Räten Bericht über  
ihre Untersuchungen sowie über allfällig festgestellte Verant-  
wortlichkeiten und institutionelle Mängel. Sie unterbreiten Vor-  
schläge für Massnahmen organisatorischer und rechtlicher  
Art.

*Art. 4*

Die Kommissionen erstatten den beiden Räten spätestens für  
die Herbstsession 1990 Bericht.

*Art. 5*

Die Mitglieder der Untersuchungskommissionen können sich  
nicht vertreten lassen.

*Art. 6*

*Abs. 1*

Dieser Beschluss ist nicht allgemeinverbindlich; er untersteht  
nicht dem Referendum.

*Abs. 2*

Er tritt sofort in Kraft.

**Arrêté fédéral concernant l'institution de commissions  
parlementaires d'enquête chargées de clarifier les faits  
d'une grande portée survenus au Département militaire  
fédéral (nouveau)**

*Proposition des Bureaux*

*Preamble*

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,  
se fondant sur l'article 55 de la loi sur les rapports entre les  
conseils;  
après consultation du Conseil fédéral,  
arrête:

*Art. 1*

Le Conseil national et le Conseil des Etats instituent chacun  
une commission d'enquête au sens des articles 55 à 65 de la  
loi sur les rapports entre les conseils.

*Art. 2*

*Al. 1*

L'enquête parlementaire portera sur les activités des groupe-  
ments, groupes et offices du Département militaire fédéral qui  
sont chargés ou ont été chargés des renseignements et de la  
sécurité, ainsi que de la préparation des mesures applicables  
en état de nécessité et de la gestion de fichiers de données  
personnelles.

*Al. 2*

Dans le cadre de ce mandat, l'enquête portera également sur  
les activités d'offices et d'autres services, qu'ils soient subor-  
donnés au Département militaire fédéral ou non.

*Al. 3*

L'enquête complétera et approfondira les investigations aux-  
quelles les commissions de gestion ont procédé auparavant.

*Art. 3*

Les commissions feront rapport aux deux conseils sur leurs  
enquêtes ainsi que sur toutes responsabilités éventuelles et  
défauts de nature institutionnelle. Elles feront des propositions  
touchant l'organisation et la législation.

*Art. 4*

Les commissions feront rapport aux deux conseils d'ici la ses-  
sion d'automne 1990 au plus tard.

*Art. 5*

Les membres des commissions d'enquête ne peuvent se faire  
remplacer.

*Art. 6*

*Al. 1*

Le présent arrêté, qui n'est pas de portée générale, n'est pas  
sujet au référendum.

*Al. 2*

Il entre en vigueur immédiatement.

*Antrag Reichling*

Nichteintreten

*Antrag Jaeger*

Das Geschäft 90.022 ist an das Büro zurückzuweisen  
mit dem Auftrag, auch Mitglieder der beiden in den Büros nicht  
vertretenen Fraktionen beizuziehen. Der Beschlusssentwurf ist  
zudem dahingehend auszuweiten, dass die Amtsführung im  
EMD, die fehlende Information des jetzigen EMD-Vorstehers

sowie die Rolle des Gesamtbundesrates bezüglich der Ueberwachungs- und Notstandsmassnahmen des EMD ebenfalls in die Untersuchung einbezogen werden.

*Proposition Reichling*  
Ne pas entrer en matière

*Proposition Jaeger*  
*Renvoyer l'objet 90.022 au Bureau*

qui est invité à faire également appel à des membres des deux groupes qui n'y sont pas représentés. Il y a aura lieu par ailleurs d'étendre le champ d'application du projet d'arrêté en ce sens que l'enquête devra aussi porter sur la gestion du DMF, le manque d'information de l'actuel chef du département ainsi que le rôle joué par le Conseil fédéral dans les mesures de surveillance et les mesures applicables en état de nécessité du DMF.

### **Persönliche Vorstösse in Zusammenhang mit dem Puk-Bericht (89.006) Interventions personnelles relevant du rapport de la CEP (89.006)**

*Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 256 hiervoor – Voir page 256 ci-devant

## **3. EMD. Untersuchung – DMF. Enquête**

**89.737**

**Motion der grünen Fraktion**  
**Untersuchung des Nachrichtendienstes des EMD**  
**Motion du groupe écologiste**  
**Enquête sur le Service des renseignements du DMF**

*Wortlaut der Motion vom 6. Dezember 1989*

Es wird verlangt, dass der Nachrichtendienst des EMD, inklusive die Fälle Jeanmaire/Bachmann, durch die Puk untersucht werde.

*Texte de la motion du 6 décembre 1989*

Il est demandé que la CEP soit chargée d'examiner le Service de renseignements du DMF, notamment ses activités dans les cas Jeanmaire/Bachmann.

*Sprecherin – Porte-parole: Stocker*

*Antwort des Büros*  
*zu den Vorstössen 89.737 und 89.840*  
*vom 8. Februar 1990*

1. Die Puk, die durch den Bundesbeschluss vom 31. Januar 1989 eingesetzt wurde, hat ihre Aufgaben durch die Vorlage ihres Berichtes erfüllt. Sie beschäftigt sich gegenwärtig noch mit der weiteren Verwendung ihrer Unterlagen sowie mit einzelnen offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Auftrag der Kommission.

2. Das Büro hält fest, dass bei den vorliegenden beiden Motio-

nen der «aktuelle Anlass» bzw. die im Gesetz (Art. 55 GVG) geforderten «Vorkommnisse von grosser Tragweite» – im Gegensatz zu den Vorfällen vor gut einem Jahr, welche zur Einsetzung der Puk führten – nicht vorhanden sind. Die Einsetzung einer neuen Puk entspricht deshalb nicht den Anforderungen des Gesetzes (gilt sinngemäss auch für die Ausdehnung des bestehenden Bundesbeschlusses).

Das Büro will damit nicht andeuten, dass das EMD keiner sorgfältigen und eingehenden Prüfung und Ueberwachung bedarf. Für diese Prüfung und Ueberwachung sind jedoch die GPK zuständig, welche diese Aufgabe im Rahmen ihrer Möglichkeiten und regelmässig wahrnehmen. Die beiden Räte haben zudem einer parlamentarischen Initiative der Puk Folge gegeben, so dass die GPK in absehbarer Zeit eine Delegation bestimmen könnten, die ähnliche Rechte wie eine Untersuchungskommission besitzen wird.

3. Im Fall Bachmann führte bereits 1981 eine Arbeitsgruppe der GPK eine parlamentarische Untersuchung der angeprangerten Vorfälle durch und erstattete dem Nationalrat einen umfassenden Bericht (80.073).

Betreffend Jeanmaire ist festzuhalten, dass das gegen ihn ergangene Urteil rechtskräftig ist und nur auf dem Weg eines strafrechtlichen Revisionsverfahrens geändert werden könnte. Die Bundesversammlung kann lediglich untersuchen, ob sich Behörden oder Amtsstellen des Bundes unkorrekt verhalten haben.

Wie aus dem Bericht der Puk hervorgeht (S. 149), hat diese verschiedene der damals betroffenen Personen als Auskunftspersonen angehört und sich zahlreiche Unterlagen beschafft. Das Erinnerungsvermögen der angehörten Personen war nach Aussagen der Puk teilweise lückenhaft, und die Aussagen waren äusserst widersprüchlich.

Die Puk war nicht beauftragt, Untersuchungen im EMD durchzuführen. Dies erklärt, weshalb sie die Fälle Bachmann und Jeanmaire nicht speziell unter dem Gesichtspunkt des EMD prüfen konnte.

Ein Aktionskomitee für eine parlamentarische Neuurteilung des Falles Jeanmaire hat am 7. Februar 1990 eine Petition eingereicht, in der beantragt wird, dass das Parlament diejenigen Aspekte des Falles Jeanmaire neu untersucht, die in seiner Zuständigkeit liegen.

4. Das Büro hat Verständnis für die Anliegen der beiden Fraktionen. Es beantragt deshalb, die GPK zu beauftragen, die Amtsführung des EMD speziell zu untersuchen. Besonderes Gewicht soll den Tätigkeiten des Nachrichtendienstes, der Praxis des Datenschutzes, den Sicherheitsverträgen und der Iran-Contra-Affäre gegeben werden.

Ausserdem hat das Büro beschlossen, der GPK gemäss Artikel 40 des Geschäftsreglementes die Petition zur Neuurteilung des Falles Jeanmaire zur Vorprüfung zu überweisen.

*Réponse du Bureau*  
*aux interventions 89.737 et 89.840*  
*du 8 février 1990*

1. La CEP instituée par l'arrêté fédéral du 31 janvier 1989 a rempli son mandat en présentant son rapport. Elle ne s'occupe actuellement que de la gestion de ses dossiers et que de questions en suspens en relation avec le mandat qui lui a été imparti.

2. Le Bureau constate que dans le cas des deux motions, l'élément d'actualité et les «événements de grande portée» ne sont pas réunis (contrairement à ce qui était le cas voici un an environ et qui a conduit à l'institution de la CEP). Les exigences de la loi (art. 55 LREC) ne sont donc pas satisfaites pour l'institution d'une nouvelle CEP (et par analogie non plus pour l'extension du mandat prévu par l'arrêté du 31 janvier 1989).

Le Bureau ne veut pas laisser entendre que le DMF ne doit pas faire l'objet d'un examen et d'une surveillance approfondis. Les CDG sont cependant compétentes pour mener cet examen et exercer cette surveillance dans le cadre de leurs possibilités et de façon régulière. Les deux conseils ont en outre donné suite à une initiative parlementaire de la CEP, ce qui permettrait aux CDG dans un avenir prévisible de désigner une délégation ayant les mêmes droits que ceux reconnus à une commission d'enquête.

## Vorkommnisse im EMD. Parlamentarische Untersuchungskommissionen

## Événements survenus au DMF. Commissions d'enquête parlementaires

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.022
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.03.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	303-304
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 352

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

2. Artikel 65 Absatz 2 des Geschäftsverkehrsgesetzes soll in dem Sinne geändert werden, dass andere rechtlich geordnete Verfahren nur mit Zustimmung der parlamentarischen Untersuchungskommissionen aufgenommen oder weitergeführt werden dürfen.

*Texte de l'initiative du 17 novembre 1990*

1. Une délégation spéciale des deux conseils sera créée aux fins d'exercer la haute surveillance parlementaire sur les activités de l'administration soumises à une obligation particulière de maintien du secret. La délégation comprendra un nombre égal de membres du Conseil national et de députés au Conseil des Etats. Tous les groupes doivent également y être représentés. Après avoir entendu le Conseil fédéral, la délégation doit être habilitée à se faire remettre des dossiers secrets. Elle peut également entendre, comme témoins ou comme personnes tenues de renseigner, des fonctionnaires liés par le secret de fonction ou par le secret militaire. Les membres, les secrétaires et les rédacteurs des procès-verbaux de cette délégation sont tenus de garder le secret.

2. L'article 65, alinéa 2 de la loi sur les rapports entre les conseils doit être modifié de manière à ce que d'autres procédures juridiques ne puissent être ouvertes ou poursuivies qu'avec l'accord de la Commission d'enquête parlementaire.

90.022

**Vorkommnisse im EMD.  
Parlamentarische  
Untersuchungskommissionen  
Evénements survenus au DMF.  
Commissions d'enquête parlementaires**

Siehe Seite 89 hiervor – Voir page 89 ci-devant

Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (Puk EMD) vom 17. November 1990 (BBI III, 1293)  
Rapport de la Commission d'enquête parlementaire (CEP DMF) du 17 novembre 1990 (FF III, 1229)

Stellungnahme des Bundesrates vom 23. November 1990 (BBI III, 1585)  
Avis du Conseil fédéral du 23 novembre 1990 (FF III, 1529)

Ad 90.022

**Parlamentarische Initiative  
(Puk EMD)  
Oberaufsicht. Delegation beider Räte  
Initiative parlementaire  
(CEP DMF)  
Haute surveillance. Délégation des deux conseils**

*Wortlaut der Initiative vom 17. November 1990*

1. Für die Oberaufsicht über Tätigkeiten der Verwaltung, die einer besonderen Geheimhaltungspflicht unterliegen, wird eine besondere Delegation beider Räte geschaffen. Diese soll aus einer gleichen Zahl von Mitgliedern des National- und des Ständerates zusammengesetzt sein. Alle Fraktionen sollen in dieser Delegation vertreten sein. Sie soll das Recht haben, nach Anhörung des Bundesrates Akten beizuziehen, die der Geheimhaltung unterstehen. Beamte können als Auskunftspersonen oder als Zeugen auch über Tatsachen einvernommen werden, die der Amtsverschwiegenheit oder der militärischen Geheimhaltungspflicht unterliegen. Mitglieder, Sekretäre und Protokollführer dieser Delegation sind ihrerseits zur Geheimhaltung verpflichtet.

Ad 90.022

**Motion 1 der Kommission  
Widerstandsorganisation  
Motion 1 de la commission  
Organisation de résistance**

*Wortlaut der Motion vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird beauftragt, bis zur Herbstsession 1991 entweder gesetzliche Grundlagen für eine Widerstandsorganisation dem Parlament vorzulegen oder dem Parlament über den Abschluss der Auflösung der Organisation P-26 Rechenschaft abzulegen.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Rekrutierung und Ausbildung von Mitgliedern der Organisation P-26 unverzüglich einzustellen, alle Akten des Führungsstabes sowie Material, Waffen, Munition und Sprengstoff der Organisation umgehend unter parlamentarischer Kontrolle in wenigen zentralen Depots einlagern und den Zutritt zu den Anlagen der Organisation für Mitglieder derselben unterbinden zu lassen.

Der Bundesrat wird beauftragt, für die im Dienste der Organisation auftrags- beziehungsweise arbeitsvertraglich beschäftigten Personen eine Weiterbeschäftigung im Dienste der Eidgenossenschaft oder eine angemessene Abgangsentschädigung vorzusehen.

*Texte de la motion du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est chargé d'ici la session d'automne 1991, ou bien de présenter au Parlement des bases légales pour une organisation de résistance, ou bien de rendre compte au Parlement de l'achèvement du démantèlement de l'organisation P-26.

Le Conseil fédéral est chargé de suspendre sans délai le recrutement et l'instruction de membres de l'organisation P-26, de placer dans quelques dépôts centraux tous les actes de l'état-major de conduite, le matériel, les armes, la munition et les explosifs de l'organisation, cela sous contrôle parlementaire. Il est également chargé de faire interdire l'accès des installations aux membres de l'organisation.

Le Conseil fédéral est chargé de prévoir une nouvelle occupation au service de la Confédération ou une indemnité de départ pour les personnes employées par l'organisation en vertu d'un contrat de mandat ou de travail.

**Ad 90.022**

**Motion 2 der Kommission**  
**Ausserordentlicher Nachrichtendienst**  
**Motion 2 de la commission**  
**Service de renseignements extraordinaire**

*Wortlaut der Motion vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird beauftragt, den ungesetzlichen Zustand des ausserordentlichen Nachrichtendienstes zu beenden, indem er diese Organisation in den Stab der Gruppe für Generalstabsdienste überführt.

*Texte de la motion du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est chargé de mettre fin à la situation illégale du Service de renseignements extraordinaire en intégrant cette organisation dans l'état-major du Groupement de l'EMG.

**Ad 90.022**

**Motion 3 der Kommission**  
**Sicherheitsüberprüfungen im militärischen Bereich**  
**Motion 3 de la commission**  
**Contrôles de sécurité dans le domaine militaire**

*Wortlaut der Motion vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Gesetzesgrundlage für Sicherheitsüberprüfungen im militärischen Bereich vorzulegen.

*Texte de la motion du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est chargé de présenter une base légale pour les contrôles de sécurité dans le domaine militaire.

**Ad 90.022**

**Motion 4 der Kommission**  
**Geheimchutzvereinbarungen**  
**Motion 4 de la commission**  
**Conventions de sauvegarde du secret**

*Wortlaut der Motion vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird beauftragt, die auf unterer Stufe abgeschlossenen Geheimchutzvereinbarungen zu überprüfen und allenfalls zu revidieren oder aufzuheben.

*Texte de la motion du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est chargé d'examiner les conventions de sauvegarde du secret passées à un échelon subalterne et le cas échéant de les réviser ou de les dénoncer.

**Ad 90.022**

**Motion 5 der Kommission**  
**Beziehungen der Widerstandsorganisation mit dem Ausland**  
**Motion 5 de la commission**  
**Rapports de l'organisation de résistance avec l'étranger**

*Wortlaut der Motion vom 22. November 1990*

Der Bundesrat wird beauftragt zu untersuchen, ob und gegebenenfalls welche Beziehungen zwischen der schweizerischen Widerstandsorganisation und ausländischen «Stay-behind-Organisationen» bzw. mit Nato-Organen, die mit der Koordination und Führung der nationalen «Stay-behind-Organisationen» betraut sind, bestanden haben, und dem Parlament hierüber Bericht zu erstatten.

*Texte de la motion du 22 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est chargé d'examiner si des relations et le cas échéant quelles relations ont existé entre l'organisation suisse de résistance et des «stay-behind-organizations» étrangères, respectivement des organes de l'OTAN chargés de la coordination et de la conduite des «stay-behind-organizations» nationales, et de présenter un rapport à ce sujet au Parlement.

**Ad 90.022**

**Postulat 1 der Kommission**  
**Ausserordentlicher Nachrichtendienst**  
**Postulat 1 de la commission**  
**Service de renseignements extraordinaire**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, sofern er den ausserordentlichen Nachrichtendienst ausserhalb der Verwaltung weiterführen will, dem Parlament eine Vorlage für eine entsprechende Gesetzesgrundlage zu unterbreiten.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité, dans la mesure où il entend maintenir le Service de renseignements extraordinaire en dehors de l'administration, à adresser au Parlement un message créant une base légale appropriée.

**Ad 90.022**

**Postulat 2 der Kommission**  
**Strategischer Nachrichtendienst**  
**Postulat 2 de la commission**  
**Service de renseignements stratégique**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen, ob ein strategischer Nachrichtendienst ausserhalb des EMD mit einem umfassenden Nachrichtenbeschaffungsauftrag zu schaffen sei.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner s'il est opportun de créer un service de renseignements stratégique indépendant du DMF et chargé d'une mission étendue d'acquisition de renseignements.

**Ad 90.022**

**Postulat 3 der Kommission**  
**Funktion des Chefs der Abteilung Abwehr**  
**Postulat 3 de la commission**  
**Fonction du chef de la Division sécurité**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Funktion des Chefs der Abteilung Abwehr zu überprüfen und dabei insbesondere die Personalunion Chef Bundespolizei/Chef Abteilung Abwehr in Zukunft nicht weiterzuführen.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner la fonction du chef de la Division sécurité et en particulier à mettre fin au régime d'union personnelle, chef de la Police fédérale/chef de la Division sécurité.

**Ad 90.022**

**Postulat 4 der Kommission**  
**Tätigkeit der Abteilung Nachrichtendienst**  
**Postulat 4 de la commission**  
**Activités de la Division renseignements**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Tätigkeit der Abteilung Nachrichtendienst zu überprüfen und dabei dafür zu sorgen, dass diese Abteilung keine Informationen über Personen, Organisationen und Vorgänge im Inland beschafft.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner les activités de la Division renseignements et à faire en sorte que cette division ne recueille aucune information concernant des personnes, des organisations et des événements, à l'intérieur du pays.

**Ad 90.022**

**Postulat 5 der Kommission**  
**Tätigkeit der Abteilung Abwehr**  
**Postulat 5 de la commission**  
**Activités de la Division sécurité**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Tätigkeit der Abteilung Abwehr zu überprüfen und dabei dafür zu sorgen, dass – mit Ausnahme der Personensicherheitsüberprüfungen und der Erhebungen zum Schutz des militärischen Geheimnisses, von Militärpersonen und Militäranlagen – diese Abteilung keine Erhebungen über Personen im Inland durchführt. Insbesondere sind Erhebungen über die politische Gesinnung von Angehörigen der Armee und über armeefeindliche Umtriebe von Zivilpersonen einzustellen.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner les activités de la Division sécurité et à faire en sorte que – mis à part les contrôles de sécurité de personnes et les enquêtes visant à protéger les militaires, les secrets militaires et les ouvrages militaires – cette

division ne mène aucune enquête sur des personnes à l'intérieur du pays. En particulier, il doit être mis fin aux investigations concernant les opinions politiques de membres de l'armée ainsi qu'aux menées hostiles à l'armée commises par des civils.

**Ad 90.022**

**Postulat 6 der Kommission**  
**Zusammenarbeit Bundesanwaltschaft und Una**  
**Postulat 6 de la commission**  
**Collaboration entre le Ministère public de la Confédération et le GRS**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Zusammenarbeit zwischen Bundesanwaltschaft einerseits und Una andererseits zu überprüfen und dabei insbesondere dafür zu sorgen, dass den Postulaten 4 und 5 Rechnung getragen wird.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner la collaboration entre d'une part, le Ministère public de la Confédération et d'autre part, le GRS et en particulier à veiller à ce que les postulats 4 et 5 soient pris en considération.

**Ad 90.022**

**Postulat 7 der Kommission**  
**Zusammenarbeit mit benachbarten Nachrichtendiensten**  
**Postulat 7 de la commission**  
**Collaboration avec les services de renseignements des pays voisins**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, den Austausch von Informationen mit benachbarten Nachrichtendiensten im Hinblick auf die aussenpolitischen Zusammenhänge zu überprüfen.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner les échanges d'informations avec les pays voisins en tenant compte des critères pertinents de politique étrangère.

**Ad 90.022**

**Postulat 8 der Kommission**  
**Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Nachrichtendienst und der Sektion Flieger- und Fliegerabwehr-Nachrichtendienst**  
**Postulat 8 de la commission**  
**Collaboration entre la Division renseignements et la Section des renseignements aviation et défense contre avions**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Nachrichtendienst und der Sektion Flieger- und Fliegerabwehr-Nachrichtendienst zu überprüfen und allenfalls diese Sektion in die Una zu integrieren.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner la collaboration entre la Division renseignements et la Section des renseignements aviation et défense contre avions, le cas échéant, à intégrer cette section au GRS.

**Ad 90.022****Empfehlungen der Kommission an das EMD****Recommandations de la commission au DMF***Wortlaut der Empfehlungen vom 17. November 1990*

1. Die Grundsätze der Nachrichtenbeschaffung sowie die ständigen Nachrichtenbedürfnisse sind auf hoher Stufe schriftlich zu regeln.
2. Bei der Auswahl der Unterstabschefs Nachrichtendienst und Abwehr und der Verteidigungsattachés ist primär den Anforderungen des Nachrichtendienstes Rechnung zu tragen.
3. Eine räumliche Zusammenfassung der Una ist zu prüfen.
4. Die dem Sonderbeauftragten des EMD in Obhut gegebenen Personenkarteen und -dossiers der Sektion MSD sind nach Abschluss von dessen Arbeit zu vernichten, sofern ein Betroffener nicht ausdrücklich die Archivierung verlangt.
5. Die Abgabe von technischem Material der Una an die Bundesanwaltschaft und kantonale Polizeistellen ist klar zu regeln. Material für Beobachtungen und Abhörungen darf nur bei Vorweisung der entsprechenden richterlichen Bewilligung abgegeben werden.
6. Die Aufnahme von strafrechtlichen Urteilen bürgerlicher Gerichte in das System Pisa ist zu überprüfen.
7. Im Bereich Midonas ist der Zugriff zu «grauer Literatur» einzuschränken (vgl. III Ziff. 7).
8. Die über fünf Jahre alten Personendaten (Strafregisterauszüge und Ueberprüfungsentscheide der Bundesanwaltschaft), die sich bei der Zentralstelle EMD für Schutz und Sicherheit befinden, sind zu vernichten.

*Texte des recommandations du 17 novembre 1990*

1. Les principes d'acquisition de renseignements ainsi que les besoins permanents en renseignements doivent faire l'objet d'une réglementation écrite située à un échelon élevé.
2. En matière de choix du sous-chef de l'EM renseignements et sécurité ainsi que des attachés militaires, priorité doit être accordée aux exigences du service de renseignements.
3. La question de rassembler les services du GRS sous un même toit doit être examinée.
4. Les fichiers et dossiers de personnes de la Section SSM, confiés aux soins du délégué du DMF, doivent être détruits après qu'il aura mis fin à ses travaux, pour autant qu'une personne concernée n'en exige pas expressément l'archivage.
5. La remise de matériel technique du GRS au Ministère public de la Confédération et aux services cantonaux de police doit être soumise à une réglementation claire. Le matériel d'observation et d'écoute ne sera remis que sur présentation de l'autorisation du juge approprié.
6. L'opportunité d'enregistrer dans le système PISA des décisions pénales de cours civiles doit être examinée.
7. Dans le domaine de MIDONAS, l'accès à la «littérature grise» doit être réduit (cf. partie III, ch. 7).
8. Les données personnelles datant de plus de cinq ans (extraits de casier judiciaire et décisions de contrôle prises par le Ministère public de la Confédération) qui se trouvent auprès de l'Office central du DMF pour la protection et la sécurité, doivent être détruites.

**Schmid**, Berichterstatter: Die Parlamentarische Untersuchungskommission zur besonderen Klärung von Vorkommnissen von grosser Tragweite im Eidgenössischen Militär-

departement hat Ihnen nach einer Arbeit von acht Monaten ihren Bericht unterbreitet. Dem Auftrag des Bundesbeschlusses vom 12. März 1990 entsprechend, hatte sich die Kommission mit der Tätigkeit jener Stellen innerhalb und ausserhalb des EMD zu befassen, die sich mit dem Nachrichtendienst, mit der Abwehr, der Vorbereitung von Notstandsmassnahmen und der Führung von Personaldateien befassen oder befasst haben. Die Untersuchungstätigkeit erstreckte sich indessen nicht auf den gesamten Tätigkeitsbereich dieser Stellen, sondern konzentrierte sich auf die Vorkommnisse von grosser Tragweite, auf die im Vorfeld der Puk hingewiesen worden war. Zum Bereich des Nachrichtendienstes wurde die Befürchtung laut, dieser Dienst könnte sich mit der Ueberwachung von Personen und Organisationen im Inland befassen oder befasst haben.

Im Bereiche der Abwehr wurde bekannt, dass Personenkarteen – ähnlich wie die von der Puk EJPD in der Bundesanwaltschaft festgestellten – geführt würden. Ausserdem war bekanntgeworden, dass Parlamentarier eine Art Geheimrat einer geheimen Widerstandsorganisation bilden. Von dieser Ausgangslage und unter diesen Gesichtspunkten versuchte die Kommission zunächst, sich einen generellen Ueberblick über die Una zu verschaffen, um alsdann mit Schwergewicht folgende fünf Themenkreise zu bearbeiten:

1. Inlandaktivitäten der Abteilung Nachrichtendienst;
2. Innenpolitische Tätigkeiten der Abteilung Abwehr;
3. Führung von Personendatensammlungen im EMD;
4. Widerstandsorganisation P-26;
5. Ausserordentlicher Nachrichtendienst P-27.

Auf Beschluss der beider Ratsbüros hatte sich die Kommission nach dem Sommer auch mit der Angelegenheit Jeanmaire zu befassen, da ihr eine Petition zur Behandlung überwiesen worden war. Den entsprechenden Bericht werden Sie im Laufe dieser Session unterbreitet erhalten.

Anfang November wurde bekannt, dass in verschiedenen europäischen Staaten Widerstandsorganisationen bestanden, die mindestens teilweise einer zentralen Nato-Führung unterstanden oder unterstehen. Es wurde die Vermutung geäussert, dass auch die Schweiz mit diesen ausländischen Widerstandsorganisationen – oder mit der entsprechenden Nato-Führung der Widerstandsorganisationen – verbunden sein könnte. Dies veranlasste die Kommission nach Fertigstellung des Berichtes, die Untersuchung nochmals aufzunehmen und diesen Fragen nachzugehen; ich werde darauf zurückkommen. Im übrigen sind Sie im Besitz eines schriftlichen Kurzberichtes zu dieser Angelegenheit. Nach diesen einführenden Bemerkungen komme ich zu den Untersuchungsgegenständen und zum Befund:

1. Inlandaktivitäten der Abteilung Nachrichtendienst:

Die Aufgabe der Abteilung Nachrichtendienst in der Una besteht in der Beschaffung und Auswertung von Informationen zuhanden der politischen und militärischen Entscheidungsträger, um sie in die Lage zu versetzen, militärische Gefahren und Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und darauf angemessen reagieren zu können. Es handelt sich bei der Abteilung Nachrichtendienst um einen militärischen Auslandnachrichtendienst. Die Kommission ist der Frage nachgegangen, ob sich die Abteilung Nachrichtendienst auch im Inland betätigt hat und ob sie dabei insbesondere Informationen über die politische Gesinnung und Tätigkeit von Personen und Organisationen im Inland beschafft und ausgewertet hat. Die Kommission hat festgestellt, dass während Jahren die sogenannten Frontorganisationen in der Schweiz nachrichtendienstlich behandelt wurden, indem insbesondere allgemein zugängliche Literatur über solche Organisationen bearbeitet wurde; der Bericht stellt dies ausführlich dar. Ob dies schon eine unerlaubte Inlandaktivität ist oder ob die Sammlung und Auswertung von zumeist offener Literatur in einen Grenzbereich gehört, mag offenbleiben. Jedenfalls gehört diese Art Tätigkeit zweifellos nicht zu den Aufgaben der Abteilung Nachrichtendienst. Von weitaus grösserer Bedeutung ist die eigentliche nachrichtendienstliche Tätigkeit, die die Kommission in folgenden Fällen feststellen musste: Im Mai 1989 besuchte der Nachrichtendienst die Kirchenkonferenz «Frieden in Gerechtigkeit» in Basel mit einem Mitarbeiter, im August 1989 be-

schickte der Nachrichtendienst die Konferenz der Internationalen Anwaltsunion in Interlaken. In beiden Fällen wurde im Inland aktiv Informationsbeschaffung im politischen Bereich betrieben, wobei in Basel eine den Organisatoren nahestehende Person Vorausinformationen zu liefern imstande war. Im «Fall Murten» hat die Kommission die Auffassung gewonnen, dass der Journalist Kohlschütter annehmen durfte, dass ein Mitarbeiter der Una ihn dafür zu gewinnen versuchte, Informationen über die Schweizerische Journalistinnen- und Journalistenunion und die Friedensbewegung an den Nachrichtendienst zu liefern. Die Kommission spricht sich nicht darüber aus, ob die festgestellten Fälle von Informationsbeschaffung im Inland Ausnahmen oder Beispiele einer weiteren Tätigkeit in diesem Bereich darstellen. Sie ist der Auffassung, dass dies auch nicht entscheidend ist. Grenzüberschreitungen sind vorgekommen und mussten festgestellt werden, und dies ist in jedem einzelnen Falle nicht annehmbar. Die Ueberwachung der politischen Auffassung und der politischen Tätigkeit von Personen oder Organisationen kann einen Eingriff in die persönlichen und politischen Grundrechte des Bürgers bedeuten und ist daher nur auf einer gesetzlichen Grundlage zulässig; diese fehlte jedoch für die Abteilung Nachrichtendienst. Bereits die Arbeitsgruppe Bachmann hatte festgestellt, dass die Bekämpfung der Subversion in der Schweiz nicht in den Aufgabenbereich der Una falle, sondern zum Aufgabenbereich der Bundespolizei gehöre.

Die Kommission hat daraus die Konsequenzen gezogen und beantragt im Postulat 4, der Bundesrat solle dafür Sorge tragen, dass der Nachrichtendienst keine Informationen über Personen, Organisationen und Vorgänge im Inland beschafft.

#### 2. Innenpolitische Tätigkeiten der Abteilung Abwehr:

Der Auftrag der Abteilung Abwehr ist es, den Schutz des militärischen Geheimnisses, von Militärpersonen, von militärischen Anlagen zu gewährleisten und in diesem Rahmen auch die Sicherheitsüberprüfungen vorzunehmen. Im Bereiche der Abwehr hat die Kommission insbesondere festgestellt, dass seitens des Sicherheitsdienstes der Armee Erhebungen über die politische Gesinnung von Armeeangehörigen vorgenommen wurden, indem Inspektoren und Kommissare des Sicherheitsdienstes der Armee im Rahmen von Truppendiensten Anfang bis Mitte der achtziger Jahre die politische Haltung von Armeeangehörigen bei ihren Kommandanten ausgeforscht haben; dies ist ganz fraglos unzulässig. Zulässig und notwendig sind dagegen die sogenannten Personensicherheitsüberprüfungen, denen Personen unterzogen werden, die sich aufgrund ihrer Funktion oder ihres Berufes mit militärischen Geheimnissen zu befassen haben. Solche Personen werden vernünftigerweise daraufhin geprüft, ob sie eine hinreichende Gewähr bieten, solche Geheimnisse wahren zu können: Charakterliche Stabilität, keine Angriffspunkte für Erpressbarkeit und ähnliches sind Punkte, die überprüft werden. Die Kommission hat hier keine Missbräuche festgestellt, sie weist aber auf die mangelhafte rechtliche Normierung solcher Ueberprüfungen hin, die stark in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen eingreifen.

Mit der Motion 3 ersuchen wir den Bundesrat, die erforderlichen Grundlagen zu schaffen. Im gleichen Zusammenhang sind auch die Geheimschutzabkommen zu sehen, mit denen die Schweiz insbesondere im Rahmen von Rüstungsgesetzen mit dem Ausland garantiert, ausländische militärische Geheimnisse wie ihre eigenen zu wahren, und wo umgekehrt das Ausland sich verpflichtet, dasselbe aus seiner Sicht zu tun. Solche Vereinbarungen sind nicht zu beanstanden. Sie müssen aber, wie bereits die Puk EJPD festgestellt hat, vom Bundesrat abgeschlossen oder zumindest genehmigt werden. Wo dies nicht der Fall ist, sind die Vereinbarungen zu revidieren, was wir mit der Motion 4 beantragen. Ausserdem laden wir im Text des Berichtes den Bundesrat ein, die Namen der Vertragspartner offenzulegen, da aus der Sicht der Kommission kein Grund besteht, die Namen dieser Vertragspartner weiterhin geheimzuhalten.

#### 3. Datensammlungen im EMD:

Die Kommission hat festgestellt, dass in der Sektion Militärische Sicherheitsdienste der Abteilung Abwehr Personenkarteien geführt worden sind, die den durch den Abwehrauftrag

gesteckten Rahmen bei weitem sprengen. Es wurden nicht bloss – was hinzunehmen gewesen wäre – die Ergebnisse der Personensicherheitsüberprüfungen registriert; vielmehr wurden auch in diesen Karteien Informationen über politische Auffassungen und Aktivitäten von Schweizerbürgern aufgezeichnet. So gelangten Informationen des Sicherheitsdienstes der Armee über politische Einstellungen von Armeeangehörigen in diese Kartei, und auch die sogenannten armeefeindlichen Aktivitäten von Zivilpersonen ausserhalb des Truppenbereiches wurden registriert, ohne dass eine Gefährdung des militärischen Geheimnisses von Armeeangehörigen oder Armeanlagen vorgelegen hätte. Es finden sich auch Informationen über Aktivitäten, die mit dem Militär in keinem Zusammenhang stehen. Ich verzichte darauf, den Inhalt dieser Karteien im einzelnen darzustellen; er ist im Bericht ausführlich dargestellt. All dies lag ausserhalb des Auftrages und ausserhalb des Kompetenzbereiches der Abteilung Abwehr. Diese Tätigkeit ist einzustellen – was wir mit dem Postulat 5 verlangen.

Die Informationen über die politische Gesinnung von Schweizern, die namentlich die Abteilung Abwehr verwertete, stammten aus verschiedenen Quellen. Eine der Hauptquellen war die Bundespolizei, die auf Anfrage seitens der Abteilung Abwehr entsprechende Personeninformationen preisgab. Häufig erschlossen sich die Mitarbeiter der Sektion MSD, der Abteilung Abwehr, die Informationen selber, indem sie in den Registern der Bundespolizei selbst nachschlugen und sich damit die entsprechenden Informationen selbst beschaffen konnten. Die Kommission konnte auch einen umgekehrten Datenfluss von der Abteilung Abwehr zur Bundespolizei feststellen. Dieser beidseitige Datenfluss ist angesichts der Verschiedenheit der Aufgaben der beiden Dienste und der entsprechend verschiedenen Kompetenzen bedenklich und somit zu unterbinden; soviel zum Inhalt des Postulates 6. Bei der Frage, auf welche Weise eine derartige Kommunikation zwischen den beiden Diensten überhaupt zustande kommen konnte, lag die Antwort auf der Hand: Nebst der räumlichen Nähe der beiden Dienste war die Zugehörigkeit zum gleichen Chef der Hauptgrund für diesen unkontrollierten und unzulässigen Informationsfluss. Der Chef der Bundespolizei des Justiz- und Polizeidepartementes, gleichzeitig auch Chef der Abteilung Abwehr des Militärdepartementes, konnte aufgrund dieser Aemterkumulation den Unterstellten Freiräume lassen, die normalerweise nicht gegeben waren. Mangelnde Führung und mangelnde Kontrolle waren die Folge. Diese Personalunion war eine der Voraussetzungen, die es überhaupt erst ermöglichten, dass der militärische Sicherheitsdienst von der Bundespolizei politische Informationen übernehmen konnte. Sie ist aufzuheben, was wir in Postulat 3 verlangen.

#### 4. Zur Widerstandsorganisation P-26:

Gestützt auf ein Postulat Jaeckle wurde bereits Ende der fünfziger Jahre mit der Vorbereitung des Widerstandes im feindbesetzten Gebiet begonnen. Diese Aufgabe war seit Ende der sechziger Jahre der Sektion Spezialdienst der Una übertragen, einer Sektion, die ab 1976 von Oberst Bachmann geführt wurde. Nach der sogenannten Schilling-Affäre wurden die beiden Dienste dieser Sektion, der ausserordentliche Nachrichtendienst und die Widerstandsorganisation, getrennt. Unter neuer Leitung wurde die Widerstandsorganisation ab 1981 unter dem Namen Projekt 26 oder kurz P-26 aufgebaut. Diese Organisation wurde ausserhalb der Verwaltung und ausserhalb der Armee angesiedelt. Eine Massnahme übrigens, die der Geheimbericht der Arbeitsgruppe Bachmann auch nicht empfohlen hatte. Diese Widerstandsorganisation mit dem Zweck, den Widerstand im feindbesetzten Gebiet zu führen, wurde aus Bundesmitteln alimentiert. Sie bereitete sich in Ausbildungskursen auf ihre Tätigkeit im Rahmen der Propaganda, des Nachrichtendienstes und der bewaffneten Führung des Widerstandes vor.

Ihre Gesamtstärke betrug zuletzt nach Wissen der Kommission rund 400 Personen. Die Kommission hat sich eines Urteils darüber enthalten, ob eine solche Widerstandsorganisation zweckmässig sei. Sie beanstandete auch nicht, dass sie ausserhalb der Armee und der Verwaltung angesiedelt ist. Was sie beanstandet, sind drei Punkte:

a. Nach Auffassung der Kommission ist es notwendig, dass

die Uebertragung einer derart sensiblen Staatsaufgabe wie jener der Führung des Widerstandes demokratisch legitimiert ist, dass der Bund mindestens eine entsprechende Kompetenz vorweisen kann, diese Staatsaufgabe an eine private Organisation zu delegieren. Daran fehlte es.

b. Von grösster Bedeutung ist sodann, dass eine derartige Organisation von der politischen Führung beherrscht wird. Eine solche Organisation, die an Waffen und Sprengstoffen ausgebildet wird, weckt als solche Befürchtungen und Aengste, wenn sie nicht politisch kontrolliert wird. An einer solchen politischen Führung mangelte es. Die Organisation wäre rein theoretisch in der Lage gewesen, sich selbst zu aktivieren, ohne dass der Bundesrat die institutionellen Mittel in den Händen gehabt hätte, dies zu verhindern. Er hatte von den Einzelheiten der Organisation keine hinreichende Kenntnis. Das ist völlig unannehmbar.

Der Primat der politischen Führung über das Militär ist ein Grundsatz, an dem in Zukunft kein Zweifel mehr erlaubt sein darf. Ich füge sofort bei: Diese Betrachtungsweise ist eine institutionelle Betrachtungsweise. Die Kommission erhebt keinerlei Vorwürfe an die Adresse der Verantwortlichen der Mitglieder der Organisation P-26. Sie zieht die Verfassungstreue dieser Personen nicht in Zweifel und unterstellt ihnen keinerlei verfassungsfeindliche Absicht. Persönlich glaube ich nicht daran, dass jene Personen, die ich in verschiedenen Einvernahmen und Anhörungen getroffen habe, Umsturzpläne und Putschabsichten irgendwelcher Art hatten. Die Auslegung des Szenarios «Umsturz», wie sie nun verschiedentlich gegeben wird, halte ich persönlich für übertrieben. Aber es geht nicht darum, ob die Verantwortlichen einer solchen Organisation verfassungstreu sind oder nicht, es geht darum, dass institutionell dafür hätte gesorgt werden müssen, dass diese Organisation in die Hände der politisch für das Land verantwortlichen Bundesräte gekommen und dort geblieben wäre. Die faktische Beherrschung der politischen Führung über diese Organisation war nicht sichergestellt.

c. Die parlamentarische Kontrolle hat nicht funktioniert, weder im Bereich der Gesetzesaufsicht noch im Bereich der Finanzaufsicht. Dass die parlamentarische Kontrolle ausgeschaltet war, mochte vor Jahren noch der Auffassung einer Mehrheit des Parlamentes entsprochen haben. Aus heutiger Sicht darf es auch im militärischen Bereich keinen Raum mehr geben, der der parlamentarischen Kontrolle entzogen ist. Damit komme ich zur Gruppe 426.

Eine solche geheime Parlamentariergruppe ist aus der Sicht der Kommission eine Institution, die es in Zukunft nicht mehr geben darf. Ich verweise auch hier darauf, dass mit Bezug auf die Gruppe 426 der geheime Arbeitsbericht der Arbeitsgruppe Bachmann keine entsprechende Empfehlung formuliert hat. Es geht nicht an, dass sich irgendwer in der Bundesverwaltung, auch nicht ein Unterstabschef Nachrichtendienst und Abwehr, auch nicht ein Generalstabschef, einen geheimen parlamentarischen Hofrat hält. Es geht nicht an, dass die Kontrollierten sich ihre Kontrolleure selbst auslesen. Ausserdem ist die Kommission der Auffassung, dass die Zugehörigkeit zu einer geheimen Parlamentariergruppe mit Stellung und Tätigkeit eines Mitgliedes der Bundesversammlung mindestens aus heutiger Sicht und für die Zukunft nicht zu vereinbaren ist. Das Parlamentsmandat will Transparenz. Der Volks- und Ständevertreter muss seinen Wählern Rechenschaft ablegen. Er muss für das, was er tut, geradestehen können. Das hat mit dem Bruch von Geheimnissen nichts zu tun.

Wer in der Militärkommission ist, hat die entsprechenden Geheimnisse zu wahren, und wer in der Finanzdelegation ist, hat die dortigen Geheimnisse zu wahren, aber seine Zugehörigkeit zur Militärkommission oder zur Finanzdelegation als solcher ist nicht geheim. Es geht auch nicht um den gläsernen Parlamentarier. Wer Anwaltsmandate übernimmt, hat selbstredend keine Rechenschaft darüber abzulegen. Es geht vielmehr darum, dass Tätigkeiten, die Parlamentarier im Rahmen der Bundesverwaltung ausüben, offengelegt werden sollten, denn man gibt die Qualität eines Mitgliedes der Oberaufsichtsbehörde über die Bundesverwaltung nicht ab, solange man der Bundesversammlung angehört. Daher kann auch nicht behauptet werden, diese Zugehörigkeit zu einem geheimen

Beirat sei eine Privatangelegenheit. Vielmehr hätten sich die Mitglieder des Beirates über die Fragen der politischen Führung und der parlamentarischen Kontrolle, namentlich der Finanzaufsicht, vergewissern müssen.

Ein letztes Wort zu P-26: Die Meldungen über weitere sogenannte Stay-behind-Organisationen, geheime Widerstandsorganisationen in anderen Teilen Europas, haben, wie gesagt, zu weiteren Untersuchungstätigkeiten der Kommission geführt. Die Kommission wusste bereits im Sommer, dass Beziehungen zwischen P-26 und einem westeuropäischen Nato-Land bestanden haben. Allfällige Beziehungen zur Nato als solcher oder zu Nato-geführten Organisationen konnte die Kommission nicht erkennen. Wir haben in diesem Fragenbereich die Generalstabschefs Gygli, Senn und Zumstein einvernommen. Herr Vischer ist tot, und Herr Lüthy konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr einvernommen werden. Wir haben die Chefs der Stabsabteilung des Stabes der Gruppe für Generalstabsdienste, Gantenbein und Froidevaux, befragt, den Chef P-26 sowie weitere Mitarbeiter der Una. Wir haben die Akten von P-26, der Technischen Sektion und des Chefs der Stabsabteilung (CSA) unter diesem Gesichtspunkt nochmals unter die Lupe genommen und uns vom Chef P-26 sowie vom CSA einen Bericht erstatten lassen. Nach Aussagen des Chefs von P-26 hatte seine Organisation zur Nato oder zu Gruppierungen der Nato keine Beziehungen. Er musste allerdings einräumen, dass er angesichts der Anonymität seiner Partner dies auch nicht ausschliessen könne. Immerhin sei ein Nato-Bezug seiner Partner weder für ihn noch für die anderen Personen, die mit diesen Partnern Kontakt gehabt hatten, erkennbar gewesen. Mein subjektiver Eindruck geht dahin, dass hier die Wahrheit gesagt wird.

Die Generalstabschefs haben übereinstimmend ausgesagt, dass mit ihrem Wissen keine wie auch immer geartete schweizerische militärische oder der Verwaltung angehörende Stelle mit einer wie auch immer gearteten Nato-Stelle Kontakt gepflegt hätte. Sie hätten dies auch unterbunden, wenn ihnen dies zur Kenntnis gekommen wäre.

Der einzige Hinweis auf die Nato ist die Anschaffung der Uebermittlungsgesetze Harpoon. Diese Beschaffung erfolgte, was zumindest in der Technischen Sektion bekannt war, als Teilnahme an einer von mehreren europäischen Nato-Staaten getragenen Beschaffung dieser Geräte. Wie weit obere Chargen, namentlich Generalstabschef Lüthy, der die Beschaffung abgesegnet hatte, über diese Nato-Implication orientiert waren, konnten wir aus den genannten Gründen nicht mehr eruieren.

Die Kommission hat daher die Motion eingereicht, dass der Bundesrat diese Frage, der die Kommission aus Zeitgründen nicht mehr einlässlich nachgehen konnte, abklärt und dem Parlament darüber berichtet.

Die Motion 1 ist abzuschreiben, da der Bundesrat bereits beschlossen hat, die Organisation P-26 aufzulösen. Die Liquidation ist im Gang.

5. Zum ausserordentlichen Nachrichtendienst P-27: P-27 steht ebenfalls ausserhalb von Armee und Verwaltung. Dass eine Privatisierung von P-27 von der Arbeitsgruppe Bachmann erwogen worden war, trifft zu. Die Verbindung des AOND mit dem Staat – so die Arbeitsgruppe – durch die heutige Unterstellung unter die Una erschwert die Abschottung. Es ist daher zu prüfen, ob eine andere Lösung möglich wäre.

Die Arbeitsgruppe hielt fest: «Dies bedingt, dass auch die Verantwortung für die materielle Aufsicht und Beratung sowie für die Sicherheits- und Finanzkontrolle einem Aufsichtsrat übertragen wird, der völlig ausserhalb der Verwaltung steht.» Auch hier hat sich die Kommission, anders als der Gutachter, dafür ausgesprochen, dass eine solche Privatisierung demokratisch legitimiert sein müsse. Eine solche demokratische Legitimation für die Uebertragung einer Staatsaufgabe an eine private Organisation liegt nicht vor. Es fehlte auch an der politischen Führung und insbesondere auch an der parlamentarischen Oberaufsicht. Der sogenannte Konrat konnte diese parlamentarische Aufsicht nicht ersetzen.

Was die Tätigkeiten von P-27 betrifft, war die Kommission der Auffassung, dass solche ausserordentliche Nachrichtennetze aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit – ich verweise

auf die Meldesammelstelle Rigi, die Wikinglinie von Max Wai-  
bel, das Büro H2 während des Zweiten Weltkrieges – für die  
Schweiz unter Umständen von grossem Wert sein könnten.  
Die Kommission wollte daher P-27 nicht dadurch zerstören,  
dass sie den Quellenschutz durchbrochen und alle Einzelheiten  
voll ausgeleuchtet hätte. Das bewirkt allerdings, dass die  
Tätigkeit von P-27 durch die Kommission nicht vollständig dar-  
gelegt werden konnte.

Zwei Aktivitäten von P-27 halten wir indessen für Tätigkeiten,  
die nicht von einem geheimen ausserordentlichen Nachrichtendienst  
wahrgenommen werden müssen: Die Erarbeitung  
von strategischen Hintergrundberichten hat in der Una durch-  
aus ihren Platz, und auch das Abhören von Radio-Emissionen  
im Ausland kann durch die Una sichergestellt werden. Dafür  
braucht es keinen geheimen Nachrichtendienst.

Was die Kontakte des Chefs von P-27 mit seinen ausländischen  
Partnern betrifft, so kann dies durchaus ausserhalb der  
Verwaltung und der Armee am richtigen Ort angesiedelt werden.  
Die entsprechenden Vorkehrungen sind aber an die  
Hand zu nehmen, dass auch in diesem Bereich die politische  
Führung, die parlamentarische Kontrolle grundsätzlich wahr-  
genommen werden.

Was den Konrat betrifft, ist nach Erscheinen des Berichtes öf-  
ters darauf hingewiesen worden, dass dieser einer Empfeh-  
lung der Arbeitsgruppe Bachmann entsprochen habe, nament-  
lich dem sogenannten geheimen Teil.

Die Kommission – wer den Bericht gelesen hat, weiss es – hat  
sich einer eingehenden Würdigung des Konrates als solchem  
enthalten und nur bemerkt, dass für die im Konrat beteiligten  
Parlamentarier die Bemerkungen, die wir zur Gruppe 426 ge-  
macht haben, auch zutreffen.

Hinsichtlich der übrigen Mitglieder des Konrates hat die Kom-  
mission keinerlei Aussagen gemacht. Ich verweise darauf,  
dass die Arbeitsgruppe Bachmann auch in ihrem geheimen  
Bericht mit keinem Wort erwähnt, der Aufsichtsrat solle mit Pa-  
rlamentariern bestellt werden. Die Tätigkeit der Parlamentarier  
im Konrat unterliegt uneingeschränkt denselben Vorbehalten  
wie jene der Parlamentarier in der Gruppe 426. Wir beantragen  
Ihnen, die Motion 2 und das Postulat 1 in diesem Zusammen-  
hang zu überweisen.

Im Bereiche des Auslandnachrichtendienstes ist die Kom-  
mission im übrigen der Auffassung, dass ein zusätzlicher Nach-  
richtendienst, namentlich der Flieger- und Fliegerabwehr-  
nachrichtendienst, in der Schweiz keinen Platz hat und in die  
Una zu integrieren ist.

Zu den Beziehungen des Nachrichtendienstes zu ausländischen  
Nachrichtendiensten, insbesondere zum sogenannten  
Nachrichtenaustausch: Wir laden den Bundesrat mit den  
Postulaten 7 und 8 ein, diese Beziehungen auf die aussenpoli-  
tischen, namentlich die neutralitätspolitischen Zusammen-  
hänge zu überprüfen.

Letzten Endes nehmen wir angesichts eines umfassenden In-  
formationsbedürfnisses der politischen Führung die Idee des  
sogenannten strategischen Nachrichtendienstes auf und be-  
antragen die Ueberweisung des Postulates 2.

Ich komme zur politischen Würdigung: In einer politischen  
Würdigung darf zunächst nicht unerwähnt bleiben, dass ver-  
schiedene erkannte Fehlentwicklungen und festgestellte  
Schwachstellen vor und während den Arbeiten der Kom-  
mission auch vom Bundesrat festgestellt und zum Teil bereits be-  
hoben worden sind:

1. Im Bereich Nachrichtendienst ist die Bearbeitung der Front-  
organisationen eingestellt worden.
2. Im Bereich der Abwehr ist der Sonderbeauftragte des EMD,  
Herr alt Nationalratspräsident Dr. Franz Eng, eingesetzt wor-  
den, der den Betroffenen die Fichen zustellt und die Bearbei-  
tung der Karteien bei seinem Amtsantritt hat einstellen lassen.
3. Im Bereich der Sicherheitsüberprüfung hat der Bundesrat  
diesen Sommer neue Verordnungen geschaffen, und es liegt  
am Parlament, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen  
unverzüglich an die Hand zu nehmen, damit dieser Bereich  
untadelig gesetzlich abgedeckt ist.
4. Im Bereich P-26 hat der Bundesrat die Aufhebung und Liqui-  
dation dieser Organisation bereits beschlossen.

Der Bundesrat hat damit bekundet, dass er Fehler der Vergan-

genheit erkennt, anerkennt und auch bereit ist, die notwen-  
digen Massnahmen in die Wege zu leiten; in die gleiche Rich-  
tung geht seine Bereitschaft, die Vorstösse der Kommission zu  
übernehmen. In diesem Zusammenhang muss auch das Par-  
lament seine eigenen Versäumnisse darlegen. Gerade im Be-  
reich des Datenschutzes, der parlamentarischen Kontrolle,  
hat das Parlament allzu lange gezögert, seine Aufgaben wahr-  
zunehmen.

Die politische Bedeutung unserer Kommissionsarbeit glau-  
ben wir in drei Punkten zusammenfassen zu können:

1. Die Gestattung rechtsfreier Räume ist in einem demokrati-  
schen, dem Gedanken der Rechtsstaatlichkeit verpflichteten  
Staatswesen problematisch; das gilt insbesondere auch im  
militärischen Bereich. Das militärische Geheimnis ersetzt  
keine Zuständigkeitsnorm, und die Notwendigkeit, eine Tätig-  
keit geheimzuhalten, ist nicht schon hinreichender Grund,  
diese Tätigkeit auch tatsächlich zu entfalten.

2. Das Prinzip des Primats der politischen Führung ist auch  
gegenüber der Armee unverzichtbar. Die Armee ist ein Mittel in  
der Hand der politischen Führung, und diese Führung muss  
wahrgenommen werden.

3. Die parlamentarische Kontrolle ist im ganzen Bereich des  
Bundes, in Verwaltung und Armee, zu beachten. Die Kom-  
mission weist darauf hin, dass selbst der ehemalige USCNA, Herr  
Divisionär Schlup, in einem Schreiben von Anfang dieses Jah-  
res die parlamentarische Kontrolle der Una postuliert hat. Es  
wird nicht mehr möglich sein, sich von der Pflicht des Parla-  
mentes, Verwaltung und Armee zu kontrollieren, in diesen Teil-  
bereich zu entschlagen, aus Furcht, durch Kontrolle Schaden  
zu stiften. Wir müssen in diesem Bereich umdenken und ange-  
schlagenes Vertrauen wiederherstellen. Ich bin überzeugt,  
dass die einzige Methode dafür in der ernsthaften Wahrneh-  
mung unserer parlamentarischen Kontrollaufgabe besteht.  
Wir haben Schwachstellen aufgezeigt, wir haben sie kritisiert,  
und das Volk wird uns fragen: Wie wollt ihr sicherstellen, dass  
in Zukunft alles seine Ordnung haben wird? Als Parlamentarier  
haben wir nur ein Mittel: die Wahrnehmung unserer Kontroll-  
funktion. Das ist der Grund, weswegen wir Ihnen die parla-  
mentarische Initiative über die Parlamentsdelegation zur  
Oberaufsicht im Geheimbereich unterbreiten.

**M. Gautier:** Il est délicat, pour ceux qui ont participé aux tra-  
vaux de la Commission d'enquête, de s'exprimer sur son rap-  
port. D'une part, il nous est difficile, parce que nous sommes  
tellement imprégnés de ce sujet depuis huit mois que nous y  
travaillons, de prendre le recul nécessaire pour juger objec-  
tivement ce texte dont nous sommes solidairement responsa-  
bles. Nous serions, en le louant ou en le critiquant, à la fois  
juge et partie. D'autre part, nous ne pouvons parler que de ce  
qui figure dans le rapport – ce qui serait une perte de temps  
inutile – car pour ce qui n'y figure pas, nous sommes liés par le  
secret de fonction. Dans ces conditions, je laisse à l'un de mes  
collègues libéraux le soin de vous faire part des louanges et  
des critiques que notre groupe a formulées hier au cours de sa  
séance, me limitant à quelques remarques sur le fonctionne-  
ment de notre commission et, de manière plus générale, sur  
les avantages et les inconvénients des commissions d'en-  
quête parlementaires.

Je voudrais dire tout d'abord que la Commission d'enquête a  
travaillé dans un excellent esprit de collaboration, pratique-  
ment sans heurts, sans affrontements, ce qui n'allait pas de soi  
pour une commission groupant dix parlementaires représen-  
tant sept groupes ou partis. Cette bonne atmosphère était cer-  
tainement due au bon caractère des dix parlementaires, mais  
aussi à la parfaite efficacité de notre président Carlo Schmid.  
Je ne voudrais pas faire rougir M. Schmid, mais je tiens à lui  
dire notre reconnaissance pour la manière dont il a conduit  
nos travaux, alliant la fermeté des montagnards d'Appenzel  
au charme latin de ses origines transalpines. Il a su diriger nos  
travaux avec tact, fermeté et souplesse, ne ménageant ni son  
temps ni sa peine, ni peut-être même sa santé, étant toujours  
disponible et efficace. Sans M. Schmid, je ne suis pas du tout  
certain que le rapport aurait pu vous être présenté à cette ses-  
sion, ni que sa qualité eût été la même. Merci, mon cher collè-  
gue, de nous avoir si bien présidés!

Un problème se posait à la Commission d'enquête: jusqu'où aller dans ses investigations et dans ses révélations? Nous nous sommes constamment trouvés devant le dilemme d'en faire trop ou trop peu. En en disant trop peu, nous aurions déçu l'espoir que le Parlement et l'opinion publique avaient mis en nous. En en faisant trop, nous risquions de nuire à l'intérêt supérieur du pays dans des domaines aussi sensibles que notre Service de renseignements ou les organisations secrètes. Il y a, qu'on le veuille ou non, des domaines de l'activité de l'Etat qui ne peuvent ni ne doivent être débattus sur la place publique. *Primum, non nocere*, «premièrement, ne pas nuire», est un axiome que l'on apprend aux médecins. Il me paraît aussi valable en politique. Je crois sincèrement que notre rapport a su rester dans le juste milieu, n'en disant ni trop ni trop peu.

Un autre point que je voudrais aborder, c'est celui des commissions d'enquête parlementaires en général. La question se pose avec acuité, puisque l'Assemblée fédérale en a décidé deux en une année. Il ne faudrait pas que cette cadence se poursuive. Selon la loi sur les rapports entre les conseils, l'instauration d'une commission d'enquête parlementaire est nécessaire lors d'événements de grande importance. Qu'est-ce que des événements de grande importance? Ceux survenus au Département fédéral de justice et police, avec la démission du chef de ce département, en étaient certainement. Pour la découverte de fichiers au Département militaire, cela était moins évident, mais notre rapport démontre que cette enquête était nécessaire. Il ne faudrait cependant pas continuer sur cette voie, même si l'on peut penser que dans chaque département il y aurait des choses à découvrir et à corriger, mais cela c'est aussi le travail de la Commission de gestion.

L'instauration d'une commission d'enquête ne va pas sans inconvénients. Pour l'Assemblée fédérale d'abord, et en particulier pour les membres de la Commission d'enquête. J'ai tenté d'établir une petite statistique du temps consacré à cette commission. Personnellement, et c'est, je pense, à peu près la même chose pour tous les membres de la Commission d'enquête, j'ai pris part à 94 séances. Pour m'y rendre, j'ai accompli 58 fois le trajet Genève-Berne et retour, c'est-à-dire environ 18 000 kilomètres et 200 heures de train. En aucune manière je ne le dis pour me plaindre ou pour me vanter, car le travail a été passionnant et s'est déroulé, je le répète, dans une atmosphère tout à fait agréable. Si je le dis, c'est que, pour des parlementaires de milice, nous sommes arrivés aux limites des possibilités si nous ne les avons pas déjà dépassées! Ce genre d'exercice peut se faire, mais il doit rester exceptionnel.

Un autre problème posé par une commission d'enquête, c'est la surcharge de l'administration. Le rapport signale les difficultés que notre commission a rencontrées pour obtenir des services du Parlement et de la Chancellerie fédérale le personnel auxiliaire nécessaire. Si ces deux institutions n'ont mis que peu de zèle à aider la Commission d'enquête, c'est parce qu'elles ne disposent pas elles-mêmes des réserves de personnel et qu'en en prêtant à la Commission d'enquête elles s'empêchent elles-mêmes d'accomplir leur propre travail. Vous aurez tous remarqué ce matin que nous avions sur notre pupitre une lettre des services du Parlement se plaignant des difficultés qu'ils avaient dans le domaine du personnel.

Et puis, une commission d'enquête et son rapport débouchent inévitablement sur des critiques et notre commission n'a pas ménagé celles qu'elle adresse à un certain nombre d'intéressés, depuis les conseillers fédéraux anciens ou actuels jusqu'au plus humbles fonctionnaires, en passant par quelques parlementaires. Or, il se trouve que presque tous ceux que nous critiquons ont peut-être commis des erreurs, mais presque toujours avec l'intention de servir au mieux de leur conscience les intérêts supérieurs du pays.

Il ne faut pas non plus oublier que c'est en 1990, dans la période de détente que nous connaissons depuis peu d'années, que nous jugeons des faits remontant à la pire période de la guerre froide, à l'arrivée des chars russes à Prague, à Budapest ou en Afghanistan; époque où l'on pouvait craindre le pire pour notre pays. Qu'à cette période, on ait cru nécessaire de préparer une forme de résistance en territoire occupé ou d'améliorer notre Service de renseignements, cela est normal.

Comme le fait remarquer le Conseil fédéral dans sa prise de position sur le rapport, il y a toujours conflit dans ce genre d'affaire entre le maintien du secret et la transparence démocratique. Qu'à l'époque, on ait donné plus d'importance au secret, garant de l'efficacité, peut se comprendre. Il faut faire un effort pour se replacer dans le climat d'il y a une dizaine d'années. Pour juger ces événements, il faudrait obéir au conseil de Lamartine, donné à propos du jugement porté sur Louis XVIII, il y a quelque 160 ans, et qui me servira de conclusion: «Nul ne doit être apprécié que dans la situation qui lui est faite par le temps, les événements, les circonstances au milieu desquelles il est placé par une force des choses indépendante de lui.» C'est dans ce sens que je comprends le rapport de la Commission d'enquête parlementaire.

**Seiler:** Es ist nach einer so aufwendigen Kommissionsarbeit nicht einfach, diesen Bericht nun aus einer gewissen Distanz zu würdigen. Mit einer Akribie sondergleichen sind wir Dutzenden von Spuren gefolgt, um an deren Ende etwas zu finden, das zu dem grossen Zusammenspiel der Una gehören könnte. Wir haben in der Vergangenheit gebohrt, manchmal zurückgehend bis in den Zweiten Weltkrieg. Das Gefundene und Festgestellte ist alles ausgedacht und aufgebaut worden, als das politische Klima in unserer Welt und im besonderen auch in Europa rauher und kälter war als heute. Wir vergassen oft bei dieser Arbeit, die wir leisteten, uns zu fragen, warum denn damals alles anders gelaufen war, als es von uns 1990 gemacht würde. Es fällt uns allgemein schwer, uns heute, erst ein paar Jahre nach Beendigung des kalten Krieges, vorzustellen, dass der Kommunismus bis in die zweite Hälfte des vergangenen Jahrzehnts immer noch die Weltherrschaft anstrebte. Die im Osten immer grösseren und weiter reichenden Raketen, Flugzeuge und Panzer liessen noch vor ein paar Jahren vielen Westeuropäern einen kalten Schauer den Rücken hinunterjagen.

Das Postulat Jaeckle ist ja auch nicht zufällig 1956 eingereicht und vom Bundesrat übernommen worden. Dieses entstand sicher aus der echten Besorgnis, nach dem Ungarnaufstand könnte gelegentlich von den Russen auch ein westliches Land brutal besetzt werden und man müsse sich deshalb frühzeitig rüsten. In den Jahren 1981/82, als die sogenannte neue Organisation P-26 aufgebaut wurde, war unsere Welt, und auch Europa, alles andere als in Ordnung: Am 27. Dezember 1979 fiel die Sowjetarmee in Afghanistan ein. Schon während des ersten Kriegsjahres 1980 sind in Afghanistan 1 Million Leute ums Leben gekommen, und mehr als 3 Millionen haben dieses Land als Flüchtlinge verlassen müssen. Ebenfalls im Jahre 1980, zur Zeit, als die geheimen Organisationen neu aufgebaut wurden, also auch noch zur Zeit der Untersuchungen des Falles Schilling durch eine nationalrätliche Kommission, streikten in Danzig die Werftarbeiter. Unter ihrem Anführer, Lech Walesa, forderten sie mehr Freiheit und bessere Lebensbedingungen. Dadurch fühlte sich der offizielle polnische Staat bedroht, und es stand auf Messers Schneide, wann die russische Walze über dieses Land rollen und die freiheitlichen Bewegungen zermalmen würde. Vor allem diese beiden Ereignisse liessen die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten aufs tiefste abkühlen. Manche sprachen damals von einem Höhepunkt des kalten Krieges. Warum bringe ich diese Feindbilder wieder hervor? Heute, wo wir in einer Zeit der – wahrscheinlich – bedeutendsten Entspannung seit dem Zweiten Weltkrieg leben, den Abbruch des Eisernen Vorhangs miterlebt haben und wahrscheinlich eine friedliche Zeit vor uns haben, kann man sich fragen, warum man das wieder hervorholen soll. Ich möchte damit ein bisschen Verständnis erwecken für das Tun von Persönlichkeiten in unserer Armee, aber auch in unserer Verwaltung, die damals alle Willens waren, für unser Land das Richtige zu tun. Im grossen Eifer, den sie an den Tag gelegt haben, sind ihnen Fehler unterlaufen, und sie konnten – wie wir praktisch alle – sich gar nie vorstellen, dass die östlichen sozialistischen Regimes eines Tages plötzlich wie Kartenhäuser zusammenfallen würden. Geheimorganisationen haben nur Sinn, wenn sie wirklich geheim bleiben. Diese oberste Maxime verhinderte damals sehr wahrscheinlich, dass offen über diese Organisationen gespro-

chen worden ist. Die Befürchtung bei den Insidern war gross, dass durch das Ausarbeiten von Rechtsgrundlagen und die Bestellung einer kompetenten Kontrolle durch das Parlament solche Organisationen zu stark entblösst würden und ihre Existenz damit gefährdet worden wäre. Heute ist vor allem bei der Widerstandsorganisation P-26 die Frage der rechtlichen Grundlage eigentlich schon nicht mehr opportun. Die Kommission und – wie wir vernommen haben – auch der Bundesrat sind der Meinung, dass diese geheime Organisation aufzulösen sei.

Beim zweiten geheimen Dienst, dem ausserordentlichen Nachrichtendienst, kommt übrigens Gutachter Professor Grisel zu einem interessanten Schluss auf die Notwendigkeit einer Verfassungsgrundlage: «Wenn die Widerstandsorganisation ohne ausdrückliche Verfassungsgrundlage geschaffen werden konnte, so gilt dies in noch verstärktem Masse für den ausserordentlichen Nachrichtendienst. Seit jeher ist der Nachrichtendienst jeder Armee unentbehrlich. Dementsprechend genügen die vom Bund zustehenden Militärkompetenzen, um die Errichtung eines ordentlichen oder ausserordentlichen Nachrichtendienstes zu rechtfertigen.»

Herr Professor Grisel fragt sich, ob im Fall des ausserordentlichen Nachrichtendienstes nicht sogar von einer Art «gewohnheitsrechtlicher Regel» gesprochen werden könnte, welche es dem Generalstab und seinen Diensten gestattet, ohne ausdrückliche gesetzliche Grundlage Aktivitäten dieser Art zu veranlassen. Heute, in einer Zeit des Vertrauensschwundes gegenüber unseren Behörden, ist es sicher zweckmässig, nicht nur den gesamten Nachrichtenapparat neu zu überdenken, sondern ihn auch auf eine saubere Rechtsgrundlage zu stellen. Im Zeitalter neuer Bedrohungen könnte ich mir auch sehr gut einen strategischen Nachrichtendienst vorstellen. Ich möchte aber nicht so weit gehen und vorschlagen, auch den militärischen Nachrichtendienst bei der Una aufzulösen. Ein möglicher strategischer Nachrichtendienst, vor allem, wenn nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, würde möglicherweise andere Schwerpunkte setzen als der bisherige Dienst. Damit könnte es leicht passieren, dass der militärische Nachrichtendienst vernachlässigt würde. Dadurch, dass man von Abrüstung redet, sind noch keine Panzer, Flugzeuge und Raketen verschrottet. Auch die Schwächung oder baldige Auflösung des Warschauer Paktes ist noch keine absolute Garantie, dass in Europa kein Konflikt mehr ausbrechen kann. Die Sowjetunion ist nach wie vor eine hochgerüstete militärische Grossmacht und wird es sehr wahrscheinlich auch bleiben.

In der Ueberzeugung, dass wir mit unseren Vorschlägen ein Stück Vergangenheit bewältigen können, werde ich diesen zustimmen.

Es ist mir zum Schluss noch ein Bedürfnis, unserem Kommissionspräsidenten für die immense Arbeit, die er geleistet hat, zu danken. Er war ein überlegener Präsident, dem es vorzüglich gelang, die gemischte Zehner-Kommission zu einem fruchtbaren Team zusammenzukitteln.

**M. Ducret:** Vous avez nommé il y a quelques mois une commission d'enquête, il fallait bien vous attendre à ce qu'elle vous livre aujourd'hui son rapport. Le rapport d'une enquête, c'est toujours une analyse des faits. Ce n'est pas un simple discours, c'est la réalité constatée, vérifiée. Personnellement, j'endosse la responsabilité de tout ce qui est écrit dans ce rapport. On aurait pu l'écrire autrement, sans doute. Mais, les faits sont résistants, même aux discours, et ce qui existe ne peut pas être transformé. A mon avis, ce rapport est correct.

Certains sont en train de le dramatiser et organisent des disputes à son sujet, publiques ou privées. Il y a des réactions passionnées parce que certains croient que l'on attaque leur idée profonde de la défense nationale. D'autres croient qu'on les attaque personnellement sur des fautes qu'ils auraient commises. Ces passions, ces disputes apporteront-elles quelque chose à la vie sereine de ce pays? Evidemment non. Il est clair que ce qu'il faut ressortir de ce rapport, c'est tout d'abord apprendre puis réformer.

A M. Villiger qui est sans doute un peu inquiet aujourd'hui de ces longues discussions, je voudrais dire que la réaction du

Conseil fédéral était tout à fait celle que nous attendions. Les quatre motions et les huit postulats présentés sont soutenus par le Conseil fédéral. C'est un événement rare et même exceptionnel parce que, dans cette enceinte, les motions sont en général refusées ou tombent dans les oubliettes. Or, ces motions et ces postulats demandent des choses que le Conseil fédéral est d'accord d'entreprendre. Dans ce domaine que nous avons trituré, accepter ce que nous proposons à la fin de notre rapport est réellement la meilleure reconnaissance que l'on peut attendre et ensuite réformer à la suite d'une telle enquête. Et je tiens vivement à vous remercier, Monsieur Villiger, pour votre position et pour celle du Conseil fédéral dans son entier.

Je ne reviendrai pas sur le contenu du rapport mais je voudrais vous faire part de nos sentiments vis-à-vis de tous les collaborateurs que nous avons rencontrés, qui pensent, qui croient être ou sont sur la sellette aujourd'hui, eux aussi.

Tout d'abord, en ce qui concerne les collaborateurs du renseignement: il est indiscutable que pour un petit pays comme le nôtre, faire du renseignement pour se protéger, pour être averti, pour être au fait des événements qui pourraient nous menacer est absolument essentiel et c'est ce que font nos services de renseignements et leurs collaborateurs dont les conditions financières sont très insuffisantes. La modestie même des moyens à leur disposition rend d'autant plus reconnaissant votre serviteur des résultats qu'ils obtiennent. Tout ce que nous avons pu savoir est que l'exploitation des renseignements qu'ils reçoivent est exceptionnelle, qu'elle est considérée par les autres pays comme étant de grande qualité. Si nous ne sommes pas performants quant à la recherche – que l'on appelle espionnage et, pudiquement, renseignement – c'est parce que nous ne leur en donnons pas les moyens. Et, pour un pays qui entend et qui a entendu jusqu'à présent se défendre – et j'espère qu'il continuera à le vouloir malgré les circonstances moins dramatiques et menaçantes, heureusement, dans les pays étrangers – il faut dire que le renseignement est essentiel. C'est la première pierre de l'édifice de la défense: il faut être renseigné. D'ailleurs, on le sait en matière commerciale aussi.

Les collaborateurs de la sécurité, spécialement visés par notre recherche au sujet des fiches, sont des personnes qui, avec une grande conscience professionnelle, avec quelques égarements et quelques erreurs ici ou là, essaient de faire en sorte que nous soyons en sécurité au niveau de nos préparatifs militaires, ce qui est essentiel. Les affiches que les plus anciens d'entre nous ont encore en mémoire ou dans les yeux: «Les murs vous écoutent», «La cinquième colonne», sont des réalités. On expulse rarement un diplomate parce qu'il a écrasé un chat ou un chien – j'espère que les vôtres n'ont pas subi ce triste sort – mais on expulse des diplomates ou des «prétendus diplomates» parce qu'ils espionnent. Nous le savons. Notre sécurité passe donc aussi par un contrôle de ce que certains font dans ce pays. Nous proposons des solutions meilleures que celles qui étaient utilisées mais, personnellement, je suis non seulement convaincu que cette sécurité est indispensable mais qu'il faut la renforcer, parce que les lacunes constatées proviennent peut-être plus du manque de moyens que de la qualité de ceux qui servent notre sécurité et auxquels il faut témoigner notre reconnaissance.

Les collaborateurs de l'organisation de résistance sont mis dans une curieuse situation parce que notre rapport indique clairement que les bases juridiques étaient suffisantes. Nous ne pensons pas que dans un Etat démocratique comme le nôtre, et comme d'autres aussi, on puisse échapper à un certain contrôle parlementaire, même si quelques uns affirment aujourd'hui qu'un contrôle parlementaire est impossible. Qu'ont essayé de faire les deux responsables de P-26 et P-27, sinon d'instituer un certain contrôle parlementaire en demandant à des dévoués collègues, députés ou anciens députés au Conseil national ou au Conseil des Etats – qui doivent aussi bénéficier de notre reconnaissance et de notre confiance – de venir leur conseiller?

Il est donc tout à fait possible, comme nous le souhaitons, que pour continuer une telle entreprise, si elle s'avère utile, indis-

pensable ou seulement nécessaire, on puisse confier à des parlementaires, de manière tout à fait claire, la mission de contrôle ou de surveillance. Ceux qui ont participé à ces contrôles l'ont fait honnêtement, comme l'a dit tout à l'heure M. Gautier, en pensant servir leur pays.

Je dirai encore quelques mots à propos de ceux qui servaient dans cette armée secrète. Ce sont des gens de sacrifice, car chacun sait qu'en temps de guerre le nombre de morts dans une armée est bien inférieur au nombre de morts dans une armée secrète – l'histoire récente le démontre – et ces gens ont accepté de courir ce risque éventuel, non pas pour maintenir en place un système politique qu'il faut défendre à tout prix, mais pour défendre notre démocratie actuelle, cette démocratie pluraliste qui ne représente pas l'affrontement de deux blocs mais une entente entre plusieurs partis, entre tous ceux qui veulent bien collaborer à la gestion de ce pays.

Personnellement, je dois dire que je suis un peu triste pour ceux qui ont passé des jours ou des semaines à s'instruire, à faire ce travail, et qui voient aujourd'hui cette activité s'arrêter, pour des raisons que je défends: cette activité, dans les conditions où elle s'exerce, doit cesser. Je suis triste pour eux car je suis sûr qu'au fond d'eux-mêmes, ils ont été poussés, tout comme ceux qui ont conçu et promu cette activité, par l'intérêt général de notre pays. Nous devons nous en souvenir au moment où nous sommes tentés de porter des accusations ou de trancher dans le vif. Pour faire aujourd'hui un bon travail, nous devrions accepter les motions, avec les modifications éventuelles que le Conseil fédéral souhaiterait y apporter, accepter les postulats afin que ce nous vous aurons appris soit de quelque utilité.

**Frau Bühler:** Ich möchte meine Ausführungen in drei Themenkreise aufteilen: erstens die Arbeit in der Puk, zweitens Fakten und Erkenntnisse und drittens ein Blick in die Zukunft.

1. Zur Arbeit in der Puk: Hier gebührt ein grosser Dank unserem Präsidenten. Er hat eine gewaltige Arbeit geleistet, und nur der Wunsch unseres Ratspräsidenten, man sollte sich kurz fassen, hindert mich daran, bereits am Anfang auszufern.

Es war keine leichte Aufgabe. Wir haben nichts erfahren, wonach wir nicht gefragt hätten. Wir hatten es mit Leuten zu tun, die auf Geheimhaltung geradezu programmiert sind und denen die Geheimhaltung vermutlich zur zweiten Natur geworden ist.

Richtig zu fragen, das ist eigentlich die Voraussetzung, um eine richtige Antwort zu bekommen. Und richtig fragen kann man nur, wenn man die Antwort in etwa ahnt oder sogar kennt. Aber selbst wenn wir die richtigen Fragen stellten, bekamen wir nicht immer die richtigen Antworten. Hin und wieder waren es falsche Antworten, wie Sie im Bericht erkennen können. Die Spurensuche war mühsam, aber – der Bericht belegt es – doch recht erfolgreich.

Die Arbeit war von eigentlichen Schrecksekunden begleitet. Wir fanden Dinge, die wir nie und nimmer erwartet hätten und die wir uns so nicht vorgestellt hatten. Es bleibt nach getaner Arbeit ein Gefühl, nicht durch den Bodensatz hindurchgestossen zu sein. Dazu beigetragen hat das in buchstäblich letzter Minute aufgetauchte Stichwort Gladio.

2. Zu den Fakten und Erkenntnissen: Zu den Fakten kann ich mich kurz fassen. Sie sind ausführlich dargelegt im Bericht, und die Schlüsse daraus haben ihren Niederschlag in den Anträgen gefunden. Der Bericht enthüllt Sensationelles wie P-26, aber auch weniger Sensationelles und trotzdem Schlimmes. Vielleicht deshalb weniger Sensationelles, weil wir uns seit dem Bericht der Puk 1 bereits daran gewöhnt haben. Ich denke hier an die Fichierung und Beschnüffelung von Bürgern und ihrer Ueberzeugungen.

Neu und in meinen Augen absolut sensationell ist die Art und Weise, wie im Finanzbereich das Parlament hinters Licht geführt wurde. Man hat mit uns Blindkuh gespielt! Der Bericht redet in diesen Belangen Klartext, und dem ist nichts beizufügen.

Wichtiger als bei den Fakten zu verbleiben scheint mir, rasch zu den Erkenntnissen und Wertungen vorzustossen, die, je nach Standort, verschieden ausfallen müssen.

Erschreckend für mich war die Erkenntnis, dass es offenbar in

unserer demokratischen Gesellschaft, in unserem demokratischen Staat eine verschworene Gesellschaft gibt, Leute, die mehr wissen als andere, die Geheimnisse hüten, die den Durchblick haben, die wissen, wen man im Fall der Fälle verhaften und internieren muss, und dies im Gegensatz zum Rest des Volkes – ich schätze es ist eine Mehrheit –, der nicht merkt, dass er den östlichen Unterwanderungsversuchen auf den Leim kriecht. Alle, Linke, Alternative, Grüne, Friedensbewegte, aber auch Drittwelt-Aktivistinnen, Frauengruppierungen, Fremdarbeiterbetreuer, Anti-AKW-Bewegungen, religiöse Gruppierungen, sind verdächtig. Diese Gruppierungen könnten als eine der Front- oder Einwirkorganisationen unterwandert, gesteuert oder manipuliert sein und ihre Mitglieder als «nützliche Idioten» von Moskau missbraucht werden.

Diese Aufzählung, diese Qualifizierung, stammt nicht von mir, sondern aus den Unterlagen der Una. Ich empfehle Ihnen die Lektüre der Seiten 75 bis 79. Sie werden eine richtige Geisterbahnfahrt miterleben. Wer dabei rasch bereit ist, auf das Trauma des kalten Krieges zu verweisen und die realen Gefahren von damals zu beschwören, den möchte ich bitten, auf Seite 78 nachzuschlagen. Ende 1989 – es ist kein Jahr her, die Mauer von Berlin war bereits gefallen – spricht ein Bericht der Una von den Tarnorganisationen und davon, dass sich hinter der Fassade der friedlichen Koexistenz als wahre Absicht «die endgültige Auflösung des kapitalistischen Systems verberge». Der Autor des Berichtes warnt davor, dass in naher Zukunft – es müsste heute sein – wichtige «Gefechte» dieses verdeckten Kampfes auf wissenschaftlichen Kongressen stattfinden würden; die Sowjetunion sei darauf vorbereitet. Geschrieben Ende 1989! Da kann man nur fragen, hinter welchen Mauern diese Nachrichtenleute leben.

Eine zweite Erkenntnis ist nicht minder erschreckend: Diese verschworene Gesellschaft, wie ich sie genannt habe, verfügt über Machtmittel, über eine kleine, aber gut ausgerüstete, bewaffnete Truppe. Es heisst, die Mitglieder seien aus dem ganzen Volk ausgewählt, gewissermassen ein Querschnitt unseres Volkes. Ich frage Sie, wie viele wohl darunter waren, die den vorgenannten Gruppierungen nahestehen: Grüne, Linke, Atomgegner, Drittwelt-Aktivistinnen usw. Diese Truppe wurde im geheimen ausgewählt, im geheimen ausgebildet, nur die Finanzen waren öffentliche Gelder, allerdings im geheimen abgezweigt.

Im Zusammenhang mit dieser Geheimorganisation bleiben einige Fragen offen. Ich erinnere mich an Sprengstoffattentate auf Strommasten, die – so hiess es – mit grosser Fachkenntnis und ausgesuchter Präzision ausgeführt wurden und deren Täter man nie eruieren konnte. Ich erinnere auch an die Zerstörung des Besucherpavillons auf dem Gelände von Kaiser-Augst. Die Untersuchung wurde aus unerklärlichen Gründen plötzlich fallengelassen, die Täter wurden nie gefasst. Falls Sie meine offenen Fragen als allzu unpassend und exotisch empfinden, bitte ich Sie, sich an die ungeheuerlichen und beleidigenden Vermutungen zu erinnern – die ich eben zitiert habe – gegenüber Bürgern, die sich irgendwie, irgendwo engagieren und die nicht merken sollen, dass sie von Moskau ferngesteuert sind.

Ich füge eine weitere, zugegeben sehr exotische Frage an: Was wäre passiert, wenn die Abschaffung der Armee knapp angenommen worden wäre? Hätten die Exponenten der Armee – die ohne mit der Wimper zu zucken die Landesregierung ungenügend informierten, die das Parlament hinters Licht führten mit der verdeckten und rechtswidrigen Finanzierung von P-26 und die ihre kleine, aber gut ausgerüstete und gut ausgebildete Spezialtruppe ohne jede politische Bremse hätten starten können – ihre eigene Abschaffung hingenommen? Ich weiss, die Frage ist provozierend, aber im Zusammenhang mit P-26 habe ich viel Unglaubliches und Udenkbares erlebt. Ich unterstelle niemandem eine schlechte Absicht, aber vergessen kann ich das Szenario «Innerer Umsturz» nicht.

Peinlich war der Versuch des EMD, die Legalität von P-26 und P-27 nachzuweisen. Der Versuch musste kläglich scheitern. Unser Bericht redet auch hier Klartext. Aergerlich auch, dass die Organisation vorerst als Kaderorganisation verkauft werden sollte, aus der heraus die Widerstandsorganisation

dann erst organisiert worden wäre. Das war irreführend. Aergerlich auch der Versuch, von politischen Sicherheitsbolzen zu sprechen, die sich bei näherem Hinsehen als inexistent erwiesen. Es besteht sogar die Möglichkeit, dass die Organisation von ihrer Struktur her auf unterer Stufe in Marsch gesetzt wird.

Eine Erkenntnis, die mich als Parlamentarierin ganz besonders betroffen machte, ist die Tatsache, dass Kontrollmechanismen in der Verwaltung und auf der parlamentarischen Seite versagen können. Ich denke an die Instrumente der Finanzkontrolle, der Finanzkommission und der Finanzdelegation. Offenbar ist es möglich, dass hier gruppendynamische Prozesse ablaufen, wo jeder dem anderen vertraut, glaubt, es müsse alles seine Richtigkeit haben, wenn doch beispielsweise der Generalstabschef oder der Chef der Finanzkontrolle versichern, es sei schon in Ordnung und immer so gemacht worden. In dieses Kapitel gehören auch die «Feigenblattkommissionen», die sogenannten Bei- und Konräte. Ich werfe hier keine Steine. Ich komme mir nämlich als gewöhnliches Parlamentsmitglied ebenso für dumm verkauft vor.

3. Ich komme zum dritten und letzten Themenkreis, dem Blick in die Zukunft: Wo stehen wir, was wissen wir? Ich muss Ihnen sagen, und ich habe es Ihnen schon gesagt, dass ich ein viel schlechteres Gefühl habe als am Ende der Arbeit in der Puk 1. Dort schien alles genügend ausgeleuchtet. Hier sehe ich mich einem undurchsichtigen Geflecht gegenüber. Einem Geflecht, in dem strikte nach dem Prinzip des «need to know» gehandelt wird. Jeder weiss nur soviel, wie er wissen muss, mehr will er nicht wissen. Wenn also z. B. versichert wird, dass das alles mit der Nato oder einer geheimen Organisation im Ausland nichts zu tun habe, so heisst das gar nichts. Die allfälligen Verbindungen mit dem Ausland müssten – so meine ich – von einer parlamentarischen Kommission untersucht werden. Anzunehmen, dass ausgerechnet hier aus freien Stücken etwas aufgedeckt werden sollte, ist allzu blauäugig. Es darf nicht sein, dass etwas in das «Jahr I nach Puk» hinübergerettet wird! Beim Blick in die Zukunft spielt der Bundesrat eine zentrale Rolle. Er muss die Verwaltung führen. Und da – meine ich – muss sich allerhand ändern. Er müsste gelegentlich die Samthandschuhe ausziehen und den Besen zur Hand nehmen. Der frischgebackene Nationalratspräsident hat in seiner Antrittsrede eine bemerkenswerte Äusserung getan. Er sagte: «Viele Bürger zweifeln heute an der Qualität der Führungsarbeit auf Bundesstufe. In diesen Zweifel einbezogen ist auch der Bundesrat.» Damit kann man nur einverstanden sein. Auf den konkreten Fall bezogen würde ich folgendes sagen: Was sich der Bundesrat im EMD von den Spitzenbeamten gefallen lässt, das grenzt an Selbstaufgabe. Ich erinnere an die wahrheitswidrige «Sprachregelung»; ich erinnere an den unglaublichen Vorgang, dass der Generalsekretär seinen Chef auffordert, selber Nachschau zu halten, ob es im EMD Fichen gibt. Und tatsächlich, es findet sich, wonach der Chef mehrmals im Beisein von Spitzenbeamten vergeblich gefragt hat. Da wäre, Herr Bundesrat, ein Gewittersturm, der bekanntlich Bäume fällen kann, fällig gewesen.

Als unbefriedigend empfinde ich auch die Stellungnahme des Bundesrates zum Puk-Bericht. Zwar anerkenne ich, dass der Bundesrat die Anträge der Kommission annimmt und auch im übrigen an mehreren Stellen der Puk und deren Schlüssen zustimmt. Doch ist an allzu vielen Stellen die Tendenz zur Verharmlosung unübersehbar. Der Bundesrat spricht z. B. von «Einzelfällen» und «Fehlleistungen» und davon, dass nicht systematisch bespitzelt worden sei. Die Sache mit der Bespitzelung von Frontorganisationen und von politischen Gesinnungen, Herr Bundesrat, hatte durchaus System. Das waren keine Fehlleistungen, sondern das war Pflichterfüllung im Rahmen eines – leider! – bestehenden Auftrages. Dass nicht mehr auf diesem Gebiet gemacht wurde, hängt nur mit der Knappheit der personellen Mittel zusammen – es liegen schriftliche Klagen von Una-Beamten vor – und hat keinesfalls etwas mit besserer Einsicht zu tun.

Falsch ist es, wenn der Bundesrat in seiner Stellungnahme schreibt, Widerstand sei ein wichtiges Element der Dissuasion. Das ist – auf den konkreten Fall P-26 bezogen – irreführend; geheime Dissuasion gibt es nämlich nicht.

Schliesslich ist es unstatthaft, auf die damalige historische Lage hinzuweisen. Lesen Sie die Berichte aus dem Jahre 1987 und von Ende 1989, die die Notwendigkeit der Bespitzelung von Frontorganisationen und Einwirkorganisationen begründen. Sie kommen zum selben Schluss wie ich: Wer Ende der achtziger Jahre solches schreibt, muss auf einem anderen Planeten leben, allerdings mit Bundessalär.

Vor diesem Hintergrund muss die bundesrätliche Rechtfertigung, dass ohne Inlandaktivitäten «viele Lagebeurteilungen über das ausländische politische und strategische Geschehen Stückwerk bleiben müssten», unglaublich lächerlich anmuten. Wozu sollen denn die Nachrichtendienste dienen, wenn die Realität nicht wahrgenommen wird?

Völlig unannehmbar ist, dass in der bundesrätlichen Stellungnahme einmal mehr versucht wird, das Parlament auf den Bericht der Arbeitsgruppe Bachmann festzunageln. Niemals kann mit jenem Bericht gerechtfertigt werden, was in der Zwischenzeit aufgebaut wurde, nämlich eine einsatzfähige Truppe ausserhalb von Armee und Verwaltung, ohne jede parlamentarische Kontrolle und verdeckt und illegal aus öffentlichen Mitteln finanziert!

Wir sind im Begriff, ein Lehrstück mitzuerleben. Sind wir auch in der Lage, daraus zu lernen? Ich meine, es ist unsere Pflicht, daraus zu lernen. Dies ist die Stunde des Parlamentes und nicht die Stunde der parteipolitischen Giftmischerei.

Ich schliesse mit einem Zitat aus der Rede von Nationalratspräsident Bremi: «Neben uns vorbei darf nichts Entscheidendes mehr geschehen.» Dem ist nichts beizufügen.

**M. Masoni:** Le fait de m'être opposé à la désignation d'une deuxième commission d'enquête ne m'empêche pas de remercier nos collègues membres de cette commission qui ont su, malgré la pression du temps et de quelques médias, nous donner un rapport complet, en toute indépendance, et surtout nous proposer des solutions concrètes pour le futur, dans l'espoir toutefois qu'on sache envisager ce futur avec plus d'optimisme que Mme Bühler.

Es ist zu betonen, dass die Kommission in ihrem Ermessen eher streng war. Im Zweifelsfall hat sie die schonungslosere Auslegung gewählt, was ihr sicher den Vorwurf der Toleranz oder der Nachlässigkeit gegenüber Fehlern erspart. Dies trifft zu im Falle Kohlschütter, wo sie die Meinung des mit der Untersuchung beauftragten Bundesrichters Pfisterer nicht teilen könnte. Dies gilt auch im Falle der Verfassungs- und Gesetzesgrundlage sowohl der Nachrichtendienste als auch der Widerstands-Kaderorganisation. Hier scheint die Kommission zum Teil mit den Experten die gesetzlichen und verfassungsmässigen Grundlagen zu bejahen, sie jedoch betreffend die Delegation der Widerstandsaufgabe an Dritte anhand eines Zitates des Experten Professor Grisel abzulehnen. Ich weiss nicht, ob das Zitat falsch gewählt wurde. Aber aus diesem Zitat würde ich als Laie, als Nichtmitglied der Kommission, das Gegenteil herauslesen, d. h. dass mindestens eine gewohnheitsrechtliche Grundlage besteht. Ich hätte zu diesem Punkt gerne eine Klärung durch die Kommission.

Das Volk, jeder von uns, wusste, dass Planung und Organisation des Widerstandes vom Bund ausgingen. Ich zitiere aus dem «Zivilverteidigungsbüchlein» von 1969. Nachdem das Büchlein auf Seite 272 die Notwendigkeit des Widerstandes bejaht, wird auf Seite 275 wörtlich geschrieben: «Der Widerstandskampf ist hart. Er erfordert umsichtige Planung und Organisation, damit nicht unschuldige Menschen leiden müssen und nutzlos Blut vergossen wird.» Damit war klar, dass der Bund für diese Planung und Organisation sorgte.

Wir finden im Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe GPK und Militärkommissionen vom 21. Oktober 1977 die indirekte Anerkennung einer solchen Organisation, die nur im Falle des Krieges wirksam wird, auf Seite 19: «Die Abteilung Abwehr wird erst im Krieg voll wirksam. Im Interesse einer klaren Kompetenzzuweisung ist im Frieden die Bundesanwaltschaft bzw. die Bundespolizei für alle Fragen der Spionageabwehr zuständig.»

Auch für die Verträge mit dem Ausland (Gegenstand der Motion 4) finden wir in diesem Bericht von 1977, Seite 20, folgende Anerkennung: «Selbstverständlich pflegt unser Nach-

richtendienst Kontakte mit neutralen oder blockfreien, aber auch einzelnen Nato-Staaten. Es scheint der Arbeitsgruppe wichtig, dass ein möglichst vielfältiges Netz solcher Beziehungen existiert, damit unserem Nachrichtendienst bei der Erfüllung seiner Aufgaben möglichst viele Quellen zur Verfügung stehen.»

Noch eingehender wurden GPK und Parlament in den Jahren nach dem Fall Bachmann orientiert. Dies geht aus dem späteren Bericht der Arbeitsgruppe der GPK vom 19. Januar 1981 hervor. Ich zitiere aus Seite 7: «Zu den geheimen Diensten gehören der Spezialdienst und der besondere Nachrichtendienst.» Französisch heisst ersterer «service spécial», das entspricht der P-26-Organisation, und der besondere Nachrichtendienst heisst «service de renseignements particulier», das entspricht der P-27-Organisation. Ueber die Finanzierung durch den Bund und nicht durch Private spricht der Bericht im ganzen Kapitel 251 ganz klar: «Für den Spezialdienst und den besonderen Nachrichtendienst bestehen zwei getrennte Kredite. Sie werden ausschliesslich über den Bundeshaushalt finanziert.» Es wird dann erklärt, wie das funktioniert. Damit haben die Geschäftsprüfungskommissionen und das Parlament – wo dieser Bericht ausführlich diskutiert wurde – wie bereits mit dem Sicherheitsbericht 1973 erneut die volle Verantwortung für das Gelingen der bestehenden Grundlage übernommen. Bedenkt man, dass dies von der GPK herrührt, wo alle wichtigen politischen Parteien – insbesondere die Regierungsparteien – vertreten sind, dass im Parlament eine ausgiebige Diskussion entstand, ist es klar, dass auch jene Nachrichtendienste und Widerstands-Kaderorganisationen von allen Regierungsparteien getragen waren. Sie waren auch dadurch getragen, dass in den zwei parlamentarischen, inoffiziellen Gremien – als eine Art Gewährsleute für beide Institutionen – alle Regierungsparteien vertreten waren.

Unter diesem Gesichtspunkt scheint mir der in der Motion 2 verwendete Begriff «ungesetzlicher Zustand des ausserordentlichen Nachrichtendienstes» der Sache nicht ganz gerecht zu werden. Besser wäre gewesen, von einem heute unbefriedigenden Zustand zu reden. Der Bericht bemängelt auch, dass diejenigen, die es hätten wissen sollen, fast nichts wissen wollten bzw. die wenigen, die diese Geheimdienste oder die Kosten dieser Geheimdienste hätten prüfen sollen, fast nichts prüfen wollten. Dies scheint mir, wenn ich mich in die Mentalität jener Jahre zurückversetze, mit der Natur der Sache verbunden. Bei Geheimaufgaben ist das Vertrauen das entscheidende Element. Auf diesen Gebieten war eine Selbstbeschränkung der Kontrolltätigkeit der GPK und der Finanzkommissionen fast selbstverständlich. So wurde damals empfunden. Heute ist das Empfinden ein anderes. Man muss davon ausgehen, dass heute unsere politische Sensibilität in diesen Fragen eine andere geworden ist. Aber man muss die Tatsachen von damals mit der damaligen Empfindlichkeit und Sensibilität beurteilen.

Das Bewusstsein der Kommission, all die festgestellten Tatsachen seien im damaligen historischen Moment zu verstehen und zu deuten, ist sicher vorhanden. Es verdient jedoch noch stärker betont zu werden, und ich begrüsse das, was heute die Kommissionsmitglieder mündlich vorgetragen haben. Das hilft, das Bild zu arrondieren, zu ergänzen. Aufgrund der damaligen historischen Lage – und nur aufgrund jener Lage – ist die Verhältnismässigkeit der getroffenen und heute kritisierten Massnahmen zu beurteilen. Die Kriegsjahre, die Besetzung Europas, die Streichung der baltischen Länder von Europas Karte, dann nach Kriegsende die leider kurze Friedensillusion, sofort abgelöst durch die gewalttätigen Umstürze in Osteuropa, die blutige Unterwerfung von freiheitlichen Bewegungen in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Deutschland, in Polen usw., die Einrichtung des Eisernen Vorhanges, die Unterwerfung vieler Länder ausserhalb Europas, der durch Frontorganisationen und Sympathisanten unterhaltene politische Kampf liessen die Europäer sofort erkennen, dass nur mit starker Rüstung, unnachgiebiger Vorbereitung und aufgeweckten Nachrichtendiensten die Unabhängigkeit zu wahren war. Gegen diesen Willen zur Freiheit und Unabhängigkeit protestieren jene, die sich heute als Opfer aufspielen. Ihnen war die militärische Verteidigung ein Dorn im Auge; deren Befürworter wa-

ren die «unheimlichen Patrioten». Warum? Weil man ihnen vorwarf, vermeiden zu wollen, dass das Volk dank der Beeinflussungen, die man kennt, sich ein «rotes Paradies» wünsche. Nun haben aber alle sehen können, was tatsächlich diese «roten Paradiese» waren. Man kann nur froh sein, dass es gelungen ist, unser Land und Westeuropa vor solchen Entwicklungen zu bewahren. Das ist die politische Wertung von jenen Massnahmen für den Fall, dass man ihnen jede gesetzliche Grundlage absprechen möchte, was, wie angedeutet, meines Erachtens nicht zutrifft. Gerade diejenigen Parteien, die sich entschieden für eine Widerstandsorganisation als Ergänzung einer weniger bewaffneten Armee eingesetzt haben, konnten nicht ignorieren, dass eine Widerstandsorganisation wegen der völkerrechtlichen Bindungen ein unabhängiger Verband *sui generis* sein muss. Das Gegenteil zu verlangen, das heisst die gesetzliche Bindung und den Einbezug dieser Verbände in die Armee, gleicht der Forderung, Wilhelm Tell hätte der Armee des deutschrömischen Kaisers einverleibt werden sollen. Ich habe versucht, die historische Entwicklung kurz zu skizzieren. Ich bin mir dessen bewusst: Jeder heutigen Beschreibung fehlt die Dramatik jener Tage. Heute will man sich von jener Dramatik befreien. Wir wollen sie vergessen, wir wollen versuchen, sie aus unseren Gedanken zu verdrängen. Es ist auch richtig: Es ist eine geistige Befreiung von den Härten jener Jahre, die wir alle wünschen. Nur die Geschichte wird die Stimmung jener Jahre wiedergeben und das patriotische Engagement jener vielen Menschen voll erkennen, die heute fast dazu angehalten werden, diesen Patriotismus gegen den Verdacht von Putschversuchen zu verteidigen. Die Geschichte, vergessen wir es nicht, prämiert heute bereits jene, die entgegen einer allzu strengen Legalitätstreue in der Kriegszeit bereit gewesen wären, die Gesetze des Landes zu brechen, um gegenüber den Flüchtlingen der Kriegszeit offener sein zu können. Und wir alle, wenn wir die Szenen jener Filme sehen, die sich mit diesem damaligen Drama auseinandersetzen, wir stehen auf der Seite jener, die damals das Gesetz gebrochen haben. Die Geschichte tendiert dazu, jene zu prämiieren, die vielleicht bereit gewesen wären, gewisse Weisungen, Gesetze nicht zu befolgen oder diese Art Kriegszensur, die von Parlament und Regierung damals beschlossen worden war, zu brechen, um unseren Willen zur Unabhängigkeit und unsere Ablehnung der Diktatur zu zeigen. Die Geschichte tendiert dazu, jene zu prämiieren, die den Mut hatten, die Freiheit zu verteidigen, auch wenn das nicht ganz im Sinne der strengen Legalität möglich war. Ueberlassen wir der Geschichte auch die Beurteilung dieser Fälle, die wir heute unter einem anderen Gesichtspunkt, unter dem politischen Gesichtspunkt, beurteilen. Glücklicherweise haben sich grosse Wandlungen im Osten ereignet. Wir sind sehr froh darüber; es scheint, als ob viele früher erforderliche Kautelen überflüssig geworden wären. Doch schlechte Zeiten könnten wiederkommen. Wenn ein machtloser Raum entsteht, wie es in Osteuropa der Fall zu sein scheint, ist leider zu befürchten, dass eine andere, uns vielleicht nicht sehr gefallende Macht diesen machtlosen Raum besetzt. Und dann wäre wieder mit solchen Kautelen zu arbeiten. Deswegen soll man eine Kontinuität auf diesem Gebiet haben. Es ist schwer, in schwierigen Zeiten etwas ganz neu einzuführen, was nicht vorher bereits vorbereitet wurde. Man muss aber, gewiss, nach gesetzlichen Grundlagen suchen. Die heutige Mentalität erfordert nämlich, dass man für viele solche Massnahmen und Kautelen eine bessere gesetzliche Grundlage schafft. Heute begnügt man sich nicht mehr wie in jenen Zeiten mit dieser gewohnheitsrechtlichen Stützung. Aber passen wir auf: Es stellen sich heikle Probleme bei der Schaffung der gesetzlichen Regelungen. Seien wir vorsichtig, dass diese gesetzlichen Regelungen nicht mit dem Völkerrecht kollidieren und dass sie dem Bundesrat genügend Handlungsfreiheit und -spielraum lassen.

Wichtig ist, den politischen Willen zu haben, in der bestmöglichen Form die Nachrichtendienste und eine Widerstandsorganisation zu führen und sie einer befriedigenden parlamentarischen oder anderen Kontrolle zu unterwerfen. Man muss aber zugeben: Notstandsrecht, das Recht, das in solchen schwierigen Momenten die ausserordentlichen Massnahmen des freiheitlich-demokratischen Staates zur Selbstbehauptung

tung vorsieht und regelt, wird in der Demokratie nicht oder nur knapp gesetzt. Man weiss, dass Freiheit und Demokratie oft mit Waffen oder nur unter Missachtung der Legalität zu verwirklichen oder zu verteidigen waren. Man löst solche Fragen ungern vorher in Friedenszeiten gesetzlich, weil man eine von den Sachen her aufgezwungene notwendige Notvollmacht einer peinlich genauen, in Friedenszeiten errichteten Vollmacht vorzieht.

Ich muss mich leider, Frau Bühler, kurz mit den Frontorganisationen befassen. Ich glaube nicht, dass die Massnahmen, wenn solche getroffen worden sind, sich gegen die Leute gerichtet haben. Aber man muss sich an die Stelle eines Nachrichtendienstes versetzen. Wenn der berechtigte Verdacht besteht – wie damals sogar in Büchern zu lesen war –, dass die Friedensorganisationen von den sowjetischen Geheimdiensten finanziert worden seien, kann ein Nachrichtendienst auf jede Prüfung der Richtigkeit dieses Verdachtes verzichten? Eine solche Prüfung ist nicht gegen die einzelnen Mitglieder gerichtet; sie soll in Erfahrung bringen, ob einzelne im guten Glauben in einer solchen Organisation zu Sachen geführt werden, die sie nicht wollen. Sie ist ein Schutz der gutgläubigen Mitglieder der Frontorganisationen, sie ist nicht gegen sie gerichtet; das muss man bedenken. Sollte man mit der Zeit innerhalb der Geheimdienste zu einer anderen Mentalität gekommen sein, hätte man gegen die Leute gehandelt, anstatt sie vor Unterwanderung der Organisation zu schützen, dann wäre diese Entwicklung bedenklich, und es wäre richtig, dagegen zu kämpfen. Es ist möglich, dass sich eine solche Fehlentwicklung eingeschlichen hat, aber wegen Einzelfehlern die Ueberwachung der Frontorganisationen als solche zu bezweifeln scheint mir nicht die richtige Lösung. Die richtige Lösung ist, bei berechtigtem Verdacht die Frontorganisationen deswegen zu überwachen, um ihre gutgläubigen Mitglieder zu schützen, nicht gegen sie. Das wäre, Frau Bühler, ein möglicher Begegnungspunkt.

Der Bericht endet mit einer Reihe von Vorschlägen. Die Zeit war zu kurz, um sie eingehend zu prüfen. Die heiklen Probleme, die sich stellen, verdienen vielleicht eine ganz sorgfältige spätere Prüfung. Ich beschränke mich auf zwei Bemerkungen. An erster Stelle dieser Anträge kommt die parlamentarische Initiative. Sie sieht eine ständige Delegation vor, die über die Geheimtätigkeit die Oberaufsicht ausübt. Eine noch praktikablere Lösung könnte darin bestehen, dass ein Bundesrichter diese Ueberwachung ausübt und dem parlamentarischen Aufsichtsrat zu berichten hat. Will man unbedingt eine parlamentarische Oberaufsicht, die mit Risiken verbunden ist, auch für die leider notwendigen geheimen Dienste, dann scheint es mir nicht angepasst, gerade auf diesem Gebiet die besonderen Instrumente zu verschärfen, die hier vorgesehen sind, wie die Zeugenanhörungsrechte usw. Das sind die Instrumente der Puk. Das sind ausserordentliche Instrumente, zu denen ein Parlament nur in Ausnahmefällen greifen sollte, weil sie einen Eingriff sowohl in die Exekutivgewalt wie in die Justizgewalt darstellen. Man muss sich hüten, diese Eingriffe allgemein und ohne Not zu sanktionieren. Deswegen wäre dies richtig und eingehend zu prüfen.

Auch bei der Motion 1 ist die Frage berechtigt, ob für eine Widerstands-Kaderorganisation eine volle gesetzliche Grundlage möglich ist, ohne mit dem Völkerrecht zu kollidieren. Vielleicht könnte die Gesetzesgrundlage in einem Satz bestehen, der dem Bundesrat die Kompetenz gibt, sofern er es aufgrund der Lage als unerlässlich erachtet, die für die Vorbereitung von Widerstand im Besetzungsfalle erforderlichen Massnahmen zu treffen oder von Dritten treffen zu lassen. Da besteht das Problem der Delegation an Dritte. Aber das Problem kann man nicht mit einer gesetzlich geregelten Organisation des Bundes lösen, weil sie mit dem Völkerrecht kollidieren würde, weil nach Völkerrecht nach einem Waffenstillstand jeder vom Staat organisierte Truppenverband, jede militärische Tätigkeit aufhören müssen.

Alles in allem, der Bericht der Puk wird sich als positiv erweisen, soweit er dazu dienen wird, das volle Vertrauen in die Landesverteidigung und in die damit leider untrennbar verbundenen Geheimtätigkeiten zu wahren und zu fördern. Ich hoffe das sehr. Wird dieser Zweck nicht erreicht, wird der Bericht nur

dazu missbraucht, einer Regierungspartei, die sich von der damals übernommenen Verantwortung lossagen will, Nährstoff für eine Wahlpolemik zu geben, besteht das Risiko, dass eine nationalistische Reaktion entsteht, die weder diese Partei noch die bürgerlichen Regierungsparteien noch die Medien hinhalten können. Passen wir auf! Hüten wir uns vor einer zerstörerischen Auslegung solcher Berichte! Ich hoffe sehr, dass dem Bericht solche unerwünschten Nachwirkungen erspart werden, damit wir uns alle über seine befriedigende, befriedende und zukunftsweisende Wirkung voll und wirklich freuen können.

**M. Roth:** Aux termes de la Constitution fédérale, l'Assemblée fédérale et le Conseil fédéral ont des compétences communes et se voient attribuer les mesures pour la sûreté extérieure et intérieure du pays.

A la lecture du rapport de la Commission d'enquête, c'est peu dire que ces compétences, qui relèvent constitutionnellement des pouvoirs politiques, ont été très négligées, de manière «crasse», dirai-je, par les responsables administratifs et politiques du département. L'enseignement le plus navrant que l'on peut retirer de cette enquête est le constat que la bonne marche des affaires de l'Etat peut se dérégler à l'insu des pouvoirs constitués et sans qu'aucun contrôle n'ait jusqu'ici interrompu cet inquiétant cours des choses. Inquiétant, car ces dérapages dangereux conduisent le citoyen à perdre la confiance qu'il devrait normalement avoir dans les institutions du pays. Certes, on nous rétorquera que ces initiatives sont survenues dans un climat de guerre froide. C'est vrai, mais cela n'excuse pas tout. Elles procèdent d'un état d'esprit comme toute assez détestable des chefs militaires, complètement aveuglés par l'obsession du secret jusqu'à soustraire au contrôle parlementaire des activités dont la surveillance relève légitimement de celui-ci.

Les paroles que je viens de prononcer sont peut-être dures, mais en ce qui me concerne, comme vous tous sans doute, elles ont aussi valeur d'exorcisme. Il faut exorciser cet état d'esprit et ranger définitivement au vestiaire ces accessoires dépassés de l'obsession quasi pathologique de la sécurité du pays.

A ce stade, je conviens avec vous qu'un constat n'est pas suffisant, mais nous, autorités politiques, devons reprendre le contrôle des instruments de la sécurité extérieure et intérieure dont on a vu vers quels dérapages anachroniques ils peuvent malheureusement conduire.

Non, mes chers collègues, le secret n'est pas une vertu en béton que nulle autorité de contrôle parlementaire ne peut percer! Les activités liées à la sécurité ne sont pas légitimées par le seul fait qu'elles touchent à la sécurité, mais elles doivent, comme tout acte de l'Etat, trouver leur justification dans des bases légales que seuls le souverain et ses représentants sont habilités à prendre. Tout le reste ne relève pas d'un exercice sain de la démocratie, mais ne cesse en fait de la miner dans ce qu'elle a de plus fondamental.

La balle, j'en conviens, est aussi dans notre camp. C'est la raison pour laquelle je souscris aux mesures qui rétabliront la légalité de toutes les initiatives qui conservent encore un sens dans la poursuite de la politique de sécurité. Aussi faut-il avoir le courage de démanteler tout ce qui est obsolète, incongru et dépourvu d'utilité. La Commission d'enquête a accompli un immense travail, et nous lui devons un coup de chapeau. Il reste à souhaiter que tant ses conclusions que leur concrétisation puissent assainir les pratiques d'une Confédération qui doit veiller à ne pas mal vieillir et qui doit absolument retrouver une image plus crédible à l'aube de son 700e anniversaire. Le rétablissement de la confiance passe par la rigueur avec laquelle on appliquera les différentes mesures judicieuses que nous propose la Commission d'enquête. Je suis d'avis, et j'insiste là-dessus, qu'il faut renforcer les compétences de la Commission de gestion dans tous les domaines, afin d'éviter le traitement de choc d'une commission d'enquête N° 3 qui finalement désécouriserait le peuple, le Parlement et le pays.

Enfin, je voudrais mentionner un aspect particulier qui concerne mon canton, le Jura. Le gouvernement du canton du Jura – cela figure à la page 156 du rapport – avait demandé au

DMF s'il existait une liste militaire particulière de Jurassiens que des troupes de l'armée auraient dû arrêter en cas de conflit, dans les années 1970. On répond ici que les éventuels documents qui datent de cette époque n'existent plus et que les officiers d'état-major général de cette unité ne se souviennent plus. Comme pour beaucoup d'aspects, on a pour le Jura la mémoire quelque peu défaillante. C'est dommage! C'est dommage, Monsieur le Conseiller fédéral, que la lumière n'ait pas pu être faite sur cet aspect des choses et que personne, finalement, n'ait eu suffisamment de mémoire pour démentir formellement ces graves soupçons. Je précise que la Commission d'enquête n'est pas en cause. En fait, je voudrais dire que cela ajoute au malaise qui existe, vous le savez, entre le Jura et la Confédération via le Département militaire fédéral. On reste donc sur notre faim sur ce point-là.

**Küchler:** Gestatten Sie mir, dass ich mich als Präsident der Militärkommission kurz zum Puk-Bericht äussere. Ich anerkenne insbesondere die umfassende und klärende Arbeit der EMD-Puk unter der Leitung unseres Ratskollegen Carlo Schmid. Ich danke ihm auch für die objektive Berichterstattung.

Bei allem Verständnis für die Tatsache, dass in der Zeit des kalten Krieges die Gefahr einer gewaltsamen Aenderung der europäischen Ordnung bestanden hat und dass entsprechende Massnahmen der Destabilisierung und der psychologischen Kriegführung auch unser Land betrafen, sind aus heutiger Sicht und auf der Grundlage des Puk-Berichtes doch einige Fragen endgültig zu klären.

1. Es ist unbestritten, dass die Führung der Armee im Katastrophen- und Kriegsfall über Entscheidungskompetenzen verfügen muss, die ein rasches und zielgerichtetes Handeln ermöglichen.

2. Es ist auch unbestritten, dass militärische Vorbereitungen für den Einsatz der Armee im Kriegsfall einer besonderen Geheimhaltung bedürfen.

3. Es ist aber meines Erachtens – und dies in Übereinstimmung mit der EMD-Puk – unter den heutigen Gegebenheiten nicht mehr angängig, dass für Eventualfälle einer gewaltsamen Veränderung der demokratischen Ordnung durch innere oder äussere Ereignisse Strukturen und Organisationen geschaffen und aufrechterhalten werden, die jeglicher legitimierten demokratischen Kontrolle entzogen sind.

4. Es kommt einem Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen gleich, wenn dem Parlament bzw. seinen Organen – hier meine ich nun insbesondere den Militär- und Finanzkommissionen bzw. der Finanzdelegation – die umfassenden Kontroll- und Aufsichtsmöglichkeiten entzogen werden. Als vom Räte gewählte Mitglieder der Militär- bzw. Finanzkommissionen können und dürfen wir es uns nicht erlauben – und dürfen wir es auch nicht zulassen –, bloss in eine Statistenrolle hineingedrängt zu werden oder bloss eine Alibifunktion zugebilligt zu erhalten. Es geht nicht länger an, dass zum Beispiel die Militärkommissionen im Rahmen des jährlichen Rüstungs- und Bauprogrammes nicht vollständig und umfassend orientiert werden. Es kann auch nicht länger toleriert werden, dass z. B. politisch brisante Beschaffungen über getarnte Rubriken im Budget für persönliche Ausrüstung und Erneuerungsbedarf, also im sogenannten AEB, versteckt werden.

Unsere Militärkommission wird also als Konsequenz des Puk-Berichtes prüfen müssen, wie künftig verhindert werden kann, dass von ihr eingehend behandelte Kreditvorlagen und Kreditpositionen für andere – ich betone: für andere – als die effektiv vorgegebenen Zwecke verwendet werden.

Es gilt also künftig – meines Erachtens – zwei Maximen zu beachten, nämlich:

1. Die parlamentarische Kontrolle über die Organe, die sich mit der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz befassen, ist wieder in vollem Umfange herzustellen.

2. Dem Grundsatz des Primates der politischen Führung, wie ihn Herr Kollege Schmid betont hat, ist wiederum zum vollen Durchbruch zu verhelfen.

Die Mitglieder der parlamentarischen Spezialkommissionen – in unserem Falle der Militärkommission – sind denn auch be-

reit, entsprechende Verantwortung zu tragen und die ihnen anvertrauten Geheimnisse zu wahren.

Im demokratischen Staat gibt es keinen rechtsfreien Raum, weder unter dem Vorwand der Ablehnung und des Ausstiegs noch unter der Absicht des Schutzes der Sicherheit und Geheimhaltung. Wer glaubt, sich in guter Absicht ausserhalb des Rechtes bewegen zu können, der setzt letztlich für sich selber Unfehlbarkeit voraus. Weil wir aber um die Möglichkeit des Irrtums wissen, müssen wir Kontrolle und Machtabgrenzung durch Kompetenzregelung und Abwählbarkeit sicherstellen. Letzteres war weder bei der P-26 noch bei der P-27 der Fall, wo die sogenannten Kontrollierten ja ihre Kontrolleure selbst bestellten, wie wir heute gehört haben.

Die von der Parlamentarischen Untersuchungskommission vorgeschlagenen Massnahmen sind geeignet, in Zukunft die parlamentarische Kontrolle im Sinne unserer nicht delegierbaren Verantwortung sicherzustellen und die Gesetzmässigkeit wiederum herzustellen, wo sie aus heutiger Sicht verletzt worden ist. Die Massnahmen sind aber auch geeignet, die Kompetenzen zu regeln und die Gefahr von Interessenkollisionen in der Ausübung besonders sensibler Tätigkeiten zu verringern, aber auch die Aufträge zu klären und Grenzüberschreitungen zu korrigieren und schliesslich – das möchte ich betonen – den Schutz der persönlichen Sphäre in der Herstellung von Dateien im Sinn und Geiste der von uns soeben mit der Verabschiedung des Datenschutzgesetzes getroffenen Regelungen zu gewährleisten.

Wir stehen vor der Herausforderung, demokratische Regeln wiederzubeleben, wo sie aus der Optik einer permanenten und akuten Bedrohung in guter Absicht verletzt worden sind. Dies aber gelingt uns um so besser, als wir uns der Sachlichkeit und der historischen Gerechtigkeit bemühen und nicht einer wilden Kopfgängerei verfallen, wie dies von gewisser Seite versucht wird.

Machen wir uns also an die Arbeit, zusammen mit dem Bundesrat, der ja bereits in verschiedener Hinsicht gehandelt und damit gleichzeitig auch die nötige Flexibilität an den Tag gelegt hat. Ich bin überzeugt: In der Konsequenz unseres verantwortungsbewussten parlamentarischen Handelns liegt auch der Schlüssel für ein verstärktes Vertrauen des Bürgers in unsere demokratischen Institutionen.

**Onken:** Beim Puk-1-Bericht war ich Direktbeteiligter. Ich konnte aus dem vollen schöpfen, aus der lehrreichen, aber auch ernüchternden Erfahrung eines ganzen Jahres beharrlicher Ermittlungen, förmlich aufgeladen von all den neuen bestürzenden Erkenntnissen und noch ganz umstellt von den kaum bewältigten Eindrücken und Bildern.

Diesmal betrachte ich die Sache von aussen, zwar noch immer vor dem Hintergrund einer ähnlichen, vergleichbaren Erfahrung, aber eben doch distanzierter und sonderbar abgenabelt. Nur frage ich mich, ob diese veränderte Perspektive allein auch meine Reaktion zu erklären vermag. Wenn ich mich nämlich beobachte und in mich hineinhorche, dann stelle ich – mit einiger Bestürzung übrigens – fest, dass ich den Befund dieses Puk-2-Berichts – und dieser Befund ist ja nicht minder schlimm und alarmierend als der erste –, dass ich diese geballte Ladung der Recherche eigentlich nicht als niederschmetternd, nicht einmal mehr als überraschend empfinde. Ja es ist fast so, als ob ich es eigentlich nicht anders erwartet hätte. Ich traue dieser Schweiz, dieser von uns so vielgelobten Musterdemokratie, diesem Aushängeschild von staatspolitischer und demokratischer Tugend mittlerweile alles zu. Bei uns ist auch das Unmögliche möglich oder möglich geworden oder gar immer möglich gewesen, ich weiss es nicht.

Die Desillusionierung jedenfalls ist umfassend und sehr schmerzlich. Aber eben, es verblüfft, es erschüttert einen nichts mehr. Der erste, von der Puk 1 aufgedeckte Skandal war enttäuschend genug: Er hat mit einer Täuschung, mit einem falschen Bild, das auch ich – ich will nicht sagen: wider besseres Wissen, aber doch immerhin wider gewisse Anzeichen – aufrechterhalten habe, radikal aufgeräumt. Beim ersten Mal war noch Empörung in mir, da war noch Aufbegehren wider das Unerwartete, Zweifeln und Verzweifeln über das so einfach Nicht-für-möglich-Gehaltene. Jetzt ist die Reaktion ei-

gentlich eine kalte Nüchternheit, ein verhaltener Zorn, wenn man so will, ein Ingrim über diese Vorfälle; wäre ich schon etwas länger im Parlament – es genügen im Grunde genommen auch diese drei Jahre –, dann fühlte ich mich auch aufs Kreuz gelegt, nach Strich und Faden hintergangen, um nicht mehr zu sagen.

Eine Geheimarmee im gesetzlosen Zustand, bar jeder politischen Kontrolle, hinter dem Rücken – das ist für mich auch unannehmbar – eines unwissenden und ahnungslosen Bundesrates. Eine Privatorganisation, finanziert aus öffentlichen Mitteln, mit zweckentfremdeten Geldern, mit missbrauchten Krediten, am Parlament vorbeigemogelt; mit einem Auftrag, der eben nicht allein – wie man uns jetzt weismachen will – dem noblen Widerstandsgedanken gegen einen Aggressor von aussen verpflichtet, sondern auch gegen den inneren Feind gerichtet war. Dieses Szenario bestand nun einmal und lässt sich nicht bestreiten: der Auftrag war auch gegen jene zweifelhaften, vertrauensunwürdigen, vielleicht schon unterwanderten, damals ja auch so bezeichneten «vaterlandslosen Gesellen» des eher kritischen, aufmüppigen, linken und vielleicht eben umstürzlerischen Drittels oder Viertels unserer Gesellschaft gerichtet. Da stelle ich nun einfach fest, dass die Beurteilung und die Schärfe des Urteils immer ganz anders ausfallen, je nachdem, auf welcher Seite man steht oder mit welcher Seite man empfindet. Ob man mitempfindet mit den Betroffenen, mit denen, die verdächtigt und registriert wurden, oder eben mit jenen anderen, mit der Mehrheit, die davon unberührt war, die unerfasst geblieben ist. Das alles wurde nun noch verbrämt mit einem Konsultativgremium als Ersatz oder als Alibi für das hintergangene Parlament.

Sagen Sie mir bitte: Wo gibt es so etwas noch mit dieser Drastik, mit dieser Unverfrorenheit? Dabei ist er ja nur die Spitze des Eisbergs, der spektakuläre und jetzt grell beleuchtete Hauptbündel, der alle Blicke auf sich zieht, aber auch ablenkt von anderen Eigenmächtigkeiten und Peinlichkeiten der EMD-Realität, wie sie dieser Bericht schonungslos aufzeigt und wie sie der Präsident heute morgen noch einmal aufgelistet hat. Man muss diesen Bericht ganz lesen. Denn auch die vielen scheinbaren Füllsel sind noch krass und unannehmbar genug.

Die Schweiz – finde ich – kommt nach diesem zweiten Schlag ganz schön auf die Welt, in einem wörtlichen und in einem übertragenen Sinn. Diese Ernüchterung tut uns verdammt gut, auch mit Blick auf die Herausforderungen, die anstehen. Nur nicht mehr sich besser wähnen, nur nicht mehr überheblich sein, wie wir das so leicht in all den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gewesen sind! Selbstkritik und Bescheidenheit sind angesagt. Denn es sage mir keiner, unsere Demokratie funktioniert, bloss weil die beiden parlamentarischen Untersuchungskommissionen funktionieren haben. Wir sollten uns nicht daran klammern. Eine Demokratie und eine Verwaltung müssen im Prinzip ohne solche parlamentarischen Untersuchungskommissionen funktionieren. Gerade das haben sie jahre- und jahrzehntelang nicht getan, jedenfalls nicht in diesen geschützten, unkontrollierten Nischen, in denen die kalten Krieger der Bundesanwaltschaft und des EMD unbeschadet aller weltpolitischen Veränderungen bis in die neunziger Jahre hinein haben überwintern und ihr Unwesen treiben können.

Bloss: Sind wir tatsächlich lernfähig, sind wir noch dünnhäutig und sensibel, aber auch politisch willensstark genug, um die Konsequenzen zu ziehen und sie mit eiserner Beharrlichkeit und einem langen, langen parlamentarischen Atem auch durchzusetzen, damit diese schwerfälligen, widerspenstigen Tanker mit ihrer oft sehr unwilligen Besatzung allmählich doch auf einen anderen Kurs gezwungen werden? Wenn ich mich der präsidentalen Eröffnungsworte vom vergangenen Montag erinnere, dieser Beschwörung immer noch des Sonderfalles Schweiz, den es eben so einfach nicht mehr gibt, und dieses doch eher In-Abrede-Stellen aller kritischen Selbstzweifel, aller Anfälligkeit, aller Schwäche unseres Landes, dann überkommen mich doch gewisse Zweifel.

Nicht alle denken so konsequent um wie der Präsident der Puk 2, den wir heute in seiner ganzen Anerbittlichkeit und Integrität gehört haben, der aber noch Anfang März – und ich

glaube, daran erinnern zu dürfen in diesem Zusammenhang – gegen die Einsetzung einer Puk 2 eingetreten und mit der gewohnten Kantigkeit, die wir von ihm kennen, auch gegen jene Schaumschläger, wie er sagte, die diese Krise nur in Szene gesetzt hätten, zu Felde gezogen ist. Das Ergebnis seiner Arbeit belehrt uns heute eines Besseren, und ich zolle ihm und der Kommission meinen vollen Respekt für ihre Arbeit und für ihren Einsatz.

Es betrübt mich, dass ich gleiches vom Bundesrat nicht sagen kann; von einem Bundesrat, der, wie mir scheint, in bereits bewährter Manier – das haben wir ja schon bei der Puk 1 in gleicher Weise erlebt – doch eher herunterspielt und beschwichtigt, wo es meines Erachtens nichts herunterzuspielen, nichts zu beschwichtigen und nichts zu beschönigen gibt. Nicht aus heutiger Sicht – diese ganze Affäre reicht ja bis in die Gegenwart, reicht ja bis zu diesem Basler Kirchen- und Friedenskongress –, aber auch nicht, wenn man die besonderen Bedingungen der damaligen Situation sieht, vor allem dann nicht, wenn die Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gelten sollen, denn der Zweck heiligt eben nicht alle Mittel. Und man kann die Werte der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit nicht schützen, indem man sie unterläuft und hintergeht und dadurch auch beschädigt. Genau das aber ist geschehen, und der Schaden ist in ganz verhängnisvoller Weise irreparabel, weil nämlich das Bild, das viele Schweizerinnen und Schweizer von ihrem Land hatten, hier einfach kaputt gegangen ist.

Und da möchte ich nun – ich sagte es schon – das willensstarke Parlament sehen, das Fehler gemacht hat, das sich Versäumnisse hat zuschulden kommen lassen – das war schon beim ersten Mal so, das muss anerkannt werden –; ich möchte aber auch den handelnden und Verantwortung übernehmenden Bundesrat sehen. Sie sind, lieber ehemaliger Kollege und geschätzter Bundesrat Villiger, in dieses Amt gewählt worden mit dem Bonus der unternehmerischen Exekutivverfahren, des effizienten Handelns, des konsequenten Durchgreifens, wie es in der Privatwirtschaft schon mancher Arbeitnehmer für weit geringere Versäumnisse zu spüren bekommen hat und noch immer zu spüren bekommt. Und Sie sind nicht gewählt worden, um sich – wie mir scheint – mit einer schier unbegrenzten Langmut und in einer falsch verstandenen Loyalität vor Leute zu stellen, die unsägliche und unduldbare Fehler gemacht haben. Wer verantwortlich an einem solchen Gebäude aus Täuschungen und Unrechtmässigkeiten mitgebastelt hat, der muss in jedem demokratischen Land die Konsequenzen ziehen. Es ist Ihre Aufgabe, Herr Bundesrat, dafür und für einen Neubeginn, für eine wirkliche Neuausrichtung zu sorgen, und ich erwarte – und mit mir viele –, dass Sie das auch tun!

**Rüesch:** Das Gedächtnis ist bei manchem von uns kurz. Hat man die Geschichte der letzten 45 Jahre eigentlich vergessen? Man ist heute in diesem Saal über ein Szenario «Umsturz im Innern» entrüstet. In der Tschechoslowakei ergriffen die Kommunisten im Umsturz von 1948 die Macht, obwohl sie in den Wahlen nur 11 Prozent der Stimmen erhalten hatten, 11 Prozent! Verschiedene kommunistische Parteien Westeuropas bejubelten damals den gewaltsamen Umsturz. Ulrich Kägi, der 1956 mit dem Kommunismus gebrochen hatte, schrieb 1972: «Mit Gewalt hätten wir auch dem Schweizervolk einen Sozialismus aufgezwungen, wenn es nicht will. Wir wären zu Werkzeugen eines fremden Machtstrebens geworden.» Lag es da nicht nahe, sich auch bei uns mit einem Szenario «Umsturz» zu beschäftigen? Dazu war Nachrichtenbeschaffung notwendig. Im Inland allerdings war dies nicht Sache der Armee, sondern Sache der Polizei, insbesondere der Bundespolizei. Sache der Armee wäre es dann, wenn die Polizei den Umsturz nicht mehr verhindern kann, ihr gemäss Artikel 2 der Bundesverfassung zu Hilfe zu kommen.

Die Bedrohung aus dem Osten bestand seit 1945 und wird von der heutigen Führung im Osten zugegeben. Ich erinnere an 1953 Ostberlin, 1956 Ungarn, 1968 die Tschechoslowakei, 1979 Afghanistan, Interventionen des Ostblocks in Afrika, Mittelamerika. Und Verführer, Spione wurden bei uns noch verhaftet, nachdem die Berliner Mauer längst gefallen war. Und heute noch werden Spionagefälle zugunsten des Ostens in

der Bundesrepublik Deutschland, in Oesterreich und bei uns aufgedeckt.

Gegen die Bedrohung aus dem Osten hatten der Westen und die Neutralen eine klare Strategie. Sie hiess Dissuasion. Die militärische Stärke sollte den sowjetischen Koloss von einem Eingriff abhalten. Dazu gehörte auch die Vorbereitung eines Widerstandes im Falle einer Besetzung. Das war ein Bestandteil dieser Dissuasion. Man hatte die Hoffnung, wenn der Westen und die Neutralen lange genug standhaft blieben, materiell und geistig, so würde die Diktatur eines Tages von innen her zerfallen. Das war die Hoffnung, die ich meinen Schülern und meinen Soldaten immer gepredigt habe, und das war der Zweck unserer Wachsamkeit. Und wir haben gewonnen. Die Diktatur ist innerlich zerfallen, ohne dass es zum Kriege kam. Hätten wir die Armeen im Westen abgeschafft und nichts vorbereitet, wäre es in der Zeit der Breschnew-Doktrin ein leichtes gewesen, ganz Europa zu kassieren.

Wenn man heute die Leute, die dafür eintraten, dass man sich geistig zur Wehr setzte und eine glaubhafte Armee bis zur Widerstandsorganisation aufrechterhielt, als kalte Krieger beschimpft, so ist das der berühmte Undank des Vaterlandes, Herr Onken.

Wenn Vertreter der Linken heute von Empörung sprechen, wenn Frau Bühler Schrecksekunden hat, so seien sie daran erinnert, dass Vertreter der SP 1956 und 1968 intensiv am geistigen Widerstand gegen die Bedrohung durch die östliche Diktatur teilnahmen. Bereits im Nationalrat wurden Aeusserungen von Herrn Hubacher aus jener Zeit zitiert. Beispielsweise hat er geschrieben: «Wer Mitglied der PdA bleibt, bleibt weiterhin Verräter, Spion, Agent und Zögling einer ausländischen Macht.» Das schrieb damals kein kalter Krieger der Bürgerlichen, das war Herr Hubacher! Die SP hat später den Folgerungen aus dem Bachmann-Bericht zugestimmt und sie mitgetragen. Es haben auch SP-Vertreter in diesem berühmten Beirat mitgemacht. Die SP trägt die Verantwortung zusammen mit uns, Frau Bühler und Herr Onken. Wir alle tragen die Verantwortung für die Vergangenheit, und Sie können sich davon nicht dispensieren.

Zu den Ergebnissen des Berichtes seien folgende Bemerkungen gemacht:

1. Der Bericht zeigt klar, dass die behauptete systematische Bespitzelung von Schweizer Bürgern im Inland nicht bestätigt wurde. Diese wichtige Erkenntnis wird – weil positiv – heute einfach heruntergespielt. Während meiner 2000 Tage Dienstzeit in der Schweizer Armee kann ich mich an keinen einzigen Fall erinnern, in welchem über die berühmten Sicherheitsprüfungen hinaus, die anerkannt sind, auch von der Puk, irgendwelche Nachrichten erhoben wurden. Aufgrund dieser ziemlich breiten Erfahrungen kann ich nur bestätigen: Systematisch war es nicht, auch wenn die Bespitzelung des Kongresses in Basel, für den ich Ihnen im Namen der Finanzkommission damals rund 1 Million Franken als Bundesbeitrag beantragt habe, vollkommen idiotisch war. Da gebe ich Ihnen recht. Aber Systematik gab es ganz offensichtlich nicht. Die Uebergriffe entstanden vor allem aus der Personalunion Chef Abteilung Abwehr/Chef Bundespolizei, und diese soll jetzt aufgrund des Postulates 3 aufgehoben werden.

2. Die Erwähnung der geheimen Widerstandsorganisation P-26 ist nun wirklich keine eigentliche Sensation. Mit der Behandlung des Bachmann-Berichtes und der Debatte von 1981 hat das Parlament dazu grünes Licht gegeben. Unverständlich ist es allerdings, wenn der frühere Chef des EMD, Herr Bundesrat Koller, gegenüber dem «Sonntagsblick» erwähnt, er habe gemeint – gemeint! –, es handle sich dabei um einen Teil der Armee. Ein Chef EMD hätte in dieser Sache nichts zu meinen, sondern dem Parlament eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, um die nötige rechtliche Grundlage zu schaffen, wenn sie bei seinem Amtsantritt noch nicht besteht.

Das Parlament trägt aber auch selbst eine Schuld, es hat ja gewusst, dass diese geheime Institution entstanden ist, und hat sie mit dem Bachmann-Bericht abgesegnet. Warum hat niemand mit einer entsprechenden Motion durchgesetzt, dass uns eine Gesetzesänderung unterbreitet wurde? In diesem Sinne wurde nicht mit dem Parlament Blinden Kuh gespielt, Frau Bühler. Das Parlament war offenbar selbst die blinde Kuh.

Heute sind wir einfach geneigt, als Parlamentarier die Schuld voll auf die Beamten, auf den Bundesrat abzuwälzen und selbst in der Vergangenheitsbewältigung auf unbescholten zu machen.

Frau Bühler, es ist vollkommen absurd zu behaupten, die Widerstandsorganisation hätte von sich aus einen Putsch durchführen können. Wenn Sie in diesem Zusammenhang auf die Sprengstoffanschläge auf Strommasten und auf die Zerstörung des Pavillons von Kaiseraugst anspielen oder gar von einem möglichen Einsatz der P-26 zur Verhinderung eines demokratisch beschlossenen Entscheides zur Abschaffung der Armee sprechen, so verstehe ich Sie wirklich nicht mehr. Glauben Sie im Ernst daran, dass 400 Leute in der Lage gewesen wären, eine Armee von 600 000 Milizsoldaten, die selber ihre Armee nicht mehr haben wollen, zum Fortbestand und damit zur Diktatur zu zwingen? Das ist ja absurd. Das glauben Sie selbst nicht; aber Sie beleidigen alle Personen, die bereit waren, im Besetzungsfall ihr Leben für das Land hinzugeben, und mit diesen beleidigenden Verdächtigungen leisten Sie wirklich keinen Beitrag zur Bewältigung der Zukunft.

3. Die Kopfgängerei auf die Mitglieder des Beirates ist zu verurteilen. Die GPK des Nationalrates hat 1981 einen solchen Beirat vorgeschlagen. Der Beirat hatte keine Kompetenzen und wirkte nur als beratender Gesprächspartner, wie Edi Belser, alt Kollega, in der «Basler Zeitung» zu Recht feststellt. Der Tadel der Puk 2 für die Parlamentarier, welche dem Beirat angehört, ist meines Erachtens nicht angebracht. Diese Kollegen handelten in guten Treuen vor dem Hintergrund einer anderen Bedrohungslage und deshalb auch im Rahmen eines anderen Zeitgeistes. Vermutlich gibt es auch in anderen Bereichen Parlamentarier, die ihnen nahestehende Bundesräte und Chefbeamte beraten, ohne darüber im Parlament Rechenschaft zu geben.

4. Der Tenor des Berichtes geht von einem unfehlbaren Staat aus. In der Diskussion wird dieser Anspruch von verschiedenen Votanten noch aufgeblasen. Herr Onken hält sich offenbar an das Rezept, das Willi Flitschard einst wie folgt definiert hat: «Man betrachte die Fehler des Gegners mit einem Vergrösserungsglas, um ihn kleinzukriegen.» Eine Methode, die in der Politik offensichtlich immer wieder versucht wird. Fehler kommen vor, in jedem Staate. Entscheidend ist, dass die Fehler korrigiert werden, und die Vorschläge der Puk sind dazu ein sehr geeigneter Weg. Herr Schmid, ich gratuliere Ihnen zu diesen Vorschlägen.

5. Man kann nicht sagen, die Finanzkontrolle habe versagt. Wir haben uns in der Finanzdelegation davon überzeugen lassen, dass sie funktioniert hat; sie beschäftigte sich sehr intensiv damit. Aber die Berichterstattung ging nicht über den Präsidenten der Finanzdelegation hinaus, Herr Schmid. Hier muss wohl eine Korrektur angesetzt werden. Es war nicht so, dass keine Kontrolle vorhanden war. Die Kontrolle wurde nur nicht bis zum Parlament weiterapportiert.

Auf alle Fälle ist es ungehörig, wenn heute integre Staatsbeamte, wie der gewesene Sekretär der Finanzdelegation, Herr Bucher, oder der heutige Direktor der Finanzkontrolle, Herr Schläppi, in Misskredit geraten. Sie haben das wirklich nicht verdient.

Bundesrat Cotti hat in einem Vortrag kürzlich gesagt, unser Land entwickle sich von einem Land unerschütterlicher Gewissheiten zu einem Land ständiger Zweifel. Die zur Selbstzerfleischung eingesetzten Kräfte würden jedoch zur Bewältigung der Zukunft benötigt. Die bisherige Diskussion im Puk-2-Bericht bestätigt leider die Fortsetzung dieses Kräfteverschleisses an einer falschen Stelle.

Nachdem der Bundesrat bereit ist, die Vorschläge der Puk im wesentlichen entgegenzunehmen, sollten wir so beschliessen und uns dann möglichst rasch, statt neuen Verdächtigungen, brennenden Problemen der Zukunft zuwenden. Für den staatlichen Geheimbereich ist so rasch wie möglich das seit dem Puk-1-Bericht verlangte parlamentarische Kontrollorgan einzusetzen. Ich verweise auf meine Motion, die Sie grossmehretlich erheblich erklärt haben. Hier erwarte ich jetzt vom Bundesrat ein Handeln – und zwar ein rasches Handeln – für den Bereich EJPD und den Bereich EMD, gesamthaft für den Ge-

heimbereich. Nur so kann das Vertrauen wiederhergestellt werden.

Bundesrat und Parlament haben dafür zu sorgen, dass in allen Bereichen des Staates, auch im Militärssektor, das Primat einer starken politischen Führung wiederhergestellt wird.

**M. Delalay:** Les Valaisans ne sont peut-être pas ce qu'il est convenu d'appeler de bons soldats, mais ils ont toujours fourni de vaillants guerriers. Aussi l'un d'eux pourrait-il être tenté de considérer les événements survenus au Département militaire avec une certaine distance. Ce ne sera pourtant pas le cas, en raison du fait que des principes démocratiques ont été transgressés et qu'il s'agit aujourd'hui d'en tirer des leçons.

Je souhaite dire tout d'abord que je ne suis ni surpris ni choqué d'apprendre par le rapport l'existence dans notre pays d'une organisation de résistance et d'un service de renseignements extraordinaire, car si aujourd'hui domine l'«europhorie», nous ne devons pas oublier les années de guerre froide qui faisaient de notre pays la plaque tournante de l'espionnage international. J'aurais été au contraire consterné d'apprendre que les responsables de notre sécurité n'avaient rien entrepris pour résister, le cas échéant, à une occupation étrangère ou pour nous prémunir contre les entreprises de l'espionnage militaire et économique dont les faits passés démontrent que nous sommes l'une des cibles.

L'histoire nous apprend que la résistance peut être aussi héroïque et je me demande quelle aurait été l'issue de la dernière guerre mondiale si la Résistance française avait attendu de requérir l'autorisation du gouvernement de Vichy avant de contribuer de façon décisive à l'affaiblissement de l'invasisseur allemand.

Toutefois, si je comprends et si j'approuve ces initiatives pour elles-mêmes, il y a la manière qui, elle, ne saurait convenir. Un Etat démocratique fondé sur l'égalité des citoyens ne peut admettre l'existence de sociétés secrètes sans surveillance et chargées d'assumer des tâches dévolues à l'Etat. L'organisation de résistance qui nous est décrite dans le rapport, avec des effectifs appréciables qui suivaient une instruction les préparant au combat, avec armes et explosifs à disposition, représentée en elle-même une menace pour l'ordre constitutionnel. Les dangers d'abus sont inévitables dès le moment où chacun de ses membres n'a plus le pouvoir de vérifier la légitimité des ordres qu'il reçoit. L'hypothèse ne saurait être écartée que le personnel de cette organisation de résistance, choisi par cooptation, n'agisse à la longue et selon l'évolution dans un sens opposé à l'intérêt général, voire à la limite contre des décisions de l'autorité légitime. L'absence de contrôle de la part des responsables politiques entraîne le risque évident de voir avec le temps la mise sur pied d'une organisation de dimensions disproportionnées et démesurées. Sur un autre plan, les consignes d'engagement d'une organisation de résistance, en cas de modification totale des rapports de forces acquis dans les formes démocratiques et selon l'Etat de droit, ne sont pas tolérables car, en aucun cas, la responsabilité ne doit être laissée au commandant d'une unité de résistance sans contrôle du soin de juger si un changement des rapports de forces est de caractère subversif ou au contraire conforme à l'ordre constitutionnel.

C'est pourtant ce à quoi nous avons été exposés en raison du fait que des organisations extraordinaires, n'appartenant ni à l'armée ni à l'administration, axées exclusivement sur la personnalité de leur chef, aient pu être constituées – et fonctionner – et aient pu être financées au mépris du principe budgétaire élémentaire de la spécialité et du contrôle financier adéquat.

Enfin, au plan du contrôle parlementaire, je ne partage pas l'avis de la commission exprimé dans l'initiative parlementaire. Je pense que de telles organisations de sécurité, chargées de doubler l'armée et le service ordinaire de renseignements, doivent être placées sous la responsabilité de l'Exécutif pour des raisons bien compréhensibles de maintien du secret. Par contre, je suis d'accord avec la position de la commission lorsqu'elle exige que la création de telles organisations et que les enveloppes budgétaires à leur attribuer soient de la compétence du Parlement. En tout état de cause, je souscris aux

motions et aux postulats de la commission avec des réserves s'agissant de la haute surveillance parlementaire sur les activités de l'administration soumises à une obligation particulière du maintien du secret. Enfin, je voudrais féliciter et remercier les membres de la commission, et plus particulièrement son président, du travail qui nous a été présenté dans ce rapport complet et que nous avons apprécié.

**Jagmetti:** Ein Thema nur möchte ich aus der Vielfalt der Probleme aufgreifen, nämlich jenes der Legalität und der politischen Kontrolle. Um es vorwegzunehmen: In grundsätzlicher Übereinstimmung mit meinen beiden Kollegen würde ich keine zu strengen Anforderungen an die gesetzliche Grundlage stellen; bei der politischen Kontrolle hingegen wäre ich unnachgiebig.

Die Kommission verlangt für die Sicherheitsüberprüfung eine klare gesetzliche Grundlage in einem formellen Gesetz. Sie erklärt, das entspreche einhelliger Rechtsauffassung; dem stimme ich gern zu. Bisher wurde im militärischen wie im zivilen Bereich mit Verwaltungsverordnungen gearbeitet in der Meinung, es reiche, wenn die übergeordneten Stellen den ihnen unterstellten Behörden entsprechende Weisungen erteilen. Für die Sicherheitsüberprüfung erliess der Bundesrat am 9. Mai eine Verordnung – offensichtlich in der richtigen Erkenntnis, dass Datenschutz nicht durch Verwaltungsanweisungen in Verordnungsform gewährleistet werden kann. Der Datenschutz betrifft die Rechtsstellung des Individuums und muss damit Gegenstand von Rechtssätzen bilden. Diese Erkenntnis hat zur Vorlage des Datenschutzgesetzes geführt. Dass bei der Sicherheitsüberprüfung in gleicher Weise eine gesetzliche Grundlage erforderlich ist, liegt auf der Hand. Der Bundesrat wird zu Recht einwenden können, er habe ja eine entsprechende Vorlage vorgelegt und es sei die Bundesversammlung, die den betreffenden Artikel aus der Vorlage zur Revision der Militärorganisation herausgestrichen habe. Diese Streichung ist aber nicht in der Meinung erfolgt, die Bestimmung sei überflüssig, sondern weil der Text noch nicht Gesetzesreife hat.

Hinsichtlich der Widerstandsorganisation P-26 stimmen die Auffassungen des Departements einerseits und des Gutachters sowie der Puk andererseits – ich verwende die zeitliche Reihenfolge – nicht überein. Das EMD vertritt die Auffassung, Widerstand sei eine inhärente Aufgabe des Staates, die sich auf die Verfassung stütze und im Sicherheitsbericht von 1973 ausreichend konkretisiert worden sei. Der Gutachter gelangt zur Auffassung, die Führung des Widerstands im feindbesetzten Gebiet stütze sich als Teilaspekt des Bundeszwecks auf Artikel 2 der Verfassung. Das schliesse auch die Möglichkeit der Delegation an Dritte ein; eine solche müsse aber in einem Gesetz im formellen Sinn enthalten sein. Das ist im wesentlichen auch die Auffassung der Kommission.

Dem ist im Grundsatz nichts entgegenzuhalten. Das Fehlen einer ausdrücklichen Erwähnung des Widerstands in der Verfassung ist kein Hindernis für die Organisation dieses Widerstands. Die Delegation an Dritte aber, ohne gesetzliche Grundlage, ist zu beanstanden. Die Konzeption der Gesamtverteidigung von 1973 ist kein Gesetz und ersetzt ein solches nicht, auch wenn sie EMD-intern als oberste Handlungsgrundlage gilt. Sie wurde nicht im Rechtsetzungsverfahren erlassen und hat für die Bundesversammlung die Tragweite einer Entscheidungsgrundlage – einer zwar wertvollen Entscheidungsgrundlage, aber nicht eines Gesetzes. Aus der Beanstandung des Fehlens der gesetzlichen Grundlage darf nun aber nicht geschlossen werden, dass der Widerstand selbst umfassend gesetzlich geordnet werden müsste. Das ist rechtlich nicht nötig und faktisch nicht möglich. Das Legalitätsprinzip wurde durch Lehre und Rechtsprechung in den letzten Jahren stark ausgebaut. Bekannt sind vor allem der Bundesgerichtsentscheid über den Numerus clausus an der Universität Basel, wo das Bundesgericht Leistungen dem Grundsatz der Gesetzmässigkeit unterstellt hat, und das Urteil über die Konsultativabstimmung in Wädenswil, in dem festgehalten wird: «Im Bereich der staatlichen Organisation ist eine gesetzliche Grundlage für jedes Handeln erforderlich, in welchem rechtlich bindende Entscheide zustande kommen.»

Der Sinn der Verstärkung des Legalitätsprinzips in den letzten Jahren lag darin, dass nicht nur die Freiheitsbeschränkungen der Kontrolle des Gesetzgebers unterstellt wurden, sondern die Staatstätigkeit insgesamt, womit sich der Grundsatz der Gesetzmässigkeit aus dem Mittel zum Schutz des Individuums vor überbordender Staatsgewalt zum Mittel der demokratischen Staatsgestaltung weiterentwickelte. Wir haben allen Anlass, diese verstärkte Sicherung der Beteiligung und damit der Verantwortung des Bürgers zu begrüssen.

Und doch gehen wir bei unserer rechtsstaatlichen, gewaltenteilenden und demokratischen Staatsauffassung davon aus, dass es neben den gesetzlich zu ordnenden und dann durch die Rechtsanwendung zu verwirklichenden Staatstätigkeiten solche gibt, die der Regierungsgewalt zuzuordnen sind und sich der gesetzlichen Normierung mindestens teilweise entziehen. Einerseits gibt es Herausforderungen, die nicht vorsehbar sind und doch ein rasches Handeln verlangen. Andererseits kann die höhere Staatsraison ein Abweichen von der für den Normalfall aufgestellten gesetzlichen Ordnung bedingen. Der Bundesrat hat die Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Irak am 7. August 1990 direkt gestützt auf die Verfassung beschlossen, ohne die Bundesversammlung zu einer Sondersession zusammenzurufen, und er hatte recht. Bei der Flugzeugentführung nach Zerqa vor 20 Jahren ist eine mutmassliche Terroristin aus der Haft entlassen worden, um die Schweizer Geiseln in der Wüste zu retten, ohne dass solche Fälle in einem Gesetz geregelt wären. Diese Fälle illustrieren, wie der Staat in ausserordentlichen Lagen zum Handeln auch ohne Gesetz gezwungen sein kann.

Wissenschaft und Praxis haben sich mit dem Problem polizeilichen Handelns zur Abwehr unmittelbarer Gefahren ohne gesetzliche Grundlage längst befasst. Die geschilderten Beispiele aber gehen über den Anwendungsbereich der sogenannten allgemeinen Polizei-Klausel hinaus. Sie betreffen unsere Beziehungen zu anderen Staaten bzw. das Handeln auf der internationalen Ebene. Hier wäre eine zu enge Bindung an das Gesetz kontraproduktiv und könnte die Landesinteressen in Frage stellen, wie das auch in der Lehre hervorgehoben wird.

Wie verhält es sich mit dem Widerstand? Wir werden die möglichen Situationen nie voll voraussehen und damit in den Einzelheiten rechtlich ordnen können. Hinzu käme in einem hoffentlich nie eintretenden Ernstfall die Frage, ob solche gesetzliche Ordnungen überhaupt durchgesetzt werden könnten. Das sind Hinweise auf die Grenzen gesetzlicher Normierung. Diese wird sich im wesentlichen auf eine Delegationsnorm beschränken müssen und gegebenenfalls gewisse Grundsätze einzuschliessen haben. Die Delegationsregeln, die in der Praxis des Bundesgerichts entwickelt worden sind, betreffen den ordentlichen Entscheidungsablauf und lassen sich auf solche Situationen nicht beliebig anwenden.

Wenn ich die Grenzen der Regelungsmöglichkeit nenne, so bin ich mit Bezug auf einen anderen Gesichtspunkt streng und – wie gesagt – unnachgiebig. Vorbereitungen auf eine solche Art von Wehr sind der politischen Verantwortung nicht zu entziehen, sondern müssen ihr unterstellt sein. Es darf keinen Staat im Staat geben. Es geht nicht an, den demokratisch bestellten Behörden zu sagen, sie dürften das alles nicht wissen, das sei gleichsam zu ernst für sie; sie dürften auch nicht Geheimnisträger sein, weil sie sonst erpressbar würden; Aufgaben dieser Art müsse man den Fachleuten überlassen. Sachkunde hat durchaus ihren Sinn, und die Gefährdung von Geheimnisträgern unterschätze ich keineswegs. Wir müssen Antworten auf die damit verbundenen Fragen finden. Nur eine Antwort schliesse ich aus: Jene, dass man den ganzen Bereich aus der politischen Verantwortung ausscheidet. Demgemäss hätte ich auch der Motion 1 zugestimmt, wenn sie noch aktuell wäre, im Bewusstsein allerdings, dass die gewünschte gesetzliche Ordnung knapp sein muss und sich nicht auf die Einzelheiten beziehen kann, dass aber die Verantwortung der politischen Behörden gewahrt und die parlamentarische Kontrolle festgelegt sein muss.

Sie werden mir vielleicht entgegnen, das sei ja geschehen und organisiert worden durch die Einsetzung der Gruppe 426. Dass es sich dabei nicht um eine parlamentarische Aufsicht in-

stitutioneller Art gehandelt hat, ist klar. Die Puk hat die Problematik im Bericht dargelegt. Dazu sei nur eines beigefügt: Die Wahl des Generals ist Sache des Parlaments. Hier hat sich umgekehrt ein General ein Parlament gewählt.

Das Gesagte gilt auch für den Nachrichtendienst. Hier gehen die Auffassungen von Gutachter und Kommission über die gesetzliche Grundlage etwas auseinander: Professor Grisel verlangt eine ausdrückliche Verfassungsgrundlage; doch die Puk lässt die Frage offen, sie verlangt in Abweichung von der Auffassung des Gutachters eine formell-gesetzliche Grundlage. Man kann sich fragen, ob die Regierungsfunktion nicht soweit reiche, dass sie diese Art des Handelns ohne Ermächtigung durch Rechtssatz einschliesse. Aber ich verstehe die Puk, dass sie eine saubere Basis vorzieht. Auch diese wird sich aber in einer allgemein gehaltenen gesetzlichen Bestimmung erschöpfen müssen und nicht die Einzelheiten einschliessen können. Vor allem wünsche ich mir, dass kein Missverständnis entsteht und sich der Bundesrat in ausserordentlichen Lagen nicht blockiert fühlt, weil ein Gesetz fehlt, das ihm das Handeln erlaubt.

Auch beim Nachrichtendienst lege ich auf die politische Führung grossen Wert. Wir können nicht einen Dienst aufbauen und dann doch sagen, wir würden von nichts etwas wissen und unsere Hände in Unschuld waschen. Nachrichtendienst System PP (Pontius Pilatus) geht nicht. Dass freilich durch die politischen Behörden nicht operativ geführt werden kann, ist selbstverständlich. Aber die Kontrolle über die Grundausrichtung muss bleiben. Sie wird durch einen kleinen Kreis ausgeübt werden müssen und nicht alle Einzelheiten einschliessen können. Aber ohne politische Verantwortung geht es auch hier nicht. Die Puk weist mit ihrer Motion 2 den Weg dazu. Ich stimme auch diesem Vorschlag zu.

**M. Cavadini:** Le rapport que la commission a établi pose de vraies questions sur les thèmes fondamentaux du fonctionnement démocratique de notre Etat. Il est le fruit d'un travail minutieux, tenace, et nous rendons hommage à nos collègues membres de la commission pour la persévérance et la conscience avec lesquelles ils ont mené à terme ces investigations. Sur les trois allées que trace le document, celle du groupe renseignements et sécurité, celle des fichiers de personnes au Département militaire fédéral, et celle des services secrets, nous retiendrons principalement la dernière, tant il est vrai que les deux premières avaient déjà été éclairées par la première Commission d'enquête parlementaire, qui avait mis en évidence des lacunes dans la conduite et le contrôle politique des affaires. Nous répétons simplement que le Conseil fédéral doit immédiatement prendre les mesures qui remettront de l'ordre dans ses services et il doit, plus encore, définir la ligne politique qui permettra la gestion de ces dossiers délicats.

La partie consacrée aux services secrets révèle l'existence de deux services, le P-26 et le P-27 qui ont été créés il y a une dizaine d'années, sans base légale formelle, si ce n'est la référence au message du Conseil fédéral de 1973 consacré à la politique de sécurité. Ce texte a été ratifié par le Parlement. Il mentionne nettement la nécessité de disposer d'une organisation apte à organiser la résistance. Nous regrettons – et nous le disons hautement – l'extrême liberté d'initiative et de manoeuvre laissée à l'état-major général de l'armée. Mais nous soulignons avec la même vigueur que le P-26, qui était une organisation de résistance appelée à s'engager en cas d'invasion militaire du territoire national, ne s'est, à aucun moment, comporté de façon douteuse, antidémocratique ou menaçante. On n'enregistra aucun abus. Le rapport relève d'ailleurs la stricte honnêteté des personnes de ce service.

Quant au P-27, on imagine sa possible intégration à l'Etat-major général. Les questions qui se posent à nous ont donc maintenant d'abord trait à la sécurité de l'Etat, aux moyens qu'il convient d'engager, aux limites que nous devons fixer. Disons d'abord que tout Etat peut être menacé, que toute démocratie est vulnérable. Il convient donc d'imaginer les instruments de leur défense. Or, ces instruments pourront, en certaines circonstances, relever de la prévention. Ils devront, au reste, être efficaces et voilà notre première critique, Monsieur le Conseiller fédéral: ce que nous découvrons relève parfois

du bricolage, de l'à peu près, de l'intention. Finalement, cette armée de l'ombre était surtout l'armée des ombres.

Un pays comme le nôtre a ses fragilités. Nous ne saurions oublier ni l'histoire, ni le passé. Donc, pour la politique de sécurité que nous avons à soutenir, il faut savoir ici, avec Pascal, que «celui qui veut faire l'ange fait la bête». Créons donc les bases légales qui donneront à l'Etat le moyen de se bien prémunir. Mais sachons, dans le même temps, que le contrôle parlementaire de toutes les mesures nécessaires est un leurre et relève de la démocratie fiction. Si nous admettons qu'un tel type d'organisation est nécessaire, donnons-nous les moyens de le mettre sur pied. La constitution nous rappelle sans équivoque que le Conseil fédéral est chargé de la sûreté intérieure et extérieure de la Suisse. Des mesures préventives doivent être prises pour garantir cette sûreté. De telles opérations, à l'évidence, doivent être couvertes par le secret militaire. Proclamer béatement que nulle menace n'est pendante, que tout est imaginaire et que l'avenir radieux et pacifique nous attend, peut convenir aux naïfs ou aux perfides; nous ne sommes ni l'un ni l'autre. Est-ce que la mission de l'armée a été fondamentalement modifiée? Nous ne le croyons pas.

Notre deuxième remarque a trait aux responsabilités et nous demandons d'abord au Conseil fédéral de prendre les siennes. Il ne saurait simplement balbutier qu'il est surpris, peiné, stupéfait, incertain. On le voit dissoudre précipitamment une institution dont il paraît découvrir l'existence. Il s'excuse et dit ses regrets. C'est trop. Nous demandons que place nette ayant été faite, le Conseil fédéral prenne les initiatives indispensables. L'heure de l'autoflagellation est révolue, tandis que ne doit pas sonner celle de la chasse aux sorcières. Nous avons besoin d'un Etat fort et notre démocratie doit être capable de susciter les anticorps qui mettront en échec les virus sournois de la naïveté et de la faiblesse. Tirons donc la leçon de cette péripétie et ne gaspillons ni notre temps ni notre force à pourfendre des coquecigrues!

**Frau Meier Josi:** In Zeiten grosser Umbrüche, wie wir sie jetzt erleben, ist das Volk in besonderem Masse auf Offenheit und Wahrhaftigkeit seiner Behörden angewiesen. Ich begrüsse daher diesen Bericht, der Geheimbereiche auf das strikt Notwendige einschränkt und auch für sie entschieden Legitimität, Legalität und vor allem politische Kontrolle fordert, um der Gefahr des Missbrauches, die jeder Macht innewohnt, zu begegnen. Vielen von uns ist, als sei gerade noch rechtzeitig das verklebte Fenster eines Raumes mit verbrauchter Luft aufgerissen worden. Mit frischer Luftzufuhr können wir wieder aufschauen, Ordnung herstellen und die Arbeit neu anpacken. Für mich geht der Bericht nicht zu weit. Er stellt auch keine blosser Anpassung an veränderte Verhältnisse dar. Natürlich sind bestimmte Haltungen, die nur unter dem Vorzeichen eines kalten Krieges nachvollziehbar erscheinen, im Lichte der KSZE-Beschlüsse von Paris endgültig überholt. Hier geht es aber um anderes. Es geht um Dinge, die nie hätten geschehen, oder zugelassen werden dürfen. Bitte beachten Sie, dass der Bericht nicht von irgendeiner subversiven Gruppe stammt. Der Zehner-Puk-EMD gehörten nicht weniger als vier Obersten an, die keineswegs im Verdacht stehen, unserer Verfassung den Rücken kehren zu wollen. Wir diskutieren also nicht eine Wendehalsache. Es geht vielmehr darum, zu fundamentalen Werten und Wahrheiten der eidgenössischen Politik zurückzufinden.

Dazu gehört für mich das, was Kommissionspräsident Carlo Schmid in der Kurzformel «Primat der Politik» zusammenfasste. Andere umschrieben es früher mit dem Satz: «Der Krieg ist eine zu ernsthafte Sache, als dass er den Generälen allein überlassen werden dürfte.» Das Volk hatte dafür die Kurzformel: «Wir alle sind die Armee.» Manche missverstanden diese Formel in neuerer Zeit und meinten, damit solle alles militarisieren werden. Weit gefehlt. Es bedeutete vielmehr, dass unser Land dem Milizsystem verpflichtet sein will. Es wollte nie eine abgesonderte Armeekaste entstehen lassen, die sich der politischen Kontrolle entziehen könnte.

Unsere Verfassung hat nie von Aufgaben der Armee gesprochen, sondern immer nur von Aufgaben von Bund und Kantonen. Sie hat dem Bund anstelle der Kantone – und besonders

der Bundesversammlung – «die Verfügung über das Heer mit Inbegriff des gesetzlich dazugehörigen Kriegsmateriales» übertragen, und nicht etwa dem Generalstabschef. Sie können das in Artikel 19 und Artikel 85 Ziffer 9 der Verfassung nachlesen. Unser Land hat bekanntlich nicht einmal einen General in Friedenszeiten, und es ist stolz darauf. Was es heute braucht, ist ein neuer Konsens über seine Verteidigungswürdigkeit und darüber, wie neben längst bekannten auch neuen Bedrohungsformen begegnet werden kann – Fragen, die wir demnächst im Zusammenhang mit dem Sicherheitsbericht diskutieren werden. Das braucht es, aber bestimmt keine 400 oder sogar mehr Kaderleute, die in einer geheimen Organisation ausserhalb der Armee den Notstand für teures – im übrigen sehr unorthodox abgezwängtes – Geld üben.

Ich bin daher dem Bundesrat dankbar, dass er kurzen Prozess gemacht hat und auch die Organisation P-26 sofort auflösen will oder aufgelöst hat. Es ist richtig, dass hier nicht versucht wird, diese Leiche wieder zum Leben zu erwecken. Ich wäre auch dagegen, heute eine Rechtsgrundlage für eine neue derartige Organisation ausserhalb der Armee zu schaffen.

Schliesslich wehre ich mich dagegen, dass dem Parlament nur wegen Kenntnissnahme eines Kommissionsberichtes unterstellt wird, es habe zwischen den Zeilen einer Widerstandsorganisation ausserhalb der Armee und den Ausgaben dafür zugestimmt. Weder das «Zivilverteidigungsbuch» noch allenfalls die Bibel ersetzen die fehlende Rechtsgrundlage für diese Einrichtung. Nach meiner Ueberzeugung kann man übrigens ohnehin den Notstand, der entsteht, wenn Regierung und Armee gleichzeitig den Widerstand aufgeben, nicht zuverlässig planen. Ich weigere mich sogar, das zu tun, besonders, wenn man noch planen will, was passiert, wenn die Regierung uns davonläuft. In solchen Fällen rechne ich mit ein paar mutigen Kantonsregierungen oder Standeskommissionen. Ich rechne auch damit, dass sich ganz spontan, was ich als legitim erachte, ein Widerstand formieren würde, ohne all die von langer Hand vorbereiteten, geheimen Organisationen und geheimen Zahlungen, die nicht zu uns passen. De Gaulle hat nicht ausserhalb, sondern innerhalb der Armee das gelernt, was er für den militärischen Teil der Résistance brauchte.

Falls die 400 entlassenen Leute arbeitslos wären, sei auf die grosse Lücke von Kadern im Zivilschutz hingewiesen. Das ist zwar im Moment noch weniger gut bezahlt (das sollte sich ändern) und weniger geheimnisumwittert, aber es wäre weitaus dringlicher. Natürlich gehe ich mit allen Parlamentsmitgliedern – jedenfalls mit denen des Ständerates – davon aus, dass niemand von den 400 je einen Putsch auch nur ins Auge fasste. Aber wenn uns immer wiederholt wird, wir müssten die militärischen Bedrohungen, auch beispielsweise jene aus dem Osten, nicht nach aktuellen geringen Gefahren beurteilen, sondern nach dem Potential, dann hat die Puk eben nicht zu Unrecht ein Katastrophenszenario mitbedacht. Wo gar keine Kontrolle besteht, darf letztlich nichts ausgeschlossen werden.

Es gibt allerdings Leute, die lesen zuviel Ian Fleming und zuwenig Karl Schmid-Attenhofer oder Carlo Schmid. Wir bräuchten etwas weniger Geheimniskrämerie heute.

Die Herausforderungen der Gegenwart setzen auch in unserem Lande Offenheit, Wahrhaftigkeit und Bescheidenheit voraus. Wir waren nie besser als andere, und wir werden es nie sein. Ueberall, wo wir Macht brauchen, müssen wir daher unabdingbar auf ihrer Kontrolle beharren. Ich stimme deshalb vor allem der parlamentarischen Initiative auf Seite 272 des Puk-EMD-Berichtes zu. Noch wichtiger ist allerdings, dass die laufenden Beratungen über die Ausdehnung der Kompetenzen der GPK in Geheimbereichen schnell zu Ende geführt werden, gerade damit wir keine Puk 3 mehr brauchen.

**Mme Jaggi:** Permettez-moi de commencer par la chronique d'une déception profonde.

A fin novembre dernier, j'ai voté non à l'initiative pour une Suisse sans armée, bien convaincue que le principe, et même la pratique, d'une armée de milice convenait mieux que tout autre système militaire à un Etat démocratique, et que c'était en tout cas un système préférable à une armée de métier composée de traîneurs de sabre, même modernisés par la grâce

de l'électronique, pour ne rien dire d'un corps de quelques centaines de cadres professionnels.

Toujours fin novembre dernier, moins d'une semaine avant la votation à laquelle je viens de faire allusion, paraissait le rapport de la première Commission d'enquête parlementaire relatif aux événements survenus au Département fédéral de justice et police. C'était une lecture certes passionnante, mais cet exemple de la littérature politico-policière, d'un genre plutôt nouveau en Suisse et qui a d'ailleurs connu le succès d'un «best seller» mémorable, ne m'a pas profondément alarmée, en tout cas pas au point de m'inciter à consulter la fiche probablement établie à mon sujet et sans doute, comme toutes les autres, truffée d'erreurs, de lacunes, de redondances, de banalités diverses, rassemblées au hasard des sources d'information et alignées dans le seul ordre chronologique.

Tout cela était surtout d'une bêtise affligeante, tout comme le caractère stupide, grotesque et pourtant coûteux de tout ce petit travail d'innombrables besogneux aussi dépourvus d'aptitude à la vue d'ensemble que des insectes agités pas même conscients de l'être.

En clair, ni les arguments des opposants à l'armée ni les fichiers n'avaient ébranlé la confiance mise dans nos institutions, que j'ai toujours considérées avec fierté, et même avec un vague sentiment de supériorité par comparaison avec l'étranger. Mais samedi dernier, comme beaucoup d'entre vous, j'ai lu le rapport de la Commission d'enquête parlementaire N° 2. Là, je dois dire que quelque chose a basculé, pour moi, à savoir l'idée d'une démocratie suisse que je croyais, selon l'expression consacrée par Denis de Rougemont, «toujours témoin». C'est aussi l'image d'institutions qui finalement n'étaient pas du tout aussi exemplaires, aussi saines que je le pensais sincèrement depuis toujours, qui a basculé. En économie, on a l'habitude de dire que la mauvaise monnaie chasse la bonne. En médecine, on sait qu'un corps habité par une tumeur maligne, même minuscule, est virtuellement atteint d'un cancer généralisé, du fait des incontrôlables et très inquiétantes migrations de métastases. En politique, un système comprenant des éléments pervers, du type de ceux mis en évidence dans le rapport de la Commission d'enquête parlementaire N° 2, est un système qui porte en lui le vice qui peut mettre en cause non seulement son fonctionnement, tout naturellement gêné par certaines faiblesses humaines, mais aussi plus profondément l'essence même de ce système.

Si nous voulons éviter l'implosion ou, tout aussi grave, la paralysie généralisée, nous devons faire ensemble un sérieux retour sur nous-mêmes pour restaurer l'Etat de droit et le strict respect de la légalité, pour apprendre à respecter aussi les libertés fondamentales, et en premier lieu celle de pensée de chaque citoyen, indépendamment de son orientation politique. M. Masoni a dit qu'on n'en était pas là, mais que la surveillance des organisations de front s'imposait. Comme Mme Bühler, je dis que le rapport, daté de novembre 1989 – décidément un funeste mois – d'un collaborateur de la section de recherche du Service de renseignements est un scandale, parce qu'il constitue l'expression d'une méfiance inadmissible à l'égard de militants sincères et surtout parce qu'il traduit une vision simpliste, manichéenne – les bons d'un côté, les méchants de l'autre – du monde en général et de notre société en particulier.

Cela m'a rappelé la pénible expérience que fut pour moi la participation à l'exercice de défense générale de novembre 1988, en tant que membre du Conseil fédéral manipulé – un qualificatif bien choisi s'il en fut. Il y a deux ans, douze mois avant la chute du Mur de Berlin, certes, on en était encore au schéma Pacte de Varsovie contre OTAN, étant entendu que la Suisse neutre se sent plus proche de l'Atlantique-Nord que de Varsovie.

En définitive, la seule question qui se pose à nous est de savoir si nous avons la force et si nous savons trouver la volonté de rejeter de nos institutions les éléments malsains qui les rongent. A voir notre timide volonté de réforme dans le sens des propositions institutionnelles formulées par MM. Rhinow et Petitpierre, je dois dire que j'ai quelques craintes. J'ai peur de notre trop faible capacité d'introspection, d'autocritique et d'ouverture. Nous avons à passer un test, qu'il s'agit de réussir

à mes yeux, c'est le processus de rapprochement avec l'Europe, qui constitue une excellente occasion d'essayer et de mesurer notre aptitude aux changements. Nous donnons un peu l'impression d'aborder l'Europe dans le rétroviseur; je veux croire que nous saisissons cette occasion pour ce qu'elle est, et que nous saurons utiliser l'occasion européenne non pas comme une contrainte extérieure mais comme la possibilité d'expression d'une volonté préalable intérieure de changement.

Pour en revenir au rapport dont nous parlons ce matin, je souscris à ce qui a été dit tout à l'heure par Mme Bühler dans son excellente intervention que je m'en voudrais de répéter en français. Mais je m'en voudrais tout autant de laisser sans réplique les propos tenus par M. Rüesch qui a poursuivi ce matin sa croisade anticommuniste, émaillée comme d'habitude de vives critiques à l'égard des socialistes. En substance, tous ceux qui pensent à gauche sont accusés de manquer de mémoire. Mais faites attention vous-même, Monsieur Rüesch, de ne pas manquer du simple sens de l'observation. Le monde a changé, figurez-vous, et il évolue sous nos yeux à une vitesse perceptible même pour l'observateur le plus distrait.

Le schéma des menaces s'est considérablement modifié, même le nouveau rapport de sécurité le reconnaît. L'écart entre le nord riche et le sud pauvre, les phénomènes démographiques et la dégradation de l'environnement sont des dangers désormais plus graves pour la planète et son avenir que l'affrontement de deux grandes puissances qui apprennent en ce moment à collaborer. La moindre est, me semble-t-il, de bien vouloir en prendre bonne note!

Encore un point que je me dois d'aborder en ma qualité de présidente, cette année, de la Délégation des finances. Cette qualité ne m'a pas valu, pas davantage qu'à la majorité de mes prédécesseurs, de recevoir des informations sur la gestion de millions utilisés pour le renseignement et surtout, à raison d'une dizaine l'an dernier, pour la trop fameuse organisation P-26. Les manquements à ce niveau sont trop flagrants pour que j'aie besoin de m'y attarder. Qu'on doive exhumer une décision de 1967 concernant une procédure administrative pour le contrôle de l'utilisation de certains deniers publics en dit long sur la fragilité du système de surveillance, du point de vue financier.

Sur dire d'un contrôle général des finances qui doit travailler sur des pièces justificatives maquillées? C'est une parodie de surveillance et il conviendra d'y mettre bon ordre, comme d'ailleurs dans l'ensemble des affaires révélées par ce deuxième rapport qui donne à certains le sentiment d'être inachevé et à quelques membres de la commission l'impression que tout n'a pas été élucidé.

Pour ma part et pour conclure, il me suffit d'avoir lu ce rapport 90.022 et d'espérer que la réalisation des propositions présentées par la commission sous forme d'initiatives, de motions ou de postulats permettra de mettre bon ordre et de démontrer cette volonté de réforme et de rectification indispensables en l'occurrence.

**Uhlmann:** Vor neun Tagen unterzeichneten die Mitgliedstaaten der Nato und des Warschauer Paktes den Vertrag über konventionelle Abrüstungen in Europa. Sie erklärten darin in Artikel 1 feierlich, dass sie «in dem anbrechenden neuen Zeitalter europäischer Beziehungen nicht mehr Gegner sind, sondern neue Partnerschaften aufbauen und einander die Hand zur Freundschaft reichen wollen». Das wurde vor neun Tagen unterzeichnet. Wir beraten also heute zu Beginn eines neuen machtpolitischen Zeitalters die Vorkommnisse im EMD in einer Epoche, in welcher sich in Europa militärische und politische Gegner gegenüberstanden. Daran müssen wir denken, wenn wir das Verhalten vieler Akteure beurteilen, welche die Puk 2 untersucht hat. An dieser Stelle möchte ich allen Beteiligten, seien es Organisationen oder verantwortliche Beamte, ein Kränzlein winden, dass sie es fertiggebracht haben, diese Geheimhaltung in diesem äusserst wichtigen Punkt so durchziehen.

Ein Striptease im militärischen Geheimbereich ist immer eine Gratwanderung zwischen Wahrheitsfindung und Offenlegung einerseits und berechtigter Geheimhaltung im Staatsinteresse

andererseits. Die Puk 2 hat diesen Weg gefunden und ist nicht abgestürzt. Ich danke ihrem Präsidenten und der Kommission sehr dafür, der Versuchung widerstanden zu haben, süffige Details auszubreiten, deren Bekanntwerden der Sache nicht gedient hätte; ich danke aber auch für die klaren Worte an die Verantwortlichen in den Behörden, im Parlament, im Bundesrat und in der Verwaltung. Wer nach dem Motto handelt: Was ich nicht weiss, macht mich nicht heiss, der muss sich bewusst sein, dass er auch auf diese Weise Verantwortung trägt. Das mehrheitliche Eigenleben des militärischen Nachrichtendienstes, der Abwehr und der Widerstandsorganisation war und ist absolut verständlich. Dass die früheren Vorsteher des EMD so wenig wussten oder wissen wollten, wirft die Frage nach der möglichen Steuerung dieser heiklen Dienste auf. In der Verwaltung muss auch bei sensiblen Informationen der Grundsatz gelten, den beide Puk-Erkenntnisse ins Gedächtnis rufen: Es gibt nichts, aber auch gar nichts, was dem verantwortlichen Chef von Unterstellten vorenthalten werden darf. Auch der Gesamtbundesrat müsste über Aktivitäten und Erkenntnisse der militärischen Abwehr und der Nachrichtendienste ins Bild gesetzt werden. Wie soll er sonst in kritischer Zeit Beschlüsse, die den Verhältnissen entsprechend sind, fassen?

Die geheime Widerstandsorganisation – ich erkläre klar, das ist keine Widerstandsarmee; es ist doch dummes Zeug, 400 Leute als Armee bezeichnen zu wollen – macht scheinbar einigen Leuten Bauchweh. Man muss aber auch ganz klar sehen, unter welchem Aspekt: Unter dem Aspekt von gestern oder unter dem Aspekt von 1990? Nicht ihre Existenz an sich, sondern ihre faktische Abkoppelung von allen politischen Einflussmöglichkeiten ist vielleicht fragwürdig. Das hat die Kommission aufgezeigt. Ich möchte aber daran erinnern: Lesen Sie die Protokolle des Nationalrates über die Berichte der GPK aus dem Jahre 1981, und dann können Sie nicht sagen, das Parlament habe überhaupt nichts gewusst.

Die Anträge der EMD-Puk – in Form von fünf Motionen und acht Postulaten – sind plausibel und verdienen Unterstützung. Ziel muss es sein, unnötige Grauzonen und Dunkelkammern zu vermeiden, ohne den Aktionsraum der militärischen Organe bis zur Handlungsunfähigkeit einzuschränken. Wir brauchen auch in Zukunft wirksame militärische Nachrichtenbeschaffung und Abwehr. Die Bedrohungen der Zukunft werden sicher anders, schwerer fassbar, nicht harmloser sein als früher. Die nötigen Reformen und das nötige Infragestellen alter Praktiken dürfen also nicht zur Aufgabe wichtiger Instrumente der Verteidigung unseres Landes führen. Wir müssen aus der «Kur» qualitativ gestärkt, integer und steuerbar hervorgehen. Unsere Bevölkerung anerkennt in ihrer grossen Mehrheit – davon bin ich überzeugt – die Berechtigung dieser Verteidigungsinstrumente, auch die nun aufgehobene Widerstandsorganisation in ihrer damaligen Form. Sie hat aber Anspruch darauf, klarer und bewusst geführt, sauber eingesetzt und von einer wirksamen Kontrolle begleitet zu werden.

Nach der zügigen und vorbehaltlosen Verwirklichung dieser Reformen sollten wir so rasch wie möglich unsere Kräfte auf die Lösung anspruchsvoller Zukunftsaufgaben konzentrieren.

**Cavelty:** An und für sich war mit dem ausgezeichneten Bericht von Kollega Schmid alles gesagt, was zu sagen gewesen wäre. Ich war daher der Meinung, eine breit angelegte Diskussion sei unnötig und hätte unterbleiben können. Da dies nicht möglich war, ergreife auch ich das Wort, denn je breiter die Diskussion wird, um so grösser wird das Bedürfnis, eine persönliche Stellungnahme bekanntzugeben:

Ich bin von den Aufdeckungen erschüttert. Nicht deshalb, weil eine Geheimorganisation – ich übernehme bereits die Nomenklatur von Kollega Uhlmann – in kritischer Zeit geschaffen wurde, da gehe ich mit Herrn Rüesch einig; nicht einmal deshalb, weil diese Organisation auch noch in weniger kritischer Zeit aufrechterhalten wurde. Erschüttert bin ich deshalb, weil dies alles hinter unserem Rücken und ohne parlamentarische Kontrolle erfolgt ist. Ich fühle mich diesbezüglich hintergangen. Ich verüble nicht einmal den Militärs, dass sie sich verpflichtet fühlen, das Vaterland auf diese Weise zu retten. Dafür aber, dass die Militärs nicht überborden, wurden die Kontroll-

organe geschaffen, insbesondere die parlamentarische Kontrolle, und diese Kontrolle hat versagt. Das schockiert mich.

Als langjähriges Mitglied der Finanzkommission bin ich zutiefst enttäuscht, dass wir über die Abzweigung von Geldern, über Zweckänderungen, über Geheimkassen nicht orientiert wurden. Uns wurden Budgets und Rechnungen vorgelegt, von denen die Verantwortlichen wussten oder wissen mussten, dass sie nicht stimmten; es wurden uns Rechnungen vorgelegt, die – entschuldigen Sie den Ausdruck – gefälscht waren. Ich finde, das ist eine glatte Irreführung. Nach meinem Rechtsempfinden ist das ein Straftatbestand. Im privaten Leben können Sie nicht eine Rechnung präsentieren, von der Sie wissen, dass sie nicht vollständig ist, ohne dass dies strafrechtliche Konsequenzen hat.

Ich stimme hier mit den Ausführungen von Frau Bühler vollständig überein: Wir wurden für dumm verkauft, und das während vielen Jahren. Was mir noch mehr leid tut: dass dies bis auf den heutigen Tag andauert. Das stellt doch die Glaubwürdigkeit unserer parlamentarischen Tätigkeit in Frage.

Ich will keine Kopfgängerei machen, ich stimme mit Ihnen überein, Herr Rüesch: keine Kopfgängerei auf die Verwaltung, auch keine Kopfgängerei auf die Beiräte. Im Gegenteil: Diese Beiräte haben wohl mit persönlichen Opfern dazu beigetragen, dass die Präsenz von Parlamentariern irgendwie noch vorhanden war. Ich möchte ihnen dafür danken; dass sie natürlich diese Funktion nicht herausposaunen konnten, nachdem sie in die Geheimnispflicht genommen wurden, ist für mich selbstverständlich. Ich sehe also keinen Grund, diesen Beiräten irgendwie einen Vorwurf zu machen.

Ich möchte die Forderung von Herrn Rüesch noch erweitern. Er sagt: keine Jägerei auf die Verwaltung; ich möchte sagen: auch keine Kopfgängerei auf Bundesräte, indem man einen bestimmten namentlich erwähnt und die ganze Reihe der übrigen Vorgänger im betreffenden Departement verschweigt. Soweit geht meine Forderung für das Absehen von Kopfgängerei. Was mich nun entscheidend interessiert, ist die Frage nach der gegenwärtigen und vor allem nach der zukünftigen Situation. Als Referent der Finanzkommission über das Militärbudget nächste Woche habe ich den Sekretär der Finanzkommission gestern gebeten und ihm den Auftrag gegeben, folgende Fragen für die Budgetdebatte abzuklären:

1. Wo und wie kommt die offenbar stattgehabte Abschaffung der Geheimarmee im neuen Budget zum Ausdruck? Wo sieht man das?

2. Wo und wie kommen die geheime Kriegskasse und deren Erträge im neuen Budget zum Ausdruck?

Ich versichere Sie, dass ich über die erhaltene Auskunft hier im Rat Rechenschaft ablegen werde.

Was mich darüber hinaus beschäftigt, ist die folgende Frage: Wenn es möglich war, bis jetzt Gelder vom Militärbudget für andere als die angegebenen Zwecke abzuzweigen, wer garantiert mir, und wer garantiert uns, dass dies nicht auch an andern Orten passiert?

Ich weiss auch kein Rezept dagegen, nachdem mein Vertrauen in die Finanzkontrollorgane doch erschüttert ist. Ich hoffe nur, die Vorschläge der Puk mit den vorgesehenen Massnahmen tragen dazu bei, dass wir endlich die nötige Klarheit bekommen. Vor allem aber hoffe ich auch, dass die Erschütterung, welche diese Puk nun wohl doch bei den betroffenen Organen ausgelöst hat, dazu führt, dass alle betreffenden Leute uns als verantwortungsvolle und vernünftige Parlamentarier ansehen und uns nicht als Dummköpfe behandeln.

**Reichmuth:** Nachdem ich die Ausführungen von Herrn Cavelty über die Rolle und Verantwortung der Finanzkontrollorgane in der ganzen Sache gehört habe, kann ich auf mein Votum, das in die gleiche Richtung zielte, verzichten.

**Schoch:** Der Verlauf unserer heutigen Diskussion hat mich nicht glücklich gemacht. Ich habe daher das Bedürfnis, in aller Kürze dem, was gesagt worden ist, wenigstens zwei Gedanken anzufügen:

Zum ersten möchte ich festhalten, ohne in Einzelheiten zu gehen und ohne bereits Gesagtes zu wiederholen, dass mich der Bericht der Puk sehr betroffen gemacht hat. Ich komme mir als

Parlamentarier und gerade auch als Mitglied der Militärkommission verschaukelt und an der Nase herumgeführt vor. Ich vermag daher jenen Votanten nicht zu folgen, die sich schützend vor die ganze Geschichte hingestellt haben. Ich teile vielmehr die durch die Puk und durch deren Präsidenten vorgenommene Würdigung und halte die verschiedenen Bagatellierungs- und Rechtfertigungsversuche, die wir heute vormittag gehört haben, für überaus problematisch.

Zum zweiten Anliegen, das ich Ihnen vortragen wollte und das mir ganz besonders am Herzen liegt: Ich meine, dass es verheerend wäre, wenn wir uns jetzt schwergewichtig auf die Vergangenheitsbewältigung konzentrieren und alle zur Verfügung stehenden Energien dafür einsetzen würden. Wir laufen Gefahr, nur noch rückwärts zu blicken und zu vergessen, dass wir uns effektiv an der Zukunft orientieren sollten. Wir müssen den Blick nach vorn richten und eine in die Zukunft orientierte Strategie entwickeln; nur so kommen wir politisch weiter, nur so verhindern wir, dass wir an Ort treten oder gar rückwärts rutschen.

Ich meine – und ich bin überzeugt davon –, dass es viel wichtiger ist, rasch und entschlossen etwas für die 600 000 oder 650 000 Angehörigen unserer Armee zu tun, etwas zu unternehmen im Hinblick auf eine zeitgemässe Ausgestaltung der Ausbildung dieser 650 000 Soldaten, ihnen den Dienstbetrieb zu erleichtern und den Dienstbetrieb heute gültigen Kriterien anzupassen, anstatt alle Kräfte, über die wir verfügen, auf die Liquidierung einer 400köpfigen Geheimorganisation zu konzentrieren. Natürlich muss diese liquidiert werden, aber das darf und soll uns nicht daran hindern, den Blick nach vorn zu richten.

Ich habe mit Genugtuung festgestellt, dass beim EMD solche in die Zukunft gerichtete Anstrengungen in Gang gekommen sind, und ich meine, das EMD sei gut beraten, wenn es diese Anstrengungen mit Nachdruck und Entschiedenheit weiterführt. Und ich freue mich ganz besonders darüber, dass mit dem heutigen Chef EMD ein Mann an der Spitze dieses schwierig gewordenen Departementes steht, der für das, was wir heute diskutiert haben, keine politische Verantwortung trägt, der also mit voller Ueberzeugung nach vorwärts blicken und sich einer konstruktiven, in die Zukunft gerichteten Aufgabe widmen kann.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 11.45 Uhr  
La séance est levée à 11 h 45*

## Vorkommnisse im EMD. Parlamentarische Untersuchungskommissionen

## Événements survenus au DMF. Commissions d'enquête parlementaires

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.022
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.11.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	895-916
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 489

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

90.022

**Vorkommnisse im EMD.  
Parlamentarische  
Untersuchungskommissionen  
Evénements survenus au DMF.  
Commissions d'enquête parlementaires**

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 895 hiervoor – Voir page 895 ci-devant

Bundesrat **Villiger**: Es geht bei der Behandlung des Berichtes Ihrer Untersuchungskommission um die Bewältigung eines Stückes Vergangenheit. Wir tun das in einem Klima der Veränderung, und es kommt deshalb wohl kaum von ungefähr, dass hier auch Emotionen aufgewühlt werden. Ich danke dem Präsidenten Ihrer Puk für seine sachliche und ausgewogene Würdigung, auch für seine riesige Arbeit, auch der ganzen Kommission. Ich bin dankbar für die Debatte gestern, die vielleicht – mit Ausnahme von zwei, drei Bemerkungen – doch sehr sachlich und hochstehend war.

Wer die Handlungen von Akteuren in der Vergangenheit beurteilt, der muss das aus ihrer Zeit heraus tun. Denn die Wurzeln dessen, was die Kommission kritisiert, reichen weit zurück. Und es ist wichtig, dass man nicht mit dem Mantel des Vergessens überdeckt, was vorher war. Deshalb möchte ich der etwas legalistischen Betrachtungsweise Ihrer Kommission eine eher historische gegenüberstellen. Ich sage klar, dass ich damit weder etwas beschönigen, Fehler bemängeln, noch etwas bagatellisieren möchte. Aber Würdigungen ohne diesen Hintergrund sind ungerecht. Ich glaube, dass ich das auch aus einer gewissen Objektivität heraus tun kann, weil ich an der ganzen Entstehung dieser Geschichte auch im Parlament noch nicht beteiligt war.

Ein Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer wurde – vor zwei Wochen am KSZE-Gipfel, das war ein historischer Tag – der kalte Krieg beerdigt. Noch in den letzten Monaten des vergangenen Jahres aber – und das dürfen wir nicht vergessen – wurden in mehreren mitteleuropäischen Staaten Polizeieinsätze gegen Protestbewegungen der Bevölkerung geführt. In Ost-Berlin, Prag und Bukarest waren Regimes an der Macht, die sich nur dank jahrzehntelanger Unterdrückung halten konnten. Eines der Instrumente, mit denen sie das Volk bei der Stange halten wollten, war die sorgsame Pflege des Feindbildes eines aggressiven Westens; ich habe bei einem kürzlichen Ostbesuch sogar noch Reste davon gefunden.

Der Versuch, die kommunistische Weltrevolution zu exportieren, gehörte jahrzehntelang zur Doktrin der östlichen Supermacht. Dabei schreckte sie auch vor militärischer Unterwerfung unbotmässiger Satelliten und Nachbarstaaten nicht zurück. Die gewaltsame Niederschlagung des Ungarnaufstandes 1956, die brutale Unterdrückung der Reformbewegungen in der Tschechoslowakei und der Eroberungsfeldzug nach Afghanistan sind Mahnmale eines kommunistischen Machtan-

spruchs, der in feinerer Ausprägung auch andere Völker und Länder unterjocht hat.

Der kalte Krieg hat leider stattgefunden, auch wenn dies heute von einigen Kreisen nicht mehr gerne so gesehen wird. Auch die Schwächung der psychologischen Widerstandskraft des Gegners gehörte zum kalten Krieg. Beispiele dafür finden sich viele. So illustrierte etwa die umfangreiche Agitation im Vorfeld des Nato-Nachrüstungsbeschlusses Anfang der achtziger Jahre den Versuch eines Regimes, mit massiver Einflussnahme über Frontorganisationen in Westeuropa diese Nachrüstung zu verhindern. Ich glaube, dass diese Nachrüstung eines der Elemente war, das letztlich der Sowjetunion gezeigt hat, dass es mit dieser Rüstung nicht mehr weiter ging. Sie war ein Schritt zu dem, was wir jetzt an positiven Entwicklungen erleben durften. Die psychologische und ideologische Auseinandersetzung war eben genauso eine Realität des kalten Krieges wie die Waffenarsenale.

Wenn sich auch die Schweiz mit den dafür geschaffenen internationalen Frontorganisationen auseinandersetzte, so war dies legitim. Ich habe deshalb etwas Mühe mit der heute hervorgebrachten lautstarken Kritik, vor allem wenn sie von jenen stammt, die sich damals nicht zu einer eindeutigen Haltung gegenüber den korrupten Regimes in Mittel- und Osteuropa durchringen konnten. Dass die internationalen Frontorganisationen nicht ganz so harmlos waren, zeigen nicht nur die Ausweisung z. B. des Weltgewerkschaftsbundes aus Oesterreich 1954 oder die Ausweisung des Weltfriedensrates wegen staatsgefährdender Tätigkeit aus Frankreich und später auch aus Wien. Aufschlussreich ist ein neuerer und vielleicht unerdächtiger Vorgang. Ich zitiere aus der «Süddeutschen Zeitung» vom vergangenen Sonntag: «Die tschechoslowakische Regierung hat allen in Prag ansässigen internationalen kommunistischen Frontorganisationen mitgeteilt, dass ihre Tätigkeit in der CSFR nicht erwünscht sei. Nach amtlichen Angaben gehören dazu der Internationale Gewerkschaftsbund, der Internationale Studentenverband und die Internationale Journalistenorganisation. Die Regierung hat diesen Organisationen eine Frist bis zum 30. Juli des nächsten Jahres gesetzt. Bis dahin müssen sie Prag verlassen haben. Es wird ihnen vorgeworfen, sie hätten der Polizei in der Vergangenheit Hinweise auf Regimegegner gegeben.» Was die Beziehungen der Frontorganisationen zur Schweiz betrifft, komme ich später noch einmal darauf zurück.

Ich komme zur Widerstandsorganisation: Es gehört seit 700 Jahren zum Kern der schweizerischen Identität, dass wir uns gegen Uebergriffe von aussen verteidigen. So war denn auch für die Schweiz die Wahl zwischen Selbstaufgabe und Widerstand niemals eine Alternative. Ein Widerstand im Besetzungsfall ist legitim, das anerkennt auch die Puk EMD. Sie bemängelt aber das Fehlen einer ausdrücklichen Grundlage in einem Gesetz.

Die Vorbereitung des Widerstandes ist aber verfassungsmässig, und die Verfassung steht über dem Gesetz, das halte ich hier klar und deutlich fest; man kann deshalb – glaube ich – nicht sagen, die Organisation sei illegal. Eine Widerstandsorganisation kann aber nur funktionieren, wenn die absolute Geheimhaltung gewahrt wird. Es darf höchstens die Tatsache bekannt sein, dass es eine Widerstandsorganisation gibt, das trägt dann zur Dissuasion bei. Diese Frage wurde ja gestern hier aufgeworfen. Aber es dürfen weder Personen noch Anlagen noch Einrichtungen bekannt sein, weil sonst die Organisation ausgelöscht wird, bevor sie je zum Einsatz gelangt. Auf dem Gebiet des Widerstandes gelten eben brutale Regeln; ich weise auf die Ermordung polnischer Offiziere durch die sowjetischen Truppen in Katyn hin. Mit der Ausradierung der militärischen Elite, die man mit dem Widerstand in Verbindung brachte – wahrscheinlich zu Recht –, wollte man die Entstehung des Widerstandes im Keim ersticken.

Zwischen dem Grundsatz der Geheimhaltung und den Erfordernissen der demokratischen Offenlegung der Staatstätigkeit besteht ganz krass ein unauflöslicher Widerspruch. Das heisst, dass man zwischen Offenlegung und Widerstandsorganisation entscheiden muss – entweder oder. Es gibt kein Zwischenending; beides zusammen ist nicht zu haben.

Es hängt stark von den Zeitumständen ab, wie dieser Zielkon-

flikt politisch gewürdigt und dann entschieden wird. In Zeiten manifester Bedrohung steigt die Akzeptanz der Geheimhaltung, während in Zeiten der Entspannung die Transparenz stärker gewichtet wird. Während des kalten Krieges hat die Praxis zwischen den sich widerstrebenden Interessen einen Kompromiss gefunden, der stärker auf der Linie der Geheimhaltung lag.

Indirekt hat das Parlament diesem Kompromiss damals zugestimmt. Es nahm 1981 mit dem Bericht der Arbeitsgruppe Bachmann der GPK Kenntnis von der Existenz dieser Widerstandsorganisation, und es stellte damals fest, dass die Widerstandsorganisation den Anforderungen, die vom Standpunkt des Rechtsstaates und der Demokratie aus zu stellen seien, entsprechen. Beachten Sie bitte, dass dieses Parlament bzw. Ihre Vorgänger die heutige Organisation vor neun Jahren demokratisch legitimiert haben.

Eine Position «Widerstand» in der Staatsrechnung ist für mich undenkbar. Ich will damit den Verstoss gegen das Finanzhaushaltsgesetz überhaupt nicht rechtfertigen. Es hat mit diesem Zielkonflikt zu tun, den ich erwähnt habe. Aber auch die Ausgaben für die Widerstandsorganisation waren verfassungsmässig; sie wurden nach gut helvetischer Manier auf Franken und Rappen abgerechnet und durch die Eidgenössische Finanzkontrolle kontrolliert. Von einer Veruntreuung kann nicht die Rede sein. Die Präsidenten der Finanzdelegation – sie gehörten allen Bundesratsparteien an – sind eingeweiht worden.

Wegen der Problematik der demokratischen Offenlegung wurde damals der parlamentarische Beirat installiert, der sich aus Vertretern aller Regierungsparteien zusammensetzte. Die Arbeitsgruppe Bachmann der GPK äusserte sich übrigens positiv zu einem Aufsichtsrat ausserhalb der Verwaltung, sogar im Bereich der Finanzkontrolle. Ich halte die Kritik an jenen, die sich als Beiräte zur Verfügung stellten, für ungerechtfertigt. Man kann die Institution kritisieren, aber nicht die Leute, die sich dafür zur Verfügung gestellt haben. Sie taten etwas aus Idealismus für dieses Land und etwas – das wussten sie von Anfang an –, wo es keine Lorbeeren zu holen gibt.

Ich habe Verständnis dafür, dass man den Bundesrat kritisiert, weil er sich über Einzelheiten der Organisation nicht ins Bild setzen liess. Er tat dies aus zwei Gründen:

1. Da es um die Vorbereitung einer Organisation für den Besetzungsfall und nicht um eine Organisation für die Widerstandstätigkeit zum heutigen Zeitpunkt ging, bestand wenig Anlass, die mit dem Wissen um organisatorische Details verbundene zusätzliche Gefahr in Kauf zu nehmen. Ich weise nochmals auf den Widerspruch hin, den ich schon erwähnt habe. Das ist in jedem Lande so.

2. Der Bundesrat war sich natürlich immer bewusst, dass er jederzeit Auskünfte hätte verlangen können. Das habe ich selber erfahren, als ich mich detaillierter für die Organisation zu interessieren begann. Ich kann Ihnen sagen: Man kann sie sogar auflösen.

Aus heutigem Demokratieverständnis ist die beschränkte politische Kontrolle der Organisation ungenügend. Das gebe ich zu. Ich habe deshalb schon in der Dezembersession 1989 Gespräche mit einigen parlamentarischen Beiräten geführt, um ihre Sicht der Dinge kennenzulernen. Im Februar schon habe ich mich im Nationalrat klar und deutlich für eine echte parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste und der geheimen Organisationen ausgesprochen. Ich teile auch die Meinung, dass aus heutigem Rechtsverständnis heraus eine gesetzliche Grundlage nötig wäre.

Ich möchte aber klar und deutlich sagen, dass hier keine Verbrecherorganisation geschaffen worden ist. P-26 hat in ihrer neuen Form seit 1981 zu keinen Skandalen Anlass gegeben. Ihre Führer und die damaligen und heutigen Generalstabschefs waren sich – so meine ich – ihrer Verantwortung bewusst. Ich habe keinen Grund, an der Integrität der Mitglieder der Organisation zu zweifeln.

Damit komme ich zu jenem Szenario, das in der Öffentlichkeit so hochgespielt wird, nämlich das Szenario des inneren Umsturzes. Die Puk geht nicht so weit, der Widerstandsorganisation vorzuwerfen, sie hätte einen in demokratischer Form zustandegekommenen Machtwechsel rückgängig machen wol-

len. Sie schliesst ein solches Szenario aber auch nicht aus. Lassen Sie mich hier klar und deutlich festhalten, dass ich eine solche Vorstellung für absurd erachte. Wie sollte eine Widerstandsorganisation von knapp 400 Vertretern im Falle eines demokratisch erfolgten Machtwechsels überhaupt in der Lage sein, die Macht zu ergreifen?

Ein demokratisch zustandegekommener Machtwechsel impliziert doch auch, dass die politische Führung – oder Teile davon –, Teile des Verwaltungsapparates, aber auch die Armee, die im Volk verwurzelt ist, hinter der neuen politischen Führung stehen werden. Es ist unvorstellbar, dass in einem solchen Fall eine solche Organisation auch nur einen Gedanken an eine Bekämpfung des Machtwechsels verschwenden würde. Man hat ja für diese Organisation Leute ausgewählt, an deren Loyalität dem Staat gegenüber ich selber zumindest heute keinen Grund zu zweifeln habe.

Mit dem Einsatz-Szenario des inneren Umsturzes ist etwas anderes gemeint. Es geht um das Rezept, das die Naziputschisten 1934 gegen den österreichischen Kanzler Dollfuss angewandt haben und das 1948 in der Tschechoslowakei gegen Jan Masaryk zum Einsatz kam. Noch 1979 wurde die Taktik des Umsturzes durch Untertwanderung und Umgehung der politischen Spielregeln in Afghanistan in Perfektion angewendet. Staatspräsident Hafisullah Amin wurde in der Altjahreswoche gestürzt und ermordet, und die hinter dem Putsch stehende ausländische Macht brachte mit Babrak Karmal das neue Staatsoberhaupt gerade selber ins Land. Ich meine, dass das Studium solcher Szenarien den Verantwortlichen einer Widerstandsorganisation nicht zum Vorwurf gemacht werden kann.

Lassen Sie mich noch eine weitere Bemerkung machen. Was sich gegenwärtig abspielt – ich benutze hier bewusst das Wort Schnüftelei –, das ist beinahe Kopfgängerei gegenüber den Mitgliedern der Widerstandsorganisation, und das gibt mir Anlass zur Sorge. Bereits erhalten einzelne von ihnen anonyme Morddrohungen.

In diesem aufgeheizten Klima ist es nicht nur eine Frage des schlechten politischen Stils, sondern geradezu unverantwortlich, wenn hier – wie dies gestern Frau Bühler getan hat, und zwar gegen besseres Wissen aus der Kommissionsarbeit – über Verwicklungen von P-26 in gewaltsame Anschläge Mutmassungen angestellt werden. Der Präsident der Puk – ich danke ihm dafür – hat gestern in der «Rundschau» unmissverständlich festgehalten, dass sich dafür keine Anhaltspunkte ergeben haben.

Auch Ihre Bemerkung, Frau Bühler, man wisse nicht, was Generale nach einem anderen Ausgang der Armeaabstimmung getan hätten, finde ich schlichthin ungeheuerlich. Das haben unsere hohen Offiziere, welche das Primat der Politik absolut akzeptieren, so nicht verdient.

Die Aufgabe des Nachrichtendienstes besteht darin, militärisch bedeutsame Informationen für die Führung des Landes zu beschaffen und zu analysieren. Die Erfahrung hat gezeigt, dass in Krisenzeiten die normalen Nachrichtenquellen gerne versiegen. Deshalb wurde der ausserordentliche Nachrichtendienst geschaffen. Gerade das Beispiel dieses Nachrichtendienstes zeigt, dass die Verwaltung hin und wieder tun kann, was sie will, sie macht es ohnehin falsch.

Die Arbeitsgruppe Bachmann der GPK bezeichnete 1981 den Nachrichtendienst und die Beschaffung von Nachrichten unter Bruch fremden Rechtes als notwendig. Sie sah darin keinen Konflikt zur Neutralitätspolitik, zu den Anforderungen des Rechtsstaates und der Demokratie. Bedenken hatte die Arbeitsgruppe Bachmann jedoch gegen die Unterstellung dieses Dienstes unter die Unia. Sie legte dem EMD – gestern wurden die Ziffern des Berichts von Ihrem Präsidenten zitiert – die Ausgliederung aus der Verwaltung nahe. Sie hielt dies im Interesse der Abschottung und der Abstreitung der Verantwortung des Bundes für nötig. Genau das hat dann das EMD getan, und genau das wird jetzt hart kritisiert.

Wir sind aber natürlich mit der Realisierung Ihrer Motion wieder einmal zu einer totalen Kehrtwendung bereit. Ich hoffe nur, dass das dann nicht meinen Nachfolgern zu einem gravierenden politischen Vorwurf gemacht wird.

Ich komme zu einem besonders heiklen Gebiet, das auch

mich bewegt hat: Das ist die Tätigkeit der Una im Inland. Die Untersuchungsergebnisse der Puk zeigen, dass sich der schwerwiegende Verdacht einer umfangreichen und systematischen Bespitzelung von Schweizer Bürgern und Organisationen im Inland nicht bestätigt hat.

Die Puk hält in ihrem Bericht fest, dass sich die Una u. a. mit schweizerischen Vereinigungen befasst habe, um herauszufinden, inwieweit diese mit ausländischen Frontorganisationen in Verbindung stünden. Auf die Bedeutung der ausländischen Frontorganisationen habe ich hingewiesen. Es gab sie, und das Interesse an ihnen war sicher legitim. Allerdings muss man das für die Schweiz einschränken. Die Schweiz war nie ein wichtiges Ziel der Frontorganisationen, das weiss man. Aus diesem Grund waren diese Organisationen bei den Nachrichtenbedürfnissen seit Jahren eher von untergeordneter Bedeutung. Seit dem Fall der Berliner Mauer sind sie vollends gegenstandslos geworden. Vielleicht hat es hier noch einen gewissen Bremsweg gegeben, aber sie sind nicht mehr aktuell. Unumstösslicher Grundsatz musste aber immer sein, dass auf keinen Fall schweizerische Vereinigungen oder Bürger durch die Una bespitzelt oder anderweitig überwacht werden dürfen. Ich war immer der Auffassung, es dürfe nicht Sache militärischer Dienste sein, Aufgaben der politischen Polizei wahrzunehmen. Ich will in dieser Una keine Spitzel.

Von der Bespitzelung zu unterscheiden ist allerdings die Gewinnung von Inlandnachrichten aus öffentlichen Quellen und die Berücksichtigung solcher Nachrichten bei der Analyse. Hier hat der Bundesrat im Vergleich zur Puk eine etwas andere Sicht. Viele Lagebeurteilungen über das ausländische politische, strategische Geschehen brauchen diesen Gesichtspunkt auch. Die Sammlung von allgemein zugänglichen Informationen und Auswertungen muss zulässig sein.

Die Puk nennt drei Fälle, bei denen mindestens die Gefahr bestanden haben könnte, es habe sich um eine Tätigkeit im Sinne der unzulässigen Bespitzelung gehandelt. Die drei Fälle werden häufig als exemplarisch bezeichnet, um den Eindruck zu erwecken, es handle sich lediglich um die Spitze eines Eisberges. Es spricht aber alles dafür, dass es nur diese drei Einzelfälle gibt, zumindest in den überblickbaren letzten Jahren, und ihre Beurteilung ist erst noch bis zu einem gewissen Grad Ermessenssache. Ich will allerdings hier klar festhalten, dass für mich der Vorfall «Basel» die Grenze des Zulässigen und des Geschmackvollen überschritten hat.

Im «Fall Murten» – das wissen Sie – steht Aussage gegen Aussage.

Der Bundesrat teilt vollumfänglich die Auffassung der Puk EMD, dass die Beschaffung von Nachrichten über Schweizer nicht in den Zuständigkeitsbereich der Una fällt. Ich glaube aber eben, dass öffentlich und allgemein zugängliche Informationen über Sachverhalte, die in einer Verbindung zum Ausland stehen, ausgewertet werden dürfen, um ausgewogene Analysen zu erhalten. Es ist möglich, hier klare Kriterien festzulegen, so dass dabei weder politische noch persönliche Grundrechte verletzt werden können.

In der letzten Zeit wurde scharfe Kritik am Bundesrat geübt, weil er untätig und führungsschwach gewesen sei. Dazu gestatte ich mir immerhin den Hinweis, dass einige Massnahmen getroffen worden sind.

Schon im vergangenen Jahr habe ich Auskunft über allfällige Fichen und Registraturen im EMD verlangt. Nach Feststellung der Missstände bei einem persönlichen Augenschein habe ich sofort die Presse informiert, ich habe Abhilfe eingeleitet und alt-Nationalratspräsident Dr. Eng als Sonderbeauftragten eingesetzt. Seine Arbeiten sind in der Zwischenzeit abgeschlossen. Die Fichen sind offengelegt. Die Fichenaffäre im EMD ist bis auf zwei Beschwerden erledigt, und neue Fichen mit unzulässigen Eintragungen wird es keine mehr geben. Die organisatorischen und personellen Massnahmen sind getroffen worden, damit dies sichergestellt ist.

Es gibt keine Zweifel, dass die Fichierungspraxis der letzten Jahrzehnte zum Teil unentschuldigbar war; ich habe mich schon im Frühjahr öffentlich dafür entschuldigt. Es steht fest, dass im Umfeld der Fichenaffäre Fehler gemacht worden sind. So hat man mich ungenügend informiert. Sie wissen, dass schon personelle Konsequenzen gezogen worden sind. Herr

Divisionär Schlup hat seinen Rücktritt eingereicht. Herr Schlup war – ich sage das immer wieder, auch wenn es viele nicht glauben – ein hervorragender Offizier, dem aber die Aufgabe des Chefs der Una wahrscheinlich nicht gerade auf den Leib geschneidert war. Ich bin der Meinung, dass die Una unter neuer Führung nun wieder Vertrauen aufbauen muss und kann.

Ich habe auch nach dem Auftauchen des Verdachts der Bespitzelung sofort gehandelt. Ich habe noch vor der Puk die Disziplinaruntersuchung eingeleitet, und zwar wollte ich genau wissen, ob ein Una-Beamter wirklich einen Spitzel angeworben hat; ich wollte vor allem auch wissen, ob in der Una systematisch Spitzel eingesetzt werden. Für das letztere ergaben sich glücklicherweise keine Anhaltspunkte.

Auch die Notwendigkeit der parlamentarischen Kontrolle – ich habe es erwähnt – haben wir vor dem Einsatz der Puk anerkannt. Ich finde, dieses Postulat ist gerechtfertigt.

Ich habe mich auch mit der Widerstandsorganisation P-26 gegen Ende des letzten Jahres zu beschäftigen begonnen, vor allem aber in diesem Jahr. Dabei hat mich weniger die Frage der Rechtsgrundlage interessiert – als Ingenieur muss ich Sie bitten, vielleicht hier die weniger starke Sensibilität für Rechtsgrundlagen als für Handeln und Fakten zu verzeihen – als die Frage der Opportunität dieser Organisation.

Ich habe mich eingehend und sehr offen mit dem neuen Generalstabschef im Januar unterhalten. Ich habe mir damals drei Fragen gestellt:

1. Entspricht eine solche Widerstandsorganisation überhaupt dem aktuellen Bedrohungsbild?
2. Kann eine solche Organisation in der Realität überhaupt funktionieren?
3. Ist eine geheime, bewaffnete Organisation mit den Erfordernissen einer offenen und demokratischen Gesellschaft verträglich?

Der Generalstabschef hat dann in meinem Auftrag zwei Arbeitsgruppen beauftragt, dazu Studien und Vorschläge zu machen. Ich möchte die drei Fragen aus meiner Sicht beantworten, wie ich sie heute sehe.

Im Bericht über die Sicherheitspolitik hat der Bundesrat festgehalten, dass die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs auf unser Land mit dem Ziel der Besetzung unter den heutigen politischen Umständen klein geworden ist. Andere Bedrohungsszenarien stehen im Vordergrund. Das bedeutet, dass die Vorbereitung des Widerstands – so wichtig sie sein mag – nicht mehr die gleiche Priorität wie zur Zeit des kalten Krieges hat. Die Auflösung der Organisation P-26 ist deshalb aus der Sicht der Bedrohungslage heute vertretbar.

Ich habe mir auch die Frage gestellt, ob eine solche Organisation im Ernstfall wirklich funktioniert. Ist es möglich, nach perfekter Schweizer Manier auch das Verhalten im Chaos schon minutiös vorzubereiten? In einigen Ländern wurde im Besetzungsfall das Fehlen solcher Vorbereitungen schmerzlich vermisst, in anderen hat die Vorbereitung nicht die erhofften Resultate gebracht. Ich habe den Eindruck, dass die Organisation P-26 ein Optimum an guter Vorbereitung bedeutet, dass aber die Garantie für ein Funktionieren im Ernstfall trotzdem nicht bestand. Diese Frage muss man wahrscheinlich offenlassen.

Die dritte Frage ist aber für mich völlig klar. Eine geheime und bewaffnete Organisation wird in einer auf Transparenz ausgelegten, offenen Demokratie immer Anlass zu Misstrauen bieten, auch wenn sie es noch so gut macht. Und so lange P-26 bestanden hätte, wären Gerüchte über mögliche Missbräuche nicht mehr verstummt. Der Schaden, der aus solchem permanenten Misstrauen erwachsen würde, wäre bei der heutigen Bedrohungslage grösser als der Nutzen einer solchen Organisation.

Wie Sie wissen, hat der Bundesrat die Auflösung von P-26 beschlossen. Er ging damit noch über den Antrag der Puk hinaus, und das – Herr Cavadini – haben wir nicht aus Schwäche getan, sondern nach einer nüchternen Analyse und einem nüchternen Entschluss.

Die Auflösung von P-26 ist im Gang. Schon im Frühjahr wurde die Rekrutierung von neuen Mitgliedern eingestellt. Kurz darauf hörte man mit der Ausbildungstätigkeit auf, und in der Zwi-

schenzeit wurden die Waffen, die Materialien und die Akten eingesammelt und versiegelt. Die Mitglieder von P-26 haben dazu keinen Zutritt mehr. Die Puk darf diese Auflösung – wenn sie will – überwachen und kontrollieren.

Ich komme zu den Gladio-Organisationen. Nicht nur die Nato-Länder, sondern auch Neutrale haben während des kalten Krieges Widerstandsorganisationen aufgebaut. Der Presse haben wir entnommen – auch ich habe es der Presse entnommen –, dass in den Nato-Ländern solche Organisationen unter dem Namen Gladio existierten. Es ist der Verdacht geäussert worden, die schweizerische Organisation habe möglicherweise mit Gladio-Organisationen zusammengearbeitet. Ich stelle hier klar fest, dass eine operative oder führungsmässige Zusammenarbeit mit unserer Neutralitätspolitik unvereinbar gewesen wäre. Eine reine Ausbildungszusammenarbeit auf bilateraler Basis oder die Beschaffung gleicher Uebermittlungsgeräte verletzen jedoch meines Erachtens die Neutralitätspolitik nicht. Wir haben die gleichen Panzer wie die Nato-Länder, wir haben zum Teil die gleichen Funkgeräte wie die Amerikaner. Solange das nicht in eine führungsmässige, operative Tätigkeit eingegliedert ist, ist das neutralitätspolitisch unbedenklich.

Weiter dürfte eine solche Zusammenarbeit aber nicht gehen. Und da tut – da teile ich die Meinung der Puk vollumfänglich – eine seriöse Abklärung des Sachverhaltes not.

Der Bundesrat ist bereit, die Motion im Zusatzbericht der Puk entgegenzunehmen. Sollten Sie sie überweisen, würde ich eine Administrativuntersuchung durchführen, die von einer aussenstehenden Persönlichkeit durchgeführt würde. Selbstverständlich hätte der Beauftragte zu allen – auch geheimen – Dokumenten Zugang. Ich würde auch die Betroffenen ohne Vorbehalte von der Geheimhaltungspflicht entbinden.

Ich selber und der Bundesrat haben ja alles Interesse daran, dass nach Abschluss der Untersuchung nicht neue sogenannte Enthüllungen auftauchen. Nach meinem bisherigen Kenntnisstand sind solche nicht zu erwarten, aber wir sind bereit, alles zu tun, um noch weiter zu forschen.

Wie soll es nun weitergehen? Seit 1981, als die beiden geheimen Organisationen restrukturiert und der damaligen Zeit angepasst worden sind, hat sich das politische Bewusstsein geändert. An das Legalitätsprinzip werden heute höhere Anforderungen gestellt als früher, und ich meine zu Recht.

Auch das Prinzip der Geheimhaltung wird heute anders gehandhabt. Wir haben festgestellt, dass bei nüchterner Ueberlegung in vielen Bereichen mehr Offenheit problemlos realisierbar ist. Nicht zuletzt deshalb werden im nächsten Jahr neue und offenere Geheimhaltungsbestimmungen in Kraft gesetzt werden. Ihre Militärkommission durfte beispielsweise die Führungsanlage des Bundesrates besuchen, und wir haben ihr im Prinzip sämtliche geheimen Führungsanlagen in der Schweiz erklärt. Hier kann man heute wohl wesentlich weiter gehen als früher. Geheimhaltung darf ja kein Selbstzweck sein.

Auch bei der parlamentarischen Kontrolle werden – so meine ich – zu Recht strengere Massstäbe angesetzt. Die Anträge der Puk gehen genau in diese Richtung, und der Bundesrat ist bereit, alle Motionen und Postulate anzunehmen und den Empfehlungen der Puk nach Möglichkeit zu folgen. Ich sage: nach Möglichkeit. Wir können beispielsweise Dienste räumlich nicht zusammenlegen, wenn wir keinen Raum haben. Aber wir wollen im Sinne der Puk diese Empfehlungen beachten. Eine Projektorganisation, die ich einsetzen werde, sollte begleitend die Koordination der nötigen Arbeiten sicherstellen.

Zu prüfen ist namentlich die Schaffung eines strategischen Nachrichtendienstes. Ich weise allerdings darauf hin, dass schon unser heutiger Nachrichtendienst in weiten Bereichen strategisch tätig ist. Das kann aber noch akzentuiert werden. Nachdem in solchen Berichten meistens das Lob eher spärlich vorkommt, möchte ich hier noch etwas festhalten: Die Analysen unserer Una sind von hervorragender Qualität, und angesichts der bescheidenen Mittel, die die Una hat, ist das eine beachtliche Leistung. Ich möchte das zuhänden meiner Mitarbeiter hier sagen.

Ein strategischer Nachrichtendienst muss der internationalen

Vernetzung Rechnung tragen. Er muss die neuen Abhängigkeiten und Bedrohungen sehen. So sind nicht nur militärische Veränderungen zu analysieren und zu bewerten, sondern auch wirtschaftliche, demographische, umweltbedingte usw. Der Bundesrat ist allerdings der Meinung, dass solche Dienste nicht heimatlos und ausserhalb von Departementen ausgesiedelt werden sollten. Ein bestimmter Bundesrat sollte dafür die volle Verantwortung übernehmen, auch wenn die Regierungsaufsicht beispielsweise durch eine bundesrätliche Nachrichtendelegation sichergestellt werden könnte. Der Bundesrat schliesst nicht aus, dass auch ein strategischer Nachrichtendienst im Militärdepartement bleiben könnte. Aber sicher ist, dass er Dienstleistungen für alle Departemente in bester Qualität zu erbringen hätte.

Der Bundesrat ist auch bereit, klare und eindeutige Abgrenzungskriterien für die Tätigkeit der militärischen Abwehr einerseits und der Bundespolizei andererseits zu schaffen. Ich vertrete die Auffassung, dass polizeiliche Aufgaben grundsätzlich von der Polizei und nicht von militärischen Stellen zu erledigen sind. Sofern der notwendige Informationsfluss bei der Tangierung militärischer Interessen sichergestellt ist, auch im Hinblick auf Lagebeurteilungen, die der Nachrichtendienst vorzunehmen hat, ist es denkbar, dass die präventive Tätigkeit der militärischen Abwehr ganz durch die zivilen Organe übernommen werden kann. Die hier notwendigen Arbeiten werden in Absprache und in Einklang mit dem Projekt «Basis» des EJPD erfolgen müssen.

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Die Chancen für ein besseres und sichereres Europa sind besser denn je. Es ist deshalb auch ein Hauptziel unserer neuen Sicherheitspolitik, in Europa einen Beitrag dazu zu leisten, dass dieses Ziel erreicht wird. Europa ist daran – ich meine, das ist eine schöne Perspektive –, den kalten Krieg durch Öffnung, durch Zusammenarbeit und Solidarität zu bewältigen. Die Menschen im Osten räumen die Trümmer einer unseligen Zeit weg. Aber ich glaube, auch wir haben im Westen den kalten Krieg zu bewältigen. Auch wir müssen die vorhandenen Feindbilder abbauen, und wir müssen den Völkern des Ostens behilflich sein. Demokratien und leistungsfähige Volkswirtschaften aufzubauen.

Abrüstung allein wird die hehren Ziele in Europa nicht erreichen. Wir werden sie nur erreichen, wenn die Konfliktsachen beseitigt werden, und das ist eine eminent politische Aufgabe, an der wir teilnehmen müssen.

Ich weiss, dass die Diskussionen um die von der Puk untersuchten Geschehnisse vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu schaffen machen und dass ihr Vertrauen in die Institutionen gelitten hat. Ich habe Verständnis dafür. Das ist in einer Zeit, in der viele Menschen angesichts der vielen komplizierten Probleme der Gegenwart verunsichert sind, nicht leicht zu nehmen. Dass auch bei uns delicate Fragen offen diskutiert werden können, dass politische Veränderungen und Anpassungen an eine neue Zeit möglich sind – so hoffe ich –, wird langfristig vertrauensbildend wirken können. Wir werden alles daran setzen, die nun nötigen Massnahmen zu realisieren.

Zur Bildung von Vertrauen reicht indessen die Vergangenheitsbewältigung nicht aus. Wir müssen auch und vor allem die Zukunftsprobleme anpacken. Im EMD – Sie wissen das – ist die grösste Armeereform dieses Jahrhunderts eingeleitet. Der ganze Verwaltungs- und Industriekomplex des EMD muss ebenfalls neue Strukturen erhalten. Die neue Sicherheitspolitik trägt der Dynamik einer neuen Zeit Rechnung.

Aber nicht nur im Bereich EMD, sondern generell werden wir in den kommenden Jahren möglicherweise weitreichende Entschiede zu fällen haben. Der Wandel in Europa wird uns zwingen, die Stellung der Schweiz und unsere bewährten Traditionen der direkten Demokratie, des Föderalismus, der Neutralität zu überdenken. Es wird deshalb unumgänglich sein, dass Bundesrat, Parlament und Volk dafür den notwendigen Grundkonsens wiederfinden. Es sind dies Aufgaben, die neben der Vergangenheitsbewältigung wahrscheinlich unsere Kräfte voll beanspruchen werden.

**Präsident:** Die Kommission beantragt Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

*Zustimmung – Adhésion**Parlamentarische Initiative  
Initiative parlementaire*

**Schmid, Berichterstatter:** Bei der parlamentarischen Initiative geht es der Kommission darum, eine Sicherheitsdelegation in besonderen Geheimhaltungsbereichen einzusetzen und dabei namentlich alle Fraktionen miteinzubeziehen. Die Kommission war sich bewusst, dass dieser Punkt allenfalls zu Problemen und Diskussionen Anlass gibt. Sie ist aber der bestimmten Auffassung, dass nicht nur jene Parteien, die die Verantwortung tragen, nämlich die Regierungsparteien, Einblick in solche Dinge haben sollen, sondern jene, die nicht Verantwortung als Regierungspartei tragen. Das ist wesentlich. Ob man das dann so oder anders am intelligentesten formuliert, ist eine zweitrangige Frage.

Die Kommission ersucht Sie, diese Initiative zu überweisen und ein entsprechendes Vorprüfungsverfahren durchzuführen.

**M. Gautier:** Je voudrais poser une question à propos de cette initiative parlementaire. Il me semble qu'il y a une contradiction entre le texte proposé par la commission et la réponse donnée par le Conseil fédéral. En effet, la commission propose, – c'est la troisième phrase de l'initiative: «tous les groupes doivent être représentés», sous-entendu «dans cette délégation».

D'autre part, le Conseil fédéral nous dit qu'il ne doit pas y avoir plus de membres dans cette commission qu'il n'y en a dans la Délégation des finances. C'est une contradiction, car si tous les groupes doivent être représentés cela fait au moins sept personnes; et comme il doit y avoir égalité entre les membres du Conseil national et du Conseil des Etats, cela fait au moins huit. Or, la Délégation des finances ne comprend que six personnes. Je ne sais pas dans quel sens nous allons trancher, mais il faut ou bien renoncer à la représentation de tous les groupes, tout au moins simultanément, ou bien que le Conseil fédéral accepte qu'il y ait huit personnes dans cette délégation.

Il y a là quelque chose que j'ai un peu de peine à comprendre et je serais heureux d'entendre soit le président de la commission, soit le représentant du Conseil fédéral.

**Hänsenberger:** Unser Rat hat in einer ganz ähnlichen Weise bereits eine Kommission eingesetzt, gestützt auf den Vorschlag einer parlamentarischen Initiative im Puk-EJPD-Bericht. Der Stand der Verhandlungen ist so: Der Entwurf dieser Botschaft – die Kommission hat eine Botschaft ausgearbeitet – ist vorhanden. Die Kommission wird am 12. Dezember 1990, also in der letzten Sessionswoche, diese Botschaft verabschieden, und der Bundesrat hat dazu nachher Stellung zu nehmen.

Der Vorschlag der Kommission geht darauf hinaus, dass das Geschäftsverkehrsgesetz Artikel 47 Absatz 2 geändert wird. Unser Vorschlag betrifft allerdings die ganze Verwaltung und nicht nur den Sicherheitsbereich. Ob unser Vorschlag allenfalls neben einer Delegation für Sicherheit verwirklicht werden soll oder ob sich eine einzige Vorlage ergeben wird, muss offenbleiben. Der Antrag der Puk EMD ist eine allgemeine Anregung, wurde von einer Kommission eingereicht, könnte direkt behandelt werden. Der Rat muss heute beschliessen, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben, und dann beschliessen, welcher Kommission sie zur Ausarbeitung einer weiteren Botschaft zu übergeben ist.

**Bundesrat Villiger:** Ich nehme gerne zur Frage von Herrn Gautier Stellung. Sie entscheiden natürlich eine parlamentarische Initiative, und der Bundesrat nimmt dann erst im Verlauf des Verfahrens offiziell Stellung. Wir haben uns einfach erlaubt, eine Meinung zu äussern. Ich glaube, das spielt eigentlich für Ihre Ueberweisung heute keine Rolle, weil die Kommission dann die Details ausarbeiten muss.

Die Ueberlegungen des Bundesrates sind die folgenden: Er ist der Meinung, die Kommission sollte möglichst klein sein –

da kommt es dann nicht darauf an, ob sie aus sechs oder sieben Mitgliedern besteht –, weil alle Geheimnisträger sind. Das ist nicht nur angenehm, vor allem in Zeiten der Krise sollten möglichst wenige sehr viel Einblick haben. Bei den Finanzen geht das ja auch. Ich glaube, das ist im Interesse der Sache verständlich. Diese Kommission sieht ja alles. Sie kennt praktisch keine Grenzen der Einsichtsmöglichkeit, und ich glaube zu Recht.

Die zweite Frage ist: Was soll sie abdecken? Ich könnte mir schon vorstellen, dass eine einzige Sicherheitsdelegation den militärischen Bereich, aber auch den Bereich des EJPD der Bundespolizei abdeckt. Ob es dann noch weiter ausgedehnt wird, wird zu diskutieren sein. Aber das wäre eigentlich ein Bereich, wo eine homogene Kommission sachlich zusammenpassen würde.

Die dritte Frage, ob alle Fraktionen beteiligt werden sollen oder nicht. Ich sage Ihnen ganz offen: In der heutigen Zeit gibt es da überhaupt keine Bedenken. Und ich glaube, es ist klug, eine solche Kommission möglichst breit abzudecken. Auf der anderen Seite ist es vielleicht doch richtig, wenn die Mitglieder dieser Kommission das Vertrauen des ganzen Parlamentes haben. Es wäre immerhin in Weltkriegssituationen denkbar gewesen, dass man gefragt hätte: Soll auch eine deutschnationale Fraktion, soll eine PdA nun in die innersten Innereien des Staates Einblick haben? Ich glaube einfach, es müssen Leute sein, die das Vertrauen aller geniessen. Wenn das alle Fraktionen sind, und ich glaube, das wäre heute der Fall, ist natürlich dieses Vertrauen breiter und wäre vorzuziehen, aber man sollte sich für Krisenfälle nicht die Hände zu stark binden. Aber das ist eine Meinung, die wir Ihnen zur Diskussion stellen. Ihre Kommission muss völlig frei von der bundesrätlichen Stellungnahme entscheiden, was sie will.

**Masoni:** Ganz kurz eine Klärung, damit man im vollem Bewusstsein über die Folgen abstimmt. Diese Delegation hätte nach Antrag der Kommission sämtliche Mittel zur Verfügung, über die in der heutigen Regelung die Puk verfügt. Das heisst, sie könnte Zeugen unter Strafandrohung befragen usw. Sie hätte somit Ausnahmefullmachten, wie sie nur die Puk hat. Es wäre aber eine ständige Delegation, die diese ausserordentlichen Vollmachten hätte.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass diese ausserordentlichen Vollmachten tief in die Gewaltenteilung eingreifen und dass sie nur in Ausnahmefällen gerechtfertigt sind. Die Gefahr liegt nahe, dass sich eine Kommission, die diese ständigen Vollmachten hat, in ein politisches Gericht verwandelt. Es ist richtig, dass man ein Instrument hat, das diese Kontrollen ausübt, aber es scheint mir nicht richtig, dass die Gewalten der Delegation in normalen Fällen so weit reichen wie die einer ausserordentlichen Puk.

Zweite Besorgnis: Man macht eine Ausnahme von der umfassenden Kontrolle seitens der GPK und der Finanzkommission. Wenn man eine besondere Delegation einsetzt, die diese Kontrollen zur Aufgabe hat, stellt sich das heikle Problem, ob das nicht die Kontrollfunktion der zwei anderen Hauptkommissionen einschränkt. Das sind alles heikle, institutionelle Probleme, die zu prüfen wären. Aus diesen Gründen würde ich es begrüssen – aber ich stelle keinen Antrag, wenn die Kommission das selbst nicht einsieht –, dass die ganze Problematik jener Kommission zugewiesen wird, die bereits über die Delegation der GPK zu entscheiden hat. Das wäre die richtige Lösung. Wenn kein solcher Antrag von der Kommission kommt, würde ich gegen die Initiative stimmen, weil ich grosse institutionelle Befürchtungen um die Einsetzung einer solchen Delegation habe, insbesondere gegenüber der Einsetzung einer Delegation, deren Macht weiter reicht als die der GPK, gerade im Bereich der heikelsten Probleme, wo die Geheimhaltung eine grosse Rolle spielt.

**Präsident:** Ich kann Kollege Masoni versichern, dass die Büros die Bedenken gehört haben und ihnen wenn irgend möglich Rechnung tragen. Die Kommission beantragt Ihnen, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission (Folge geben) 35 Stimmen  
Dagegen 1 Stimme

*Motion 1*

**Schmid**, Berichterstatter: Der Bundesrat hat erfreulicherweise – von dem Moment an, als er von unseren Anträgen Kenntnis erhalten hat – sofort den Beschluss gefasst, die Sistierung der Arbeiten einzuleiten. Später hat er dann den endgültigen Aufhebungsbeschluss für P-26 gefasst und die Demobilisierung eingeleitet. Die Kommission muss aber formell feststellen, dass sie die Verantwortung für die Demobilisierung – die sie aufgrund der vorliegenden Motion hätte übernehmen können – heute nicht übernehmen kann; wir ersuchen den Bundesrat, die Demobilisierung so vorzunehmen und am Schluss so publik und öffentlich zu machen, dass die Öffentlichkeit mit gutem Gewissen und sicherem Gefühl davon ausgehen kann, dass diese Organisation gemäss unserer Motion liquidiert ist.

Bundesrat **Villiger**: Ich möchte hier nur noch einmal bekräftigen, was ich in meinem Referat gesagt habe: Ich verstehe die Sorge Ihres Präsidenten, und es ist auch in unserem Interesse, dass das sauber geschieht und nachher kein Misstrauen übrigbleibt. Deshalb habe ich Ihnen gesagt, dass ich den Generalstabschef beauftragt habe, das durchzuführen. Er hat einen Beauftragten eingesetzt, der nicht zu P-26 gehört, es ist ein qualifizierter Offizier im Generalsrang; die Waffen sind eingeschlossen, werden bewacht, sind versiegelt, P-26 hat keinen Zutritt. Ich werde selbstverständlich zuerst dem Bundesrat, dann der Puk und anschliessend der Öffentlichkeit den formellen Abschluss bekanntgeben, wenn alles erledigt ist.

**Schmid**, Berichterstatter: Darf ich die Bemerkung machen, dass sich die Kommission angesichts der tatsächlichen Umstände dem Begehren des Bundesrates zu Motion 1 nicht formell widersetzt hat? Die Motion kann aus unserer Sicht abgeschrieben werden.

*Abgeschrieben – Classé*

*Motionen 2 – 5 – Motions 2 – 5*  
*Ueberwiesen – Transmis*

*Postulate 1 – 8 – Postulats 1 – 8*  
*Ueberwiesen – Transmis*

*Empfehlungen – Recommendations*

**Präsident**: Wir kommen zu den Empfehlungen an das EMD. Ich behandle diese Empfehlungen gemäss unserem Geschäftsreglement Artikel 25. Ich rufe Absatz 2 in Erinnerung: «Die Empfehlung lädt den Bundesrat ein, eine Massnahme zu treffen, die in seinen ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich oder in den an ihn delegierten Rechtsetzungsbereich fällt.»

**Schmid**, Berichterstatter: Nachdem der Bundesrat in Punkt 3.14 seiner Stellungnahme generell sagt, das EMD sei bereit, den acht Empfehlungen der Puk EMD Folge zu leisten, beantrage ich Ihnen Ueberweisung *in globo*.

*Ueberwiesen – Transmis**An den Nationalrat – Au Conseil national*

## Vorkommnisse im EMD. Parlamentarische Untersuchungskommissionen

## Événements survenus au DMF. Commissions d'enquête parlementaires

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.022
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	29.11.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	917-922
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 490

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

90.022

**Vorkommnisse im EMD.  
Parlamentarische  
Untersuchungskommissionen  
Evénements survenus au DMF.  
Commissions d'enquête parlementaires**

Siehe Seite 324 hiavor – Voir page 324 ci-devant

Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (Puk EMD) vom 17. November 1990 (BBI III, 1293)

Rapport de la Commission d'enquête parlementaire (CEP DMF) du 17 novembre 1990 (FF III, 1223)

Stellungnahme des Bundesrates vom 23. November 1990 (BBI III, 1585)  
Avis du Conseil fédéral du 23 novembre 1990 (FF III, 1529)

Beschluss des Ständerates vom 29. November 1990  
Décision du Conseil des Etats du 29 novembre 1990

Kategorie I, Art. 68 GRN – Catégorie I, art. 68 RCN

---

**Ad 90.022**

**Parlamentarische Initiative  
(Puk EMD)  
Oberaufsicht. Delegation beider Räte  
Initiative parlementaire  
(CEP DMF)  
Haute surveillance. Délégation des deux conseils**

---

*Wortlaut der Initiative vom 17. November 1990*

1. Für die Oberaufsicht über Tätigkeiten der Verwaltung, die einer besonderen Geheimhaltungspflicht unterliegen, wird eine besondere Delegation beider Räte geschaffen. Diese soll aus einer gleichen Zahl von Mitgliedern des National- und des Ständerates zusammengesetzt sein. Alle Fraktionen sollen in dieser Delegation vertreten sein. Sie soll das Recht haben, nach Anhörung des Bundesrates Akten beizuziehen, die der Geheimhaltung unterstehen. Beamte können als Auskunftspersonen oder als Zeugen auch über Tatsachen einvernommen werden, die der Amtsverschwiegenheit oder der militärischen Geheimhaltungspflicht unterliegen. Mitglieder, Sekretäre und Protokollführer dieser Delegation sind ihrerseits zur Geheimhaltung verpflichtet.

2. Artikel 65 Absatz 2 des Geschäftsverkehrsgesetzes soll in dem Sinne geändert werden, dass andere rechtlich geordnete Verfahren nur mit Zustimmung der parlamentarischen Untersuchungskommissionen aufgenommen oder weitergeführt werden dürfen.

*Texte de l'initiative du 17 novembre 1990*

1. Une délégation spéciale des deux conseils sera créée aux fins d'exercer la haute surveillance parlementaire sur les activités de l'administration soumises à une obligation particulière de maintien du secret. La délégation comprendra un nombre égal de membres du Conseil national et de députés au Conseil des Etats. Tous les groupes doivent également y être représentés. Après avoir entendu le Conseil fédéral, la délégation doit être habilitée à se faire remettre des dossiers secrets. Elle peut également entendre, comme témoins ou comme personnes tenues de renseigner, des fonctionnaires liés par le secret de fonction ou par le secret militaire. Les membres, les secrétaires et les rédacteurs des procès-verbaux de cette délégation sont tenus de garder le secret.

2. L'article 65, alinéa 2 de la loi sur les rapports entre les conseils doit être modifié de manière à ce que d'autres procédures juridiques ne puissent être ouvertes ou poursuivies qu'avec l'accord de la commission d'enquête parlementaire.

**Ad 90.022****Motion 1 der Kommission  
Widerstandsorganisation****Motion 1 de la commission  
Organisation de résistance***Wortlaut der Motion vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird beauftragt, bis zur Herbstsession 1991 entweder gesetzliche Grundlagen für eine Widerstandsorganisation dem Parlament vorzulegen oder dem Parlament über den Abschluss der Auflösung der Organisation P-26 Rechenschaft abzulegen.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Rekrutierung und Ausbildung von Mitgliedern der Organisation P-26 unverzüglich einzustellen, alle Akten des Führungsstabes sowie Material, Waffen, Munition und Sprengstoff der Organisation umgehend unter parlamentarischer Kontrolle in wenigen zentralen Depots einlagern und den Zutritt zu den Anlagen der Organisation für Mitglieder derselben unterbinden zu lassen.

Der Bundesrat wird beauftragt, für die im Dienste der Organisation auftrags- beziehungsweise arbeitsvertraglich beschäftigten Personen eine Weiterbeschäftigung im Dienste der Eidgenossenschaft oder eine angemessene Abgangsentschädigung vorzusehen.

*Texte de la motion du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est chargé d'ici la session d'automne 1991, ou bien de présenter au Parlement des bases légales pour une organisation de résistance, ou bien de rendre compte au Parlement de l'achèvement du démantèlement de l'organisation P-26.

Le Conseil fédéral est chargé de suspendre sans délai le recrutement et l'instruction de membres de l'organisation P-26, de placer dans quelques dépôts centraux tous les actes de l'état-major de conduite, le matériel, les armes, la munition et les explosifs de l'organisation, cela sous contrôle parlementaire. Il est également chargé de faire interdire l'accès des installations aux membres de l'organisation.

Le Conseil fédéral est chargé de prévoir une nouvelle occupation au service de la Confédération ou une indemnité de départ pour les personnes employées par l'organisation en vertu d'un contrat de mandat ou de travail.

**Ad 90.022****Motion 2 der Kommission  
Ausserordentlicher Nachrichtendienst****Motion 2 de la commission  
Service de renseignements extraordinaire***Wortlaut der Motion vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird beauftragt, den ungesetzlichen Zustand des ausserordentlichen Nachrichtendienstes zu beenden, indem er diese Organisation in den Stab der Gruppe für Generalstabsdienste überführt.

*Texte de la motion du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est chargé de mettre fin à la situation illégale du Service de renseignements extraordinaire en intégrant cette organisation dans l'état-major du Groupement de l'EMG.

**Ad 90.022****Motion 3 der Kommission  
Sicherheitsüberprüfungen im militärischen Bereich****Motion 3 de la commission  
Contrôles de sécurité dans le domaine militaire***Wortlaut der Motion vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Gesetzesgrundlage für Sicherheitsüberprüfungen im militärischen Bereich vorzulegen.

*Texte de la motion du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est chargé de présenter une base légale pour les contrôles de sécurité dans le domaine militaire.

**Ad 90.022****Motion 4 der Kommission  
Geheimchutzvereinbarungen****Motion 4 de la commission  
Conventions de sauvegarde du secret***Wortlaut der Motion vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird beauftragt, die auf unterer Stufe abgeschlossenen Geheimchutzvereinbarungen zu überprüfen und allenfalls zu revidieren oder aufzuheben.

*Texte de la motion du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est chargé d'examiner les conventions de sauvegarde du secret passées à un échelon subalterne et le cas échéant de les réviser ou de les dénoncer.

**Ad 90.022****Motion 5 der Kommission  
Beziehungen der Widerstandsorganisation  
mit dem Ausland****Motion 5 de la commission  
Rapports de l'organisation de résistance avec l'étranger***Wortlaut der Motion vom 22. November 1990*

Der Bundesrat wird beauftragt, zu untersuchen, ob und gegebenenfalls welche Beziehungen zwischen der schweizerischen Widerstandsorganisation und ausländischen «Stay-behind-Organisationen» bzw. mit Nato-Organen, die mit der Koordination und Führung der nationalen «Stay-behind-Organisationen» betraut sind, bestanden haben, und dem Parlament hierüber Bericht zu erstatten.

*Texte de la motion du 22 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est chargé d'examiner si des relations et le cas échéant quelles relations ont existé entre l'organisation suisse de résistance et des «stay-behind-organizations» étrangères, respectivement des organes de l'OTAN chargés de la coordination et de la conduite des «stay-behind-organizations» nationales, et de présenter un rapport à ce sujet au Parlement.

**Ad 90.022**

**Postulat 1 der Kommission  
Ausserordentlicher Nachrichtendienst  
Postulat 1 de la commission  
Service de renseignements extraordinaire**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, sofern er den ausserordentlichen Nachrichtendienst ausserhalb der Verwaltung weiterführen will, dem Parlament eine Vorlage für eine entsprechende Gesetzesgrundlage zu unterbreiten.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité, dans la mesure où il entend maintenir le Service de renseignements extraordinaire en dehors de l'administration, à adresser au Parlement un message créant une base légale appropriée.

**Ad 90.022**

**Postulat 2 der Kommission  
Strategischer Nachrichtendienst  
Postulat 2 de la commission  
Service de renseignements stratégique**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen, ob ein strategischer Nachrichtendienst ausserhalb des EMD mit einem umfassenden Nachrichtenbeschaffungsauftrag zu schaffen sei.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner s'il est opportun de créer un service de renseignements stratégique indépendant du DMF et chargé d'une mission étendue d'acquisition de renseignements.

*Antrag der sozialdemokratischen Fraktion*  
Ablehnung des Postulates

*Proposition du groupe socialiste*  
Rejeter le postulat

**Ad 90.022**

**Postulat 3 der Kommission  
Funktion des Chefs der Abteilung Abwehr  
Postulat 3 de la commission  
Fonction du chef de la Division sécurité**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Funktion des Chefs der Abteilung Abwehr zu überprüfen und dabei insbesondere die Personalunion Chef Bundespolizei/Chef Abteilung Abwehr in Zukunft nicht weiterzuführen.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner la fonction du chef de la Division sécurité et en particulier à mettre fin au régime d'union personnelle, chef de la Police fédérale/chef de la Division sécurité.

**Ad 90.022**

**Postulat 4 der Kommission  
Tätigkeit der Abteilung Nachrichtendienst  
Postulat 4 de la commission  
Activités de la Division renseignements**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Tätigkeit der Abteilung Nachrichtendienst zu überprüfen und dabei dafür zu sorgen, dass diese Abteilung keine Informationen über Personen, Organisationen und Vorgänge im Inland beschafft.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner les activités de la Division renseignements et à faire en sorte que cette division ne recueille aucune information concernant des personnes, des organisations et des événements, à l'intérieur du pays.

**Ad 90.022**

**Postulat 5 der Kommission  
Tätigkeit der Abteilung Abwehr  
Postulat 5 de la commission  
Activités de la Division sécurité**

*Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Tätigkeit der Abteilung Abwehr zu überprüfen und dabei dafür zu sorgen, dass – mit Ausnahme der Personensicherheitsüberprüfungen und der Erhebungen zum Schutz des militärischen Geheimnisses, von Militärpersonen und Militärlagen – diese Abteilung keine Erhebungen über Personen im Inland durchführt. Insbesondere sind Erhebungen über die politische Gesinnung von Angehörigen der Armee und über armeefeindliche Umtriebe von Zivilpersonen einzustellen.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner les activités de la Division sécurité et à faire en sorte que – mis à part les contrôles de sécurité de personnes et les enquêtes visant à protéger les militaires, les secrets militaires et les ouvrages militaires – cette division ne mène aucune enquête sur des personnes à l'intérieur du pays. En particulier, il doit être mis fin aux investigations concernant les opinions politiques de membres de l'armée ainsi qu'aux menées hostiles à l'armée commises par des civils.

**Ad 90.022****Postulat 6 der Kommission  
Zusammenarbeit Bundesanwaltschaft und Una****Postulat 6 de la commission  
Collaboration entre le Ministère public de la Confédération et le GRS***Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Zusammenarbeit zwischen Bundesanwaltschaft einerseits und Una andererseits zu überprüfen und dabei insbesondere dafür zu sorgen, dass den Postulaten 4 und 5 Rechnung getragen wird.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner la collaboration entre d'une part, le Ministère public de la Confédération et d'autre part, le GRS et en particulier à veiller à ce que les postulats 4 et 5 soient pris en considération.

**Ad 90.022****Postulat 7 der Kommission  
Zusammenarbeit mit benachbarten Nachrichtendiensten****Postulat 7 de la commission  
Collaboration avec les services de renseignements des pays voisins***Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, den Austausch von Informationen mit benachbarten Nachrichtendiensten im Hinblick auf die aussenpolitischen Zusammenhänge zu überprüfen.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner les échanges d'informations avec les pays voisins en tenant compte des critères pertinents de politique étrangère.

**Ad 90.022****Postulat 8 der Kommission  
Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Nachrichtendienst und der Sektion Flieger- und Fliegerabwehrnachrichtendienst****Postulat 8 de la commission  
Collaboration entre la Division renseignements et la Section des renseignements aviation et défense contre avions***Wortlaut des Postulates vom 17. November 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Nachrichtendienst und der Sektion Flieger- und Fliegerabwehrnachrichtendienst zu überprüfen und allenfalls diese Sektion in die Una zu integrieren.

*Texte du postulat du 17 novembre 1990*

Le Conseil fédéral est invité à examiner la collaboration entre la Division renseignements et la Section des renseignements aviation et défense contre avions et, le cas échéant, à intégrer cette section au GRS.

**Ad 90.022****Empfehlungen der Kommission an das EMD  
Recommandations de la commission au DMF***Wortlaut der Empfehlungen vom 17. November 1990*

1. Die Grundsätze der Nachrichtenbeschaffung sowie die ständigen Nachrichtenbedürfnisse sind auf hoher Stufe schriftlich zu regeln.
2. Bei der Auswahl der Unterstabschefs Nachrichtendienst und Abwehr und der Verteidigungsattachés ist primär den Anforderungen des Nachrichtendienstes Rechnung zu tragen.
3. Eine räumliche Zusammenfassung der Una ist zu prüfen.
4. Die dem Sonderbeauftragten des EMD in Obhut gegebenen Personenkarteen und -dossiers der Sektion MSD sind nach Abschluss von dessen Arbeit zu vernichten, sofern ein Betroffener nicht ausdrücklich die Archivierung verlangt.
5. Die Abgabe von technischem Material der Una an die Bundesanwaltschaft und kantonale Polizeistellen ist klar zu regeln. Material für Beobachtungen und Abhöraktionen darf nur bei Vorweisung der entsprechenden richterlichen Bewilligung abgegeben werden.
6. Die Aufnahme von strafrechtlichen Urteilen bürgerlicher Gerichte in das System PISA ist zu überprüfen.
7. Im Bereich Midonas ist der Zugriff zu «grauer Literatur» einzuschränken (vgl. III Ziff. 7).
8. Die über fünf Jahre alten Personendaten (Strafregisterauszüge und Ueberprüfungsentscheide der Bundesanwaltschaft), die sich bei der Zentralstelle EMD für Schutz und Sicherheit befinden, sind zu vernichten.

*Texte des recommandations du 17 novembre 1990*

1. Les principes d'acquisition de renseignements ainsi que les besoins permanents en renseignements doivent faire l'objet d'une réglementation écrite située à un échelon élevé.
2. En matière de choix du sous-chef de l'EM renseignements et sécurité ainsi que des attachés militaires, priorité doit être accordée aux exigences du service de renseignements.
3. La question de rassembler les services du GRS sous un même toit doit être examinée.
4. Les fichiers et dossiers de personnes de la Section SSM, confiés aux soins du délégué du DMF, doivent être détruits après qu'il aura mis fin à ses travaux, pour autant qu'une personne concernée n'en exige pas expressément l'archivage.
5. La remise de matériel technique du GRS au Ministère public de la Confédération et aux services cantonaux de police doit être soumise à une réglementation claire. Le matériel d'observation et d'écoute ne sera remis que sur présentation de l'autorisation du juge approprié.
6. L'opportunité d'enregistrer dans le système PISA des décisions pénales de cours civiles doit être examinée.
7. Dans le domaine de MIDONAS, l'accès à la «littérature grise» doit être réduit (cf. partie III, ch. 7).
8. Les données personnelles datant de plus de cinq ans (extraits de casier judiciaire et décisions de contrôle prises par le ministère public de la Confédération) qui se trouvent auprès de l'Office central du DMF pour la protection et la sécurité, doivent être détruites.

*Antrag Spielmann*

Die Kommission ist zu beauftragen, ihre Arbeiten fortzuführen und den beiden Räten einen Zusatzbericht vorzulegen über allfällige Verbindungen unserer Geheimarmee mit der Geheimorganisation «Gladio» und über die Tätigkeiten dieser Organisation in unserem Land.

*Proposition Spielmann*

Donner mandat à la commission de poursuivre ses travaux afin de présenter un rapport complémentaire aux deux conseils sur les liens éventuels de notre armée secrète avec le réseau secret «Glave» et sur les activités de ce réseau dans notre pays.

**Präsident:** In Absprache mit dem Kommissionspräsidenten schlage ich Ihnen folgendes Vorgehen vor: Zuerst hören wir die beiden Berichtersteller, die Herren Carobbio und Loretan, anschliessend die Fraktionssprecher. Danach führen wir eine allgemeine Aussprache über den Bericht durch. Abschliessend werden die Berichtersteller und der Bundesrat Stellung nehmen. Wir entscheiden am Schluss über die Motionen und Postulate.

**M. Carobbio,** rapporteur: En vous présentant le rapport au nom de la Commission d'enquête parlementaire, je pars de l'hypothèse que les faits et le contenu de ce rapport sont connus. Je peux donc limiter mon intervention aux questions politiques centrales et, en particulier, aux points controversés. Je traiterai dans l'ordre les questions suivantes: méthodes et critères de travail de la commission, activités en Suisse de la section de renseignements, aspects controversés de l'activité de la section de sécurité, questions se rapportant aux fichiers des personnes au Département militaire fédéral, questions juridiques, institutionnelles et politiques concernant les deux services secrets et, pour conclure, l'illustration des propositions de la commission et une appréciation politique générale.

Conformément au mandat reçu le 12 mars 1990, la commission n'avait pas à s'occuper de toutes les activités du Département militaire fédéral mais seulement du Groupe renseignements et sécurité, des fiches des personnes et des services spéciaux et secrets. Le cas Jeanmaire n'entraîne dans le mandat que dans la mesure où des activités touchant le service de renseignements étaient impliquées. La décision des Bureaux des deux conseils de nous soumettre la pétition du groupe pour la réhabilitation du brigadier Jeanmaire nous a engagés à examiner l'affaire dans le détail. S'agissant de prendre position en tant que commission de pétition *ad hoc*, nous avons décidé de présenter un rapport séparé qui sera probablement distribué au mois de janvier prochain.

Dans son enquête, la commission s'est inspirée des critères suivants: vérifier dans les activités des divers services du Département militaire fédéral dans quelle mesure les dispositions légales en vigueur ont été respectées et, en particulier, dans quelle mesure les droits constitutionnels et le droit des personnes ont été respectés; analyser la validité des bases légales sur lesquelles reposait l'existence des services spéciaux et secrets; évaluer le rôle et les responsabilités des instances politiques concernées: chef de département, Conseil fédéral, Parlement, commission parlementaire; vérifier le financement et les méthodes de contrôle de celui-ci. Dans son travail, la commission a eu comme souci constant de s'en tenir aux faits vérifiés, soit sur la base des documents, soit sur celle des déclarations des diverses personnes entendues en qualité de témoins. En particulier dans son rapport, la commission s'est préoccupée de reconstruire les faits, citant largement documents et extraits des diverses déclarations. Presque toutes les décisions ont été adoptées à l'unanimité, ce qui a été aussi le cas pour le rapport dans son ensemble et pour les diverses propositions.

Sur la base de ces constatations, la commission considère que les critiques qui lui ont été adressées de divers côtés, mais en particulier durant la conférence de presse du 7 décembre dernier organisée par le chef de l'état-major et par le chef de la P-27, en présence de l'ancien commandant de corps Senn, n'étaient ni opportunes ni conformes. Elles n'étaient pas opportunes parce qu'elles étaient faites par des fonctionnaires à l'endroit de l'activité d'une commission politique. Elles n'étaient pas conformes parce qu'elles ne correspondaient pas à la réalité des constatations faites et soigneusement exposées dans le rapport. En particulier, n'a aucun fondement l'affirmation selon laquelle la préoccupation principale de la commission n'aurait pas été celle de découvrir la vérité mais de montrer qui étaient les maîtres. En réalité, ce qui s'est passé après la publication du rapport confirme jour après jour que les faits relevés par la commission correspondent aux situations réelles trouvées dans les divers services.

En ce qui concerne le Groupe renseignements et sécurité, je ne perdrai pas de temps à vous exposer les points positifs que

l'on a trouvés, ils sont dans le rapport. Je me limite donc à considérer les aspects méritant des critiques. L'attention de la commission à propos de ce service s'est spécialement concentrée sur les activités du Service de renseignements en Suisse. Ont fait l'objet d'un examen attentif les recherches de la Division renseignements sur les «Frontorganisationen», la lettre confidentielle suisse, ou mandat no 37, et une série de cas concrets concernant l'Association internationale des médecins pour la prévention de la guerre nucléaire, les Médecins pour la paix, les Juristes démocrates de Suisse, la conférence «Paix dans la justice» à Bâle du mois de mai 1989, le cas Morat/Kohlschütter. L'examen de tous ces cas a conduit la commission à constater que le Service de renseignements, contrairement à son mandat d'acquiescer et d'exploiter des renseignements obtenus à l'étranger, a développé dans plusieurs cas aussi une activité de surveillance à des fins de renseignements sur les activités politiques intérieures. Les responsables ont justifié ces mandats devant la commission par la nécessité de récolter des renseignements sur des actions d'espionnage des services des pays étrangers de l'Europe de l'Est par le truchement d'organisations de couverture. A part le fait que la démonstration que les organisations surveillées et citées dans le rapport étaient manipulées par Moscou n'a pas été apportée, force est de constater que les activités mentionnées en Suisse ont continué jusqu'au premier mois de l'année 1990. On ne peut pas non plus minimiser le problème en prétendant qu'il ne s'est pas agi que d'activités systématiques. La commission, unanime, doit relever que de telles activités représentent ou peuvent représenter une violation des droits politiques et de la personnalité qui sont garantis par la constitution. Elles sont inadmissibles surtout, comme c'est le cas ici, quand elles ne reposent pas sur une base légale. Elles doivent être à l'avenir interdites. De plus, on doit constater que le Service de renseignements – et je cite le rapport – «a mené pendant des années des activités dont le Conseil fédéral ne savait que peu de choses», ce qui n'est pas normal et est inacceptable. Il importe donc, afin que ces pratiques cessent, d'adopter le postulat 4 que vous propose la commission.

J'en viens maintenant aux aspects controversés des contrôles de sécurité. La commission ne conteste pas le principe et la nécessité de tels contrôles. Mais, après un examen approfondi de la pratique et de divers cas concrets, elle doit formuler des réserves et des critiques quant à la procédure et à la nature des informations récoltées et enregistrées. Dans un certain nombre de cas, les informations obtenues, en particulier par le biais du formulaire de renseignements de police, chiffre 3, n'étaient pas admissibles du point de vue des droits des personnes et des droits constitutionnels.

La critique principale de la commission concerne le fait qu'on n'a pas tenu compte des exigences en matière de protection des données. La commission a constaté que le DMF a déjà édicté une nouvelle ordonnance tenant compte en grande partie des critiques soulevées. Néanmoins, elle pense qu'il faut donner une base légale à ces activités. C'est pour cela qu'elle présente la motion 3.

Fichiers des personnes au Département militaire fédéral. Une attention particulière a été réservée aux fichiers des personnes. Il s'agissait de vérifier si des fichiers existaient, quelles étaient leur ampleur et leur contenu, s'il y avait eu violation des lois et, le cas échéant, quelles mesures il fallait prendre pour rétablir l'égalité et les droits des personnes concernées.

La commission a pu constater ce qui suit: au Département militaire fédéral existaient des fichiers de différentes natures: fichiers concernant des personnes proches des milieux terroristes, fichiers de personnes, environ 8000 fiches divisées en un fichier concernant les employés du DMF et un autre sur les membres de l'armée, par matières et par troupes. En outre, il y avait la liste des personnes suspectes, les rapports et les dossiers sur les menées hostiles à l'armée. Il faut dire que la liste des personnes suspectes, tant civiles que militaires, a cessé d'exister vers la fin des années septante. On ne peut exclure que des annotations concernant des militaires peuvent encore se trouver sur des fiches personnelles, comme il convient de rappeler qu'il est théoriquement possible de dresser une liste de suspects en partant des fichiers personnels.

Sur la base de ces constatations, la commission est arrivée aux conclusions suivantes: les listes concernant les citoyens suisses suspectés de subversion, même si ces activités doivent être replacées dans le contexte de la guerre froide, constituaient et constituent un grave empiètement sur les droits de la personnalité des intéressés. Les informations sur les menées hostiles à l'armée n'ont pas été évaluées selon des principes respectueux des droits des personnes et des droits constitutionnels. Par exemple, il n'est pas admissible que l'on ait constitué des dossiers au Département militaire fédéral sur le Groupe pour une Suisse sans armée et sur ses membres qui exerçaient, dans les années 1988 et 1989, simplement leurs droits politiques.

La commission prend acte que, selon une nouvelle réglementation, les services compétents n'ont plus à traiter de telles déclarations. Néanmoins, elle est de l'avis que de telles activités doivent être clairement interdites et, dans ce but, elle vous soumet le postulat 5.

J'en viens aux questions juridiques, institutionnelles et politiques posées par l'existence des deux services secrets: l'organisation-cadre P-26 pour la préparation de la résistance en cas d'occupation partielle ou totale du pays, et le service extraordinaire d'information P-27. Ces questions constituent sans aucun doute la pièce centrale du travail de la commission et de son rapport, en particulier celles concernant la P-26, cela en considération du fait que nous nous sommes trouvés confrontés avec une organisation qui, en grande partie, échappait au contrôle des autorités constituées du pays: gouvernement et Parlement.

Je ne pense pas, après toutes les discussions et polémiques que les révélations de la commission ont soulevées, qu'il soit encore nécessaire de rappeler les faits illustrés dans le rapport. Il convient par contre d'examiner, séparément pour la P-26 et la P-27, les appréciations politiques de la commission, avec une attention particulière sur les responsabilités politiques du législatif et de l'exécutif.

Commençons par l'organisation P-26. Je souligne que la commission n'a pas pris position sur la question de principe de savoir si la préparation de la résistance en temps de paix était justifiée et nécessaire. Ce n'était pas sa tâche et ce n'est pas là qu'est le problème. Ce dernier se pose en ce qui concerne la façon selon laquelle ces activités ont été développées ainsi que les rapports entre législatif, gouvernement et cette organisation.

Après avoir reconstruit l'histoire des discussions et des études sur le sujet, à partir du postulat Jaeckle, en 1957, du mandat de Montmolin pour arriver au service spécial de 1976 et à l'époque du colonel Bachmann, pour en finir au document de base de 1981 du chef de l'état-major général et la mise sur pied pratique de l'organisation-cadre telle qu'elle existait jusqu'il y a quelques semaines, avant la décision du Conseil fédéral de la démanteler, nous nous sommes penchés sur la question des bases légales sur lesquelles une telle organisation secrète reposait, sur les concessions de base de l'organisation, sur la structure des effectifs et de l'armement, sur la position de l'organisation par rapport à l'administrateur et à l'armée, sur le pouvoir de décision et de contrôle politique, sur les activités de cette organisation, sur le financement et son contrôle.

Comme il ressort de son rapport, la commission unanime est arrivée aux conclusions suivantes: les bases légales sur lesquelles on a construit, à partir de 1979–1981, l'organisation-cadre sont insuffisantes, voire inexistantes. Le chiffre 126 du Rapport sur la sécurité de 1973 qu'on a souvent cité comme base légale ne peut pas, selon les juristes entendus par la commission, constituer une base légale acceptable. En réalité, sans un acte législatif dûment approuvé par le Parlement, on a transféré à des privés une tâche – la préparation de la résistance – qui est du ressort de l'Etat. La nécessité invoquée à plusieurs reprises de maintenir le secret ne justifie pas l'absence de base légale, c'est-à-dire ne justifie pas le fait que le Parlement ne se soit pas prononcé clairement sur le principe que cette tâche pouvait incomber à une organisation semi-privée.

La conception de base de l'organisation de 1981 comporte des objectifs et des mandats – je pense en particulier au scé-

nario concernant la possibilité de révolution interne – qui pour leur implication politique ne devaient pas être adoptés, comme ce fut le cas, sous la simple responsabilité du chef de l'état-major ou du chef de l'organisation, à l'insu ou presque des autorités politiques. Il ne s'agit pas ici de savoir si ces scénarios étaient justes ou non – ils sont à mon avis contestables – mais de toute façon la décision devait être prise pour les directives et sur les principes par l'autorité politique. La structure, les effectifs, l'armement et la logistique soulèvent, au-delà de la bonne foi des personnes engagées que la commission n'a pas du tout mise en cause, la question de principe, à savoir si tout cela peut se faire en dehors d'un contrôle effectif du pouvoir exécutif et du Parlement.

Compte tenu des connaissances limitées que les divers chefs du Département militaire et le Conseil fédéral lui-même avaient de la réalité de l'organisation, la question de savoir qui détenait le pouvoir de décision demeure, et ce d'autant plus qu'il n'existait aucun contrôle parlementaire des activités de l'organisation. Ce n'est pas l'organe consultatif qui pouvait assumer une telle tâche et d'ailleurs il ne le voulait pas, ne serait-ce que parce qu'il a été constitué par l'organisation qu'il aurait dû éventuellement contrôler.

Enfin, élément important également, le financement des activités de la P-26 a été effectué «sans respecter de façon satisfaisante les dispositions de la loi fédérale sur les finances de la Confédération. De même, le contrôle de ce financement était tout à fait insuffisant.»

Sur la base de ces faits, une constatation politique – là est le problème – s'impose. Même en tenant compte du contexte international – que l'on a rappelé à maintes reprises – qui prévalait à la fin des années septante, date à laquelle on a commencé à construire la P-26, il faut bien admettre qu'on a agi dans ce secteur sans tenir compte des principes de l'Etat de droit, ni des règles démocratiques ou des droits du Parlement. Pour s'en convaincre, il suffit de réfléchir sur la façon dont l'organisation a été financée: sans que le chef du Département des finances en soit vraiment informé, sans que les Commissions et la Délégation des finances aient vraiment connu dans tous ses détails l'utilisation des fonds employés.

La méthode suivie pour former l'organe consultatif est elle aussi très discutable. On ne peut pas associer des parlementaires à des activités secrètes sans leur dire clairement de quoi il s'agit et sans leur indiquer que l'information du Conseil fédéral était sommaire. De même, on ne pouvait pas justifier l'affirmation qu'il était opportun de ne pas renseigner les chefs du Département militaire fédéral et le Conseil fédéral dans les détails afin de leur éviter des ennuis politiques. Il n'est pas normal non plus que des activités délicates et importantes, comme la préparation de la résistance et la mise sur pied d'une organisation secrète telle que la P-26, soient déléguées ainsi à des privés sous la simple responsabilité des chefs militaires.

Il ne s'agit pas pour la commission de dramatiser les choses, mais de prendre acte du fait que même dans le domaine des activités militaires la primauté du pouvoir politique doit être assurée à tout moment. Après la publication du rapport, divers milieux ont contesté l'affirmation de la commission selon laquelle les autorités politiques n'étaient que très sommairement informées sur la réalité de la P-26. On a même parlé – notamment le commandant de corps Senn – de confusion créée par la commission en prétendant que la P-26 était une structure construite ex novo à partir des années 80 alors qu'en pratique il s'agissait de la même organisation conçue des années avant et déjà connue du Parlement. On a cité à ce propos l'information donnée au Conseil fédéral en 1979 et le rapport du groupe de travail Bachmann.

A propos de ces critiques, il convient de préciser ce qui suit. L'information du commandant de corps Senn rappelée par le rapport lui-même, p. 191 de l'édition française, date de septembre 1979. Elle concernait les objectifs de la préparation de la résistance et figurait dans un long exposé portant le titre de «Problèmes du GRS». Le rapport du groupe de travail Bachmann date du 19 janvier 1981 et la discussion devant le Parlement du mois de mars de la même année. Le document de base qui définit la conception de l'organisation est du 7 septembre 1981, c'est-à-dire postérieur aux faits ci-dessus. Ni le

chef du DMF, ni le Conseil fédéral dans son ensemble n'ont reçu ce document, dont l'importance est évidente ne serait-ce que pour les scénarios envisagés. De même le rapport secret de 1981 du groupe de travail de la Commission de gestion, ignoré de la grande majorité du Parlement jusqu'au 7 décembre dernier lorsque la conférence de presse l'a rendu en partie public sur une décision, pour le moins discutable, des services du Département militaire, ne parlait pas de préparation à la résistance ou d'organisation en dehors de l'administration et de l'armée. Ces faits confirment que la thèse et l'appréciation de la commission correspondent aux faits constatés.

J'en viens maintenant au problème des rapports de la P-26 avec des services étrangers. Vers la fin de ses travaux, la commission a été confrontée avec les révélations de la presse à propos des organisations secrètes des pays de l'OTAN et avec les rumeurs selon lesquelles des relations entre de telles organisations et la P-26 n'étaient pas exclues. Lors de la conférence de presse de vendredi dernier, le chef de la P-26, le colonel Cattelan, a nié l'existence de telles relations. La commission de son côté, après avoir entendu les divers chefs concernés, n'a pas encore trouvé d'indications permettant de prouver clairement qu'elles aient existé. En ce qui concerne les cours de formation des instructeurs de la P-26 en Angleterre, on lui a expliqué que cela se faisait sur la base d'accords bilatéraux. Toutefois, la commission est d'avis que la question mérite d'être approfondie ultérieurement afin d'établir la réalité des faits. Reste à éclaircir notamment l'achat dans les années 1985/86 d'un système de transmissions qui avait également été adopté à la même époque par les diverses organisations «Gladio» des pays de l'OTAN. Reste aussi à vérifier dans quelles conditions et par quel biais l'achat a été fait.

C'est dans cette optique que la commission demande au Conseil fédéral, avec la motion 5, de présenter un rapport. En même temps, elle est d'avis que tous ces aspects devraient être vérifiés, en collaboration avec le Conseil fédéral, par la commission elle-même en complément de son mandat. Dans ce sens, elle a présenté une proposition formelle aux Bureaux des deux conseils.

J'en viens à l'organisation de la P-27. La commission a examiné aussi le service extraordinaire de renseignements, un service secret constitué, lui aussi, en dehors de l'administration et de l'armée. Pour cette organisation se pose, selon la commission, des problèmes à propos de la question de la privatisation d'une activité étatique, du contrôle politique et du financement de ce contrôle. La commission est d'avis que la privatisation des activités de renseignement à l'étranger, financées avec l'argent de la Confédération et en dehors de la possibilité d'un contrôle effectif des activités déployées, n'est pas sans risque pour l'Etat, que le contrôle parlementaire sur les activités de la P-27 est inexistant. Le résultat a été aussi que les renseignements fournis par le service n'étaient pas nécessairement toujours ce dont l'Etat avait besoin, que les bases légales pour le financement des activités de cette organisation font largement défaut.

Etant d'avis qu'un service de renseignements se justifie, la commission envisage deux mesures. La première est l'intégration de la P-27 dans le service ordinaire et la deuxième, l'examen de la possibilité de créer un service stratégique. A ce propos, la commission présente la motion 2 et le postulat 2 pour un service de renseignements stratégiques. La décision prise hier par le Département militaire de dissoudre l'organisation P-27 rend la motion inutile.

En conclusion de ses travaux, la commission présente toute une série de propositions. Dans les points traités auparavant, j'ai déjà eu l'occasion de parler des différentes motions et postulats. Je n'y reviens plus si ce n'est pour dire que la motion 1 qui concerne le démantèlement de la P-26 est caduque, vu la décision prise par le gouvernement. Nous prenons acte avec satisfaction de cette décision. Quant à la surveillance du processus de démantèlement, il convient de préciser ici que la commission a pu en partie participer aux premières mesures de démantèlement. Actuellement, elle a pu vérifier que les armes et munitions centralisées dans des installations sous la surveillance des troupes territoriales correspondaient à ce qui figurait sur les listes qui nous ont été présentées. La commis-

sion est en possession de la liste des quatre cents membres de la P-26 et pourra disposer aussi de la liste complète des dépôts et des installations. Elle est donc en possession des instruments nécessaires pour un contrôle efficace de l'opération de démantèlement. Afin que celui-ci se réalise, la commission doit continuer son activité. C'est la raison qui l'a poussée à demander une prolongation de son mandat.

Cela dit, pour revenir aux conclusions de la commission, il faut souligner qu'il est indiscutable que l'initiative parlementaire constitue la pièce centrale de nos propositions. En effet, tout au long de notre travail, la faiblesse des possibilités de contrôle parlementaire des activités sensibles du DMF est apparue clairement. On peut même ajouter que beaucoup de reproches et de critiques sont liés au fait que le Parlement a démissionné de son rôle d'organe de contrôle. Il convient donc de corriger un tel état de choses, en adoptant l'initiative proposée.

Pour terminer, permettez-moi encore quelques considérations. En premier lieu, je soulignerai l'esprit de collaboration qui a animé les travaux de la commission et j'aimerais remercier tous ses membres, en particulier son président, le conseiller aux Etats Carlo Schmid. Malgré des orientations politiques différentes, tous les membres ont su dépasser l'intérêt du parti pour contribuer ensemble à clarifier les faits et à trouver des issues constructives permettant de corriger erreurs et fautes dans l'intérêt supérieur du pays. Cela m'autorise à exprimer le souhait que, au-delà des appréciations différentes que chacun peut porter sur les faits relevés par l'enquête, l'on puisse tirer tous ensemble la conclusion après ce débat que le rétablissement de la confiance dans les institutions passe par la critique des dérapages et des distorsions, mais aussi par la prise de conscience que c'est un devoir du Parlement de renforcer le contrôle sur les activités délicates et sensibles de l'Etat. Ce qui signifie qu'à l'avenir, c'est au pouvoir politique, Parlement et gouvernement que doit revenir la tâche et la responsabilité de définir les objectifs et les tâches des divers services de l'Etat, y compris ceux du DMF et que la raison d'Etat ne peut en aucun cas vicier les droits fondamentaux des citoyennes et des citoyens.

**Loretan, Berichterstatter:** Unsere Debatte – wir sind Zweitrat – ist eingeläutet worden durch die eingehende Diskussion im Ständerat sowie durch Enthüllungen und Stellungnahmen zu Hauf in den Medien. Letztere enthielten unter anderem auch Vorwürfe an die Adresse der Puk EMD. Niemandem, der sich in unserem Bericht angegriffen fühlen sollte, soll das Recht zu solchen Aktionen bestritten werden. Nur wird man auch der Puk EMD das Recht nicht abstreiten können, an ihren Darstellungen festzuhalten, dort, wo nicht offensichtliche Irrtümer vorliegen. Solche sind bis jetzt nicht nachgewiesen worden, insbesondere auch nicht dort, wo die Verantwortlichkeiten und deren Wahrnehmung durch den Bundesrat, Chef EMD und durch die Generalstabschefs angesprochen sind. Ich unterstreiche, dass die Puk EMD für Übertreibungen und Anschuldigungen in gewissen Medien keinerlei Verantwortung zu übernehmen hat.

Die Kommission hat im Interesse der betreffenden Personen, ihrer Persönlichkeitsrechte und ihrer Aufgabe darauf verzichtet, die Identität der Chefs P-26 und P-27 aufzudecken. Dies ist nun durch Enthüllungen in den Recherchiermedien nachgeholt worden. Die Kommission bedauert diese Entwicklungen. Wem sollen sie eigentlich dienen? Ich lasse die Frage vorderhand offen. Diese Entwicklungen sind offenbar das Resultat einer Kombination von journalistischer Schnüffelei und von Leuten innerhalb oder ausserhalb des EMD, die sich, aus was für Gründen auch immer, gerne als Leck zur Verfügung halten. Hier muss ausgemistet werden!

Eine persönliche Bemerkung werden Sie mir gestatten: Man könnte tatsächlich meinen, man lebe in einem Schnüffelstaat. Ich werde meine Ausführungen in drei Teile gliedern. Ich werde den Auftrag und seine Abwicklung beleuchten, die Ergebnisse mit Schwergewicht auf den geheimen Organisationen würdigen und einen Ausblick machen.

Zum Auftrag: Er konzentrierte die Tätigkeiten der Puk EMD auf die Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr im EMD, die

sogenannte Una, ferner auf die Personendatensammlungen im EMD sowie auf die im EMD oder in dessen Schlepptau geführten geheimen Dienste. Der Auftrag umfasste insbesondere auch die Ergänzung und Vertiefung früherer Abklärungen der Geschäftsprüfungskommissionen. Ich werde mich unter diesem Stichwort insbesondere mit der Verantwortung dieses Parlamentes, vorab des Nationalrates, im Zusammenhang mit den Entwicklungen bei den sogenannten geheimen Diensten befassen. Was wusste man im Parlament, was hätte man wissen müssen, können und sollen?

Die Untersuchungskommissionen der beiden Räte legten sich unter dem Kürzel Puk EMD zusammen, unter dem Vorsitz von Ständerat Carlo Schmid. Ihm möchte ich an dieser Stelle für seine gute Führungsarbeit, seinen immensen Einsatz sowie insbesondere auch dafür danken und die Anerkennung aussprechen, dass er es verstanden hat, die politisch sehr breit gefächerte Puk EMD in bezug auf die Sachverhaltsabklärungen, aber auch – wenn auch nicht durchgehend – in bezug auf die Würdigungen der einzelnen Untersuchungsergebnisse zu Resultaten zu führen, die von allen Kommissionsmitgliedern getragen werden können.

Ueber eines muss man sich natürlich im klaren sein – insbesondere auf der Seite jener, die seinerzeit der Einsetzung einer Puk EMD in den Räten doch noch zugestimmt haben und dies heute, angesichts der Resultate und der Wirbel, die dadurch erzeugt worden sind, vielleicht bereuen –: Eine parlamentarische Untersuchungskommission gemäss Artikel 55ff. des Geschäftsverkehrsgesetzes ist ein schnittiges Instrument. Es wird überall, wo es eingesetzt wird, Ergebnisse zeitigen, die nicht nur Beifallsstürme auslösen. Eine Puk ist indessen weder eine Anklagekammer noch ein Strafgericht, sondern wie gesagt, das schärfste und griffigste Instrument der parlamentarischen Aufsicht über den Bundesrat und die Verwaltung.

Die Puk EMD richtete ihre Arbeit nach folgenden Grundsätzen aus:

1. Gründlichkeit bei der Erhebung der Sachverhalte;
2. Umfassende Klarheit in der Feststellung der Sachverhalte, keinerlei Mutmassungen, keine Grauzonen;
3. Sachbezogene Beurteilungen, ohne Ansehen der Personen;
4. Fairness bei der Würdigung von Sachverhalten und des Verhaltens von Personen; wobei es zu bedenken gilt, dass man hintendrein immer gescheiter ist.

Bei der Würdigung der erhobenen Sachverhalte stand eine streng legalistische Beurteilung im Vordergrund und nicht eine historisierende. Vor dem Hintergrund der nach der Publikation des Berichtes Puk EMD gefallenen Kritik ist durchaus einzuräumen, dass die «Würdigungen» da und dort die Verhältnisse der Zeit des kalten Krieges – auch ich bin der Meinung, dass er stattgefunden hat – und der Bedrohungssituation der siebziger und achtziger Jahre vermehrt hätten einbeziehen können. Die Kommission hat indessen in ihrem Bericht niemanden eines unehrenhaften Verhaltens bezichtigt und auch niemanden deswegen – wie ihr etwa vorgeworfen worden ist – auf die Anklagebank gesetzt. Vielmehr darf festgehalten werden, dass sich die Akteure, die handelnden Personen, insbesondere der Organisationen P-26 und P-27, die heute im Zentrum der Diskussion stehen werden, mit durchaus ehrenwerten Motiven, mit viel Engagement für eine von breitesten Kreisen unseres Landes akzeptierte Zielsetzung eingesetzt haben: für die Garantie der Unabhängigkeit unseres Landes und – sollte sie ganz oder teilweise verloren gehen – für deren Wiederherstellung.

Ein entscheidender Bereich wird in den breiten Diskussionen, die unser Bericht ausgelöst hat, zuwenig gewürdigt: Die Tatsache nämlich, dass der Bundesrat sämtliche Anträge der Puk EMD akzeptiert hat und teilweise bereits zu vollziehen im Begriff ist; ob freiwillig oder unfreiwillig, das bleibe dahingestellt. Die Puk EMD wurde im Sommer mit Beschluss der beiden Ratsbüros mit der Behandlung einer Petition in Sachen «Angelegenheit Jeanmaire» betraut. Die Bearbeitung des im Entwurf vorliegenden Berichtes hat sich verzögert; er kann in dieser Session nicht mehr behandelt werden. Nach Fertigstellung des Hauptberichtes wurde Anfang November bekannt, dass in verschiedenen europäischen Ländern Widerstandsorganisa-

tionen bestanden. Es wurde die Vermutung geäussert, dass die schweizerische Organisation P-26 mit diesen ausländischen Organisationen mehr oder weniger intensive Kontakte unterhalten haben könnte. Dies veranlasste die Kommission, die Untersuchungen nochmals aufzunehmen und im Rahmen der knappen noch zur Verfügung stehenden Zeit den vorab in den Medien aufgeworfenen Fragen nachzugehen. Die Räte sind im Besitz eines schriftlichen Zusatzberichtes zu der sogenannten Gladio-Angelegenheit. Die von der Kommission befragten Verantwortlichen, darunter auch der Chef der P-26, haben solche Kontakte verneint; es besteht kein Anlass, daran zu zweifeln. Weitere Abklärungen sind indessen nach Meinung der Kommission Sache des Bundesrates; daher die Motion 5 der Kommission. Die Kommission ist bereit, diesen Bericht des Bundesrates zu prüfen und ihn nötigenfalls mit ihren Instrumenten zu vertiefen; sie hat dies den beiden Ratsbüros gestern so mitgeteilt. Dies läge nicht zuletzt auch im Interesse des Bundesrates und des Militärdepartementes, welche die Hauptlast der Abklärungen zu tragen haben werden.

Und nun zu den Untersuchungsergebnissen, zuerst zu den Inlandaktivitäten der Abteilung Nachrichtendienst: Ob die von der Puk EMD aufgeklärten drei Fälle – sie sind im Bericht eingehend dargestellt – abschliessend oder eben nur exemplarisch sind, kann nicht mit letzter Gewissheit gesagt werden. Es ist indessen kaum angängig, von einer «systematischen Beitzelung» von Personen und Organisationen im Inland zu reden und zu schreiben. Es bestehen Abgrenzungsprobleme insofern, ob unter dem Auftrag «Auslandnachrichtendienst» auch Erhebungen im Inland, z. B. über Front- und Einwirkorganisationen, die aus dem Ausland gesteuert werden, zulässig sind. Es kann dafür auf Postulat 4 der Kommission verwiesen werden.

Ich komme zu den Fichen der Abteilung Abwehr. Es lässt sich in aller Knappheit folgendes festhalten: Wie schon die Puk 1 in bezug auf die Fichen der Bundesanwaltschaft und der Bundespolizei festgestellt hatte, blieb es auch in der Sektion «Militärische Sicherheitsdienste» weitgehend dem einzelnen Sachbearbeiter überlassen, was er in Datensammlungen aufnehmen wollte. Dies sind Führungsfehler, die denn auch hier zu Fehlleistungen geführt haben. Die Fichen-Affäre im EMD ist vom Sonderbeauftragten, alt Nationalratspräsident Franz Eng, praktisch vollständig bereinigt worden. Nach der erfolgten Offenlegung der Fichen sind lediglich noch zwei Beschwerden hängig. Für die Zukunft gilt das in Postulat 5 der Kommission Dargelegte.

Die Durchlässigkeit zwischen der Sektion MSD sowie der Dienststelle Prävention einerseits und der Personenregistratur der Bundespolizei andererseits war eindeutig zu gross. Dies ist unter anderem eine Folge der Personalunion Chef Bundespolizei und Chef Abteilung Abwehr sowie der Unterbringung der beiden Dienste im gleichen Haus. Zur nötigen Entflechtung hat die Puk EMD entsprechende Anträge formuliert; ich verweise auf Postulat 3.

Der Chef EMD, der nach dem Erscheinen des Berichtes der Puk EJPD zur Frage der Fichen um Klärung in bezug auf ähnliche Sachverhalte in seinem Bereich bemüht war, wurde von seinen Mitarbeitern allzu lange nicht umfassend informiert.

Zu den geheimen Diensten: Vorerst einige Worte zum Informationsstand des Parlamentes. Ob und inwieweit Existenz, Auftrag, Struktur usw. der sogenannten geheimen Dienste dem Parlament oder Teilen davon seit der Ueberweisung des Postulats Jaeckle im Jahre 1957 bekannt waren bzw. bekannt sein mussten, darüber kann man nur mutmassen, allenfalls streiten. Zum Teil liegt solches Wissen im Dunkeln der Geschichte und in der Vergesslichkeit von uns Menschen und Politikern.

Um Klarheit über den Wissensstand des Parlamentes zu schaffen, ist vom Bericht der Arbeitsgruppe «Angelegenheit Oberst Bachmann» der GPK des Nationalrates vom 19. Januar 1981 auszugehen. Die Arbeitsgruppe befasste sich mit der damaligen Widerstandsorganisation nur in sehr beschränktem Ausmass. Diese wird indessen im Zentrum meiner jetzigen Ausführung stehen, entsprechend der Entwicklung, welche die öffentliche Diskussion genommen hat. Das Schwergewicht der Arbeitsgruppe Bachmann lag anderswo:

bei den Führungsproblemen der Una, bei den Problemen, die sich aus den personellen Verflechtungen in der Führungsetage der Una ergeben hatten, dies insbesondere bei den beiden geheimen Diensten. Die Arbeitsgruppe Bachmann gelangte 1980/81 zum Schluss, dass die Oberaufsicht über die Una verstärkt werden müsse, dies durch Sektionen bzw. Untergruppen der Geschäftsprüfungskommissionen.

Wie aus dem den Räten damals nicht bekanntgemachten, kürzlich – *horribile dictu* – vom EMD selber publizierten, geheimen Zusatzbericht der Arbeitsgruppe der GPK hervorgeht, verstand diese die parlamentarische Oberaufsicht über die Una insgesamt so, dass auch der Spezialdienst – später P-26 – darunterfallen sollte. Aus diesem nun offenliegenden Geheimbericht geht ferner hervor, dass die beiden geheimen Dienste zum Zeitpunkt der Berichterstattung «richtigerweise personell vollständig getrennt» waren und «je einem ausserhalb der Bundesverwaltung stehenden Chef unterstellt» waren.

Der Arbeitsgruppe der GPK war im Verlaufe ihrer Abklärungen vom damaligen Generalstabschef der Auftrag der Widerstandsorganisation vorgestellt worden, indessen: Von einer Ausgliederung aus der Bundesverwaltung und aus der Armee, wie später geschehen, war dabei nicht die Rede. Die Arbeitsgruppe konnte daher vor diesem Hintergrund in Ziffer 55 ihres publizierten Berichtes feststellen: «Aufgabe und Stellung der Widerstandsorganisation und des besonderen Nachrichtendienstes entsprechen heute den Anforderungen, die vom Standpunkt des Rechtsstaates und der Demokratie zu stellen sind.» In Ziffer 54 des publizierten Berichtes wurde der Bundesrat aufgefordert, der zuständigen Sektion der GPK bis Ende 1981 darüber zu berichten, welche Konsequenzen er aus ihrer Untersuchung gezogen habe.

Die Debatte im Nationalrat vom 3. März 1981 drehte sich vor allem um die personellen Verflechtungen in der Una, um die Person von Oberst Bachmann sowie um den «besonderen» – heute: ausserordentlichen – Nachrichtendienst. Dessen Berechtigung blieb weithin unbestritten. Der Spezialdienst – später P-26 – wurde nur am Rande gestreift, doch von der GPK keineswegs in Frage gestellt.

Am 10. Dezember 1981 erstattete der Bundesrat bzw. das EMD der GPK den verlangten, geheimen Bericht. Die Sektion EMD der GPK behandelte ihn in ihrer Sitzung vom 19. Januar 1982. In diesem Bericht des EMD wird u. a. dargelegt, dass von einer «Neuunterstellung» der Widerstandsorganisation, z. B. unter die Untergruppe Front im EMD, abgesehen worden sei.

Inzwischen, nämlich am 7. September 1981, drei Monate vorher, hatte Generalstabschef Zumstein das im Bericht der Puk EMD erwähnte, streng geheime Grundlagendokument zur Vorbereitung des Widerstands erlassen (S. 189 des Berichtes). Dieser Erlass bedeutete die Schaffung von P-26 in der von der Puk EMD später angetroffenen Form. Die Unterlagen von Divisionär Richard Ochsner, Unterstabschef Nachrichtendienst und Abwehr bis 31. März 1981, für die Pressekonferenz vom 7. Dezember 1990 belegen diese Aussage. Von diesem Papier erhielt die Geschäftsprüfungskommission im Dezember 1981 keine Kenntnis. Damit sind die an der Pressekonferenz des EMD vom 7. Dezember 1990 gemachten Ausführungen, die «Arbeitsgruppe Bachmann» habe die Widerstandsorganisation in der Struktur von P-26 vorgestellt erhalten, widerlegt.

In den folgenden Jahren überprüfte jeweils eine kleine Delegation der GPK des Nationalrates in Gesprächen mit dem Generalstabschef, dem Unterstabschef Nachrichtendienst und Abwehr sowie gelegentlich den Chefs Abwehr und Nachrichtendienst, ob ihrem Bericht vom 19. Januar 1981 und ihren geheimen «Schlussfolgerungen» vom 15. Dezember 1980 nachgekommen werde. Sie konzentrierte sich, wie sie dies schon in ihren Abklärungen in den Jahren 1980/81 getan hatte, auf die Führungs- und Personalprobleme in der Una sowie auf den ausserordentlichen Nachrichtendienst, nicht aber auf die Widerstandsorganisation. Im Jahre 1989 verstärkte die GPK ihre Aufsichtstätigkeit über die Una. Sie wurde im März dieses Jahres durch die Puk EMD abgelöst.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich nun aus dem parlamentarischen Geschehen rund um die geheimen Dienste,

vorab aber rund um P-26, zwischen den Jahren 1981 und 1989 ziehen?

Dem Parlament, vorab der Arbeitsgruppe Bachmann der GPK, war wohl seit 1980 bekannt, dass zwei geheime Dienste mit je einem privatrechtlich angestellten Chef bestanden und weitergeführt wurden. Ueber Strukturen rechtlicher und tatsächlicher Art sowie über andere gewichtige Details war indessen die GPK – oder einzelne ihrer Mitglieder – im Verlaufe der folgenden Jahre, wenn überhaupt, so nur rudimentär im Bild, insbesondere nicht über die – heute von der Puk EMD beanstandete – völlige Auslagerung aus Verwaltung und Armee, dies ohne formelle gesetzliche Grundlage in einem Ermächtigungsgesetz und demzufolge ohne jegliche parlamentarische Kontrolle.

Und genau hier lag und liegt ja der neuralgische Punkt.

Ich komme im besonderen noch zu den Fragen der Verfassungsmässigkeit sowie der Gesetzmässigkeit: Für die Widerstandsorganisation und den ausserordentlichen Nachrichtendienst bejahte der von der Puk EMD beigezogene Gutachter, Professor Etienne Grisel, die Verfassungsmässigkeit klipp und klar. Es bestehen aber in dieser Hinsicht auch andere Meinungen. Fest steht indessen, dass die Uebertragung hoheitlicher Befugnisse an Dritte einer Ermächtigung durch ein Gesetz bedarf.

Auch aus damaliger, historischer Sicht wäre eine solche Grundlage nötig gewesen, denn nur so lassen sich die politische Führung durch den Bundesrat und eine – die Geheimhaltung berücksichtigende – parlamentarische Kontrolle, wie sie z. B. die USA und die Bundesrepublik Deutschland kennen, sicherstellen. Das Primat des Parlamentes darf in keinem Bereich des Handelns des Bundes und seiner Behörden angetastet werden. Nachdem der Bundesrat beschlossen hat, die Widerstandsorganisation P-26 aufzulösen, braucht die Frage der Schaffung eines Ermächtigungsgesetzes zurzeit nicht weiter verfolgt zu werden. Ueber die Zweckmässigkeit solcher Vorbereitung des Widerstandes im feindbesetzten Gebiet durch eine Kaderorganisation gehen im übrigen die Meinungen auseinander. Die Puk EMD hatte sich dazu nicht zu äussern. Für P-27 haben sich natürlich analoge Fragen gestellt.

Wie bereits erwähnt, zieht die Puk EMD die Verfassungstreue der Verantwortlichen und der Mitglieder insbesondere der Organisationen P-26 und P-27 nicht in Zweifel und unterstellt ihnen keinerlei verfassungsfeindliche Absichten. Dies gilt insbesondere auch für das sogenannte Putsch-Szenario, besser Einsatz-Szenario «Umsturz», das auf Seite 191 beschrieben wird.

Es wird immer wieder übersehen – ob bewusst oder unbewusst, das bleibe dahingestellt –, dass am Schluss der Beschreibung dieses Szenarios folgender Satz steht: «Auch in diesem Falle ist das Ziel eine Besetzung der ganzen Schweiz» – offensichtlich durch eine fremde Macht.

Solche Übungsszenarien waren auch schon Realität, z. B. 1948 in der Tschechoslowakei. Wie der Kommissionspräsident im Ständerat schon festgestellt hat, sind, gestützt auf eine saubere Analyse dieses Szenarios sowie gestützt auf die Einnahmen der Kommission, Umsturzpläne oder Putschabsichten irgendwelcher Art durch P-26 als völlig abwegig zu bezeichnen.

Ich komme zum Schlussteil: Nach der Publikation des Berichtes und insbesondere nach der Debatte im Ständerat setzte eine intensive öffentliche Diskussion ein, was richtig ist. Denn nur so kann die Grundlage für neues Vertrauen geschaffen werden; dies war denn auch eine der Zielsetzungen der Kommissionsarbeit und sollte auch Zielsetzung für die heutige Debatte sein.

Dem Bundesrat und dem Chef EMD kann die Bereitschaft zu einer guten Zusammenarbeit attestiert werden. Es sind in verschiedenen Bereichen bereits Massnahmen im Sinne unseres Berichtes getroffen worden. Ich verzichte darauf, sie einzeln aufzuzählen. Der Bundesrat hat insbesondere die Auflösung und Liquidation der Widerstandsorganisation P-26, als Kaderorganisation strukturiert, beschlossen. Die Puk EMD ist bereit, diese Aktion weiter zu überwachen und die «Endkontrolle» vorzunehmen. Die Motion 1 kann indessen – durch die Ereignisse überrollt – als erledigt abgeschrieben werden.

Infolge der gestrigen «Enttarnung» des Chefs P-27 durch die Medien wurde auch der ausserordentliche Nachrichtendienst zerstört und soll deshalb, wie das EMD sofort bekanntgegeben hat, nun auch formell aufgelöst werden. Der ausserordentliche Nachrichtendienst hätte in Krisenlagen einen wichtigen Beitrag zur Orientierung der Führung des Landes leisten sollen.

Persönlich verurteile ich diese «Enttarnung». Es bleibt nur festzustellen, dass auch die Motion 2 und das Postulat 1 der Kommission obsolet geworden sind.

Es sind nach Meinung der Kommission – unter verbesserten institutionellen Voraussetzungen – folgende Aufgaben klarerweise weiterzuführen:

Das Personal-Informationen-System der Armee, Pisa, das Militärische Dokument-Nachweis-System, Midonas, die Personensicherheitsüberprüfungen im militärischen Bereich und schliesslich die Abwehr armeerfeindlicher Umtriebe (ohne «Gesinnungsschnüffelei», wie sie leider vorgekommen ist). Es erscheint als selbstverständlich, dass sich die Armee gegen Beeinträchtigungen der Sicherheit ihrer Angehörigen sowie ihres Materials und ihrer Waffen soll wappnen können. Richtungsweisend sind unsere Postulate 5 und 6.

Schaffung eines strategischen Nachrichtendienstes: Es ist insbesondere zu prüfen, ob ein solcher ausserhalb des EMD angesiedelt werden soll; dafür verweisen wir auf die Postulate 2 und 8 der Kommission.

Im Gegensatz zur Puk EJPD, welche die gesamte Departementsführung zu untersuchen hatte, war der Auftrag der Puk EMD auf einzelne, relativ kleine Gebiete beschränkt. Aus dem Untersuchungsergebnis in diesen Teilbereichen darf nicht auf die Departementsführung und die Arbeit im gesamten EMD geschlossen werden. Die untersuchten Bereiche waren zudem bis vor kurzem durch den Departementsvorsteher nicht führbar, weil ihm entscheidende Informationen von seinen höchsten Mitarbeitern nur dosiert geliefert wurden. Das trifft insbesondere auf den heutigen Chef EMD, Bundesrat Villiger, zu. Schliesslich ist vieles, wenn auch nicht alles, vor dem historischen Hintergrund des kalten Kriegs zu verstehen. Die nunmehr unter Kritik geratenen Personen und Amtsstellen haben in den damaligen Situationen nach ihrer Auffassung das ihnen richtig Scheinende vorgekehrt. Sie haben – die allermeisten – in guten Treuen gehandelt. Ausnahmen vorbehalten; solche sind seit vorgestern bekannt.

Mit ihren Anträgen will die Puk EMD die Grundlagen schaffen für eine auf das Gesetz abgestützte, vom Bundesrat und vom Chef EMD als politisch verantwortliche Führungsbehörde geleitete und von diesem Parlament beaufsichtigte und kontrollierte Weiterführung der für die Sicherheit unseres Landes auch in der heutigen Zeit notwendigen Aufgaben und Bemühungen. Die Anträge der Puk EMD beeinträchtigen legitime und von der Sache her notwendige Geheimhaltungsbedürfnisse nicht. Ein weiteres Ziel der Anträge ist die Einhaltung der für den Schutz der individuellen Freiheiten und Rechte üblichen Garantien.

Die Kommission ersucht Sie, ihren Anträgen zuzustimmen.

**Keller:** Wer sein Votum bereits am Montag mitbrachte, fand Gelegenheit, es von Tag zu Tag den veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Die CVP-Fraktion unterstützt die Anträge der Puk. Sie ist mit der Gesamtausrichtung dieses Berichts einverstanden. Sie spricht sich insbesondere aus für eine verstärkte politische Führung und für parlamentarische Kontrolle auch im Geheimbereich und für die Schaffung eindeutiger rechtlicher Grundlagen, wo sie – wie es sich gezeigt hat – zu wenig tragfähig sind. Die CVP schätzt die klare Abtrennung in Sachverhaltsdarstellung und Würdigungen. Sie hat diese Würdigungen, die gelegentlich deutliche Ecken und Kanten zeigen, nicht alle einzeln diskutieren können. Verschiedene Sprecher aus meiner Fraktion werden sich dazu noch äussern.

Als Mitglied der Puk und zugleich als Fraktionssprecher darf ich mir eine etwas persönlichere Prägung meines Votums erlauben.

Als die Puk sich an die Arbeit machte, wusste sie nicht, wohin die Reise ging. Sie musste in einem Bereich tätig werden, der

aus Gründen der Staatsräson geheim ist. Transparenz zu schaffen im Bereich des «no need to know» ist im Grunde genommen ein «schleierhaftes» Vergnügen. Das Abwägen zwischen den berechtigten Ansprüchen der Öffentlichkeit und den notwendigen Erfordernissen der Geheimhaltung ist eine Gratwanderung, und eine Wanderung auf dem Grat ist kein Spiel. In diesem Sinne ist der vorliegende Bericht auch ein Kind seiner Zeit. Einer Zeit, die durch das Ende des kalten Kriegs gekennzeichnet ist und durch den urplötzlichen Zusammenbruch eben noch höchst bedrohlicher Regimes in Osteuropa; diese Zeit ist aber auch Ausdruck der Verlagerung der staatspolitischen Sorgen auf andere Bereiche. Dieser Zeitgeist äussert sich auch in der Offenlegung von Sachverhalten, was nur schon im beträchtlichen Umfang des Berichts zum Ausdruck kommt. Dennoch konnte auch die verhältnismässig grosszügige Konkretisierung nicht verhindern, dass die forzeugende Neugier an jenen Stellen ansetzte, wo die Kommission den Vorhang gezogen hatte, so z. B. bei der Entdeckung der Namen. Im Falle des Chefs von P-26 erscheint das aus heutiger Sicht unproblematisch, weil der Bundesrat die Organisation aufgelöst hat und weil ein Mann sichtbar wurde, der sich nach meiner Ansicht zeigen darf. Bestreiten aber möchte ich das öffentliche Interesse im Falle des Chefs P-27, weil der Bundesrat diese Organisation zu Recht nicht auflösen wollte und weil mit der Entdeckung dieses Mannes wohl auch ein Beziehungsnetz verlorengeht, das uns in kritischen Zeiten vielleicht hätte wertvoll sein können. Wir sind bei unserer Arbeit auf Mängel und Fehler gestossen: darüber spricht sich unser Bericht aus. Wir haben aber auch viel Positives getroffen, wüber der Bericht schweigt. Auch das möchte ich hier sagen.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht zweifellos unsere Darstellung von P-26. P-26 ist noch vor Erscheinen des Berichts vom Bundesrat aufgehoben worden – ein Entscheid, den auch unsere Fraktion als richtig erachtet. Inwieweit sich diese Widerstandsorganisation im Ernstfall bewährt hätte, ist schwer zu beurteilen. Weder die Puk noch unsere Fraktion konnte sich darüber ein Urteil bilden. Ob es richtig war, eine solche Organisation zu schaffen, kann aus dem Zeitgeist des Jahres 1990 nicht abschliessend beurteilt werden. Wer frühere Vorgänge nur aus dem Geist der eigenen Zeit heraus beurteilt, kann unweigerlich vom Pfad der historischen Gerechtigkeit ab. Wer den kalten Krieg nicht wahrhaben will, der ja gerade in den frühen achtziger Jahren wieder fühlbarer wurde, kann kein angemessenes Urteil fällen. Dennoch: Die Geschichte macht vieles verständlich, entschuldigt aber nicht alles. Es darf nicht sein, dass eine derartige geheime Organisation sich losgelöst im politischen Raum bewegen kann, ausserhalb der Armee und der Verwaltung; daran muss festgehalten werden. Die Aussage des Bundesrates, die Puk argumentiere zu legalistisch, kann so nicht hingenommen werden. Das Ausmass der Zuständigkeit und der Anteil der Verantwortung, den die Generalstabschefs mit der Schaffung und Betreuung von P-26, dieser Widerstandsorganisation, auf sich nahmen, an sich zogen, war zu gross, war in dieser Grösse nicht angemessen. Sie hätten ihre Chefs EMD und darüber hinaus den Bundesrat stärker in die Verantwortung einbinden sollen. Ein Generalstabschef hat zwar gesagt, es sei stufengerecht orientiert worden, aber was stufengerecht ist, entschied der Generalstabschef.

Insbesondere war man sich der Einordnung dieser Widerstandsorganisation im Staatsganzen nicht genügend bewusst, was ein ehemaliger Chef des EMD mehr als deutlich zum Ausdruck brachte, als er sagte, er hätte angenommen, P-26 sei Teil der Armee. Völlig ungenügend war auch die Kontrolle durch das Parlament: Vertreter des Parlaments, die mit der Organisation in Berührung kamen oder in Berührung hätten kommen können, waren sich über die schwer erkennbare Stellung dieser Organisation ausserhalb der Armee und der Verwaltung zu wenig bewusst, um den Dingen richtig auf den Grund zu gehen. Das Konsultativorgan, das sich der Generalstabschef bestellt hatte, wurde wenig eingesetzt und – man verzeihe mir den Ausdruck – macht doch ein wenig den Eindruck eines parlamentarischen Feigenblattes. Dabei wäre es gerade auch mit Blick auf Seite 191 des Puk-Berichts, wo das Umsturzscenario erwähnt wird, von grosser Bedeutung gewe-

sen, wenn Bundesrat und Parlament, also die Politiker, besser eingebunden gewesen wären. Die Erwähnung eines solchen Umsturzscenarios in einem Grundlagenpapier von P-26 öffnet heute leider den Spekulationen Tür und Tor und bringt Leute in Verdacht, die es meines Erachtens nicht verdienen; denn ich bin überzeugt, es wurde nicht an das gedacht, was man jetzt auch darunter vermuten kann.

Es scheint mir ohne Zweifel, dass die Gefährlichkeit der Erwähnung eines solchen Szenarios von den Politikern, den Parlamentariern und dem Bundesrat erkannt worden wäre und keinen Eingang in dieses Papier gefunden hätte.

Zurückweisen muss ich den Vorwurf eines früheren Generalstabschefs an die Puk – ich nehme an, er hat die Puk gemeint –, hier hätten Schweizer Schweizer entwaffnet. Das ist ein böses Wort. Die Puk hat nichts anderes getan – wir haben sie dazu beauftragt –, als einen nach unserer Ueberzeugung unhaltbaren Zustand aufzudecken und dessen Behebung zu verlangen. Das war ihre Pflicht; es war dann auch der Bundesrat, der die entsprechenden Konsequenzen zog. Die Puk hatte entweder klare legale Grundlagen gefordert oder dann die Auflösung. Die Aussage, Schweizer hätten Schweizer entwaffnet, ist ein sehr hartes und giftiges Wort. Sie unterstellt, dass hier schwerwiegender Schaden für die Landesverteidigung entstanden sein könnte. Das bestreite ich.

Es ist gesagt worden, dass in den vergangenen zehn Jahren diese Organisation nicht aufgedeckt worden sei. Es ist richtig, sie konnte geheimgehalten werden; ich wage aber zu sagen, dass sie auch geheimgehalten werden konnte, weil man sie nicht suchte.

Es ist nicht so, dass Widerstand in der Armee kein Thema gewesen wäre und kein Thema ist. Aber in bezug auf die Wünschbarkeit einer derartigen Organisation habe ich in allen meinen Diensten nie eine Diskussion erlebt. Die Armee beschäftigt sich mit dem Widerstand, das ist ein Thema der Armee, sie bereitet sich auch darauf vor: Es wird geschult der Kampf der abgeschnittenen Verbände, der Jagdkampf, es werden Ueberlebensübungen durchgeführt, die mit Blick auf diesen Widerstand ihren Sinn haben. Ich bin überzeugt, dass im Moment, in dem eine solche Situation entsteht, dieser Widerstand in unserem Land auch spontan entstehen wird, wenn er der Bevölkerung als sinnvoll und notwendig erscheint.

Ich komme zum Schluss: Die Puk 1 hat die Fichen entdeckt, die Puk 2 P-26, beides wird liquidiert. Damit könnte auch für uns der Blick langsam wieder frei werden für vielleicht noch bedeutendere Geschäfte.

**Thür:** Sie werden verstehen, dass sich die grüne Fraktion durch diesen Bericht ganz besonders betroffen fühlt. Da lesen wir über Dutzende von Seiten hinweg, wer nach Auffassung unserer Staatsschützer und Geheimdienstler die Feinde dieses Staates und der geltenden Rechtsordnung waren: Komitees für den Frieden, Bürgerinitiativen, ökologische Gruppierungen, religiöse Kreise usw. – Sie können das im Puk-Bericht nachlesen. Konsterniert müssen wir feststellen, dass wir nach Auffassung dieser Geheimdienstler seit Jahren nicht zum Wohle dieses Landes politisierten, sondern als «nützliche Idioten» im Interesse einer fremden Grossmacht.

Mit Empörung stellen wir fest, dass unser jahrelanger Widerstand, beispielsweise gegen grosstechnologische Projekte wie AKW, chemische Industrie usw., nicht unserer persönlichen Ueberzeugung und Besorgnis entsprang, sondern nichts anderes war als der Versuch dieser fremden Grossmacht, unsere Verteidigungsfähigkeit zu schwächen und den Handlungsspielraum unseres Landes einzuengen – wie es im Puk-Bericht heisst. Vollends erschüttert in unserer demokratischen Grundüberzeugung sind wir jedoch, seit wir wissen, dass die Repräsentanten dieses Staates für den Fall, dass die von uns vertretenen politischen Ueberzeugungen sich in diesem Lande durchgesetzt, eine Mehrheit gefunden hätten, das Szenario Umsturz durch Unterwanderung zur Anwendung gelangt wäre. Wir waren ja jene, die in den Augen dieser Geheimarmisten Mitglieder von Front- und Einwirkorganisationen waren und damit der verlängerte Arm jener fremden Grossmacht, die nichts anderes im Sinne hatte, als unser Land zu besetzen;

was in diesem Fall passiert wäre, können Sie auf Seite 191 des Berichtes nachlesen.

Die politische Hauptverantwortung für diese gesetzbüchlichen Zustände trägt unsere oberste politische Führung, der Bundesrat, allen voran jene drei amtierenden Bundesräte, welche über intime Kenntnisse verfügten oder hätten verfügen können. In der Verantwortung steht unseres Erachtens aber auch ein politisches System, das die grösste Oppositionspartei in die Regierungsverantwortung einbindet und damit eine wirksame Kontrolle ganz offensichtlich verunmöglicht hat. Dem Puk-Bericht kann entnommen werden, dass verschiedene Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in verschiedenen Gremien vertreten waren und dadurch über ein Teilwissen verfügten, das sie zum Handeln hätte veranlassen müssen. Dieser Fall zeigt unseres Erachtens ganz klar, dass die Grenzen unserer Konkordanzdemokratie erreicht sind.

Wie reagieren die Verantwortlichen auf die jüngsten Enthüllungen? Anerkennen sie heute wenigstens, dass sie mit ihren gesetzbüchlichen Machenschaften unserer Demokratie einen schlechten Dienst erwiesen haben? Keine Spur davon – im Gegenteil, sie blasen zum Gegenangriff, wir haben das in den letzten Tagen erlebt. «Was heisst schon Rechtsstaat?» höhnte alt Bundesrat Chevallaz, als er auf die verfassungsrechtliche und rechtsstaatliche Problematik dieser privaten Geheimarmee angesprochen wurde, und gab damit eindrücklich sein Demokratieverständnis preis.

Der damals zuständige Generalstabschef Zumstein will von seiner Verantwortung nichts mehr wissen. Er habe die Geheimtruppe zur Reife gebracht, tönt es nett, und im übrigen sei P-26 in die staatlichen Machtstrukturen eingebunden gewesen und damit keine Privatarmee, wie die Puk EMD behauptete. Gleichzeitig gibt derselbe Herr der stauenden Öffentlichkeit – das war in der letzten «Freitagsrunde» – bekannt, dass er nie die Absicht gehabt habe, diese Geheimtruppe einer parlamentarischen Kontrolle zu unterstellen. Das ist doch eine sehr verblüffende Aussage, die zur Frage führt, wie denn Herr Zumstein eine Einbindung in die staatlichen Strukturen sieht, wenn er eine politische und vor allem parlamentarische Kontrolle gar nie wollte. Oder hören für Herrn Zumstein die staatlichen Strukturen beim Militär auf?

Der Puk EMD machte der ehemalige höchste Geheimarmist sogar den Vorwurf, sie habe dem Bundesrat ein strategisches Mittel aus der Hand geschlagen. Dabei enthüllt die Puk EMD mit aller Klarheit, dass diese Privatarmee bestenfalls in der Hand einiger hoher Militärs lag und keinesfalls Anhaltspunkte gefunden werden konnten, dass P-26 überhaupt ein Mittel in den Händen des Bundesrates war. Geradezu ehrenrührig war die Aussage von Herrn Zumstein, da hätten Schweizer andere Schweizer entwaffnet. Mein Vorredner, Kollege Keller, hat sich bereits ausführlich zu dieser unglaublichen Äusserung ausgesprochen.

Skandalös ist sodann der Umstand, dass der heutige Chef EMD diese Verwedlungs- und Bagatellisierungsversuche noch deckt und sogar anheizt, wenn er nach wie vor öffentlich behauptet, diese Vorbereitung des Widerstandes und die Ausgaben für P-26 und P-27 seien verfassungsmässig gewesen, und damit den Eindruck der Legalität gibt, wobei er sich auf ein Rechtsgutachten seines Departementes abstützt, das unter verantwortungsvollen Staatsrechtlern nur Kopfschütteln auslöst. Ich erinnere Sie daran, dass bis heute sämtliche Staatsrechtler, die sich zu dieser Frage geäußert haben, ganz eindeutig sagten: Diese Organisationen waren illegal.

Nach all dem, was bekanntgeworden ist, ist es unglaublich, dass der oberste Chef des EMD erneut eine solche Rechtsauffassung kolportiert und nicht anerkennen und verstehen will, dass hier neben Gesetz und Recht vorbei gearbeitet wurde. Wenn der Chef EMD als Ingenieur – so hat er sich bezeichnet – diese staatspolitische Sensibilität nicht aufbringen kann, muss er sich mit verantwortungsvollen Juristen umgeben. Die sind offenbar im EMD nicht zu finden.

Es geht auch nicht an, dass die illegalen Handlungen der EMD-Verantwortlichen mit dem kalten Krieg erklärt oder entschuldigt werden, wie das nun laufend passiert. Das würde ja darauf hinauslaufen, dass immer dann Verfassungs- und Gesetzesbrüche zulässig wären, wenn bestimmte Leute dies im

angeblichen Interesse dieses Landes als notwendig erachten. Der Kommission wird von den Generälen vorgeworfen, sie hätte einen zu legalistischen Standpunkt eingenommen. Das ist offenbar ein Schimpfwort für die Militärs. Es wird der Kommission auch vorgeworfen, sie habe kein Verständnis für die Staatsräson. Ja, ist nun in einem offenen und pluralistischen, demokratisch verfassten Staat nicht die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze oberste Staatsräson? Bis jetzt haben wir immer geglaubt, dass der Rechtsstaat für die Verteidigung der Demokratie ausreichen muss. Nach den Untersuchungen der Puk EMD aber haben wir feststellen müssen, dass es Leute in diesem Lande gibt, die ganz offensichtlich dieser Demokratie, diesem Rechtsstaat nicht trauen und unter bestimmten Umständen einen Unrechtsstaat oder die Abschaffung der Demokratie in Kauf nehmen. In diesem Bereich ist die Demokratie bereits abgeschafft worden, und das hat uns zutiefst beunruhigt.

Erst recht empört hat uns dann der Auftritt der verschiedenen Generäle in den letzten Tagen – vor allem anlässlich der Pressekonferenz vom letzten Freitag. Wir haben uns gefragt: Wo war der Chef EMD, als diese Pressekonferenz durchgeführt wurde? Was hat er sich überlegt, als er seine Untergebenen losziehen liess, die politische Führung in dieser hochbrisanten Angelegenheit vollständig den Militärs übergab und diesen Herren auch noch das Terrain ebnete, um mit Unwahrheiten, Halbwahrheiten und Unterstellungen eine von Volksvertretern zusammengesetzte Kommission zu attackieren?

Geradezu entlarvend war dann der beleidigte Ausspruch von Generalstabschef Senn, dass nun die Knechte des Vaterlandes zu Wort kämen, nachdem ihnen von der Kommission der Meister gezeigt worden sei. Ja, findet es jemand in diesem Saal nicht richtig, dass in diesem Lande die Politiker und nicht das Militär das Sagen haben? Bedurfte es einer Puk, um diesen Militärs klarzumachen, dass in einer Demokratie die Politik das Primat hat?

Nicht weniger uneinsichtig oder – wenn Sie lieber wollen – hilflos operierte der Chef EMD in bezug auf die von der Puk EMD offengelegten Aktivitäten der Una im Inneren unseres Landes. Frohgemut erklärte er, dass der Bericht den Vorwurf einer systematischen Bespitzelung von Schweizern und schweizerischen Organisationen in der Schweiz nicht bestätige. Damit habe sich eine Hauptverdächtigung, die zur Einsetzung der Puk geführt habe, nicht erfüllt.

Diese Schlussfolgerung, Herr Bundesrat, ist sehr voreilig gezogen. Wenn Sie dem Präsidenten der Kommission im Ständerat gefolgt wären, hätten Sie gesehen, dass das eben nicht der Fall ist. Unsere Arbeit zeigt nicht auf, ob es sich dabei um Ausnahmen oder exemplarische Fälle handelt. Im übrigen scheint es uns etwas gefährlich, in der heutigen Situation mit derart kühnen Behauptungen aufzutreten. Der Chef EMD läuft Gefahr, später wieder scheinbar manches zugeben zu müssen. Bis jetzt haben Sie in dieser Hinsicht ausserordentlich unglücklich agiert: zuerst die Fichen, dann Ihre engsten Mitarbeiter, die Sie nicht informieren, jetzt die Geschichte mit Herrn Strasser – und sind Sie, Herr Bundesrat, so überzeugt, dass Herr Ernst nicht wusste, was Herr Strasser tat? Er war ja sein engster Mitarbeiter.

Sie haben dann diese Vorwürfe von Herrn Kohlschütter abklären lassen. Sie liessen diese Vorwürfe von Ihrem freisinnigen Parteifreund, einem Obersten im Generalstab – den Sie von der Kantonsschulzeit in Aarau sehr gut kennen –, untersuchen. Wir haben über diese Wahl damals schon gestaunt, und wir stellen Ihnen die Frage, ob Sie sich nicht überlegt haben, ob dieser Mann vielleicht den Anschein von Befangenheit erwecken könnte. Nun, Herr Bundesrichter Pfisterer hat seine Aufgabe zu Ihrer vollen Zufriedenheit gelöst, indem er Ihnen bestätigte, was Sie schon immer wussten: nämlich dass in der Una nicht geschnüffelt werde. Sie haben im Puk-Bericht nachlesen können, dass dies nicht zutrifft. Was uns nun in dieser Hinsicht am meisten beunruhigt, ist die Tatsache, dass es bei diesem Befund geblieben wäre, wenn nicht im nachhinein eine parlamentarische Untersuchungskommission diese ganze Angelegenheit auch noch unter die Lupe genommen hätte.

Wir hoffen nun nach den Ergebnissen der Puk, dass Sie sich

bei Herrn Kohlschütter für Ihre damalige Äusserung entschuldigen.

Sie trösten uns, dass es keine systematische Bespitzelung in unserem Lande gebe. Das sei nun erwiesen. Selbst wenn dies richtig wäre, wäre das doch kein Trost. Jede Bespitzelung ist eine Ungeheuerlichkeit und verdient eine scharfe Verurteilung, auch von Ihnen, Herr Bundesrat. Dass Ihre Einzelfalltheorie nicht einmal richtig ist, beweist die Bespitzelungsaktion an der Friedenskonferenz von Basel. Diese fand bekanntlich rund drei Monate nach dem Vorfall von Murten statt und wurde vom gleichen Beamten angeordnet, welcher bereits Kohlschütter für Spitzeldienste in der Friedensbewegung anzuwerben versuchte. Alles Zufälle? Ich verstehe den Ueberdross an den nicht abreisenden Enthüllungen, aber ich bin der Auffassung, dass es nicht anders geht, als dass die noch offenen Fragen wirklich im Detail abgeklärt werden. Die grüne Fraktion ist froh darüber, dass sich die Puk EMD gestern dazu entschlossen hat zu beantragen, dass ihr Auftrag verlängert wird, damit die noch offenen Fragen vor allem im Zusammenhang mit den internationalen Beziehungen – wofür einige Hinweise bereits vorliegen – abgeklärt werden können.

Im übrigen bittet die grüne Fraktion Sie, die Anträge der Puk EMD anzunehmen – mit Ausnahme von Postulat 2 über den strategischen Nachrichtendienst.

Frau **Mauch** Ursula: Was wir hier und heute besprechen, ist nach Ansicht der SP-Fraktion nichts anderes als die Spitze eines Eisbergs. Ueber den Eisberg selber wissen wir nichts. Trotz der Riesenarbeit der Puk EMD, der wir dafür sehr danken, ist heute unklarer denn je, was wirklich ist. Ein Weiterführen der Puk-Arbeit ist absolut unerlässlich, und wir begrüssen den Entscheid der Puk von gestern.

Herr Bundesrat Villiger, Sie sind in jenem Departement, dem Sie vorstehen, systematisch von der Wahrheit ausgeschlossen worden. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder liegt das Versagen bei Ihrer Departementsführung oder dann bei der Spitze Ihrer Verwaltung. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Nehmen wir z. B. die unglaubliche Geschichte über die bundesrätliche Fichenentdeckung (Puk-Bericht S. 121ff.). Für uns geht die Geschichte ganz einfach nicht auf. Ich muss Ihnen die konkrete Frage stellen: Haben Sie, Herr Bundesrat, vor dem 1. Februar nichts gewusst über Personenkarteien im EMD? Wir legen Wert darauf, dass Sie diese Frage hier beantworten. Wie können Sie jetzt sicher sein, dass Sie nicht weiter angelogen werden? Wir haben nach den Auftritten der Generalität vom letzten Freitag und gestern grösste Zweifel daran, ob tatsächlich die Chefs der geheimen Dienste enttarnt worden sind. So biedermännisch können doch Drahtzieher von Geheimdiensten ganz einfach nicht daherkommen! Es gibt Fälle, da ist es offensichtlich schwierig, Männer von Strohmännern zu unterscheiden. Ueberhaupt: Ein Geheimdienst ist wie eine Hydra; schlägt man dieser Köpfe ab, wachsen neue nach. Nichts belegt dies besser als der Satz Seite 202 im Puk-Bericht. «Ein beachtlicher Teil des Führungsstabes (von P-26) hatte seine Funktion schon unter der alten Widerstandsorganisation von Oberst Bachmann inne.» Oder wie sich Herr Generalstabschef Häsler gestern am Fernsehen ausdrückte: Man ist vor Ueberraschungen nie gefeit!

Der Bundesrat hat beschlossen, P-26 und P-27 aufzulösen. Da frage ich den Bundesrat: Wie lässt sich etwas auflösen, worüber er selbst möglichst wenig Kenntnis hatte, wie es im Puk-Bericht heisst? Wir glauben, dass Wissen etwas mit Gewissen zu tun hat. Wer nicht wissen will, macht sich schuldig! Dass in den dreissiger Jahren in Deutschland zuwenig Leute wissen wollten, war die Chance für den Faschismus.

Für die SP-Fraktion steht vor allem Grundsätzliches auf dem Spiel. Ein ehemaliger Bundesrat relativiert den Rechtsstaat und gesteht einer Geheimdienstclique zu, zu definieren, was für dieses Land richtig sei. Das ist ungeheuerlich! Eine solche Rechtsauffassung hebt die Grundpfeiler dieses Staates aus den Angeln.

Die Puk hat zu Recht ihre Abklärungen im EMD ausschliesslich unter politischen Gesichtspunkten gewürdigt. Sie stellt fest – und die SP-Fraktion teilt diese Meinung –, dass die Verfassung, Berichte und weitere Unterlagen durch EMD und Ge-

neralstabschef in politisch unhaltbarer Weise überinterpretiert wurden. Da gibt es weder etwas zu rechtfertigen noch zu entschuldigen. Eine Geheimtruppe ist grundsätzlich demokratieunverträglich. Man muss sich das einmal plastisch vorstellen: Da übt eine Truppe – P-26 – abgeschieden und im geheimen, ausserhalb des Gesetzes und ausserhalb der demokratischen Kontrolle für den Tag X. Am Tag X wird die Schweiz von einem äusseren Feind besetzt, oder – absurd, aber Originalton «Rico» – es passiert ein Umsturz im Innern. Diese «Rambos à la Suisse» haben dann die Aufgabe, in diesem Land die Demokratie, von der sie nichts halten, wiederherzustellen! Da hütet ein wildgewordener Hund die Wurst! Das ist eine fatale Fehlkonstruktion. Retten kann diesen Staat nur das Volk selber und nur, insofern das Volk dies will.

Die Demokratie erträgt keine unkontrollierte Geheimtruppe. In einer Demokratie ist demokratische Kontrolle oberstes Staatsprinzip. Es kann nicht akzeptiert werden, dass ein durch das Parlament zu Kontrollierender – wie der Generalstabschef – seine Kontrolleure selber wählt.

Menschlich ist für uns verstehbar, dass sich auch in der SP Pseudokontrolleure haben rekrutieren lassen. Aus heutiger Sicht verurteilen wir aber das Mitmachen in solchen scheinlegitimen Gremien ganz entschieden.

Wir sind zutiefst enttäuscht, dass noch vor ganz kurzer Zeit der kalte Krieg in diesem Land – Stichwort Frontorganisationen – weitverbreitete und unumstössliche Orientierungshilfe war, und wir fragen – mit der «Weltwoche» –: Kann die Schweiz nur mit Feindbildern ihren Willen zur Nation aufrechterhalten?

Der Generalstabschef habe – nach seinen Worten – den Bundesrat stufengerecht informiert. Andererseits wollte der Bundesrat gar nichts wissen. Es ist für uns unvorstellbar, dass in einem demokratischen Staat eine Regierung sich selbst Wissen über staatliche Tätigkeiten vorenthält.

Sehr kräftig Lüften im EMD – das ist das Gebot der Stunde. Wenn es nicht gelingt, rasch sämtliche Leichen in sämtlichen Kellern ans Licht zu befördern, wird sich das Parlament noch Jahre mit dem Wegräumen von Geheimschutt beschäftigen müssen. Wir hätten Wichtigeres zu tun.

Die SP-Fraktion fordert radikales Aufräumen. Transparenz und Offenlegung sind nicht nur das Gebot der Stunde, sondern das Gebot der Demokratie.

Ich betone nochmals: Die SP-Fraktion begrüsst es sehr, dass die Puk EMD weiterarbeiten will. Insbesondere sind alle Auslandsverbindungen gründlich abzuklären.

Wir unterstützen die Puk-Vorstösse mit zwei Ausnahmen: Wir lehnen die Postulate 1 und 2 ab, denn wir meinen, notwendiger Nachrichtendienst sei Teil der ordentlichen Verwaltungstätigkeit. Was die SP-Fraktion am meisten beschäftigt, ist die Frage, wie das Vertrauen in unsere politischen Institutionen wiederhergestellt werden kann. Ausser Beschwichtigung und Unter-den-Teppich-Kehren hat der Bundesrat leider noch keine Signale ausgesandt.

Herr Bundesrat Villiger, wir warten auf unsere Regierung. Und wir stehen dazu, dass auch dieses Parlament, wir, versagt haben. Der Lernbedarf ist gewaltig. (Beifall)

**M. Couchepin:** D'une manière générale, le groupe radical considère que la Commission d'enquête parlementaire 2 a bien rempli le mandat qui lui avait été confié par l'arrêté fédéral du 12 mars 1990. Ceci dit, vous me permettez d'introduire dans le débat un ton nouveau, un peu plus critique. Je constate d'ailleurs que je suis le premier orateur à ne pas faire partie de la Commission d'enquête, avec Mme Mauch, qui n'a pas parlé directement du problème posé par le rapport mais plutôt de la manière dont les choses ont été présentées par les généraux et ceux qui se sont exprimés ces derniers temps. Ni Mme Mauch ni moi-même ne faisons partie de la Commission d'enquête, d'où peut-être un regard un peu plus critique sur ce rapport.

Ce rapport n'est pas le cinquième évangile. Il a ses faiblesses, qui tiennent d'ailleurs plus au ton qu'au fond, il faut le reconnaître, mais comme l'on dit, «c'est le ton qui fait la musique». Il est normal qu'il ait ses faiblesses car ceux qui ont travaillé dans cette commission ont été soumis à la pression du temps, ils ont dû travailler de manière intensive dans un domaine où, très

probablement – et je le dis avec le sourire – ils avaient peu de connaissances puisqu'il s'agit d'un domaine qui n'est généralement pas ouvert aux politiciens, celui des services secrets.

La faiblesse essentielle de ce rapport réside dans le fait que l'on a ignoré un principe constant du droit, fort ancien et c'est pourquoi je le citerai en latin: *in dubio pro reo*, «dans le doute pour l'accusé». On peut trouver plusieurs exemples de cela. Si l'on regarde la manière dont l'affaire Kohlschütter a été évoquée, on constate qu'il y a clairement une prise de position en défaveur de l'autorité et en faveur de la thèse la moins favorable à l'autorité. Vous connaissez tous cette affaire. M. Kohlschütter prétend qu'il a été contacté par un officier pour espionner des organisations de journalistes. L'officier dit que ce n'est pas vrai. Il n'y avait pas de témoin. Dans une telle affaire on ne peut pas juger, on ne peut que confronter des thèses différentes sans émettre de jugement. Pourtant la Commission d'enquête parlementaire aboutit à des conclusions qui vont dans un sens bien précis lequel, comme par hasard, n'est pas favorable à l'autorité.

Deuxième faiblesse qu'il faut relever – et je m'en excuse auprès de mes collègues pour lesquels j'ai la plus grande estime – il y a une certaine naïveté dans certains passages de ce rapport, naïveté rafraîchissante peut-être dans le monde politique, mais dangereuse lorsqu'on traite des services de renseignements. J'y reviendrai pour en donner un exemple.

Ces restrictions sont importantes, certes, mais elles ne limitent pas l'appréciation générale positive que le groupe radical fait de l'ensemble de ce travail. Grâce à ce rapport, des erreurs seront réparées, des lacunes comblées, notamment dans la surveillance de ces activités hautement sensibles, surveillance nécessaire par l'exécutif et le législatif, des adaptations aux nouvelles circonstances, à la fin de la guerre froide, pourront être faites, en particulier dans le domaine du secret où probablement la forme d'esprit développée par l'atmosphère de la guerre froide ne doit plus être maintenue: il faut être plus ouvert, cela correspond davantage aux principes d'une société libérale ouverte.

Le groupe radical – et c'est bien la preuve de son appréciation générale positive – approuvera les motions et postulats, avec une restriction qui démontre notre esprit pragmatique, car nous avons pensé un peu plus loin que le simple texte – sur l'initiative parlementaire concernant la délégation de sécurité. Nous pensons qu'il est tout simplement impossible de fixer déjà dans le texte de cette initiative la composition de cette délégation. On prévoit qu'il devra y avoir dans cette délégation autant de membres qu'il y a de groupes représentés au Parlement. Cela n'est pas concevable, si demain il y avait un éparpillement des forces entraînant une multiplication des groupes. Que dirions-nous si demain il y avait dans notre Parlement – tout peut arriver, même en Suisse, nous sommes en train de découvrir que nous sommes un pays comme les autres – un groupe qui serait le bras politique d'une organisation non démocratique comme c'est le cas de l'IRA en Irlande du Nord ou de certains groupuscules dans le Parlement espagnol qui sont le bras politique de l'organisation terroriste basque? Tout peut arriver, on le sait.

Venons-en maintenant au fait et aux trois chapitres principaux de ce rapport. Le premier est consacré au Groupe renseignements et sécurité, le deuxième aux fiches et le troisième aux Services secrets.

Si l'on examine le premier chapitre, on doit constater objectivement que, d'une manière générale, il a bien passé l'examen au scanner qui a été fait par la Commission d'enquête. Cela est sans doute le fruit d'une bonne gestion mais aussi – il faut bien attribuer quelque mérite au Parlement – de l'enquête menée en son temps par la Commission de gestion lors de l'affaire Bachmann, enquête qui avait été conduite par une commission présidée par notre collègue d'alors, M. Delamuraz. La question de fond posée par le Groupe renseignements et sécurité était la suivante: ce Groupe a-t-il recherché, rassemblé, exploité des informations relatives à des personnes et des organisations en Suisse? Si l'on s'en tient au dossier, aux faits, on doit répondre qu'aucun abus décisif et durable n'a été relevé.

Bien sûr, quelquefois des dérapages, des zones plus grises

peuvent être constatées, mais rien de durable et de grave n'est apparu. Cela est d'autant plus remarquable que la distinction entre ce qui relève, de par la nature du mandat qui lui est confié, du GRS et de la police fédérale n'est pas facile à faire. Pensons à ces organisations de front, ces «Frontorganisationen» qui en bonne doctrine étaient – c'est une réalité – conduites en sous-main, à l'insu de leurs membres, par les services d'Etats communistes. Ces organisations furent surveillées à la fois par le GRS et la Police fédérale, il y a eu ensuite clarification et c'est bien ainsi, on n'a pas attendu cette enquête pour le faire.

Pour le GRS, nous devons tirer déjà maintenant une conclusion. Le Groupe renseignements et sécurité doit être renforcé. Si la guerre froide est terminée, ce monde n'est pas moins dangereux. Je crois que la formule est de l'ancien président français Giscard d'Estaing qui disait: «Ce monde est moins dangereux peut-être parce que la guerre mondiale est moins risquée, puisque les blocs sont tombés, mais ce monde est devenu plus incertain». Et dans un monde plus incertain, pour pouvoir gouverner, il faut avoir la capacité de prévoir l'événement. Il faut avoir la capacité d'anticiper les événements, il faut avoir pour cela de bons services de renseignements. Malheureusement, je crois que l'exercice auquel nous nous livrons, exercice nécessaire, ne va pas dans ce sens.

Deuxièmement, si la base légale doit être ferme, la pratique du renseignement n'autorise pas la naïveté. Les attachés militaires étrangers doivent sourire en lisant dans le rapport d'enquête la phrase dans laquelle on se demande s'il est possible d'utiliser des informateurs agissant à l'insu de leurs employeurs. Ces observateurs étrangers doivent être ébahis en constatant qu'en Suisse, lorsqu'un informateur est employé, son patron est en principe avisé!

Une dernière remarque concernant le GRS, échange de renseignements avec les services étrangers. Avec le rapport, nous pensons que cet échange est délicat du point de vue de notre neutralité. Avec lui, nous pensons qu'il n'est pas sain que nous dépendions trop des autres Etats. Mais alors, il faut tirer une conclusion et cette conclusion, c'est que nous devons améliorer, renforcer le service de renseignements pour être plus libres et pour pouvoir être plus forts à l'égard de ces autres Etats.

Venons-en maintenant rapidement au chapitre des fichiers des personnes du DMF. Le nombre des fiches au DMF est évidemment inférieur à celui qui existe au Département de justice et police. Il convient cependant de féliciter le Chef du département et M. Franz Eng d'avoir réglé la question des fiches personnelles avec rapidité et efficacité. Ce secteur, à mon avis, n'appelle pas beaucoup d'autres remarques que celles qui ont été faites d'une manière générale lors de la discussion sur le premier rapport de la Commission d'enquête, celui consacré aux fiches.

J'en arrive au troisième chapitre qui me paraît le plus important, celui des services secrets. Ce chapitre confirme l'existence d'une organisation secrète de résistance et d'un service de renseignements extraordinaire. Le groupe radical tient à préciser un certain nombre de points. Tout d'abord nous approuvons d'idée de poursuivre la résistance en cas d'occupation du territoire par une armée étrangère. Fallait-il prévoir une organisation de résistance déjà en temps de paix? Sur ce point-là on peut discuter. Personnellement j'ai quelques doutes quant à son efficacité en cas de guerre, mais c'est un problème de techniciens. Le principe est juste, il faut encourager la poursuite de la résistance en cas de guerre. Nous nous adressons à ceux qui, avec patriotisme et jusqu'à preuve du contraire, sans avoir commis de faute, de délit, ont travaillé dans ces organisations pour leur dire que nous les soutenons et nous ne sommes pas d'accord de les livrer en pâture à des gens qui n'avaient pas autant de sentiments patriotiques qu'eux-mêmes. S'agit-il d'une organisation illégale? Je suis convaincu que la base légale, aujourd'hui, suivant notre conception du droit, est insuffisante. Cela ne veut pas dire encore que cette organisation était illégale. Il y a certainement d'autres offices – et j'en évoque un, en précisant bien qu'en aucun cas je ne souhaite sa disparition – qui n'ont pas plus de bases légales que cette organisation. J'imagine par exemple que si l'on voulait appliquer les mêmes critères à l'Office fédéral de la

culture, on découvrirait qu'il n'y a pas d'article constitutionnel, et même que l'article constitutionnel a été refusé et que nous sommes très heureux de constater que cet office culturel existe et a une activité.

Le problème de l'illégalité doit donc être approché avec une certaine relativité, il doit être approché ici avec plus de précision parce que ce secteur est plus sensible que d'autres au problème de la légalité. Nous contestons que cette organisation ait pu constituer un danger réel pour la démocratie. Nous prétendons que rien à ce jour ne permet – et surtout pas l'apparition de M. Cattelan – de penser que cette organisation aurait empêché un changement démocratique de régime en Suisse. Nous contestons et la tentative et la tentation de faire croire que cette organisation pourrait être à la base, comme cela a été évoqué par une conseillère aux Etats, d'actes de violences en Suisse. Nous trouvons même malhonnête intellectuellement ce genre de suspicion. Cela relève des fantasmes qui peuvent certes se donner jour lorsqu'on parle de services secrets mais qui ne sont pas justes. Dans ce domaine-là, je pense à la formule que me disait ma mère: «avec des si on mettrait Paris en bouteille» et c'est bien ce qui a été fait par certains de nos collègues.

En conclusion, le groupe radical confirme son appui aux motions et aux postulats. Il constate que la conception actuelle de la légalité exige une meilleure base légale que dans le passé. Une société ouverte demande aussi plus d'informations et une conception du secret moins rigide. Mais en même temps, nous rappelons que l'avenir exige des services de renseignements efficaces. Le défi que nous avons à relever, avec le gouvernement, est de trouver une formule qui permette de répondre à cette nécessité, tout en garantissant l'application la plus stricte possible des principes juridiques et démocratiques qui fondent notre Etat. Pour cela nous renouvelons notre confiance au gouvernement et plus spécialement à M. Kaspar Villiger. Nous attendons qu'il gouverne avec fermeté dans ces circonstances difficiles. (*Applaudissements*)

**Dünki:** Die Ergebnisse der Puk-Untersuchungen sind bekannt und zur Genüge kommentiert worden. Es hat wenig Sinn, die einzelnen Tatbestände zu wiederholen.

Als Sprecher der Fraktion des Landesrings und der Evangelischen Volkspartei sehe ich meine Aufgabe darin, eine kurze Gesamtwürdigung vorzunehmen und Schwerpunkte herauszukristallisieren. Im weiteren möchte ich einige Punkte der Verteidigungsrede unseres Chefs EMD herausgreifen und Stellung beziehen.

#### 1. Verletzung der Rechtsstaatlichkeit:

Wir rühmen uns, ein freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat zu sein, d. h. unser Land soll nach Recht und Gesetz regiert und verwaltet werden. Man hat mich in der Schule gelehrt, dass dort, wo Recht und Gesetz missbraucht werden, die Willkür anfangt. Es gebe keine Ausnahmen, auch dann nicht, wenn sie im guten Glauben geschehen oder mit dem höheren öffentlichen Interesse begründet werden. In einem Rechtsstaat könne nicht der Zweck die Mittel heiligen.

Der Puk-Bericht hat aber gezeigt, dass der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit in einigen Teilbereichen geritzt wurde. Die Schaffung einer geheimen Widerstandsorganisation ist ohne Zweifel eine Rechtsverletzung, die beanstandet oder sogar geahndet werden muss. Die Machenschaften haben keine rechtliche Legitimation. Die parlamentarische Kontrolle fehlte, und das finanzielle Gebaren ist mehr als fragwürdig. Wenn wir dies nicht zugeben, sind wir gegenüber den Mitbürgerinnen und Mitbürgern unglaubwürdig. Indirekt gibt es der Bundesrat ja zu, sonst hätte er die geheimen Dienste nicht aufgelöst.

Das Verhalten von Herrn Bundesrat Villiger und den Militärs in den letzten Tagen hat nicht dazu beigetragen, das Vertrauen des Volkes in unsere Regierung zu stärken. Ich empfinde es persönlich eher als ein Trauerspiel in verschiedenen Akten. Es hätte von Grösse gezeugt, Fehler einzugestehen, die man in guten Treuen aus einer andern Sicht – ich unterstreiche: in guten Treuen aus einer andern Sicht – begangen hat, statt sie noch zu rechtfertigen.

Ich frage Herrn Bundesrat Villiger: Wie rechtfertigt er die ungesetzlichen staatlichen Handlungen angesichts des Verhaltens

gegenüber andern Rechtsbrechern, die der Staat nach Gesetz und Recht verfolgt, hart bestraft und ins Gefängnis schickt? Ich denke an diejenigen Personen, die aus echter Ueberzeugung Dienstverweigerer sind. Ich denke an diejenigen, die aus echter Ueberzeugung Waffenplätze besetzen. Auch sie handeln, immer nach ihrer Sicht – ich bin nicht dieser Meinung –, im Glauben, dem Land und dem Weltfrieden einen guten Dienst zu erweisen.

Wenn allen zugebilligt wird, die eigene Ueberzeugung zum Recht und Gesetz zu erklären, dann befinden wir uns bald in einem Chaos.

Die Handlungsweise kann nicht einfach mit dem kalten Krieg gerechtfertigt werden. In einem Rechtsstaat sind auch in Not-situationen Wege und Möglichkeiten zu schaffen, die Staatsprinzipien zu gewährleisten. Wo das Volk und das Parlament übergangen werden, indem einzelne Gruppen die Macht ergreifen und Macht ausüben, kommt es ganz sicher zu Willkürakten.

## 2. Nachrichtendienst, Datensammlungen und dergleichen:

Denken Sie daran, dass die Puk unmöglich alles sehen konnte. Die Nachforschungen waren recht schwierig. Die EMD-Mitarbeiter waren verständlicherweise nicht gerade gesprächsfreudig. Wenn wir nicht die richtigen Fragen stellten, wurden wir nicht automatisch auf die gesuchten Spuren geleitet. Ich bin selbstverständlich froh, dass man keine systematischen Bespitzelungen feststellen konnte. Ob in diesem Bereich nicht mehr Aktivitäten stattgefunden haben, weiss man schlicht und einfach nicht. Ohne Beweise gibt es keine Anklage, Zweifel sind aber nicht ausgeschlossen.

Wer waren in den vergangenen Jahrzehnten unsere offiziellen Staatsfeinde, auf die man ein besonderes Augenmerk halten musste? Wir haben festgestellt: Es waren immer rote, grüne, kirchliche Leute, Journalisten etc. Wurde die Schweiz immer nur von dieser Seite bedroht?

Herr Bundesrat Villiger hat im Ständerat einen historischen Rückblick gehalten. Ich möchte noch etwas weiter gehen. Während des Zweiten Weltkrieges standen Tausende von einfachen Arbeitern, Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und anderen Leuten an der Grenze. Sie alle waren bereit, für die Freiheit zu kämpfen und ihr Leben für unser Land zu opfern. Sie haben einen Fahneid abgelegt, was die Leute der Widerstandsorganisation nicht taten. Ich erinnere Sie auch daran, dass es während des Zweiten Weltkrieges eine Liste der 200 gab. Namhafte Leute verlangten eine Anpassung der Schweiz an Grossdeutschland. Das waren alles bürgerliche Ehrenmänner aus Politik, Wirtschaft und Armee. Kann der wahre Staatsfeind nicht auch in Frack und Kragen herumlaufen? Der Wolf im Schafspelz ist gefährlicher als diejenigen Personen, die bei der Bundespolizei oder beim EMD registriert wurden.

## 3. Allfällige Zusammenarbeit zwischen Nato und Geheimarmee:

Im Moment kann noch nicht festgestellt werden, ob auf diesem Gebiet die schweizerische Neutralitätspolitik verletzt wurde. Weitere Abklärungen müssen aber getätigt werden. Aus meiner Puk-Erfahrung muss ich Ihnen sagen, dass im EMD nur das zugegeben wird, was man schon weiss oder was man schwarz auf weiss belegen kann. Herr Bundesrat Villiger hat ja diese Erfahrungen auch machen müssen.

Warum zieht er daraus nicht die Lehren? Ich will Herrn Villiger nicht persönlich angreifen. Er hat – weiss Gott – ein schweres Amt. Es ist schön, dass er versucht, vor seine Leute zu stehen. Aber er macht es nach meiner Meinung psychologisch etwas falsch. Meine Grossmutter sagte einmal: Einmal hört die Güte auf und fängt die Dummheit an. Der EMD-Chef darf sich nicht von den eigenen Leuten schieben lassen, sonst kommt es falsch heraus. An die Spitze des EMD – und ich habe Vertrauen zu Herrn Villiger – gehört eine gerechte, aber harte Hand. Das hat uns die Geschichte in den letzten Jahren gelehrt.

Die Kommission unter Ständerat Carlo Schmid hat bewiesen, dass Standhaftigkeit, Unbestechlichkeit und konsequente Haltung die einzigen Waffen sind, mit denen auf diesem Parkett zu kämpfen ist.

Noch zu den Vorstössen: Die Anträge der Puk EMD sind in un-

serer Fraktion unbestritten. Wir würden uns aber wehren, wenn die parlamentarische Initiative betreffend die Sicherheitsdelegation abgeändert werden sollte. Es darf in unserem Parlament nicht nur staats-erhaltende und staatsfeindliche Fraktionen geben. Auch die Mitglieder der kleinen Fraktionen haben unser Land genauso lieb wie Sie von den Bundesratsparteien. Es ist doch psychologisch falsch, wenn nur diejenigen Fraktionen zu einer wichtigen Kontrolle zugelassen werden, deren Kollegen im Bundesrat und in der Verwaltung sitzen. Es könnte wieder so ausgelegt werden, dass gesagt wird, hier werde «Söhäfeli-Söideckeli-Politik» gemacht. Der Bürger ist hellhörig geworden. Ein Ausschluss der kleinen Fraktionen aus der Sicherheitsdelegation würde dazu führen, dass das Vertrauen zwischen Volk und Parlament weiter abnimmt.

Was ist noch zu tun für die Zukunft? Wenn wir das Vertrauen des Volkes zurückerobern wollen, braucht es vor allem mehr Ehrlichkeit in der Politik. Was wir auf diesem Gebiet – wir, das Parlament – in letzter Zeit geboten haben, ist nicht sehr ermutigend. Voraussetzung zur Ehrlichkeit ist, dass wir zu begangenen Fehlern stehen, und das tun wir zu wenig. Wir versuchen immer nur zu beschönigen und zu rechtfertigen, und so kann kein Neuanfang geschehen. Wir alle haben einen Eid oder ein Gelübde abgelegt, dass wir der Verfassung und den Gesetzen des Bundes Treue halten wollen. Wenn das Volk spürt, dass es uns damit ernst ist und dass die entsprechenden Taten folgen, dann können wir sicher wieder besseren Zeiten entgegensehen. Die Zukunft unseres Landes hängt von uns ab. In einer Demokratie hat nichts Platz, was nicht der Rechtsstaatlichkeit entspricht. Darin haben auch keine Geheimräte Platz, die nicht vom Parlament gewählt werden sind.

Die LdU/EVP-Fraktion stimmt dem Puk-EMD-Bericht zu, nimmt davon Kenntnis und unterstützt alle Vorstösse der Kommission. Das Ergebnis zeigt, dass die Untersuchungen nötig gewesen sind. Wir sind auch der Meinung, dass die Abklärungen auf parlamentarischer Stufe zu Ende zu führen sind. Es darf kein Abblocken geben. Wir sind dem Volk die Wahrheit schuldig.

**Günter:** Die Puk 2 arbeitete in einem schwierigen Umfeld. Während wir bei der Puk 1 doch bei vielen Angehörten den Willen fanden, offen zu sein, wahr auszusagen, musste die Puk 2 mit offenem und verdecktem Widerstand kämpfen.

Vor vier Wochen noch hat Generalstabschef Häsler an einem vom EMD und von der Bundeskanzlei veranstalteten Symposium über die Sicherheitspolitik unseres Landes vor hohen Beamten und Parlamentariern Klartext gesprochen. Er sprach sich unter dem Applaus der anwesenden Militärs für das Primat des Militärs über die Politik in der staatlichen Sicherheit aus. Wir anwesenden Politiker fragten uns, wie weit Sie, Herr Bundesrat, über diese Auffassungen höchster EMD-Exponenten orientiert sind.

Das zentrale Resultat der Puk-Arbeit ist die parlamentarische Initiative für eine ständige parlamentarische Kontrolle der Geheimbereiche. Diese Kontrolle muss genauso erfolgen, wie die Puk sie vorschlägt: Es muss eine Delegation gebildet werden, die aus je einem Mitglied jeder Fraktion besteht. Nur so entsteht die Brücke zu den verschiedenen politischen Gruppierungen. Nur so lässt sich Vertrauen schaffen.

Wir vom Landesring, von der EVP und auch die Grünen haben in den Puk 1 und 2 loyal mitgearbeitet. Unsere Leute waren massgeblich daran beteiligt, dass die Berichte so prägnant herausgekommen sind. Diese Leute haben auch bewiesen, dass sie mit sensiblen Informationen sehr wohl umgehen können.

Alt Generalstabschef Senn hat letzte Woche vor der Presse gesagt: «Wenn die Geschäftsprüfungskommissionen die Aufsicht über die Una nicht wahrgenommen haben, ist das nicht der Fehler des Generalstabschefs.»

Dem ist nicht so: Ich habe die Sektion EMD 1988 und 1989 präsi-diert. Wir haben Fehlleistungen und Widersprüche im Bereich der Una entdeckt und daraufhin eine vertiefte Inspektion vorgenommen. Man hat uns in die Irre geführt. Ich habe die Frage nach der Inlandtätigkeit der Una dem zuständigen Chef und dem Unterstabschef Nachrichtendienst und Abwehr gestellt; diese Tätigkeit wurde verneint. Man hat uns angelogen.

Der Generalstabschef hat Leute im Parlament und in den Bundesdiensten dazu verführt, ihre Pflicht gegenüber dem Parlament zu verletzen. Man hat die Aufsichtsinstanzen getäuscht, die Tatsachen verdeckt und vertuscht. Man hat bewusst die Überbelastung des Parlaments ausgenutzt, man hat zweideutige und irreführende Informationen gegeben. Man hat die Parlamentarier im dunkeln tappen lassen, wissentlich, und alles, wie es jetzt so schön heisst, für Demokratie, Sicherheit und Vaterland getan – aber eben so, wie der Herr Generalstabschef diese Begriffe verstand. Er habe es gut gemeint, wurde heute gesagt. Dazu zitiere ich Nietzsche: «Das Gegenteil von gut ist nicht schlecht. Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.» Ich hätte das Wissen um das Primat der Politik bei den Militärs vorausgesetzt. Aber dieses Wissen, Herr Bundesrat Villiger, ist nicht vorhanden. Daher braucht es umfassende Kontrollen.

Noch drei Fragen an Herrn Bundesrat Villiger:

1. Die Aerzte für soziale Verantwortung kämpfen gegen die Atombombentests. Herr Eng hat als Ihr Beauftragter dieser Organisation mitgeteilt – einer Organisation, der tausend Aerzte angehören –, sie sei nicht registriert. Heute lesen wir auf Seite 76 des Berichts das Gegenteil.

2. Der P-26-Chef soll keinen Stellvertreter gehabt haben. Dies ist angesichts des konspirativen Denkens der Leute, die dort mitmachen, sehr unwahrscheinlich. Ich habe zumindest gehört, Herr Rudolf Schneiter von Ciba-Geigy mache nach wie vor mit. Ich bitte Sie, uns klar zu sagen, wer die Verantwortung, wenn Herr Cattelan tot umgefallen wäre, übernommen hätte.

3. Sind Sie bereit, uns zu erklären, dass Ihr Generalsekretär auch nicht indirekt über seinen Informationschef Strasser bei der P-26 mitgewirkt hat? Denn von Herrn Strasser wissen wir ja jetzt, dass er mit dabei war.

Herr Bundesrat, heute wollen wir klare Aussagen und klare Antworten. Es genügt nicht mehr, dass Sie uns sagen, Ihres Wissens sei da nichts gewesen. Zu oft haben Sie sich in den vergangenen Monaten getäuscht oder täuschen lassen.

**Fischer-Häggingen:** Ich habe mir bei der Lektüre des Puk-EMD-Berichts, aber auch bei den Kommentaren, den Vorwürfen, den Verdächtigungen und Anschuldigungen, die im Anschluss an den Bericht von einigen Medien präsentiert wurden, die Frage gestellt, wie wohl unsere Vorgänger in diesem Saal vor dreissig, zwanzig oder zehn Jahren auf all diese Geschehnisse reagiert hätten – aber auch, wie unsere Reaktion in zehn Jahren beurteilt werden wird. Vermutlich wäre das Urteil vor zwanzig Jahren ganz anders ausgefallen, und es wird auch in zehn Jahren wieder anders ausfallen.

Mit dieser Aussage möchte ich den Wert der Arbeit der Puk 2 nicht schmälern und die festgehaltenen Fehlentwicklungen auch nicht bagatellisieren. Aber die Zeitumstände sind für die Beurteilung solcher politisch brisanter Bereiche unseres Staates entscheidend.

Wenn wir den Bericht nun einmal ganz nüchtern beurteilen, stellen wir fest, dass keiner der Hauptvorwürfe, die zur Einsetzung der Puk EMD geführt haben, bestätigt wurde.

Wie ein roter Faden geht durch den ganzen Bericht der Vorwurf der fehlenden Rechtsgrundlagen für Aktivitäten der Una, der P-26 und der P-27.

An sich ist es verständlich, dass eine Kommission, die von der gesetzgebenden Behörde dieses Landes eingesetzt wurde, immer wieder auf das Legalitätsprinzip pocht und all die Aktivitäten primär unter diesem Gesichtspunkt beurteilt. Dies war ihre Aufgabe.

Aber es besteht die Gefahr, dass sehr viele von der Aufgabenstellung her sinnvoll und vernünftig angegangene Aktionen etwas zu einseitig dargestellt werden.

Aus diesem Gesichtswinkel heraus ergeben sich dann in den Würdigungen viele Formulierungen, die direkt zu Missdeutungen einladen. Wir erachten von unserer Fraktion her diese Würdigungen nicht immer als zwingend, und einige Aussagen sind vermutlich auf den Willen zum Konsens innerhalb der Kommission zurückzuführen.

Die Tatbestandsaufnahme ist umfassend, sachlich, und es werden schonungslos die Schwächen der Una, des Nachrichtendienstes, dessen Organisation und der Kontrolle aufgezeigt. An diesen Feststellungen gibt es wenig zu deuten, und

die daraus zu ziehenden Konsequenzen sind klar: Schaffung der fehlenden Rechtsgrundlagen, Aufbau von Kontrollmechanismen, die einerseits dem Postulat der Aufsicht durch das Parlament und andererseits der Pflicht zur Geheimhaltung gerecht werden.

Unbestritten dürfte auch das Postulat sein, dass der Gesamtbundesrat, aber auch der Departementschef sich in diesem Bereiche stärker engagieren müssen und die Führung und Kontrollfunktion besser wahrnehmen müssen. Dabei ist unbestritten, dass die Landesregierung ohne weiteres in einer gewissen Distanz zu dem militärisch und politisch sensiblen Geheimbereich stehen muss, aber es müssen dafür klare Kompetenzordnungen geschaffen werden.

Diese Kompetenzabgrenzung hat nicht nur vertikal, sondern auch horizontal zu geschehen. Damit können Kompetenzvermischungen, wie sie zwischen Bundespolizei und Una bestehen, unterbunden werden. Wir unterstützen ausdrücklich die Aufhebung der Personalunion des Chefs Bundespolizei und des Chefs Abteilung Abwehr.

In diesem Zusammenhang vertreten wir die Auffassung, dass die Nachrichtenbeschaffung im Inland durch die Bundespolizei und nicht durch die Una zu geschehen habe. Dies hat ja auch in der Vergangenheit im grossen und ganzen – von Ausnahmen abgesehen – so gespielt. Dass in der Vergangenheit die Una sogenannte Frontorganisationen etwas genauer unter die Lupe nahm, um Rückschlüsse über Vorgänge im Ausland zu gewinnen, war verständlich, wenn man sich die Funktion einzelner solcher Organisationen vor Augen hält. Aber es war eindeutig nicht die Aufgabe der Una.

In bezug auf die Karteien kann sich unsere Fraktion den Schlussfolgerungen der Kommission anschliessen. Etwas fragwürdig ist im Bericht, dass man den Karteien, die seit mehr als zehn Jahren vernichtet sind, so viel Gewicht beimisst. Ueberhaupt wird in einigen Bereichen allzuviel in Geschichte gemacht, wodurch der aktuelle, tatsächliche Stand etwas verwischt wird. Auf der anderen Seite ist man ausserordentlich zurückhaltend, wenn es darum geht, den Faktor zeitgeschichtliches Umfeld bei der Beurteilung der einzelnen Massnahmen und Einrichtungen heranzuziehen. Dies trifft insbesondere bei der Beurteilung der Kaderorganisation für den Widerstand im feindbesetzten Gebiet zu.

Die Organisation war zwar geheim. Die Tatsache aber, dass es eine solche Gruppe gibt, war aktenkundig. Jedermann wusste es oder musste seit dem Bericht der Arbeitsgruppe Bachmann wissen, dass es eine solche Organisation gibt. Irgendwie eigenartig berührt es, wenn man heute so tut, als ob man von nichts gewusst hätte. Es hätte eigentlich jederzeit bei der Beratung des Geschäftsberichtes, des Budgets oder der Rechnung die Möglichkeit bestanden, zum Beispiel zu fragen, wie diese Widerstandsorganisation finanziert werde. Es war doch sicher niemand in diesem Rat so blauäugig, zu glauben, diese Organisation könne ohne Finanzen auskommen.

Wenn schon von mangelnder Kontrolle durch den Bundesrat die Rede ist, müsste auch das mangelnde Interesse seitens des Parlamentes zur Sprache kommen. Ich möchte nicht auf rechtstheoretische Erwägungen eingehen, sondern nur festhalten, dass die SVP-Fraktion die Kaderorganisation für verfassungsmässig hält. Es war richtig und notwendig, dass man diesen Widerstand vorbereitete. Ob er im Ernstfall so wie vorgesehen hätte organisiert werden können, ist eine andere Frage. Aber man hätte sicher auf die Organisationen und auf Personen zurückgreifen können.

Die Pressekonferenz des Chefs P-26 hat eindeutig und glaubwürdig das einseitige Bild, das aufgrund des Puk-Berichtes entstanden ist, korrigiert. Es waren keine Verschwörer, Umstürzler oder Rambo-Typen – wie sich Frau Mauch ausgedrückt hat – am Werk, sondern verantwortungsbewusste Schweizer Bürger, deren Ziel nur war, die staatliche Souveränität unseres Vaterlandes im Falle einer Besetzung wiederherzustellen.

Die SVP-Fraktion dankt all den Mitarbeitern der P-26, aber auch der P-27, für ihren Einsatz. Ihre Leistungen sind bemerkenswert, wenn man dies heute auch anders sehen will.

Ich habe erwähnt, dass einige Formulierungen im Puk-Bericht, insbesondere bei den Würdigungen, zu Fehlinterpretationen

tationen, Spekulationen und Verdächtigungen führen können. Ich denke etwa an Formulierungen wie «Es ist nicht ausgeschlossen», «Es ist nicht von der Hand zu weisen», «Die Gefahr eines Missbrauches besteht» oder an all die vielen «könnte»-Wendungen. Vor allem im Abschnitt über die P-26 werden Aussagen gemacht, die aufgrund der Tatbestandsschilderung nicht zwingend sind. Man könnte eine ganze Reihe von Beispielen aufzählen. Ich möchte aber nur die Beispiele im Kapitel über den Umsturz durch Unterwanderung heranziehen. Es ist doch schon vom Wort her klar, dass ein Umsturz nicht durch demokratische Mittel erfolgen kann. Umsturz bedeutet doch Beseitigung der rechtmässig vom Volk bestellten Behörde durch illegale Mittel und Einsetzung eines demokratisch nicht legitimierten Regimes. Aus dem Zusatz «auch in diesem Fall ist das Ziel eine Besetzung der ganzen Schweiz» geht doch zwingend hervor, dass der Umsturz von einer ausländischen Macht ausgehen muss. Aussagen, wie sie Herr Thür gemacht hat, müssen als bösartig und böswillig zurückgewiesen werden.

Es ist auch völlig unverständlich, dass die Kommission zum Schluss kommt, dieses Szenario schliesse nicht aus, dass die Organisation auch bei einem in demokratischer Form zustande gekommenen Machtwechsel eingesetzt werden kann. Ich halte diese Würdigung für ungeheuerlich.

Im übrigen sind wir ohne weiteres der Auffassung, die P-26 und ihre Finanzierung hätten besser durch Gesetzesnormen und Kontrollen abgestützt werden müssen.

Die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen der Kommission zu, wobei wir uns jedoch bei der parlamentarischen Initiative vorbehalten, erst bei Vorliegen der Vorlage in bezug auf die Zusammensetzung Kompetenz und Organisation festzulegen.

Die Fraktion hält die Schaffung eines strategischen Nachrichtendienstes, der auch nichtmilitärische Bedrohungen einschliesst, für sinnvoll. Nach allen Turbulenzen der letzten Tage und Wochen ist die SVP-Fraktion überzeugt, dass der Departementschef EMD die Organisation, die Strukturen und die Kompetenzen in seinem Departement neu überdenken muss. Ich habe eingangs festgehalten, dass die zu bearbeitenden Themenkreise vorwiegend aus juristischer Sicht beurteilt wurden. Zu kurz kamen dabei die staats- und sicherheitspolitischen Überlegungen. Vermutlich hat die Mehrheit der Kommission die politischen Dimensionen ihrer Aussagen gar nicht in Rechnung gestellt. Dass dem so ist, zeigten die Ereignisse der letzten Tage. Im Bericht wurden die P-26 und die P-27 so offengelegt, dass es geradezu eine Einladung an die Journalisten war, die noch fehlenden Mosaiksteine zusammenzusetzen und insbesondere nach dem Verantwortlichen und den Mitgliedern der P-26 und P-27 zu forschen. Ueber Geheimbereiche kann man nun einmal nicht ein Buch schreiben, das jedermann zugänglich ist. Das ist die Lehre für die Zukunft. Es hat auch keinen Sinn, über die verantwortungslosen Journalisten herzufallen. Wir leben im Zeitalter des Recherchier- und Sensationsjournalismus, und ich habe schon dargestellt: Jeder Journalist wurde ja direkt eingeladen, hier noch etwas weiter zu stochern.

Wenn die Auflösung der P-26 noch zu verschmerzen ist, so wurden mit der Offenlegung und Auflösung der P-27 wertvolle Aufbauarbeit und Beziehungsnetze auf einen Schlag vernichtet. Dadurch wird nicht nur die Sicherheit unseres Landes – es werden auch Ansehen und Glaubwürdigkeit unseres Landes im Ausland in Mitleidenschaft gezogen. Gelitten hat auch das Vertrauen des Volkes in unsere Institutionen. Das haben wir Parlamentarier zu verantworten. Wir müssen uns heute auch die Frage stellen, ob der Preis, den wir für die nun erhaltene Transparenz zahlen, nicht doch zu hoch ist. Für mich und für unsere Fraktion ist er jedenfalls zu hoch.

**M. Leuba:** Le groupe libéral a pris connaissance avec intérêt, et parfois avec surprise, du rapport de la Commission d'enquête parlementaire, la surprise se rapportant d'ailleurs davantage à certaines appréciations de la commission qu'aux révélations du rapport.

On m'a appris qu'il fallait toujours commencer par souligner ce qui était bon dans un texte. Nous remercions donc la commission du travail important et fouillé qu'elle a accompli. Elle

s'est donné beaucoup de peine. Elle a obtenu des foules de renseignements qui ont fait notre édification et aussi, sans doute, celle des services de renseignements et de sécurité étrangers. Voilà pour le positif.

Quant aux reproches que l'on peut faire à ce rapport, nous mettons d'abord en évidence un défaut manifeste de recul historique. La commission so l'ignore par exemple (page 115 de la version française), que la base légale claire dans la conception actuellement unanime du droit fait défaut. Mais elle a oublié la plupart du temps de dire dans la conception «actuellement» unanime; le mot «actuellement» fait en effet défaut dans l'ensemble du rapport. Véritablement, on s'est trop souvent fondé sur nos conceptions actuelles pour juger des institutions qui remontent à une dizaine d'années au moins.

Deuxième reproche: tout à l'heure nous avons parlé de naïveté, nous parlons maintenant d'angélisme. En effet, ce rapport fait tout de même preuve d'un certain angélisme. On s'attend à lire, en tournant les pages, que le Département militaire fédéral ouvre un guichet où ceux qui ont des intentions malhonnêtes ou subversives à l'égard de notre pays viendront s'annoncer en ayant bien sûr l'assurance qu'aucun fichier ne sera établi sur ces organisations. Il est vrai qu'en matière d'angélisme notre surprise augmente de jour en jour, et la plus grande d'entre elles est de ne pas avoir encore constaté la dissolution du Département militaire fédéral! Mais le journal de demain n'est pas encore imprimé.

Plus grave encore, à nos yeux, la CEP s'est occupée de l'affaire Jeanmaire. L'article 4 de l'arrêté voté par notre Parlement stipule clairement que l'enquête ne portera pas sur des personnes qui ont fait l'objet de procédure judiciaire. Nous ne comprenons pas dès lors comment les Bureaux des deux conseils ont pu transmettre à la commission la pétition concernant la reprise en considération parlementaire de l'affaire Jeanmaire. Nous le signalons parce que le rapport fait beaucoup de reproches au défaut de bases légales. Ici, c'est bien plus grave qu'un tel défaut, c'est une décision absolument contraire à la volonté de notre Parlement, volonté exprimée par un vote sur l'article 4 dont certains proposaient la suppression.

Rassurez-vous, le groupe libéral ne demandera pas la formation d'une troisième Commission d'enquête parlementaire sur les événements graves survenus aux Bureaux des deux conseils. Nous avons des choses plus intéressantes à faire. Nous soulignons néanmoins ce fait, afin de rappeler que lorsqu'on émet des critiques à l'égard du défaut de bases légales, il faut être modeste; cela peut arriver à chacun. Nous en reparlerons d'ailleurs dans un instant.

Nous diviserons nos observations en deux chapitres: le service de renseignements et les fiches, d'une part, et les organisations secrètes, d'autre part.

En ce qui concerne les services de renseignements et les fiches, nous approuvons la répartition des tâches, prônée par le rapport de la commission, admise par le Conseil fédéral. La sécurité intérieure est l'affaire de la Police fédérale, la sécurité extérieure est celle de l'armée, tout particulièrement du Service de renseignements et de sécurité. Le principe n'appelle aucune discussion. Nous soulignons tout de même qu'il existera nécessairement des zones grises où il est impossible de faire ces déterminations. Par exemple, il est parfaitement normal que l'armée se protège elle-même de l'espionnage dirigé directement contre elle, sinon à quoi sert véritablement un service de sécurité? Toutes les mesures que prend l'armée en matière de lutte contre l'espionnage le sont à l'intérieur du pays, cela est inévitable.

En ce qui concerne les actes hostiles à l'armée, commis à l'intérieur de celle-ci, personne ne conteste le fait que l'armée doit s'en occuper. Mais il est extrêmement difficile de ne pas faire de liens entre des actes hostiles à l'armée commis à l'intérieur de celle-ci et certains appuis extérieurs donnés à ces actes. D'ailleurs, le législateur a résolu ce problème puisqu'il soumet à la juridiction militaire les actes commis par des civils lorsque ces actes sont en relation avec des actes hostiles à l'armée commis à l'intérieur de celle-ci. Il y aura sans doute lieu ici de préciser les choses, de donner des instructions claires, mais nous attirons l'attention sur le fait que l'armée n'est pas déchargée de toute responsabilité dans ce domaine.

En outre, il n'est pas interdit – le Groupe renseignements et sécurité l'a fait – de rechercher en Suisse des renseignements concernant l'étranger. Il nous paraît tout à fait normal, tel que signalé dans le rapport, que l'on profite d'un congrès international pour créer un certain nombre de liens avec des personnalités étrangères venant dans notre pays et qui, ainsi, peuvent donner des informations sur ce qui se passe dans leur propre pays. Cette activité est également parfaitement légitime. Et là serait d'ailleurs le paradoxe auquel n'échappe pas tout à fait la Commission d'enquête parlementaire. On émet les plus grands doutes en ce qui concerne un service de renseignements offensif, c'est-à-dire qui cherche des renseignements au mépris parfois de l'ordre légal des pays étrangers, mais on voudrait simultanément mettre en doute la possibilité, pour notre service de renseignements à l'intérieur de notre pays et conformément à nos lois, de chercher des renseignements. Je ne sais plus alors ce que peut faire un tel service, s'il est bloqué des deux côtés.

La commission relève d'ailleurs que nous dépendons un peu trop des services de renseignements étrangers. Cela signifie aussi que nous devons renforcer notre propre service de renseignements si nous voulons moins dépendre de ceux de l'étranger.

Passons à l'armée secrète. Je souligne tout d'abord que ce terme est parfaitement faux, quoique médiatiquement très bon. Il s'agit d'une organisation de cadres préparant la résistance en cas d'occupation du pays. La commission constate qu'il n'y a pas de base légale, nous sommes d'accord sur ce fait – mais il y a aussi une base constitutionnelle – et dans notre conception actuelle, cela est sans doute erroné. Est-ce le seul cas dans lequel nous n'ayons pas de base légale? N'y a-t-il pas des citoyens de ce pays qui ont été condamnés sur la base d'une ordonnance, celle concernant le port de la ceinture de sécurité par exemple? N'a-t-on pas imaginé cette monstruosité juridique qui s'appelle la compétence tacite pour légiférer en matière d'activités extra-scolaires de la jeunesse? Il s'agit-là d'exemples tout à fait concrets où la base légale ou la base constitutionnelle faisait défaut, et où néanmoins on a passé outre. Nous avons combattu l'absence de base légale de l'ordonnance concernant le port de la ceinture de sécurité et nous avons combattu l'absence de base constitutionnelle dans les activités extra-scolaires de la jeunesse. Nous sommes cohérents et nous admettons qu'ici aussi il faut une base légale. Mais nous n'acceptons pas le fait que dans certains domaines il faille une base légale et que dans d'autres on puisse s'en passer.

Pas de contrôle politique, c'est vrai. Il faut trouver un moyen d'assumer le contrôle politique d'une organisation secrète. La difficulté est que – et nous l'avons bien vu par toutes les révélations qui ont été faites à la suite du rapport – dès que l'on crée une base légale, les parlementaires d'abord, les médias ensuite, cherchent toujours à en savoir davantage sur l'organisation, même si la base légale fixe clairement les limites du renseignement politique et parlementaire. Nous sommes donc favorables à la création d'une délégation pour la sécurité. Nous souhaitons cependant que cette délégation soit beaucoup plus réduite, comme le propose le Conseil fédéral, qu'elle soit vraisemblablement de six membres, et nous pensons qu'il est parfaitement possible de résoudre le problème de la représentation des petits groupes, auxquels nous appartenons d'ailleurs, en prévoyant que les groupes non gouvernementaux auront toujours un siège dans cette commission. Il nous paraît qu'il y a une solution très simple à trouver de cette manière.

Manque de rigueur dans les finances, c'est vrai et c'est peut-être cela qui nous gêne le plus parce que, sans doute, on a trompé la Commission des finances ou la Délégation des finances en ce qui concerne les organisations secrètes. C'est une tendance générale de l'administration, et non seulement de l'administration militaire, de toujours imaginer qu'il y a pour un secteur donné des règles spéciales, les règles générales ne pouvant pas être appliquées. Nous croyons que ce raisonnement de l'administration est faux: ou bien on crée des règles spéciales pour un domaine donné ou bien on applique les règles générales. Nous n'admettons pas que l'on trompe le Parlement en utilisant à d'autres fins les crédits qui sont alloués.

Il faut dire aussi un mot sur le contrôle parlementaire. A juste titre, la CEP relève qu'il n'y a pas de contrôle parlementaire sur ces organisations secrètes. Mais alors, la CEP part dans des divagations complètes lorsqu'elle se demande si les deux groupes de parlementaires, soit pour la P-26 soit pour la P-27, exerçaient un contrôle parlementaire. Ils ne pouvaient pas le faire puisqu'ils n'étaient pas désignés par notre Parlement. L'idée du chef de l'Etat-major général était extrêmement claire: lorsqu'il a créé ces groupes, son idée était d'avoir un contact politique, d'avoir certaines réactions politiques. C'était plutôt les renseignements qu'il pouvait obtenir d'hommes politiques sur les organisations en cause qui étaient intéressants et, d'ailleurs, je remarque que les partis gouvernementaux étaient largement représentés dans ces groupes, ce qui devrait rassurer tout le monde.

Enfin, j'aimerais aborder un dernier point qui est celui de l'accusation générale qui représentait la P-26 comme une machination de guerre contre la gauche, les pacifistes, les écologistes, etc. D'abord, il faut remarquer qu'il n'y a aucun fait prouvé qui puisse attester cette thèse. Ce sont uniquement des hypothèses et, pour arriver à celles-ci, on falsifie – je dis bien, on falsifie – les textes. Si vous reprenez la page 196 du rapport, le scénario qui sert de base à cette hypothèse est le suivant: «En dernier lieu, un bouleversement politique intérieur par chantage, subversion et/ou autres activités comparables constitue apparemment une possibilité. Dans ce cas également, l'objectif est une occupation de toute la Suisse.» La Commission d'enquête parlementaire nous dit dans son appréciation: »La CEP DMF relève que la possibilité d'engagement définie comme un bouleversement politique par subversion n'est tout simplement pas admissible d'un point de vue démocratique. Ce scénario n'exclut pas que l'organisation pouvait être aussi engagée en cas d'un renversement des rapports de force advenu dans des formes démocratiques.»

Où est dans le scénario cette hypothèse de renversement des forces advenu par des moyens démocratiques? C'est une invention de la CEP dans son appréciation, ce n'est pas dans le scénario. J'aimerais donc rappeler ici Prague 1948, Budapest 1956, Prague 1968, Kaboul 1979, Varsovie 1980. Nous avons toujours le même scénario, à savoir qu'un gouvernement «fantoche» se met en place et fait appel à une armée étrangère, «destinée à lutter contre la contre-révolution et la libération de la classe ouvrière opprimée». Est-ce que j'ai rêvé ces événements ou se sont-ils réellement passés? Est-ce que c'est de l'imagination des médias ou est-ce la réalité? Il était donc parfaitement normal que des événements de ce genre, tirés de l'histoire, puissent constituer la trame d'un scénario. La machination politique est un délire obsessionnel dans cette affaire. Comment peut-on imaginer que dans un pays évolué comme la Suisse, 400 hommes puissent renverser la volonté exprimée par l'ensemble de la population? En revanche, je crois que ces 400 hommes pourraient être utiles si, véritablement, nous étions dans le scénario réel, à savoir le renversement par chantage ou subversion d'un gouvernement légitime, élu démocratiquement dans notre pays.

En conclusion, le groupe libéral, avec les réserves exprimées, approuve les motions et interpellations. En ce qui concerne l'initiative parlementaire, il se rallie à la proposition du Conseil fédéral, en souhaitant qu'un siège soit laissé aux partis non gouvernementaux, ce qui assure à l'opposition une présence dans cette commission, mais il souhaite surtout que le Parlement puisse cesser de se transformer en une académie d'historiens pour s'occuper enfin de sa tâche essentielle, préparer la Suisse à l'Europe du XXI<sup>e</sup> siècle. (*Applaudissements*)

**Dreher:** Grosse Organisationen bergen die Möglichkeit von Fehlentwicklungen und folglich von Skandalen in sich. Historisch: die Affäre Dreyfus in Frankreich, die Sache mit Oberst Redl in Oesterreich-Ungarn, die Chiasso-Affäre einer Grossbank, der Devisenbetrug im Volkswagenwerk, der Watergate-Skandal in den Vereinigten Staaten, die Irangate-Affäre, für die ich die Namen North und Pointdexter nenne – alles Beispiele, die sich in grossen Organisationen zugetragen haben. Von solchen Fehlentwicklungen ist auch das EMD nicht ausgenommen. 45 Jahre lang hatte dieses Departement ein kla-

res Feindbild, in das eingebettet es seine Aktivitäten unangefochten entfalten konnte. Es konnte folglich nicht ausbleiben, dass sich ein Eigenleben zu entwickeln begann und bei der Besetzung von Stellen nicht überall das Optimum an Sorgfalt angewendet wurde. Das aber liegt im normalen Lauf der Dinge. Wo, in welchem Unternehmen, in welcher Verwaltung haben wir immer und überall eine optimale Besetzung?

Es geht somit um die Motive, welche zur Gründung dieser sogenannten Geheimarmee geführt haben. Der Ausdruck «Geheimarmee» ist an sich fragwürdig, handelte es sich doch um nicht mehr als einen grösseren Führungsstab. Die Motive waren lauter und ehrenwerter und haben der damaligen Lage entsprochen. Gegen wen waren denn die Manöverannahmen der Schweizer Armee während fast 60 Jahren gerichtet? Aus welchen Ländern stammten die Spione, die andauernd enttarnt wurden? Das waren keine Belgier, Dänen oder Niederländer! Die Bedrohung durch den Warschauer Pakt war manifest. Dass sie seit einem Jahr – mindestens in der Deklaration – weggefallen ist, konnte niemand voraussehen.

Im Gegensatz zum Staatssicherheitsdienst einer untergegangenen Republik, der lediglich korrupter Machtsicherung diente, war diese sogenannte Geheimarmee dazu da, um nach Besetzung des Landes einen gewissen Widerstand zu gewährleisten. Das war jedenfalls legitim, wenn auch nicht in allen Teilen legal.

Wenn ich nun aber die Empörung anschau, die seitens gewisser politischer Lager vorgetragen wird, dann wird mir unwohl, dann wird die Sache durchsichtig. Ich bin der Meinung, man wolle vielleicht mit dieser Empörung – es ist gestern in einem anderen Zusammenhang das Wort «Scheinheiligkeit» gefallen – auch ablenken, ablenken davon, dass mit einer Armeeabschaffungs-Initiative eine vernichtende Niederlage eingesteckt wurde – das Stichwort «Neuchlens-Anschwilen» möchte ich in diesem Zusammenhang auch nennen! Die «Empörung» soll letztlich davon ablenken, dass in Europa der Sozialismus zerfallen ist.

Es sind Missstände da. Missstände müssen behoben werden. Wenn in einem Grossunternehmen Missstände aufgedeckt werden, wird durchgegriffen, rigoros durchgegriffen. Es finden personelle Umbesetzungen statt, und dann wird der Blick wieder nach vorne in die Zukunft gerichtet.

Der grosse amerikanische Staatsmann Carl Schurz, der Ende des 19. Jahrhunderts seine Aktivitäten als Senator und Kabinettsmitglied entfaltet hatte, entgegnete auf die bekannte nonchalante Bemerkung: «Right or wrong, my country» – die Bemerkung sollte Uebergriffe der Verwaltung gegen das Volk verharmlosen –: «Our country: When right, to be kept right; when wrong, to be put right!»

Der Chef EMD hat eine schwierige Aufgabe vor sich. Ich wünsche ihm dazu das nötige Durchstehvermögen und versichere ihn unseres Vertrauens und unseres Respekts.

**Ruf:** Die Klärung von Vorkommnissen von grosser Tragweite im EMD durch die Puk 2 war unbestrittenweise nötig, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das durch verschiedene Ereignisse, Vermutungen und Verdächtigungen angeschlagene Vertrauen der Öffentlichkeit in die staatlichen Institutionen wiederhergestellt werden kann. Die Puk EMD hat ihren Auftrag seriös und gründlich erfüllt und offensichtliche Mängel in verschiedenen Bereichen aufgezeigt, die mit entsprechenden Vorstössen behoben werden sollen.

Die Schweizer Demokraten, in deren Namen ich hier spreche, unterstützen diese Anträge vollumfänglich. Wir legen jedoch Wert auf eine differenzierte politische Beurteilung der Zusammenhänge und der aufgeworfenen Fragen. Grundsätzlich sind wir der Ueberzeugung, dass ein demokratischer Staat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, sich selbst vor Bedrohungen militärischer und nichtmilitärischer Art zu schützen. Diese Pflicht der Schweiz ist in der Bundesverfassung verankert und entspricht anerkannten völkerrechtlichen Prinzipien. Ein wirksamer Selbstschutz des Staates bedarf im Rahmen einer umfassenden Sicherheitspolitik unseres Erachtens auch der für eine erfolgreiche Verteidigung erforderlichen Nachrichtenquellen, einer gewissen Geheimhaltung und eines organisierten Widerstandes im Besetzungsfalle.

Vor diesem staatspolitischen Hintergrund warnen wir davor, wegen vorhandener Mängel und begangener Fehler nun quasi das Kind mit dem Bade auszuschütten! Es ist leicht, aus heutiger Sicht – im Zeitalter von Glasnost und Perestroika – Handlungsweisen zu beurteilen, die in einem ganz anderen internationalen Umfeld, geprägt vom Klima des kalten Kriegs, stattgefunden haben. Bedenken Sie, dass die Berliner Mauer erst vor ungefähr einem Jahr gefallen ist. Im nachhinein ist es immer leicht, historisch bedingte Ereignisse zu qualifizieren und es allgemein besser zu wissen.

Im grundsätzlichen Unterschied zwischen früherer und aktueller Ausgangslage liegt auch die gegensätzliche politische Beurteilung von damals und von heute. Treffend hielt die «Neue Zürcher Zeitung» in einem Kommentar am 24. November 1990 fest: «Zu besonderen und klärungsbedürftigen Vorkommnissen» wurden Vorkehrungen erklärt, die vor noch nicht allzu langer Zeit weitherum selbstverständlich schienen, jedenfalls die offene oder stillschweigende Zustimmung einer grossen Bevölkerungsmehrheit fanden.»

Es gilt also, die ganze Thematik in die richtigen Dimensionen zu stellen, ohne damit begangene Fehler entschuldigen zu wollen. Gerade die Entspannung in Europa in jüngster Vergangenheit zeigt jedoch, wie schnell sich das internationale Umfeld wandeln kann. Wer garantiert uns, dass nicht in kurzer Zeit ein umgekehrter Prozess mit gewaltigen Auswirkungen auf unsere Sicherheit stattfindet – etwa, wenn im Pulverfass Sowjetunion Gorbatschow von Militärs gestürzt würde?

Damit komme ich zu kurzen Bemerkungen zu einzelnen Teilbereichen des Berichtes. Für die geheime Widerstandsorganisation P-26 und den ausserordentlichen Nachrichtendienst P-27 wären zweifellos gesetzliche Grundlagen sowie eine parlamentarische Kontrolle erforderlich gewesen. Man kann und muss sich künftig diesbezüglich wohl an ausländischen Modellen orientieren. Immerhin besteht eine eindeutige verfassungsmässige Grundlage, weshalb unseres Erachtens nicht von Illegalität gesprochen werden kann. Der Grundsatz der politischen Führung und des Primats der Politik gegenüber dem Militär ist in einem demokratischen Rechtsstaat strikte zu befolgen.

Ein weiterer Punkt: Wenn dem zuständigen Departementsvorsteher durch Chefbeamte wichtige Informationen bewusst vorenthalten, ja, sogar falsche Auskünfte gegeben werden, muss dies personelle Konsequenzen haben, damit die Landesregierung ihre Glaubwürdigkeit als Institution nicht verliert. Herr Bundesrat Villiger, der in dieser und anderer Beziehung in den letzten Monaten viel hinnehmen musste, sei an dieser Stelle herzlich gedankt für seine Standfestigkeit in einer schwierigen Zeit und für seine Bemühungen, das angeschlagene Vertrauen gegenüber EMD und Landesverteidigung wiederzugewinnen. Lassen Sie mich mit zwei treffenden Zitaten aus einem Kommentar schliessen, der Ende November 1990 in der Zeitung «Schweizerzeit» erschienen ist. Da wurde zunächst festgehalten: «Für pharisäerhaftes Kesseltreiben und öffentliche Kopfgängerei zu Lasten von Personen, die – trotz aller von der Puk festgestellten Ungeschicklichkeiten und Mängel – in unbestreitbar bester Absicht und aus einer unter weit kritischeren Zeitumständen als heute erfolgten Lagebeurteilung risikoreich entschieden und gehandelt haben, besteht keinerlei Anlass.» Diesen mutigen Bürgerinnen und Bürgern, die Risiken und Opfer im Interesse der Eidgenossenschaft auf sich genommen haben, gebührt der Dank dieses Landes!

Das zweite Zitat: «Wo das Vertrauen in unsere Institutionen und ihre exponierten Vertreter gelitten hat, ist dieses durch zielgerichtetes, an der Sache orientiertes Handeln wiederherzustellen, wobei der Tatsache Rechnung zu tragen ist, dass ohne Nachrichtendienst und ohne Abwehr nicht auszukommen ist, solange der für viele unsichtbare Kampf in den Bereichen wirtschaftlicher und militärischer Spionage und Sabotage, solange der grenzüberschreitende Terrorismus, der ungesetzliche Drogen- und Waffenhandel und die allenfalls damit zusammenhängende Geldwäscherei stattfinden.»

Ich bitte Sie, sich diese Ueberlegungen zu Herzen zu nehmen!

**Frau Uchtenhagen:** Eine persönliche Erklärung: Herr Bundesrat Villiger, Sie haben im Ständerat erklärt, dass über die

Auslagen der P-26 peinlich genaue Abrechnungen geführt worden seien, von denen alle Präsidenten der Finanzdelegationen Kenntnis gehabt hätten. Ich war zweimal Mitglied der Finanzdelegation, einmal war ich für ein Jahr zuständig für das Militärdepartement, und im Jahre 1981 habe ich die Finanzdelegation präsidiert. Ich bekam in beiden Funktionen – also auch als Präsidentin der Finanzdelegation – nicht einen Hauch von Andeutung über die bestehende Geheimorganisation und über die Art, wie sie finanziert wird.

Ich weiss nicht, ob Sie wissentlich gelogen haben oder ob Sie es als Bundesrat nicht fertigbringen, dass die Ihnen Unterstellten Sie wahrheitsgetreu informieren. Ich finde beides unakzeptabel. Unakzeptabel finde ich auch das Verhalten der Finanzkontrolle, der ich in ihrer ganzen Tätigkeit immer sehr vertraut habe. Die Finanzkontrolle hat ohne gesetzliche Grundlagen Falschbuchungen vorgenommen und nicht alle informiert. Ich finde es selbstverständlich unakzeptabel, dass man bei den Präsidenten der Finanzdelegation unterscheidet zwischen solchen, die nicht zuviel wissen wollen – diese hat man offenbar informiert –, und solchen, die ein grobmaschigeres Verhältnis zum Rechtsstaat haben als ich. Ich hätte selbstverständlich nach den gesetzlichen Grundlagen gefragt, und ein Bericht wäre für mich natürlich keine gesetzliche Grundlage gewesen. Das haben die Betroffenen selbstverständlich gewusst.

Ich habe in diesem Rat oft Minderheitsanliegen und Minderheitsmeinungen vertreten. Dass das Oppositionelle in diesem Staat nicht viel Anerkennung und Respekt genießt, war für mich ein Manko an Demokratieverständnis. Aber ich habe eigentlich immer geglaubt, dass unser Land trotz allem ein Rechtsstaat ist, für den es sich lohnt, sich einzusetzen und zu arbeiten. Heute bin ich mir nach fast zwanzigjähriger Parlamentstätigkeit dessen nicht mehr sicher. Auf jeden Fall bin ich froh, dass ich Ende Legislatur meine Parlamentstätigkeit aufgeben kann. Wenn ich an die Stellungnahmen des Bundesrates zu den beiden Puk-Berichten denke oder an die verschiedenen Verlautbarungen, dann wüsste ich nicht, wie ich mit diesen Bundesräten zusammenarbeiten sollte: Bundesräte, die offenbar nicht in der Lage sind, die Tragweite der Geschehnisse, wie sie in den beiden Puk-Berichten dargestellt werden, einzusehen und entsprechend Remedur zu schaffen!

Krisen, Herr Villiger, sagt man, sind Chancen. Voraussetzung dazu ist aber Betroffenheit – um das Modewort zu gebrauchen –, und Voraussetzung dazu ist Einsicht, der Wille zur Einsicht. Ihr Votum im Ständerat, aber auch die Stellungnahmen der hohen Militärs in den letzten Tagen lassen beides vermissen.

**Frau Haller:** Ich werde hier nicht wiederholen, was der Puk-EMD-Bericht zutage gefördert hat. Zu Recht werden Fragen gestellt wie gerade die vorherige. Zu Recht wird öffentlich festgestellt, wer verantwortlich ist, wird verlangt, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden; zu Recht verlangen wir in Verwaltung und politischer Aufsicht strukturelle Änderungen, die in Zukunft ähnliches zu vermeiden helfen sollen. Aber das genügt nicht; es stellt sich doch die Frage, wie es geschehen konnte, dass für diesen Staat tätige Personen sich noch Ende letzten Jahres an Feindbildern orientierten, die Fachleute – und zwar auch Fachleute von der harten Linie – schon seit mehreren Jahren als überholt betrachteten. Das lässt sich nur dadurch erklären, dass unsere Gesellschaft dabei ist, in Teile auseinanderzufallen, die nicht mehr miteinander reden, so dass der Realitätsbezug verlorengeht. Diese Personen haben offensichtlich gar nicht gemerkt, dass sie sich heute immer noch nach Feindbildern von gestern richten. Die Erkenntnisse des Puk-EMD-Berichts haben in unserem Land eine Vertrauenskrise ausgelöst, die nicht zu unterschätzen ist. Teile der Bevölkerung haben feststellen müssen, dass sie von einem, wenn auch illegalen, so doch staatlichen Apparat als feindlich eingestuft worden sind und dass diesem Apparat Gewaltmittel zur Verfügung gestanden haben. Diese Vertrauenskrise kann nur bewältigt werden, wenn all jene, die immer noch Feindbildern von gestern nachhängen, sich endlich mit der Realität konfrontieren, mit der Realität aller Menschen in unserem Land und mit der weltweiten Realität.

Können wir nicht in allen Zeitungen lesen, dass der kalte Krieg

vorbei ist? Er ist es – zum Glück! Aber das ist gar keine so einfache Situation. Es ist nämlich viel einfacher, mit einem Feindbild zu leben als ohne. Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Es ist mir mit Politikern passiert, mit Politikern von rechts und von links, die ich zunächst als feindlich empfand. Der Moment, in welchem man solche Leute plötzlich auch als Menschen sieht, ist sehr befreiend. Aber vor diesem Moment kommt ein Augenblick der Angst. Die Angst kommt deshalb, weil Mauern zusammenbrechen, und zusammenbrechende Mauern sind gefährlich.

Wir leben in einer chancenreichen Zeit. Zum erstenmal seit langem ist oder wäre es möglich, ohne Feindbilder zu leben; aber das will gelernt sein. Lernen kann man das nur, wenn man über alle Gräben hinweg miteinander zu reden beginnt, wenn man nicht nur über das Wetter oder über einzelne Budgetposten oder die juristische Formulierung von Gesetzesparagrafen, sondern eben gerade über die Feindbilder, die man gegenseitig hat, spricht.

Mit dem Stichwort «Reden über Gräben hinweg» komme ich zu uns selber – zum Parlament. Meine Damen und Herren, wenn wir die gegenwärtige Vertrauenskrise bewältigen wollen, so haben wir heute nun einmal, ob es uns passt oder nicht, die «verdammte Pflicht», miteinander zu reden, über die Gräben hinweg miteinander zu reden – und zwar über unsere Feindbilder. Wenn ich mich frage, wie wir diese Pflicht erfüllen, so tauchen eine Menge von weiteren Fragen auf, z. B.: Haben unsere Debatten nicht gelegentlich die Form von Hahnenkämpfen? Halten wir uns nicht in allen Fraktionen gleichsam einige Spezialisten im Hahnenkampfwesen? Und kommt die Lust am Politisieren nicht erst dann so richtig hoch, wenn sich wirklich ein Hahnenkampf abzeichnet? Ich möchte das präzisieren: Ich bin überhaupt nicht für einen langweiligen Ratsbetrieb. Zum Miteinander-Reden gehört auch, dass jemand einmal wütend wird und den Emotionen freien Lauf lässt. Aber wenn politisches Geschehen zu oft die Form des Hahnenkampfes annimmt, wenn die Töne des Verstehens und der Annäherung völlig fehlen, dann erfüllt die Politik ihre Grundaufgabe nicht mehr. Wir müssen beides beherrschen: die Abgrenzung und die Annäherung. Wenn die Annäherung fehlt, gibt es nur noch die Abgrenzung, die sehr bald in Ausgrenzung und neue Feindbilder mündet.

Ich komme zum Schluss: Sie können mir entgegnen, das Parlament sei halt das Spiegelbild der Gesellschaft, und wenn diese Gesellschaft auseinanderfalle, so falle eben auch das Parlament auseinander. Ich stelle grössere Ansprüche an uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Ich bin der Ansicht, dass wir eine grössere Verantwortung haben, dass wir auch verantwortlich sind für den Stil, den unsere Politik annimmt. Wir stehen im Schaufenster der Politik. Wenn wir persönlich und politisch ohne Feindbilder zu leben lernen, so trägt das auch zum dringend nötigen Abbau von Feindbildern in der Öffentlichkeit unseres Landes bei. Und dazu sind wir verpflichtet, wenn die Vertrauenskrise bewältigt werden soll, die durch die Fakten im Puk-EMD-Bericht ausgelöst worden ist.

**Mühlemann:** Es besteht überhaupt kein Zweifel, dass die Puk 2 eine gewaltige Fleissarbeit vorgelegt hat. Ob deren politische Schlüsse richtig sind, werden wir heute nicht ergründen können, das wird die Geschichte einmal sagen. Ich glaube, dass dieser Bericht eine gute Ausgangslage ist für eine klare, eindeutige Aussprache in unserem Rat. Frau Haller, ich unterschreibe jedes Wort, das Sie gesagt haben. In diesem Sinne, wie Sie es formuliert haben, müssten wir versuchen, den Dialog zu finden, auch wenn wir nicht gleiche politische Richtungen einschlagen wollen. Frau Uchtenhagen hingegen möchte ich bitten, wieder zu einem freundlicheren Umgangston – auch mit dem Bundesrat – zurückzufinden, denn mit dieser Gehässigkeit werden wir nicht weiterkommen.

Es gibt für mich vier Probleme, die sich heute stellen: Erfreulicherweise hat die Puk 2 im Bereich der EMD-Fichen nichts Unerfreuliches aufklären müssen. Es sind 8000 Ueberprüfungen durchgeführt worden. Das sind nicht viele; es sind Sicherheitsüberprüfungen, die auch in Zukunft notwendig sein werden. Es sind gleichzeitig offenbar etwa 3000 Stasi-Agenten – offenbar für die DDR – in unserem Land tätig gewesen; das alleine spricht

dafür, dass eine gewisse Form der Sicherheit eben gewährleistet sein muss. Wir dürfen auch unserem früheren Ratskollegen Eng herzlich danken, dass er diese leidige Angelegenheit rasch und effizient – bei nur zwei Einsprachen – beseitigt hat. Das wichtigste Problem, das wir behandeln, ist wahrscheinlich der Nachrichtendienst. Ich kann Ihnen aus meiner militärischen Funktion heraus sagen, dass unser ordentlicher Nachrichtendienst, so wie er jetzt geführt wird, hervorragend arbeitet. Die wöchentlichen Berichte, die vorliegen, sind ausgezeichnete Lagebeurteilungen, die auch vorausschauend Probleme erläutern, die in der Regel so eintreffen, wie es unser Nachrichtendienst erkannt hat.

Ich nehme nicht an, dass der Nachrichtendienst P-27 sehr viel zu diesen guten Berichten beigetragen hat. Ich glaube zwar, dass ein ausserordentlicher Nachrichtendienst notwendig ist, dass er aber zum ordentlichen gehört und vom gleichen Chef kontrolliert sein muss – das entgegen der Auffassung des Parlamentes vor einigen Jahren. Ich bin auch überzeugt, dass wir in Zukunft wieder einen solchen Nachrichtendienst aufbauen müssen, wenn die politischen Krisen zunehmen werden. Im Augenblick scheint es nicht notwendig zu sein. Ich glaube auch nicht an den Vorschlag der Puk, dass man einen strategischen Nachrichtendienst schaffen muss, der alles umfasst – also eine Ansammlung von Eierköpfen, in der Klimaforscher, Drogenspezialisten und Generalstabsoffiziere sich zusammenfinden. Ich kann mir eine solche nachrichtendienstliche Konzentration globaler Art nicht denken. Wir werden darüber noch sprechen müssen, wenn wir uns über die Sicherheitspolitik unterhalten.

Das schwierigste Problem – und das gebe ich Ihnen gerne zu – ist für mich auch, wie für Sie alle, die P-26. Es ist und bleibt umstritten, ob man Widerstand vororganisieren kann. Ich gehöre zu den Militärs, die seit eh und je der Meinung sind, ein echter, erfolgreicher Widerstand in einem feindbesetzten Terrain entstehe spontan. Aber darüber kann man streiten. Ich habe auch Verständnis dafür, dass man in den Jahren 1980 bis 1983 an eine solche Organisation gedacht hat. Ich rede nicht von Afghanistan, sondern von der Tatsache, dass es noch 1983 im Politbüro in Moskau nicht sicher war, ob man in Polen einmarschieren sollte. Das war eine relativ kritische Phase, und wir müssen etwas mehr Verständnis für diese Entwicklung haben. Ob man die P-26 zu spät liquidiert hat, darüber kann man in guten Treuen diskutieren. Ich würde eher meinen, dass man es reichlich spät getan hat.

Hingegen muss man es klarstellen, und das geht an Sie, Herr Hubacher: Die P-26 hätte in diesem Lande nie, aber auch gar nie auftreten können als eine Armee in der Armee. Ich wehre mich da als Wehrmann, der über 2000 Tage in unserer Armee verbracht hat. Unsere Soldaten, die Unteroffiziere und die Offiziere hätten es zu verhindern gewusst, wenn unschweizerische Spezialarmeen irgendwelche unlauteren Übungen veranstaltet hätten.

Ich darf Sie vielleicht auch bitten, Herrn Zumstein, Bürger aus Seeberg, gerecht zu werden. Sie haben seinerzeit in Seeberg Ihre Stationslehre gemacht. Es sitzen hier drei Nationalräte aus dieser Gemeinde. Ich wäre froh, wenn wir uns zu einer Manöverbesprechung im «Engel» in Seeberg einmal treffen könnten, um solche Ungereimtheiten zu beseitigen.

Zuletzt noch die Hauptfrage: Sind wir in der Lage, die politische, parlamentarische Kontrolle durchzuführen? Ich glaube, ja. Aber wir müssen im Sinne von Frau Haller handeln und auch bereit sein, bei uns selber zu kontrollieren, und nicht immer nur Wegweiser aufstellen und den Weg, den wir weisen, nicht selber gehen.

**Frau Leutenegger Oberholzer:** Mit ihrer sorgfältigen Rechercharbeit hat die Puk EMD mehr über die Missstände in unserem Rechtsstaat und im Militärdepartement aufgedeckt, als die schlimmsten Befürchtungen erahnen liessen. Die Befunde aus dem EMD-Gruselkabinett lesen sich wie ein Spionageroman, nur sind sie leider Wirklichkeit: Geheimarmee, geheimer Nachrichtendienst, Beiräte/Beirätin im Untergrund, illegale Finanztransaktionen aus unseren Steuergeldern, Waffenlager, versteckte Munitions- und Sprengstoffdepots und was der Ungeheuerlichkeiten mehr sind.

Der Bericht der Puk EMD liest sich aber auch als logische Fortsetzung des Puk-1-Berichtes. Auch das EMD ortet die Feindinnen und die Feinde des Landes in Linksparteien, in Friedens- und Umweltorganisationen, in der AKW-Bewegung, bei friedenspolitisch orientierten Aerztinnen und Aerzten und demokratischen Juristinnen und Juristen, und selbst die Kirche ist vor Bespitzelungen nicht gefeit.

Während die politische Polizei all diese Bewegungen bespitzelt, stellt offenbar das Militär im Untergrund die Instrumente zu ihrer Bekämpfung bereit. Denn: Geheimarmee, Waffen und Munition sind vor allem auch gegen den sogenannten Feind im Innern gerichtet. An dieser Ungeheuerlichkeit ist nach Offenlegung des Szenarios Umsturz nicht mehr zu zweifeln. Alle diese Leute und Organisationen, die sich für eine demokratische Erneuerung unseres Landes einsetzen, die für eine lebenswerte, friedliche und soziale Zukunft kämpfen, sind in der paranoiden Vorstellungswelt des EMD offenbar bloss ferngesteuerte Front- und Einwirkorganisationen, sind «nützliche Idioten» Moskaus, wie im Puk-Bericht nachzulesen ist. Für diese unbeschreibliche Persönlichkeitsverletzung ist eine Wiedergutmachung fällig.

Für den ideologischen Nährboden, auf dem solche Wahnvorstellungen gedeihen konnten, ist dieses Parlament mitverantwortlich: ein Parlament, in dem oft Kritik als Staatsfeindlichkeit abgestempelt wird, das Erneuerungen kaum zulässt und auf gesellschaftliche Änderungen mit Ausgrenzung und Repression reagiert, wie zahlreiche Voten meiner Vorredner gezeigt haben. Und wenn heute Leute in diesem Saal die Vorkommnisse mit dem kalten Krieg zu entschuldigen suchen, so muss ich Sie bitten: Nehmen Sie doch endlich Ihre Scheuklappen ab! Nehmen Sie doch wahr, was in den letzten Jahren in der Welt draussen geschehen ist! Während die Schweiz noch 1990 eine Geheimarmee aufrüstete, Kriegskassen öffnete, wurde weltweit eine Entspannungspolitik eingeleitet, ist der Warschauer Pakt auseinandergefallen und der Fall der Berliner Mauer eine Tatsache.

Wie lange wäre wohl ohne Puk das geheime Treiben weitergegangen? So fragen wir uns mit Schaudern. Die Reaktion vieler politisch Verantwortlicher lässt Schlimmes erahnen: Noch immer versuchen sie, sich zu rechtfertigen, statt endlich die Rechtswidrigkeiten einzugestehen; noch immer warten wir vergeblich auf die Uebernahme der politischen Verantwortung für das üble Treiben im EMD; noch immer betreibt der Bundesrat ein unwürdiges Versteckspiel; noch immer herrscht ein Gewirr von Lügen und Vertuschungsmanövern. Während z. B. die wohlinformierten Herren alt Bundesrat Chevallaz und die ehemaligen Generalstabschefs Senn und Zumstein den Bundesrat als über die geheimen Dienste informiert bezeichnet haben, wollen die amtierenden Bundesräte Delamuraz, Koller und Villiger nichts gewusst haben. Wer lügt da eigentlich in diesem Land?

Vor zwei Jahren hat eine Lüge einer Frau das Amt gekostet, und drei Frauen wurden dann vor Gericht gestellt. Heute stehen wir vor einer Flut von Lügen und Gesetzesverletzungen durch Männer. Sollen diese ohne Folgen bleiben? Personelle Konsequenzen wären auch hier fällig. Bei Ihrer Wahl wurden Sie, Herr Bundesrat Villiger, als offener, führungserfahrener Mann angepriesen. Heute stellen wir fest, dass immer nur gerade so viele Informationen aus Ihrem Departement kommen, wie von den Medien enthüllt worden sind.

Sie stellen sich selbst als ahnungslos hin. Wo bleibt da die Führung, wenn Sie von Ihren Untergebenen so schamlos hintergangen werden können? Wo war der Chef des EMD, als die Militärs in eigener Regie eine Pressekonferenz durchführten, an welcher die Puk und das Parlament zurechtgewiesen wurden? Was ist das für eine Demokratie, in der Generäle und Geheimarmisten die Staatsräson diktieren und den demokratischen politischen Prozess unterlaufen wollen?

Wir müssen schleunigst den demokratischen Rechtsstaat vor den selbsternannten Staatsschützern retten. Verantwortungsbewusstsein, Offenheit und Toleranz wären endlich nötig. Die Vergangenheitsbewältigung gelingt uns nur, wenn dieser Sumpf vollständig trockengelegt wird.

Die Zukunft der Schweiz ist viel zu wichtig, als dass sie weiterhin geheimbündlerischen Männern überlassen werden dürfte.

**Aregger:** Die vorsorgliche Organisation des inneren Widerstandes im Besetzungsfall und den Nachrichtendienst betrachte ich als unverzichtbare Massnahmen eines Landes, das für seine Weiterexistenz und seine Unabhängigkeit kämpfen will. Es liegt auf der Hand, dass sich Organisationsgrad und Wachsamkeit einer Résistance nach dem Grad der Bedrohung richten und sich deshalb auch entsprechend ändern können. Es liegt ebenso auf der Hand, dass eine Résistance und ein Nachrichtendienst nur geheim organisiert sein können, wenn sie im Ernstfall zur Wirkung kommen sollen.

Wir müssen das heute auch unter veränderten weltpolitischen Vorzeichen zur Kenntnis nehmen, so gut wie wir uns bewusst sind, dass bei allen menschlichen Tätigkeiten Fehler, Uebertreibungen und Unterlassungen vorkommen können. Sicher kann aber das Parlament seit den GPK-Berichten von 1981 nicht so tun, als ob – und sich aus der Verantwortung schleichen.

Ich nehme zur Kenntnis, was die Parlamentarische Untersuchungskommission in ihrem Bericht vom 17. November 1990 geschrieben hat, enthalte mich jedoch einer Wertung des Berichtes oder eines Kommentars zu einzelnen Aussagen.

Was mich ernsthaft beschäftigt, ist die Art und Weise, wie wir das heikle politische Thema politisch bewältigen. Das Parlament hat nämlich nicht nur die Aufgabe, zu wählen, Gesetze zu beraten, den Finanzhaushalt zu beschliessen oder Bundesrat und Verwaltung in ihrer Tätigkeit zu überwachen; das Parlament hat auch die Pflicht, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu wahren. Auf diese Pflicht sind wir alle vereidigt oder haben das Gelübde abgelegt.

Einheit, Kraft und Ehre sind hohe ethische Werte eines Staates, und sie zu wahren ist keiner Instanz so ausdrücklich auferlegt wie dem Parlament. Diese Werte sind in Zeiten der Gefahr von besonderer Bedeutung, und wir befinden uns inmitten einer solchen Gefahr: der Gefahr nämlich, dass Schweizer selber den Ruf unseres Landes demontieren und die Einheit in Stücke reissen wollen. Heute fallen hier Voten, die diesen Eindruck erwecken könnten und vielleicht sogar absichtlich erwecken wollen.

Mit der schlechtestmöglichen Deutung der Vergangenheit und mit Kopfjägerei ist unserem Lande nicht gedient. So geht es nicht, so diskreditiert sich das Parlament selbst, und so geben sich auch die Vertreter der extremen Standpunkte einer Selbsttäuschung hin. Sie täuschen sich vor allem, wenn sie glauben, die Schweizerinnen und Schweizer seien bereit, ihre nationale Identität in Frage zu stellen oder gar aufzugeben. Das Gegenteil ist der Fall: Die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer besitzt die nötige Besonnenheit und hat genug von selbstzerstörerischen Rundumschlägen, genug von medienwirksamen Beleidigungen unserer Landesbehörden und Institutionen. Ich behaupte sogar, das Schweizervolk verfügt über so viel Kohärenz, so viel einigende Kraft, dass es sich auch von einem zerstrittenen und konsensunfähigen Parlament nicht davon abbringen lässt.

Die Schweiz will sich weder auflösen noch ihren guten Ruf demontieren. Die Schweiz will sich in Einheit, Kraft und Ehre – ich wiederhole bewusst diese Wertbegriffe – der europäischen Herausforderung stellen und ihre Zukunft gestalten. Das Volk erwartet von Bundesrat und Parlament vor allem auf diesem Gebiet klare Aussagen, es erwartet Sicherheit in einer in verschiedener Hinsicht ungewissen Zukunft. Deshalb ist es höchste Zeit, dass das Parlament die Vergangenheit mit der nötigen Sachlichkeit und Nüchternheit bewältigt und die richtigen Lehren daraus zieht. Dann wollen und müssen wir uns den dringenden Aufgaben der Zukunft zuwenden, dorthin, wo Realismus, gestalterische Fantasie und eine klare Linie gefordert sind.

M. **Borel:** Nous devons à la Commission d'enquête parlementaire de doubles remerciements. Des remerciements car nous mesurons la masse de travail qu'elle a dû assumer, la volonté qu'elle a dû exprimer pour venir à bout de la mauvaise volonté de bien des personnes concernées, sa patience enfin, durement éprouvée par la lenteur, les pièces perdues ou disparues – je passe sur d'autres embûches. Mais des remerciements aussi parce que, Mesdames et Messieurs les membres de la

commission, votre travail n'est pas terminé et vous l'avez compris. La P-26 a été dissoute, on en connaît le chef, vous devez obtenir la liste de ses membres, connaître son organisation, en surveiller le démantèlement. La P-27 vient d'être dissoute, vous devez contrôler ce que signifie cette dissolution. Il y a eu des financements illégaux au sein du DMF, des dépenses ont été camouflées, des pièces comptables détruites, vous devez enquêter pour vérifier si de telles pratiques sont vraiment des cas isolés. Enfin, il y a tout ce qui tourne autour de l'affaire «Gladio», les éventuelles ou plutôt probables connivences des P-26 et P-27 avec des organisations étrangères, privées ou étatiques. Vous avez donc du pain sur la planche et il serait assez logique que vous puissiez vous décharger d'une partie de ce fardeau sur le gouvernement. C'est cependant à vous d'agir, car nous devons faire un douloureux constat, le Conseil fédéral est inexistant dans ce débat.

Résumons la situation. Le rapport de la commission démontre qu'un certain nombre de fonctionnaires, et parmi eux de hauts fonctionnaires, ont trompé la confiance du Parlement et du gouvernement. La commission, au nom du Parlement, a exprimé sa colère, a exigé une remise en ordre. Le Conseil fédéral est trompé mais semble content de l'être. Tout d'abord, il s'efforce de ne rien savoir. Puis, il minimise ce qu'il ne peut empêcher d'apparaître au grand jour, tente de justifier l'injustifiable, s'invente des arguments juridiques qui ne convainquent que lui-même, ne prend des décisions que contraint par les événements et charge de l'exécution de ses rares décisions les personnes qui lui ont ouvertement ou par omission menti auparavant. Non, Messieurs les Conseillers fédéraux, vous ne vous laverez pas de votre infortune en vous contentant d'offrir le trésor de guerre de l'armée secrète à la Croix-Rouge. Il fut un temps où nous avions un gouvernement. Ce gouvernement et son administration n'étaient pas à l'abri de l'erreur. Pensons à l'affaire des «Mirage». Dans ce cas, il y eut de graves erreurs de gestion, qui aboutirent à un dépassement de crédit inadmissible, mais il n'y eut pas d'actes illégaux, pas de destructions de factures, pas de mensonges ni d'actes déloyaux à l'égard du Parlement ou du gouvernement. Cependant des conséquences furent tirées, des fonctionnaires démis de leurs fonctions et un membre du gouvernement tira peu après les conséquences pour son avenir personnel.

Aujourd'hui, nous avons l'impression qu'il n'y a pas de ministre du DMF, qu'il n'y a pas de gouvernement pour faire face à la situation. Y a-t-il un pilote au DMF? Certains disent que oui, mais que ce n'est certainement pas le conseiller fédéral. Quant à moi, au nom du respect des institutions démocratiques, je souffre de voir un chef du DMF roulé dans la farine par ses collaborateurs, sans intervenir ou en n'intervenant que tardivement. Je ne prendrai qu'un exemple, Monsieur le Conseiller fédéral, vous avez autorisé la conférence de presse de vendredi dernier sur la P-26. Vous n'avez pas jugé bon d'y être présent. Cela a permis à certains orateurs de critiquer et contredire le Parlement et le gouvernement. Il y a été dit que M. le conseiller fédéral Koller était parfaitement au courant de la P-26. Je n'y étais pas, je ne suis pas sûr que cela a été dit, mais vous n'y étiez pas non plus, donc vous ne pouvez ni infirmer ni confirmer cette information. Monsieur le Conseiller fédéral, votre tâche est difficile en ce moment et je vous trouve bien seul en ces circonstances.

Il y a au gouvernement deux anciens ministres du même département. Ils se font bien silencieux, se servant du petit nouveau comme bouclier. La majorité du Conseil fédéral, trois chefs ou anciens chefs du DMF et le ministre des finances ont ou ont eu sous leurs ordres des fonctionnaires qui ont abusé de leur confiance. Le collège gouvernemental ne semble pas pour autant considérer cela comme suffisamment important pour réagir en tant que collège gouvernemental. Nous attendons de vous, Monsieur le Conseiller fédéral, mais aussi de l'ensemble du gouvernement, de réagir à cette grave crise que traverse notre Etat. Je vous remercie.

**Zwingli:** In meiner Jugendzeit existierte eine Abbruch-Honegger AG; dieser Name wurde zum Symbol für grosszügige Abbruchoperationen. Sind wir heute daran, diese Traditionen aufzufrischen? Ich studierte neben dem Bericht der Puk 2

auch den Bericht der GPK zur Angelegenheit Oberst Bachmann vom 19. Januar 1981 und das Protokoll des Nationalrates über die entsprechende Debatte vom 3. März 1981. Aus dem Vergleich dieser Unterlagen komme ich zu den folgenden Feststellungen:

1. Obwohl bei der Bereinigung der Affäre Bachmann verschiedene umorganisiert wurde, darf man doch davon ausgehen, dass die heutige P-26 und P-27 die Nachfolgeorganisationen der damaligen geheimen Dienste der Una waren. Durch die Ratsdebatte vom 3. März 1981 wurde das Wesentliche über diese Dienste öffentlich bekannt, und der Rat fasste damals keinen Beschluss, die geheimen Dienste aufzulösen. Heute möchte man uns jedoch von verschiedenen Seiten weismachen, alle Feststellungen der Puk 2 seien wirkliche Primeurs.

2. Im Ratsprotokoll vom 3. März 1981 erscheinen insgesamt 23 Votanten; 10 davon – und zwar aus allen Fraktionen – sind heute noch in diesem Rat. Ich hoffe, dass sich auch diese Kollegen zu den neuen Befunden äussern werden.

3. Sowohl im GPK-Bericht als auch in der damaligen Ratsdebatte ist mit aller Eindringlichkeit auf das Dilemma zwischen Offenlegung und Funktionsfähigkeit dieser Spezialdienste hingewiesen worden.

Ich komme zu den finanziellen Problemen: Die Feststellungen der Puk 2 veranlassten mich, verschiedene Fragen direkt bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle abzuklären. Die im Puk-2-Bericht erwähnten vorgeschobenen Inspektorate der EFK, ergänzt durch ausführliche Reglemente, waren die Instrumente zur minutiösen Kontrolle sämtlicher Auszahlungen und zur Ueberprüfung der jährlichen Abrechnungen. Zusätzlich nahm die Eidgenössische Finanzkontrolle, gewissermassen als Oberrevisionsstelle, in Gegenwart des Inspektorates und der zuständigen Vertreter des EMD eine zweite, eingehende Ueberprüfung vor. Der Sekretär der Finanzkommissionen nahm an dieser Prüfung verschiedentlich teil oder wurde über das Ergebnis orientiert. Grössere Investitionen unterbreitete der Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle im Beisein des Sekretärs dem Präsidenten der Finanzdelegation. Dieser holte die Zustimmung des Chefs des EMD ein und gab dann sein Einverständnis. Es handelte sich um zwei grössere Investitionen.

Aufgrund dieser vollständigen und belegten Auskünfte der EFK bin ich davon überzeugt, dass die Ausgaben für die geheimen Dienste lückenlos erfasst und kontrolliert wurden. Natürlich kann die Puk 2 heute feststellen, es hätten entsprechende Verpflichtungs- und Voranschlagskredite bewilligt werden müssen. Diese Offenlegung wurde in der Ratsdebatte vom 3. März 1981 nicht beschlossen. Ein solcher Beschluss hätte zweifellos auch die Auflösung dieser geheimen Dienste zur Folge gehabt. Das wollte man damals offensichtlich nicht. Geht es heute bloss ums Reinemachen? Sind Reinigungsmethoden sinnvoll, die auch den Boden, auf dem wir stehen, kaputtmachen? Oder geht es ganz einfach um Abbruch? Ob heute eine solche Abbruchaktion notwendig und vernünftig ist, müssen wir nicht nur aus heutiger, sondern soweit möglich auch aus zukünftiger Sicht sorgfältig prüfen. Mich stört, dass mit dieser Neubeurteilung gleichzeitig auch eine Vorverurteilung integrierter und verantwortungsbewusster Bürger mit in Kauf genommen wurde.

**Portmann:** Wer anständig lebt, muss seine Vergangenheit nicht bewältigen. Weil Deutschland an seiner militärischen Vergangenheit leidet, heisst das nicht, dass wir jetzt zerknirscht Deutschland kopieren müssen. Weil dieser Untersuchungsbericht über unser Militärdepartement einen Kurswechsel fordert – zu Recht fordert –, heisst das nicht, dass wir wegen einer alles in allem anständigen militärischen Vergangenheit in Sack und Asche gehen müssen. Ein Staat muss ständig reformiert werden. Das hatte der Osten nicht begriffen. Eine Revolution hat vor einem Jahr unseren Kontinent verändert und die Aera des Halbkrieges beendet.

Allerdings, zwei Dinge existieren noch: die Rote Armee und der sowjetische Geheimdienst. Aber das andere Gesicht Europas zwingt zu einem Schub in unserer Sicherheitspolitik. Doch die Kräfte ziehen nicht zurück – dafür haben wir Historiker –, sondern in die kommenden Jahre: dafür haben wir Politiker.

Dieses Parlament erklärt laufend, es wolle so führen und kontrollieren, dass nichts mehr an ihm vorbei geschehen könne. Dann aber haben wir ab sofort mehr darüber zu reden, was mit unseren 600 000 Armeeangehörigen geschehen soll, und weniger darüber, ob die 400 geheimen Frauen und Männer den «Notstand auf Vorrat» kalt, ohne «feu sacré», proben konnten und ob sie budgetmässig sauber alimentiert worden sind.

Das sogenannte Staatsinteresse gab es, und es gibt dieses Staatsinteresse auch in Zukunft. Nur formulieren muss diese Staatsräson in Zukunft dieses Parlament. Das war bislang nicht so. Wenn wir diesen tiefen, schnellen Schnitt in unserer Sicherheitspolitik machen, müssen wir offen und wahrhaftig sein – und dazu diene dieser Bericht über das Militärdepartement tatsächlich –, dann folgt uns das Volk.

Der Untersuchungsbericht verkündet zwei Thesen:

1. Die Politik steht über der Armee.

2. Im Staat darf es keinen rechtsfreien Raum geben. Das heisst, die Regierung hat nur das zu tun, was im Gesetz steht. Die erste These ist klar: Eine Volksarmee pariert dem Volk. Ob diese These im Kriegsfall jederzeit durchgehalten werden kann, muss offenbleiben.

Die zweite These aber geht zu weit. Wir haben die juristische Person – und der Staat ist die juristische Person schlechthin – der natürlichen Person nachkonstruiert.

Für die natürliche Person gilt, dass sie frei ist, soweit der Staat ihre Freiheit nicht beschränken darf und muss. Für den Staat gilt, dass ihm seine Kompetenzen verliehen werden müssen. Wir nennen dies das Legalitätsprinzip. In den letzten Jahren haben wir dieses Prinzip gegenüber dem Staat strenger gehandhabt. Aber es lässt sich nicht auf die Spitze treiben. So, wie es der Puk-Bericht meint, ist das nicht durchführbar. Nicht die Justiz, aber die Regierung braucht einen gewissen Freiraum. Sie muss in Zeiten der Gefahr – notfalls gestützt auf die allgemeine Polizeiklausel – einschreiten können. Sie muss das Landesinteresse auch dort wahren, wo es noch keine Gesetze gibt oder wo es Gesetze gar nicht geben kann.

Widerstand im Besetzungsfall können wir gesetzlich nicht vorprogrammieren. Widerstand im Besetzungsfall ist naturrechtlich geboten, und unsere Verfassung fordert ihn. Aber das dem Landesrecht übergeordnete Völkerrecht verbietet den bewaffneten Widerstand nach einem Waffenstillstand. Solcher Widerstand ist damit völkerrechtlich illegal. Ich frage Sie nicht, ob Sie trotz dieser Illegalität bewaffneten Widerstand üben würden. Ich erwarte es. Es wäre auch sachlich falsch, solch illegalen Widerstand an eine Regierung zu binden. Wie hätte das in Vichy-Frankreich funktionieren sollen? Unter welcher Regierung?

Eine Delegation des Widerstandes im Kriegsfall an andere Instanzen als die Staatsorgane ist nicht falsch. Dass das im Frieden sauber durchdacht und dem Grundsatz nach geregelt wird, ist richtig. Zwei Dinge haben wir nach diesem Puk-Bericht zu prüfen:

1. Unsere parlamentarischen Kontrollkommissionen sollten nicht proporzmassig ernannt, sondern mit unserem Stimmzettel gewählt werden. Dann wäre ihre Legitimität gegenüber Bundesrat, Verwaltung und Armee so klar, dass Vorbehalte in diskreten Bereichen gar nicht aufkämen.

2. In politischen Krisen wäre das Instrument der Vertrauensfrage für unsere Regierung klärend, selbst wenn es das Risiko in sich birgt, dass die Stabilität unserer Exekutive nicht mehr im alten Mass vorhanden wäre.

**Lanz:** Herr Bundesrat Villiger, Ihr EMD steht seit geraumer Zeit so stark im Rampenlicht der Kritik, dass die Gefahr entsteht, dass andere – im Puk-Bericht ebenfalls kritisierte Stellen der Bundesverwaltung – darüber fast vergessen werden. Meine kritischen Äusserungen zielen daher nicht auf Ihr Departement, sondern in Richtung Finanzdepartement: zur Eidgenössischen Finanzkontrolle.

Ich spreche zum Problem der Finanzierung der P-26 (Puk-Bericht S. 205ff.): Der Finanzbedarf der P-26, ohne die Zahlungen aus dem Dispositionskredit, variierte in den Jahren 1984 bis 1989 zwischen 1,2 und 10,7 Millionen. Die Verbuchungen dieser Aufwendungen wurden auf diverse Rubriken des EMD verteilt.

In der «Konvention» vom 1. Februar 1983 – ich zitiere gemäss Puk-Bericht, Seite 213 – wird festgehalten: «Die Organisation ist kein Teil der Armee, sondern eine Organisation für sich, ...» Das EMD bestätigte diesen Sachverhalt am 13. August 1990 gegenüber der Puk ausdrücklich. Zeugenaussagen wiesen – gemäss Puk-Bericht – darauf hin, dass P-26 auch kein Teil der Verwaltung sei.

Bis hierher habe ich meine Informationen aus dem Puk-Bericht bezogen. Nun folgen meine ganz persönlichen Schlussfolgerungen daraus, und diese weichen von denjenigen von Herrn Zwingli ab.

In den erwähnten Rubriken des EMD, in den Voranschlägen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und in den Staatsrechnungen waren also Aufwendungen für eine Organisation enthalten, die weder ein Bestandteil der Armee noch ein Teil der Verwaltung des EMD war, mit anderen Worten: Die dem Parlament im Voranschlag und in der Staatsrechnung vorgelegten EMD-Zahlen waren falsch. Dass diese Rechnungsführung vom Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle sanktioniert wurde, macht die Sache nicht besser. Im Gegenteil, für mich ist das ein Skandal. Sollte es tatsächlich stimmen, dass auch zwei Präsidenten der Finanzdelegation den Segen zu solchen Fälschungen gegeben haben, wäre ich vollends erschüttert. Die Handlungen des Direktors der Eidgenössischen Finanzkontrolle und eventuell – das weiss ich nicht – von Parlamentariern verstiessen eindeutig gegen die Bundesgesetze betreffend Finanzhaushalt und Finanzkontrolle.

Ich frage mich allen Ernstes, ob hier nicht ein Vergehen nach Artikel 251 StGB zu vermuten sei. Dann wäre die strafrechtliche Verfolgung unumgänglich. Es gibt zwar im StGB gewisse Delikte, die durch Heirat gesühnt werden können; ob aber z. B. Urkundenfälschung auch mit patriotischer Gesinnung zu sühnen wäre, ist mir als Nichtjurist unbekannt. Die Eidgenössische Finanzkontrolle dient «a) der Bundesversammlung zur Ausübung ihrer verfassungsmässigen Finanzkompetenzen sowie ihrer Oberaufsicht über die eidgenössische Verwaltung und Rechtspflege» – so lautet der Wortlaut von Artikel 1 des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Finanzkontrolle.

In Sachen Finanzierung der P-26 wurde das Parlament vorsätzlich an der Ausübung seiner Kompetenzen und Pflichten gehindert.

Meine Damen und Herren in der GPK und der Finanzkommission: Hier besteht Handlungsbedarf! Sie müssen jetzt zum Rechten sehen. Sollten die Rechtsgelehrten wie ich zum Schluss kommen, es liege ein Vergehen nach StGB vor, wären personelle Konsequenzen unvermeidlich. Allfällige Urkundenfälscher unter der Bundeskuppel dürfen nicht anders behandelt werden als die kleinen und natürlich auch die grossen Sünder in unserem Volk.

**Hess Otto:** Ich spreche zur P-26. Wer versucht, über die P-26 zu urteilen, muss sich – wenn er es möglichst objektiv machen will – vor Augen halten, in welchem Umfeld wir uns heute befinden. Was die Bedrohungslage und die Sicherheit in Europa und der Schweiz betrifft, so stehen wir im Jahre 1990 vor einer komplett veränderten Situation. Die Gefahr ist nun gross, dass man die Existenz der P-26 einseitig aus dem heutigen Blickwinkel beurteilt. Man muss sich im klaren sein, dass man eine Widerstandsorganisation nicht erst in Zeiten ernsthafter Bedrohung oder bei einer feindlichen Besetzung auf die Beine stellen kann, sondern dies frühzeitig, vor dem Eintreten eines möglichen Ereignisses, tun muss. Alles andere wäre eine Halbheit, die im Falle einer Bewährungsprobe nie zum Erfolg führen kann. Aus dieser Optik heraus empfinde ich die Schaffung einer Kaderorganisation grundsätzlich als legal. Der entsprechende Artikel unserer Bundesverfassung ist eine genügende verfassungsmässige Grundlage, um eine solche Organisation so weit vorzubereiten, als es in Zeiten der direkten oder indirekten Bedrohung notwendig ist. Zu diesem Schluss kam nach meiner Meinung auch das Parlament, das aufgrund des Berichts der Arbeitsgruppe Bachmann der GPK von der Existenz einer Widerstandsorganisation Kenntnis haben musste. Niemand hat damals offenbar daran gezweifelt, dass ein organisierter Widerstand den Anforderungen unseres Rechtsstaates und der Demokratie genügen könne.

Die P-26 wurde in einer Zeit gegründet, da die Welt alles andere als sicher war. Was Staaten im Osten erlebt haben, hätte durchaus auch unser Schicksal sein können. Im übrigen handelt es sich bei P-26 um eine Kaderorganisation und nicht um eine zweite Armee, eine Geheimarmee, als die sie heute landläufig bezeichnet wird. Die Personen, die sich für diese Organisation zur Verfügung stellten, haben nichts Unrechtes getan. Die wenigen Ausnahmen bestätigen die Regel. Wir müssten dankbar sein, dass sich Bürger unseres Staates überhaupt zur Verfügung gestellt haben, um im Fall einer Besetzung unseres Landes Widerstand zu leisten, um im Ernstfall alles zu versuchen, um unsere Freiheit und unser Selbstbestimmungsrecht zu verteidigen, um für die grössten Werte, die unser Staat zu bieten hat, ihr Leben einzusetzen. Es sind Leute, für die im Besatzungsfall «Anpassung oder Widerstand?» nie eine Frage wäre. Wer jetzt über sie herfallen will, macht sich sein Urteil zu leicht. Dass es möglich war, diese Organisation bis kurz vor dem Einsetzen der Puk geheimzuhalten, beweist, dass die Organisation ein wichtiges Ziel erfüllt hat, nämlich geheim zu bleiben. In der Zeit des kalten Krieges wurde die Geheimhaltung dieser Widerstandsorganisation in einer Form akzeptiert, wie sie in Zeiten der Entspannung nicht mehr toleriert wird. Eine Widerstandsorganisation kann aber nur dann funktionieren, wenn sie geheim vorbereitet und geheimgehalten wird. Eine solche Organisation wird ihre Aufgabe kaum erfüllen können, wenn ein grosser Personenkreis Kenntnis über Details hat.

Mit der Frage der Geheimhaltung kommen wir zum zentralen Punkt, der dieses Missbehagen, diese Unruhe ausgelöst hat. Wir befinden uns in dieser Frage in einem echten Zielkonflikt. Einerseits ist eine weitgehende Geheimhaltung erforderlich, um die betroffenen Personen nicht einem Erpressungsdruck aussetzen und im Fall eines Einsatzes überhaupt optimale Erfolgschancen zu haben. Und andererseits müssen wir dem Anliegen des Aufsichtsrechts unseres Parlamentes Rechnung tragen.

Aus dieser Kenntnis heraus unterstütze ich die Erklärung des Bundesrates, dass die parlamentarische Initiative so umzuformulieren ist, dass im Interesse der Geheimhaltung und der dauernden Verstrickungsgefahr die Grösse der Delegation auf diejenige der Finanzdelegation beschränkt wird.

**Mme Pitteloud:** Je voudrais dire quelques mots à propos des réponses données par le Conseil fédéral sur le rapport de la Commission d'enquête 2, ainsi que sur l'indigence de cet avis exprimé par le Conseil fédéral dans son ensemble; je dis bien dans son ensemble, car M. Villiger n'a pas signé seul cet avis. A un rapport de près de 300 pages, le Conseil fédéral répond en une dizaine de feuillets à peine, et la minceur de son avis prouve, soit qu'il n'a rien compris, soit qu'il ne veut pas comprendre la gravité des faits qui secouent notre pays. Le Conseil fédéral invoque le manque de temps et les délais trop courts pour se prononcer sur ce qu'il nomme des fautes ou des lacunes – des erreurs en somme, comme l'a dit M. Couchepin. Dans bien d'autres pays, de telles erreurs auraient coûté sa tête à un gouvernement et si le Conseil fédéral qualifie d'erreur le fait d'avoir agi au mépris des lois de l'exécutif, du Parlement et, en définitive, au mépris du peuple qui leur a confié des responsabilités, alors là il poursuit dans l'erreur, véritable celle-là, de penser que quelques casquettes galonnées savent beaucoup mieux que toutes les instances que j'ai nommées, ce qui est bien, ce qui est bon pour le pays.

Le Conseil fédéral minimise donc les choses, explique les faits par une période historique qu'il prolonge jusqu'à avant-hier. Il a probablement demandé à ceux-là mêmes qui sont mis en cause – les fonctionnaires du Département militaire fédéral – de rédiger son avis sur ces événements, ce qui aboutit bien évidemment à un résultat piteux. Je donnerai un exemple: les activités du Groupe renseignements et sécurité en Suisse. Le Conseil fédéral parle de cas isolés auxquels la Commission d'enquête donnerait une importance disproportionnée. Rien de grave, dit M. Couchepin. Or, ce n'est pas ce qui ressort du rapport. La Commission d'enquête qualifie de violation des droits politiques et de la personnalité fondamentaux l'espionnage de larges milieux de citoyens, pacifistes, chrétiens, éco-

logisten, des mass media, etc. Il n'y a pas d'autre interprétation possible, contrairement à ce qu'en dit le Conseil fédéral. Je voudrais poser à ce propos une question au rapporteur de la Commission d'enquête: que pense-t-il de ce que dit le Conseil fédéral de cette notion de quelques cas isolés?

Autre exemple, les examens de sécurité qui permettent à la hiérarchie militaire d'écarteler des postes à responsabilité tout citoyen qui ne partage pas sa vision étroite et déformée de la défense du pays. Le Conseil fédéral constate le manque de base juridique de ces examens de sécurité, il ne dit rien de ces procédures de discrimination politique. Le peuple en armes, l'armée du peuple, avez-vous dit? Oui, mais alors un peuple qui est soigneusement trié, qui est privé de ses éléments critiques et des trublions! Le peuple suisse, sans tri soigneusement orienté, ne correspond pas aux souhaits du Département militaire fédéral. Que l'on change le peuple!

Enfin, le Conseil fédéral ne dit pas un mot de la façon dont on a abusé le Parlement en matière de finances et ce qu'ont dit ici Mme Uchtenhagen et M. Lanz prouve jusqu'à quel point le Département militaire fédéral méprise le Parlement et ses fonctions. Nous avons souvent affirmé dans cette enceinte que le DMF était un Etat dans l'Etat, que ses prétentions financières n'avaient pas de mesure, qu'il accaparait une trop grande partie des revenus de ce pays. Je pense que malheureusement nous étions encore en-dessous de la réalité. Certains, comme M. Fischer, pensent que le prix politique à payer pour la transparence est trop élevé. Nous pensons au contraire que c'est le prix de la méfiance qui se paie aujourd'hui, cette méfiance envers le peuple et ses élus dont je parlais, c'est cela qui porte atteinte à l'image du pays, à ce que certains appellent l'unité du pays. A mon avis, c'est cela qui doit changer. La transparence n'a pas de prix, elle est le fondement de la démocratie et je crois que c'est ce qui devrait être la conclusion de nos travaux à la suite de ce rapport.

**Büttiker:** Ich gehöre zu den Freisinnigen, die diesen Puk-Bericht etwas anders gewichten. Es ist zweifellos richtig, dass man aus dem Zeitgeist des kalten Krieges heraus einiges, was im Puk-EMD-Bericht steht, erklären und verstehen kann. Aber die Geschichtsdecke des kalten Krieges reicht nicht aus, um alles abzudecken. Der «Geheimkrug» ist zu lange zum Brunnen gegangen, wenn man auch den Zeitgeist der letzten Jahre berücksichtigt. Die Auflösung der Widerstandsorganisation zum verspäteten Zeitpunkt war auch keine Meisterleistung mehr, sondern ein Sachzwang, weil die Geheimhaltung nicht mehr gegeben war. Viele aktive Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere – ich zähle mich dazu – fühlen sich heute echt verschaukelt, weil für sie die Existenz einer Geheimarmee hinter ihrem Rücken einen schweren Vertrauensentzug und einen Schlag gegen den eigenen Wehrwillen bedeutet.

Wer aus Überzeugung zu unserer Armee steht und Vertrauen in die Armee in bezug auf die Leistungsfähigkeit gemäss Verfassungsauftrag hat, hätschelt im Armee-Hinterhof keine Geheimarmee P-26 bis zum Geht-nicht-mehr im Jahre 1990! Ganz abgesehen davon, dass eine P-26 nie einen echten Sicherheitsbeitrag hätte leisten können. Was im Puk-EMD-Bericht aber einmal mehr klar zum Vorschein kommt, ist die völlig ungenügende und hoffnungslos veraltete Personalbeförderung- und Nach-oben-Versetzungspolitik im Bereich gewisser Schreibmaschinengeneräle im EMD: Schlup, Strasser, Ernst usw. Das Ganze gleicht oft einem «Personalmanagement by Blindkuh»: ziellos umherirren und den Erstbesten packen!

Herr Bundesrat Villiger, sorgen Sie für vollständige Transparenz! Schaffen Sie mit einer Vorwärtsstrategie die Grundlage für einen Neubeginn im EMD! Dazu braucht es moderne Führungsstrukturen ohne Personalunionen und ein zeitgemässes Personalmanagement mit entsprechenden Ausbildungssystemen. Herr Bundesrat, ich habe Vertrauen zu Ihnen. Zeigen Sie aber, dass Sie der Chef im EMD-Ring sind. Die Lage ist ernst! Machen Sie nun Ernst! Trennen Sie sich sofort von Herrn Ernst! Warum messen Sie die Herren Ernst und Strasser mit unterschiedlichen Ellen? Ihre Nachsicht gegenüber der eigenmächtigen grauen Eminenz im EMD gibt nämlich nur zu weiteren Fragen Anlass. Eines ist aber jetzt schon sicher: Mit

Herrn Ernst als Direktor und Generalsekretär in Personalunion im EMD ist die parlamentarische Sicherheitsdelegation von vornherein zum Scheitern verurteilt. Deshalb bleibt entscheidend, welche Kompetenzen wir der parlamentarischen Sicherheitsdelegation geben und welche personalpolitischen Konsequenzen aus dem Puk-EMD-Bericht gezogen werden. Sorgen wir dafür, dass das EMD für unsere Armee in Zukunft keine Belastung ist! Wer antritt, um im Namen der Sicherheit unseres Staatswesens und damit der Demokratie zu handeln, muss sein Tun an den demokratischen Massstäben messen lassen.

Hierin liegt der zweite Grund meiner Wortmeldung. Es betrifft dies die Rolle des Parlaments. Parlamente sind dazu da, die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit zu kontrollieren. Im Kräftespiel zwischen Legislative und Exekutive befindet sich das Parlament oft in der schwächeren Position. Wir müssen uns zugestehen, dass die Diskrepanz zwischen unserer Kontrollaufgabe und den realen Möglichkeiten, sie wahrzunehmen, oft gross ist. Besonders im Bereich EMD scheint das parlamentarische Instrumentarium zu dürftig. Die bewusste oder unbewusste Zuflucht zur Maxime «Was ich nicht weiss, macht mir nicht heiss» scheint daher oft ein Ausweg. Diese Maxime mag im privaten Leben oft nützlich sein. Dem Spiel der politischen Kräfte, den Checks and balances, ist sie ausgesprochen abträglich.

**Meier-Glatfelden:** Gestatten Sie mir, dass ich einiges Persönliches anbringe.

Zuerst will ich meine Bindungen zur Armee offenlegen. Ich war General einer Geheimarmee in meiner Bubenzzeit. Ich war Instruktionsoffiziersaspirant der Schweizer Armee, ich war sechs Jahre Kommandant einer Gebirgsschützenkompanie, sechs Jahre Kommandant der Stabskompanie des Gebirgsarmeekorps, und am Schluss meiner Militärdienstzeit war ich bis Ende 1988 im Stabe des schweizerischen Eliteregimentes, das auf dem Flughafen Kloten den ersten Stoss der Russen aus der Luft abgefangen hätte. Gleichzeitig war ich – ich bin es noch heute – Präsident der Grünen Partei des Kantons Zürich, von der viele Mitglieder in Bürgerinitiativen, in der Friedensbewegung, in ökologischen Bewegungen mitmachen – also Mitglieder sogenannter Frontorganisationen waren.

Ich bin heute noch der Meinung, das Machtmonopol gehöre dem Staate auf verfassungsmässiger Grundlage. Deshalb habe ich die GSoA-Initiative bekämpft, denn bei einer Abschaffung der Armee würden Privat- und Geheimarmeen entstehen. Und jetzt muss ich erfahren, dass dieser Staat ohne gesetzliche Grundlage eine Geheimarmee aufgebaut hat, deren Hauptauftrag der sogenannte Widerstand gegen eine Besetzung hätte sein sollen. Schauen Sie doch diese im Landsturmalter stehenden Männer an! Hätten die das wohl vermocht?

Ich glaube, man hätte besser auf Bundesrat Chaudet gehört, der am 25. September 1957 hier erklärt hat, ein geheimer Widerstandskampf könne definitionsgemäss nicht vorbereitet werden. So waren die Widerstandsbewegungen im letzten Krieg eine Bestätigung des Volkswillens und unvorbereitet. Die für den Kampf nötigen Organisationsformen wurden gefunden. Man hätte wirklich besser auf Herrn Chaudet gehört.

Die Gefährlichkeit dieser Organisation liegt denn auch nicht in ihrer Schlagkraft gegenüber einem äusseren Feind. Ihre Gefährlichkeit liegt darin, dass sich diese politisch bestimmt ganz einseitig zusammengesetzte Organisation anmasst, auch bei einem sogenannten inneren Umsturz aktiv zu werden. In einer Demokratie kann es aber keinesfalls die Aufgabe der Führung einer Geheimarmee sein zu beurteilen, ob ein politischer Machtwechsel das Ergebnis einer freien demokratischen Willensgebung ist oder auf Unterwanderung beruht. Was wäre wohl mit diesen sogenannten nützlichen Idioten im Dienste der Russen bei diesem Umsturzscenario geschehen? Was wäre wohl mit unserem Kollegen Braunschweig geschehen, dessen ganzes Leben fichiert worden ist? Was wäre mit Monika Stocker geschehen, der der ehemalige Generalstabschef Zumstein einmal sagte: «Frau Stocker, wenn Sie je in Schwierigkeiten kommen, dann berufen Sie sich nur auf mich.»? Was wäre mit all den Frauen, die sich für den Frieden, für die Anti-AKW-Bewegung einsetzen, geschehen?

Mir wäre wohl nichts passiert, hat doch der Oberst bei meinem Abschied aus der Armee vor zwei Jahren gesagt, ja, der Meier, der sei zwar Präsident der Grünen, aber den hätte man schon kontrolliert, und ich hätte dem Eliteregiment angehören dürfen, denn meine patriotische Gesinnung sei über jeden Zweifel erhaben.

Ja, es stimmt, ich habe den Glauben an diese Demokratie. Ich habe ihn noch nicht verloren. Ich habe den Glauben an unsere Armee im Rechtsstaat. Aber wenn ich dann alt Bundesrat Chevallaz höre, der fragt: «Was heisst das schon, Rechtsstaat? Der Zweck heiligt die Mittel», dann fühle ich mich als nützlicher Idiot, aber nicht im Dienste der Russen, sondern im Dienste des EMD.

Herr Bundesrat Villiger, auch Sie waren für das EMD ein nützlicher Idiot. Niemand in diesem Saale zweifelt an Ihrer Integrität, an Ihrem guten Willen und an Ihrer Ehrlichkeit. Schamlos wurden Sie belogen. Wie lange halten Sie das noch aus? Durchschneiden Sie diesen gordischen Knoten! Misten Sie den EMD-Stall gründlich aus! Sonst müssen Sie eben die Konsequenzen ziehen. *(Beifall)*

On. **Pini:** Permetterete che fra le voci della maggioranza di questo nostro caro Paese, a questo dibattito, ne intervenga una della minoranza, per di più della minoranza linguistica.

Vorrei esordire nel ricordarvi che anche il Ticino segue con particolari apprensioni le vicende per le quali il Governo e il Parlamento stanno facendo roteare sulle teste anche dei fantasmi: gladi, asce e spadoni.

Mi sono chiesto seriamente in queste ultime settimane, cosa un cittadino o una cittadina possano capire tra la ridda delle informazioni scaturite dalla poderosa inchiesta della Commissione parlamentare d'inchiesta 2, riguardo le schedature da una parte, la P-26, l'esercito fantasma, dall'altro, e la P-27. Una totale confusione a livello informativo esterno che non fa che ingenerare timori, profondi timori verso questo Stato, queste istituzioni, questi uomini che siamo noi del Parlamento e del Governo, che con tutti i difetti profondi che possono avere, finora non hanno ancora mangiato i bambini.

Qui bisogna fare una piazza molto pulita agli effetti non solo della credibilità e dell'istituzionalità di un Paese che ha bisogno dei servizi d'informazione di sicurezza. Ma mancherebbe ancora che un Paese normalmente costituito non avesse dei servizi d'informazione per la sua propria sicurezza! L'importante, tuttavia, è che questi servizi d'informazione per la sua sicurezza e la sicurezza interna medesima dello Stato siano seriamente costituiti, correttamente impostati. Ed è in questo momento, che personalmente come eletto del popolo ticinese, devo dire: finiamola di commentare o d'interpretare male rapporti che alla fine fanno paura all'opinione pubblica; facciamo una volta tanto piazza pulita con decisioni, che siano decisioni ufficiali, istituzionali e corrette.

Dobbiamo affermare che la Svizzera non può rimanere senza un apparato di sicurezza e dunque una struttura d'informazione per la sua sicurezza.

Occorre, quindi, che il Consiglio federale finalmente non sia più in ritardo di un'idea e di 24 ore, ma abbia a decidere prima di un'idea degli altri e prima di 24 ore. Che cosa? Occorre che il Governo riconosca che i servizi d'informazione per la sicurezza dello Stato come li abbiamo conosciuti, erano ridicoli. E tutta questa vicenda non deve far paura. Sta facendo sorridere chi ha ancora il senso dell'umorismo e soprattutto chi ha ancora il senso delle proporzioni.

Vorrei francamente sdrammatizzare alla vigilia della fine di questi anni Ottanta una situazione che non è catastrofica. Si sono fatti tanti errori. Già con la Commissione parlamentare d'inchiesta 1, con la gravità dei diritti costituzionali privati che sono stati calpestat, noi abbiamo avuto la sensazione che lo Stato e le istituzioni stessero per scricchiolare. Non era vero. Abbiamo avuto il coraggio di vedere gli errori grossolani commessi. Abbiamo avuto il coraggio oggi, per la seconda volta, di scoprire ancora questi «travestiti» della politica di sicurezza – è come la storia del direttore che è serio in banca o nel suo ufficio durante il giorno e poi di notte fa il travestito, facendo ridere tutti. Noi qui, conosciamo situazioni grottesche di «travestiti»: chi è questa P-26, chi è la P-27? L'avevo già detto tre o

quattro anni fa. Ma vogliamo andare avanti a strapparci i capelli? Qui dobbiamo dire che la sicurezza dello Stato è troppo seria per continuamente ad essere «travestita ridicolmente», come è stato il caso finora nel quadro delle nostre istituzioni che meritano tutto il nostro rispetto. On. Villiger, «su con la vita», on. Villiger, caro Kaspar, «su con la vita», perché bisogna reagire in questo momento, evitare che il Paese abbia paura ed evitare che noi tutti si cada nel ridicolo più profondo!

**Wanner:** Es gehört zu den demokratischen Errungenschaften, dass alle staatlichen Vorgänge einsichtig sind und verfassungsmässigen Ansprüchen zu genügen haben. Selbst für Not- und Krisenfälle hat das Volk dem Bundesrat und dem Parlament Mittel zur Verfügung gestellt, die den eingangs erwähnten Ansprüchen durchaus genügen. Es gibt keinen rechtsfreien Raum. Wie oft ist in diesem Saal mit vollem Recht und in anderem Zusammenhang dieser Grundsatz zitiert worden! Damals waren es andere Betroffene, und auch sie mussten zur Kenntnis nehmen, dass es keine Ausnahmen geben kann.

Wem sind wir hier verantwortlich? Zu Beginn jeder Amtsperiode lassen wir uns auf die Verfassung verpflichten und unterstellen uns damit dem Willen des Volkes.

Warum sage ich das? Selbstverständlich interessieren mich die Namen der Verantwortlichen und wie und warum solcherlei entstehen konnte. Was mich aber noch mehr beschäftigt, sind die Wiederherstellung des Vertrauens und das Angehen der Zukunft in einem innenpolitisch äusserst heiklen Bereich. Mir scheint, das Ganze werde von einer falschen Seite angegangen. Nicht die Rechtfertigung in der Sache selber muss im Vordergrund stehen, sondern das Eingeständnis, dass hier etwas entstanden ist, das den eingangs erwähnten Ansprüchen nicht zu genügen vermag. Dabei erstelle ich keine Konstruktionen: Ich halte mich vollumfänglich an den Bericht der Puk, deren Mitgliedern ich Vertrauen entgegenbringe. Unerträglich für mich sind Vorwürfe, wie sie unlängst von dritter Seite zu hören waren in bezug auf den angeblich vorgefassten Verhörstil der Puk und die zu legalistische Betrachtungsweise. Darüber zu urteilen und die nötigen Schlüsse zu ziehen, steht letztlich nur uns, dem Parlament, zu. Liesse man einen anderen Schluss gelten, so müsste sich die Legislative nicht wundern, wenn ihr am Schluss nur noch die Mitverantwortung, nicht mehr aber die Mitwirkung verbleiben würde.

Sonderbar muten die Vorwürfe an die GPK an. Ich gehöre der Geschäftsprüfungskommission seit drei Jahren an; dabei habe ich wiederholt erlebt, wie mühsam es gerade in diesem Bereich war, für Transparenz zu sorgen. Wenn das zuständige Organ des Parlamentes für diese Aufsichtsfunktion seine Aufgabe wahrnehmen soll, muss es andere Instrumente erhalten. Das System der parlamentarischen Beiräte musste scheitern, weil hier etwas vollzogen wurde, das von seiner Natur her verdeckt war und das nachher einen legalen parlamentarischen Anstrich erhalten sollte. Die Mitwirkung der Parlamentarier war offenbar in der Sache gering und kaum relevant; dennoch kann dieser Versuch, das Parlament in die Verantwortung einzubeziehen, nicht gutgeheissen werden.

Nun die Sache mit dem Zeitgeist: Dieser hatte die Finger im Spiel, und es spricht für den Bundesrat, dass er die P-26 und nun vor kurzer Zeit auch die P-27 aufgehoben hat. Der Zeitgeist ist aber ein unzuverlässiger Partner; er hat nicht nur die Eigenschaft, sich vielfach gegen jene zu wenden, die ihn besonders pflegen, sondern er muss auch ständig hinterfragt werden. Wenn gesagt wird, 1970 sei nicht 1990, so stimmt das. Wo wären wir aber hingekommen, hätten wir immer dem Zeitgeist gehuldigt? Es ist demnach eine ständige Aufgabe der in der Politik Tätigen, dem Zeitgeist zu opponieren, wenn er nicht mehr im Einklang mit den längerfristigen Maximen einer auf dem Konsens aufgebauten Staatspolitik steht. Dies ist nicht nur eine schwierige, sondern vielfach auch eine undankbare Aufgabe – mitunter aber auch eine Pflicht, der sich zu entziehen nicht verantwortet werden kann.

Hier lässt sich ohne Schwierigkeiten auch der Widerstand im besetzten Land ansiedeln. Falls unser Land einmal besetzt sein sollte, wäre das für mich auch ein Zeitgeist, den es zu bekämpfen gälte. Ein solcher Widerstand kann aber nie von oben verordnet werden; er müsste wachsen von unten, aus

dem Volk heraus. Ich bin kein Stratege und kann mich deshalb auf keine einschlägigen Erfahrungen berufen; aber ich kann mir schlicht und einfach nicht vorstellen, wie eine solche Organisation in einem kriegsversehrten Land, in dem praktisch nichts mehr funktioniert, ihre Wirkung hätte entfalten können. Man wird mir entgegenhalten – und ich komme damit zum Schluss –, die Mittel würden fehlen, falls die Armee einen solchen Widerstand organisieren und übernehmen müsste, und die Armee würde ja völkerrechtlich nicht mehr existieren; das mag stimmen. Aber wenn schon von Völkerrecht gesprochen wird, so ist der Ueberfall auf ein neutrales Land und seine Besetzung mehr im Widerspruch zum Völkerrecht, als wenn die verbleibenden Teile der regulären Armee den Widerstand organisieren. Das hat indirekt auch der Bundesrat anerkannt, als er den Beschluss fasste, die P-26 und die P-27 aufzulösen. An uns ist es jetzt, die parlamentarische Aufräumarbeit rasch und gründlich und damit definitiv zu erledigen.

**Leuenberger-Solothurn:** Der Puk ist zu danken für ihre gründliche Arbeit – und es ist, Herr Mühlemann, nicht nur Fleissarbeit; es ist eine Arbeit, die eben erheblich mehr ist. Zu danken ist auch – wenn wir an die Geplänkel am Vorabend der Einsetzung der Puk 2 denken – den Medien. Zu danken ist unerschrockenen Journalistinnen und Journalisten, die sich von diesen selbsternannten, rechtsextremen Medienwächtern und von diesem Parlament noch nicht haben einschüchtern lassen, noch nicht haben die Feder aus der Hand nehmen lassen, noch nicht haben das Maul verbieten lassen.

Ohne gewisse Enthüllungen hätte es die Puk 2 nie gegeben – das wissen Sie ganz genau, und es war Herr Villiger, der in diesem Zusammenhang gewisse Vorwürfe serviert hat –; Gott sei Dank stimmt's, dass die Medien ihren Auftrag wahrgenommen haben.

Zu reden ist aber heute auch über den Umgang mit Opposition; denn diese Organisationen haben sich ganz offensichtlich auch mit der innenpolitischen Opposition auseinandergesetzt. Es ist aber, um das Naheliegende zuerst zu nehmen, von der Behandlung der Opposition in diesem Haus zu reden. Heute wurde verschiedentlich gesagt, das Parlament hätte seine Kontrollfunktionen nicht wahrgenommen. Darauf muss entgegnet werden, dass jedes GPK-Mitglied und jedes Mitglied der Finanzkommission mehrmals die Situation erlebt haben, wie Mehrheiten in diesen Gremien die Kontrolle schlicht und einfach verhindert haben mit blossem Handaufstrecken – sie brauchen ja in solchen Fällen nicht einmal zu argumentieren. Solange dieses Parlament nicht bereit ist, bei der Kontrolle der Verwaltung Minderheitsrechte einer institutionalisierten Opposition zu akzeptieren, wird die Kontrolle nicht stattfinden können und nur eine Alibi-Kontrolle sein.

Als Fichierter, als einer in der Extremistenkartei, fürchte ich mich im nachhinein vor dieser «schwarzen Reichswehr», wie sie ab 1980 aufgebaut wurde. Es ist nämlich Geschichtsklitterung, heute zu sagen, es sei bloss eine Kaderorganisation – das war sie möglicherweise in den sechziger und siebziger Jahren –, aber just Anfang der achtziger Jahre, als sich erste Anzeichen von Entspannung ausmachen liessen, haben Herr Zumstein und Herr Senn gefunden, es sei nun an der Zeit, diese Geheimarmee aufzubauen. Es gibt in diesem Zusammenhang fast nur offene Fragen. Ich kann mir den Umstand, dass man erst 1980/81 zu dieser Methode, zu dieser «Bewaffnung» geschritten ist – vorher offenbar nicht –, nicht erklären. Das allein wäre Grund genug, Sie zu bitten, den Auftrag der Puk auf jeden Fall zu verlängern. Da muss weiteruntersucht werden. Bevor wir zur Bewältigung schreiten können, muss schonungslos offengelegt werden, was alles passiert ist. Es gilt, das Vertrauen wiederherzustellen.

Zur Geschichte mit dem kalten Krieg, der diese ganzen unschönen Dinge hervorgebracht hat: Man braucht nicht Historiker zu sein, um zu wissen, dass sich der heisseste kalte Krieg 1980/81 nicht einmal mehr nach der Afghanistan-Krise auf alte Höhen emporschaukeln liess. Der kälteste kalte Krieg war vorbei. Ich vermute sogar, dass ein indirekter Zusammenhang besteht: Weil man merkte, dass das Feindbild langsam zu wanken begann, fand man plötzlich, es sei nun an der Zeit, sich zu bewaffnen. Ob diese «schwarze Reichswehr» tatsäch-

lich Widerstand geleistet hätte oder ob sie nicht viel eher dazu verwendet worden wäre, gewisse Widerstandsregungen im Volk unterdrücken zu helfen, weil man aus unserem westlichen und südlichen Nachbarland weiss, dass aus der Résistance sehr starke linke Bewegungen hervorgegangen sind. Es muss weiteruntersucht werden, intensiv und noch lange.

Ich will Ihnen zum Schluss ein Szenario servieren, das mir kürzlich jemand unterbreitet hat. Das tönt etwa so: P-26 sei eine Organisation des US-Geheimdienstes, von dort gesteuert, von dort bezahlt und via England ausgerüstet. Der Schweizer Bundesrat habe von all dem wirklich nichts gewusst, nichts wissen können, und das Zugeben im nachhinein, man habe etwas davon gewusst, sei nichts anderes als ein Decken ausländischer Geheimdienste. Das Decken ausländischer Geheimdienste hat in diesem Land offenbar Tradition, wenn ich nur daran denke, dass die ganze Fichenabdeckerei nur mit Rücksicht auf ausländische Geheimdienste gemacht wird.

**Müller-Meilen:** Ich spreche zunächst zu einem der zentralen und umstrittenen Teile des Puk-2-Berichtes, zu P-26, zur Widerstandsorganisation. Frau Mauch hat die Mitarbeit von SP-Mitgliedern in der sogenannten Geheimorganisation verurteilt – aus heutiger Sicht, da liegt doch des Pudels Kern. Ich glaube zwar ebenfalls, dass man bei der Weiterführung der P-26 dem Wandel der Machtverhältnisse in Europa zuwenig rasch Rechnung trug. Die Trägheit der Verwaltung hat wohl eine zeitlich adäquate Lösung verhindert. Die SP hat aber nicht nur vor zehn und vor zwanzig Jahren anders agiert und P-26 und P-27 stillschweigend gedeckt und mitverantwortet. Herr Leuenberger, so schüchtern, wie Sie die SP in den Kommissionen geschildert haben, habe ich Sie nun wirklich noch nie erlebt.

Die sogenannte Offiziersverschwörung, die den Widerstand im Zweiten Weltkrieg auch nach einer nationalsozialistischen Besetzung aufrechterhalten hätte, ist seinerzeit von der Linken sehr positiv beurteilt worden, obwohl sie nicht einmal den Anschein einer legalen Basis hatte.

Die Machtübernahme durch die Kommunisten in den Nachkriegsjahren in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in der DDR und in Polen erfolgte vor allem durch Unterwanderung und stille Machtübernahme unter Beibehaltung scheindemokratischer Zustände. Dass man sich bei der Vorbereitung einer schweizerischen Widerstandsorganisation auch mit einem solchen Fall als Möglichkeit auseinandersetzen musste, war unvermeidlich. Die Kritik im Puk-Bericht am Szenario Umsturz durch Unterwanderung ist deshalb furchtbar blauäugig und naiv.

Das ändert allerdings nichts an der Feststellung, dass eine bessere Information zumindest der Departementsvorsteher über die Vorbereitungen und eine bessere gesetzliche Abstützung auch damals nötig gewesen und heute dringend wären. Der Widerstandsbegriff wird in der Puk-2-Diskussion im übrigen recht widersprüchlich verwendet. Die P-26 diene, ich zitiere den Puk-Bericht, «der Wiederherstellung der schweizerischen Souveränität in rechtsstaatlicher Freiheit in den heutigen Grenzen.» Dieses Ziel entspricht doch genau dem politischen Auftrag an die schweizerische Armee überhaupt, wenn man den Begriff «Wiederherstellung» durch «Bewahrung» ersetzt. Daraus einen Putschauftrag zu machen, ist eine Beleidigung aller Beteiligten.

Es hat in den letzten zehn Jahren in unserem Land auch eine intensive Diskussion über den Widerstandsbegriff im allgemeinen stattgefunden. Von vielen Verfechtern des sogenannten inneren Widerstandes ist dabei wenig von Rechtsstaat und seiner Respektierung die Rede gewesen. Ich erinnere an das Buch von Hans Saner, eines geistigen Führers der linksintellektuellen Szene: «Identität und Widerstand». Während hier und bei den Häuserbesetzungen und anderen illegalen Aktionen Widerstand gegen den bestehenden Staat und seine Rechtsordnung diskutiert und zum Teil geübt wurde, so ging es bei der Widerstandsorganisation P-26 immerhin um den Widerstand gegen eine Besetzung, gegen eine Usurpation, ein moralisch und staatspolitisch doch weitaus höheres Ziel. Man fragt sich deshalb: Warum bemühen sich heute nicht zuletzt jene, die mit dem Widerstand gegen die eigenen politischen Institutionen geliebäugelt haben, so vehement, die Vorberei-

tung des Widerstandes gegen einen allfälligen Besetzer zu diskriminieren?

Aus dem fundierten und guten Bericht der Puk 2 gilt es, die Konsequenzen zu ziehen. Ich unterstütze die Motionen und Postulate weitgehend, damit die behördliche und die parlamentarische Kontrolle auf den dringend wünschbaren Stand gebracht werden. Ich lehne aber jede Verewigung der Puk durch die Erteilung neuer Aufträge – und damit auch den Antrag Spielmann – ab. Die Geschäftsprüfungskommission ist in der Lage und darauf vorbereitet, die noch vorhandenen Fragen zu klären.

Auch die parlamentarische Inquisition muss einmal ein Ende haben – nicht zuletzt in Erinnerung daran, dass auch das Parlament eine Mitverantwortung am Geschehenen trifft –, damit Raum für die Lösung neuer Probleme geschaffen werden kann.

**M. Longet:** Je ne veux pas répéter ce qui s'est déjà dit. Mais j'aimerais insister sur un point qui me paraît tout à fait essentiel, c'est-à-dire sur le fait que ces commissions d'enquête aient pu être constituées. On se rappelle les batailles politiques et de procédure qu'il a fallu mener ici pour que ce travail d'enquête ait pu avoir lieu. Ce qui est présenté aujourd'hui prouve que la capacité d'autorégulation des institutions a dû être acquise de haute lutte. J'aimerais le rappeler car cela n'allait pas de soi.

Cette opération vérité, qu'elle plaise ou non, était indispensable. Je remercie ceux qui ont accompli ce travail et qui nous ont permis aujourd'hui de disposer des documents nous indiquant où on en est. On ne sait d'ailleurs pas tout. Et c'est la raison pour laquelle il faut continuer. Nous ne sommes pas encore au bout de nos problèmes.

Comme pour la Commission d'enquête 1, un certain nombre d'orateurs à cette tribune cherchent à minimiser l'affaire, à noyer le poisson, à dire que finalement ce n'était pas si grave. Je rappelle qu'à mes yeux l'enjeu est tout simplement celui de la démocratie pour deux raisons. D'une part, on a parlé de résistance. Pour moi, le problème n'est pas tellement de savoir si on prépare la résistance, mais de savoir que cette préparation à la résistance s'est faite à l'insu des pouvoirs démocratiquement constitués, à l'insu du Parlement et, semble-t-il, du gouvernement. Cela est totalement inacceptable. D'autre part, plus grave encore, c'est qu'on ait ciblé comme ennemi l'ennemi intérieur. L'année dernière, on a vu ce phénoménal déballage concernant les 900 000 fiches. Le problème de fond réside évidemment dans les motifs du fichage. On peut dire que pratiquement tout militant d'une cause idéaliste dans ce pays a eu sa fiche.

Maintenant, on voit des militaires qui jouent en cachette à la guéguerre, à la collecte de renseignements parallèles à l'insu de leur chef, à l'insu de l'armée régulière et on ne peut absolument pas exclure – bien qu'on prétende ici parfois le contraire – qu'ils étaient tout simplement le bras militaire du fichage. On avait tout de même prévu d'interner 499 personnes définies comme ennemis de la nation.

En 1989 encore, on a surveillé des congrès religieux (congrès oecuménique de Bâle). Le rapport de la commission d'enquête fournit d'amples exemples de ce type. Je signale pour l'anecdote que «Rico» est, par ailleurs, le prénom d'un putschiste argentin. Finalement, ce qui nous paraît totalement inacceptable dans cette affaire, c'est la définition qu'on a donnée à l'ennemi. Alors, ne cherchons pas le débat où il n'est pas. Le problème n'est pas dans l'organisation de la résistance, mais dans la définition de l'ennemi.

J'affirme fermement, en tant que représentant des démocrates critiques de ce pays, que nous ne pouvons tolérer que les institutions démocratiques soient tournées contre la démocratie. Cela est tout à fait inacceptable. C'est précisément cet élément qui a été révélé, tant par la Commission d'enquête 1 que par la Commission d'enquête 2. Alors, Monsieur Villiger, vous n'avez plus beaucoup de temps pour réagir à la hauteur du problème.

Nous vous demandons deux choses. Premièrement, il est indispensable de publier très rapidement l'ensemble des noms des personnes impliquées. On ne peut pas se permettre

d'avoir une révélation par jour, une mauvaise nouvelle par jour, des polémiques pendant une année. Il faut en finir afin que l'on sache qui était dedans et que les gens s'expliquent. Deuxièmement, nous avons besoin de garanties politiques et institutionnelles de la part du gouvernement sur une réconciliation en profondeur de l'armée avec l'esprit de la démocratie. La cause du malaise est là. L'armée s'est éloignée de l'esprit de la démocratie. Des démocrates la considèrent comme un danger parce qu'elle les considère comme un danger.

Nous vous affirmons, Monsieur Villiger, qu'il y a une crise de confiance profonde – vous la minimisez peut-être parce que vous êtes entouré de gens qui prétendent le contraire – et la confiance est le bien le plus précieux dans une société. Jusqu'à présent on l'a gaspillée. Alors sachez, Monsieur Villiger, que le Conseil fédéral doit accomplir son travail. Nous ne nous laissons pas définir comme les ennemis de la nation et, surtout, nous ne sommes pas des guignols.

**Jaeger:** Herr Müller-Meilen, Sie haben von Beleidigung gesprochen, wenn man den Geheimbereichen Umsturzlpläne unterstelle.

Umsturzszenarien sind ausgearbeitet worden, und wenn sie ausgearbeitet werden, bewegen sie sich in der Regel ja nicht nur im luftleeren Raum, sondern dienen dazu, für alle Eventualfälle eben doch einmal umgesetzt zu werden. Nachrichtendienstliche Tätigkeiten sind ebenfalls nicht einfach nur theoretisch geplant, sondern tatsächlich auch vollzogen worden, und das alles in einem rechtsleeren Raum – ohne Kontrolle durch das Parlament. Warum? Weil die Grundlagen in Verfassung und Gesetz für all diese Aktivitäten und Konzepte gefehlt haben. Ich gehöre zu einer Gruppe von Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die noch vor kurzer Zeit auf Initiative des EMD der Rechtsstaatsverletzung angeklagt worden sind wegen einer Pressekonferenz, die wir auf einem Waffenplatzgelände abgehalten haben. Ich bin heute noch überzeugt: Wir haben uns dort keinerlei Rechtsverletzungen zuschulden kommen lassen.

Aber, Herr Bundesrat Villiger, Sie haben am Fernsehen erklärt, es gebe für solche Aktivitäten – P-26, P-27 – eine verfassungsmässige Grundlage, und es sei zweifelhaft, ob Geheimorganisationen überhaupt einer rechtlichen Grundlage bedürfen. Wir haben einen Ihrer Vorgänger gehört, der gesagt hat: Was heisst denn eigentlich Rechtsstaat? Ja, man hat von anderer, von Generalseite, sogar vernehmen können, dass es eben Situationen gäbe, wo der Rechtsstaat zur Seite geschoben werden könne und müsse.

Ich habe das alles schon ganz anders gehört, und da muss ich sagen: Da höre ich Zwiespältigkeit. Das ist doch nicht redlich. Da bestehen Widersprüche, die den Rechtsstaat relativieren: man beruft sich auf ihn, wenn man ihn nötig hat, um unbequeme Gruppen, unbequeme Gedanken, unbequeme Kreise ins Garn zu nehmen. Aber, wenn es darum geht, eigene Aktivitäten zu legitimieren, ist man bereit, die Rechtsstaatlichkeit für gewisse Situationen zu relativieren, Rechtsstaatlichkeit also nur von Fall zu Fall. Diese Argumentation können und dürfen wir in einem Parlament – und dürfen Sie in einer Regierung – nicht akzeptieren.

Es gibt einige offene Fragen. Ich möchte nur fünf, die noch gelöst werden müssen, kurz erwähnen:

1. Es geht darum, diese Geheimbereiche jetzt nicht nur offenzulegen, sondern auch aufzulösen. Wir müssen die personalen und strukturellen Zusammensetzungen dieser Geheimbereiche kennen – lückenlos. Denn sonst wird das Fluidum der Verdächtigungen um sich greifen wie eine Hydra. Wir brauchen rücksichtslose Transparenz.

2. Wir müssen wissen, welche Beziehungen zu ausländischen Geheimdiensten gepflegt worden sind und inwiefern auch hier Neutralität – wie vorher die Rechtsstaatlichkeit – von Fall zu Fall relativiert worden ist.

3. Wir müssen die Rolle Ihres Generalsekretärs ganz genau kennen. Wir wissen über diese Rolle noch zuwenig Bescheid. Wenn ich höre, was gestern Herr Generalstabschef Häsliger gesagt hat – wir sind vor Ueberraschungen überhaupt nicht mehr gefeit –, ist es in Ihrem und in unserem Interesse, dass diese Rolle klargestellt wird.

4. Wir brauchen auch Aufschluss über allfällige Infiltrationsaktivitäten der beiden Geheimbereiche P-26 und P-27. Denn es gibt Anhaltspunkte, dass von diesen Organisationen aus gewisse unbequeme Institutionen und Gruppen unterwandert und infiltriert – bespitzelt – worden sind. Das in einem demokratischen Staat, wo doch die politische Auseinandersetzung eigentlich den Kern unseres demokratischen Lebens darstellt.

5. Die Finanzierungsstrukturen.

Ich bin der Auffassung: Wir müssen die Puk EMD weiterarbeiten lassen. Ihr Auftrag ist noch nicht zu Ende. Wir schulden jenen, die hier arbeiten, Dank und Unterstützung. Ich habe gehört, dass es beispielsweise Herrn Carlo Schmid heute sehr schlecht geht, weil er unter Druck geraten ist. Das darf doch nicht sein! Wir müssen hinter ihm stehen, damit die Untersuchung wirklich so weit geführt werden kann, dass wieder Vertrauen entsteht, in diesen Staat und auch in unsere Regierung. Ich möchte zum Schluss noch folgendes sagen, Herr Bundesrat: Ich vertrete eine Fraktion, die Ihnen damals, als Sie gewählt worden sind, eine Frau als Gegenkandidatin gegenübergestellt hat. Ich könnte heute als Vertreter einer oppositionellen Gruppe sagen, Sie sollen zurücktreten. Ich kenne indes die Spielregeln in diesem Parlament und in unserem System. Ich mache das nicht. Aber ich fordere Sie auf: Lösen Sie das EMD auf; bauen Sie es neu auf! Ändern Sie die Informationsstrukturen! Setzen Sie sich gegenüber Ihren arroganten Beamten durch! Und setzen Sie sich auch gegenüber der Generalität durch, die ihre Arroganz ebenfalls an einer Pressekonferenz dokumentiert hat. Sie müssen bereit und fähig sein, hier nicht nur die Strukturen zu ändern und völlig neu aufzubauen, sondern Sie müssen auch die personelle Zusammensetzung ändern. Umgeben Sie sich mit Leuten Ihres Vertrauens! Denn das sind keine Leute mehr Ihres Vertrauens.

Ich bitte Sie, das nun wirklich durchzusetzen. Wenn Sie dazu nicht fähig und nicht in der Lage sind, bleibt Ihnen letztlich nichts anderes übrig, als eben doch die Konsequenzen zu ziehen. Vorderhand bin ich der Auffassung, dass Sie das können. Aber wie gesagt: Sie müssen es uns beweisen.

**Müller-Wiliberg:** An dieser Stelle möchte ich nicht näher auf den Puk-Bericht eingehen, sondern einige grundsätzliche Gedanken darlegen.

Mit gutem Recht wird heute auch im Volk darüber diskutiert, ob es überhaupt klug war, eine Puk 2 einzusetzen. Sie erinnern sich an den seinerzeitigen Antrag Reichling, der immerhin eine beachtliche Anzahl Stimmen auf sich vereinigte. Im jetzigen Zeitpunkt stellen wir fest, dass es einigen Ratskolleginnen und -kollegen, aber auch einzelnen Medien hauptsächlich darum geht, durch tendenziöse Darstellungen des Untersuchungsberichts Kopffägerei zu betreiben, um wenn möglich Rücktritte zu erzwingen. Das ist Verdrehung der Tatsachen und versuchte Zerstörung des Staates Schweiz.

Diese Machenschaften erachte ich als viel schlimmer als all die Handlungen der angeblichen Geheimarmee, die mit einem Bestand von 400 Personen ja gar keine Armee sein konnte. Ich meine vielmehr, dass die Schaffung einer geheimen Widerstandsorganisation in der Zeit des kalten Krieges unerlässlich und zweckmässig war. Diese Leute, die das Wohl unseres Vaterlandes zum Leitmotiv hatten, verdienen vielmehr unseren Dank und die volle Anerkennung. Dasselbe gilt auch für den Chef EMD, den aktiven und die sich im Ruhestand befindenden Generalstabschefs. Der gegenwärtige Zeitgeist hat nun genügend Opfer gefordert.

Machen wir doch endlich einen Strich unter die Selbstzerstörung unseres Vaterlandes! Gerade unser Parlament sollte sich den wichtigen innen- und aussenpolitischen Aufgaben zuwenden. Das neue Europa, aber auch unsere Aufgaben im Asyl- und Drogenbereich, der Umweltschutz und vieles andere verlangen unseren ganzen, gemeinsamen Einsatz. Offenbar geht es vielen von uns noch zu gut, und sie sehen deshalb die wirklichen Probleme in unserem Lande zuwenig.

Denkbar ist durchaus, dass wir uns in absehbarer Zeit mit einer grösseren Zahl von Arbeitslosen beschäftigen müssen. Diese Probleme zu lösen dürfte einiges schwieriger sein als die heute hochgespielten. Brauchen wir deshalb vereint unsere Kräfte, um die gegenwärtigen und die neuen Aufgaben zu

lösen. Sprechen wir aus, was wir denken, und tun wir, was wir sagen. Wir schicken uns an, den Schritt ins Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft zu vollziehen. Helfen wir alle mit, dass wir ihn mit gutem Gewissen tun können und dereinst das Erbe unserer Vorfahren wohlverwaltet auch der nächsten Generation übergeben können. Denken wir auch daran, dass schon viele einfache Bürger im stillen Kämmerlein mehr für unser Vaterland getan haben als viele andere mit grossen Worten. Setzen wir darum unsere Kräfte gemeinsam ein, um die wirklichen Aufgaben unseres Vaterlandes anzupacken.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.05 Uhr  
La séance est levée à 13 h 05*

## Vorkommnisse im EMD. Parlamentarische Untersuchungskommissionen

## Événements survenus au DMF. Commissions d'enquête parlementaires

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	13
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.022
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.12.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2338-2366
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 314

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

90.022

**Vorkommnisse im EMD.  
Parlamentarische  
Untersuchungskommissionen  
Événements survenus au DMF.  
Commissions d'enquête parlementaires**

*Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 2338 hiervoor – Voir page 2338 ci-devant

Mme **Gardiol**: C'est en tant que présidente du Parti écologiste que je prends la parole maintenant. Nous, les onze élus de ce parti dans ce Parlement, sommes tous profondément secoués, écoeurés, choqués, blessés, à la découverte de tout le système qui a été élaboré pour lutter entre autres contre les différents milieux auxquels nous appartenons et que nous représentons sous cette coupole. Ce sont ces mouvements sociaux de base qui sont une partie de la richesse et de la vitalité de notre pays et en qui certains ont cru voir l'ennemi. Je prends donc la parole au nom de ces femmes et de ces hommes de bonne foi, militants de tous âges et de toutes professions, qui ont défendu des causes qui leur tiennent à coeur, qui ont voulu faire avancer ou mettre en pratique leurs idées, et qui découvrent brutalement qu'ils sont considérés comme des citoyens de seconde zone, mis au rang des traîtres, des individus dangereux et indignes de confiance. Ils découvrent qu'ils sont examinés à la loupe d'une armada de l'ombre, entretenue avec nos deniers, qui les scrutait, les épiait et leur avait même réservé des places dans ses geôles. C'est vraiment kafkaïen, car ces femmes et ces hommes ont donné gratuitement leur temps, leur énergie, leurs loisirs, pour défendre, en suivant leur conscience, les idées qui les mobilisent. M. Couchepin les classe clairement parmi les naïfs. J'apprécie cette naïveté, mais ils ont droit aussi au qualificatif de patriotes; même si leur patriotisme est peut-être critiquable, il est en tout cas réel.

Ces personnes ont en effet agi, elles, publiquement, officiellement, ouvertement, dans ce pays connu loin à la ronde pour son civisme, pour son sens poussé de la démocratie, et qui garantit constitutionnellement la liberté d'opinion. C'est pourtant ce même pays qui les a mis à l'index, eux et leurs organisations. Cette face cachée de la Suisse, faite de mensonges, de lâcheté, de mépris du Parlement et de la population dans son ensemble, éclate au grand jour aujourd'hui, et cela fait mal.

Mais quelles sont finalement ces idées subversives et dangereuses que l'on n'ose pas laisser s'épanouir sans surveillance dans notre pays «propre en ordre»? Elles s'appellent paix, justice, solidarité avec le tiers monde, protection de l'environnement. On nage en pleine schizophrénie ou paranoïa. En tant que Parti écologiste, nous voulons dire à tous nos amis et amies des Femmes pour la paix, des Juristes progressistes, des Médecins pour l'environnement, des associations tiers-mondistes, du mouvement «Justice, paix et sauvegarde de la Création», à tous ces pacifistes, écologistes, féministes, béné-

voles et militants, à toute cette élite de notre société, de se reprendre après le choc. Il est encore plus évident que jamais que nous avons besoin d'eux pour créer un monde respirable, solidaire, chaleureux, ouvert sur l'avenir, bref une Suisse qui ose défendre ses idéaux. Nous comptons sur eux et eux savent qu'ils peuvent compter sur nous.

*Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle*

**Gysin**: Herr Dr. Rudolf Schneiter, Mitglied der Konzernleitung der Ciba-Geigy und Verwaltungsrats-Vizepräsident der Swissair, ist eine Person, die mir nahesteht. Ich zitiere aus dem Votum von Kollege Günter von heute morgen: «Der P-26-Chef soll keinen Stellvertreter gehabt haben, wird uns versichert. Dies ist angesichts des konspirativen Denkens der Mitmacher kaum vorstellbar. Ich zumindest habe gehört, auch jetzt wieder habe Herr Dr. Rudolf Schneiter aus der Konzernleitung Ciba-Geigy und Verwaltungsratsvize der Swissair mitgemacht.»

Herr Dr. Schneiter ist in der Folge von Associated Press angerufen worden, und seine Frau ist bereits belästigt worden. Herr Dr. Schneiter hat gegenüber AP mit aller Deutlichkeit festgehalten, dass er nicht Mitglied der P-26 sei, dass er Herrn Cattelani nicht kenne und auch nie gesehen habe und dass Herr Nationalrat Günter diese Information von jemandem erhalten haben müsse, der sie frei erfunden habe. Im übrigen vertritt auch Dr. Schneiter die Auffassung, dass es durchaus ehrenhaft und legitim sei, bei der P-26 mitgemacht zu haben. Aber es sei unstatthaft und politisch und moralisch nicht verantwortbar, irgendwen, der mit dieser Organisation nichts zu tun gehabt habe, unbesehen mit ihr in Zusammenhang zu bringen und so die Verunsicherung in unserem Land aufzuheizen.

Herr Kollege Günter, es ist nicht verwunderlich, dass immer mehr Bürger mehr als aufgebracht sind, wenn sie nun schon zum wiederholten Male feststellen müssen, wie Parlamentarier ihnen zugetragene Informationen unbesehen und unkontrolliert an die Öffentlichkeit weitergeben und diese noch mehr verunsichern; sie verunsichern damit auch die Angehörigen und die Kinder der betroffenen Personen, und ich bedaure das.

Herr Kollege Günter, ich erwarte eine Entschuldigung von Ihnen.

**Günter**: Ich möchte zwei Dinge festhalten:

1. Herr Schneiter ist im Umfeld von Herrn Bachmann erwähnt worden, das steht im geheimen Bachmann-Bericht; wenn Sie wollen, kann ich diesen anfordern. Er kennt sich in diesem Geschäft also aus und ist nicht ganz so unwissend, wie dies aus dem Votum von Kollege Gysin hätte geschlossen werden können.

2. Ich habe eine Frage gestellt und habe gefragt: Ist er immer noch tätig? Ich habe also nicht eine Feststellung gemacht, sondern Herrn Bundesrat Villiger eine Frage gestellt. Und mir scheint, diese Frage sei sehr legitim, nachdem die Puk 2 nun festgestellt hat, dass wirklich viele Leute aus dem Umfeld Bachmann in die Geheimarmee oder in P-27 mitübernommen wurden.

Die Frage ist gestellt, der Name ist gefallen; ich habe hier die Möglichkeit gegeben, eine Klarstellung zu treffen, und ich möchte bitten, eine Frage nicht in eine Feststellung umzumünzen. Wenn Herr Schneiter uns schon empört per Fax schreibt, dann wäre es richtig gewesen, wenn er seine Anamnese, seine Geschichte und seine Verflechtungen mit Herrn Bachmann erwähnt hätte; dann wäre es eine offene Darstellung gewesen.

Hier das Unschuldslamm zu spielen, scheint mir angesichts der Umstände nicht richtig.

**Rechsteiner**: Max Frisch hat in seinem inzwischen berühmten Satz die Schweizer Armee als Leibgarde der Bourgeoisie bezeichnet. Welche Wahrheit in diesem Satz steckt, wird eigentlich erst jetzt recht bewusst. Die Schweizer Armee ist im 20. Jahrhundert nur im Innern effektiv eingesetzt worden. Das gilt nicht nur für 1918 und 1932, sondern auch für die letzten Jahrzehnte.

Herr Villiger, Sie haben vor dem Ständerat gesagt, der kalte Krieg habe tatsächlich stattgefunden; ja, er hat stattgefunden, aber es war ein stiller, lautloser Kampf gegen innen.

Alt Generalstabschef Senn hat die illegale Geheimmarmee noch für die Zeit Ende der siebziger Jahre mit der Gefahr eines plötzlichen sowjetischen Ueberraschungsangriffs aus dem Stand gerechtfertigt; dies war offensichtlich grotesk. Ganz real aber war das Feindbild, der Kampf gegen innen. Ein ganzer Teil der Schweizer Bevölkerung, die Bewegten, die Unangepassten, diejenigen, die mit der herrschenden Ordnung nicht einverstanden waren, wurden zum inneren Feind erklärt und diffamiert; ob als Mitglied oder Sympathisanten angeblicher Frontorganisationen oder als sogenannte nützliche Idioten, ist letztlich einerlei. Herr Bundesrat Villiger hat sich für diese ungeheuerlichen Diffamierungen – die in dieser Terminologie stecken – seitens des EMD nicht entschuldigt.

Der Bericht der Puk EMD – so viele Lücken er auch aufweist – zeigt, dass die Armee letztlich eben nichts anderes ist als ein Herrschaftsinstrument gegen innen. Das geht nicht nur aus dem Szenario Umsturz hervor, sondern auch aus der Schnüffeltätigkeit, die sich nicht nur auf Einzelfälle erstreckte, sondern System hatte. Es ist jetzt immer wieder vergessen worden, dass ja das EMD bzw. die Una auf die Karteien der Bundespolizei zurückgreifen konnte und dass eine enge Verflechtung nicht nur mit der politischen Polizei besteht, sondern auch auf der Ebene der kantonalen Polizeikörper, über den Sicherheitsdienst der Armee. Es besteht weitgehend Personalunion. Das bedeutet eine intensive Ueberwachungs- und Schnüffeltätigkeit.

Eine zweite Bemerkung: Es ist erstaunlich – oder nach dem, was wir im Zusammenhang mit der Puk 1 erlebt haben, auch nicht mehr erstaunlich –, wie Herr Bundesrat Villiger oder der Bundesrat insgesamt mit der Verfassung, dem Rechtsstaat umspringen, die sie sonst bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit bemühen.

Die Geheimmarmee soll sich auf den Bundeszweck (Behauptung der Unabhängigkeit) und damit auf die Verfassung abstützen können. Das ist doch nichts anderes als Augenwischerei! Mit dem gleichen vorsintflutlichen Verfassungsverständnis könnte ja die Mutterschaftsversicherung, die schon seit Ewigkeiten in der Verfassung steht, ohne jede gesetzliche Grundlage und damit ohne Mitsprache des Parlamentes und des Volkes eingeführt werden. Ein solches Vorgehen ist aber nichts anderes als Verfassungsbruch, weil damit die Gewaltentrennung, die Mitsprache des Parlamentes, das Referendumsrecht des Volkes gebrochen, missachtet werden. Ein paar dunkle Sätze in einem Bericht aus dem Jahre 1981 sind keine gesetzliche Grundlage, sonst müsste uns davor grauen, was beispielsweise mit dem neuen Sicherheitsbericht oder mit dem Bericht zur «Armee 95» alles angestellt werden könnte.

Bemerkenswert ist immerhin, dass zentrale, wenn auch dubiose Instrumente der Herrschaftssicherung im Inneren ohne gesetzliche Grundlage betrieben werden: die politische Polizei und die sogenannten geheimen Dienste. Die herrschenden Kreise hatten und haben allen Grund zur Annahme, dass das Schweizer Volk seine Ueberwachung und notfalls Disziplinierung in keiner Abstimmung gutheissen würde, genauso wie es bei der Busipo passiert ist. Das Antidemokratische dieser Einrichtungen beweist sich auch am Fehlen der gesetzlichen Grundlage.

Eine dritte Bemerkung zum Schwund der Glaubwürdigkeit der politisch Verantwortlichen. Was schon beim Verhalten des Bundesrates im Zusammenhang mit der Puk 1 sichtbar geworden ist, wird jetzt noch in ungleich grösserem Ausmass fortgesetzt. Vielfach interessiert an den offiziellen Stellungnahmen nur noch die Verfallzeit.

Die geheimen Dienste, die Tätigkeit des halben EMD beruhen auf dem Prinzip der sogenannten Abstreitbarkeit. Das ist nichts anderes als eine vornehmere Umschreibung des Prinzips der Lüge. Wundert es, dass die Puk in diesem Sumpf des Abstreitens, des Vertuschens, des Vernichtens, des Nichtwissenwollens höchstens die Spitze des Eisberges sichtbar gemacht hat, wenn man den politischen Instanzen, dem Parlament und dem Volk gegenüber systematisch mit der Lüge operiert hat?

Wenn die Krise bewältigt werden soll, wenn demokratische Verhältnisse wiederhergestellt werden sollen, dann kann das doch nicht anders geschehen als mit schonungsloser Offenheit, mit Transparenz gegenüber Parlament und Volk. Diese Aufgabe darf nicht einfach der Presse überlassen werden, die sie zum Glück wahrnimmt, sondern das Parlament muss sich hier wieder um seine ureigene Aufgabe bemühen: mit der Arbeit der Parlamentarischen Untersuchungskommission, ihrer Weiterführung, aber auch mit den Aufträgen und mit den Konsequenzen, die das Parlament gegenüber dem Bundesrat zieht, der bis heute nicht gehandelt hat und auch den Willen zu handeln nicht bewiesen hat.

**Sager:** Die Parlamentarische Untersuchungskommission 2 hat nur eine Seite ins Visier gefasst: das Symptom und nicht die Ursache. Sie hat es vernachlässigt, Spezialisten anzuhören, die mit Belegen die Bedrohungslage hätten darstellen können, welche die Ereignisse und Entwicklungen ausgelöst haben, die wir mit einem erschütternden Verlust an Proportionen ins Zentrum unserer Beratungen rücken müssen. Der Bericht ist einseitig.

Gewiss: Der real existierende Sozialismus hat Schiffbruch erlitten und wurde bankrott erklärt. Auf diesem Hintergrund ist die Tatsache vergessen, eher verdrängt, dass der kalte Krieg erstens vom Herrschaftsanspruch der kommunistischen Ideologie ausgelöst worden ist, zweitens mit der Niederschlagung des ungarischen Freiheitskampfes 1956 keineswegs einen Abschluss gefunden hat, drittens richtigerweise als politischer Krieg bezeichnet werden müsste und viertens als solcher bis zur Wahl von Michail Gorbatschow konsequent geführt worden ist.

Bis Ende der siebziger Jahre war der Ausgang des Konfliktes zwischen Diktatur und Demokratie ungewiss. Er war völlig offen, er hätte anders ausgehen können. Der Verzicht, diese Herausforderung anzunehmen, hätte Demission bedeutet.

Heute stellen selbst sowjetische Forscher fest, dass die Stationierung der SS-20-Raketen eine einseitige, unprovokierte und aggressive Handlung der Sowjetunion gegen Westeuropa gewesen ist.

Kürzlich haben wir von einer tatsächlichen Geheimmarmee erfahren, welche in der DDR existiert hat: Fünf Divisionen stark, auf einer Offensivstrategie aufgebaut, nicht bloss eine kleine defensive Widerstandsgruppe darstellend. Wir wissen jetzt genauer, dass seit Anfang der siebziger Jahre – aufgrund einer Absprache zwischen der SED und den westdeutschen Kommunisten – rund 300 Mann einer geheimen militärischen Organisation in einem Lager der DDR zur Verübung von Sabotage- und Terrorakten in der BRD paramilitärisch ausgebildet worden sind und dass in der DDR deutsche Terroristen der Roten-Armee-Fraktion untertauchen konnten.

Vaclav Havel hat mitgeteilt, dass die CSSR unter dem früheren Regime Libyen tonnenweise mit Sprengstoff versorgte, der für die internationale Terroristenszene bestimmt war. Dass die Tschechoslowakei kürzlich drei internationale Frontorganisationen zu unerwünschten Gruppierungen erklärte und sie zur Schliessung ihrer Büros zwang, ist hierzulande kaum zur Kenntnis genommen worden, da man glaubt, sich noch immer der Schliessung des alten Nowosti-Büros schämen zu müssen. Selbst in den «Spiegel» hat der Stasi einen V-Mann eingeschleust, worüber sich nur Naive wundern können.

Faschistische und sozialistische Regimes sind fast immer auf undemokratische Weise an die Macht gelangt. Schon die sogenannte Oktoberrevolution war bloss ein Putsch gegen einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Ähnlich ist es nach dem Zweiten Weltkrieg Ungarn ergangen, Polen, der Tschechoslowakei, der DCR, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Kuba, Südvietnam, Laos, Kambodscha, Südjemen, Angola, Moçambique und Afghanistan. In keinem Fall hat sich die Rechtsstaatlichkeit als Schild erwiesen. In den meisten Fällen war die Sozialdemokratie das erste Opfer des Putsches. Aber das hat Sozialisten wenig angefochten.

Die Widerstandsorganisation P-26/27 war nicht überflüssig. Sie hat hervorragend gearbeitet und keine groben Fehler gemacht; mehr ist nicht zu verlangen. Sie war in der Konzeption und im Rahmen der Gesamtverteidigung das, was seit den

siebziger Jahren von anderer Seite als soziale Verteidigung gefordert worden ist. Diese Forderungen beriefen sich auf den Widerstand, der 1968 in der Tschechoslowakei gegen die Warschauer-Pakt-Truppen geleistet wurde. Weil dieser Widerstand jedoch mit keiner Gesamtkonzeption koordiniert war, blieb er erfolglos.

Herr Keller: Welch romantische Verklärung, wenn Sie glauben, spontaner Widerstand hätte wirksam sein können! Die Erfahrungen der letzten 75 Jahre, die Erfahrungen seit der Zeit, da die Jakobiner die Macht übernahmen und Wesen und Ziel der französischen Revolution total verfälschten – all diese Erfahrungen haben immer wieder bewiesen, dass das nicht möglich ist.

Der Bericht ist von legalistischer Pedanterie getragen und schlägt auch andere römisch-rechtliche Weisheiten in den Wind als die *Pascal Couchepin* genannt hat, so etwa auch den Spruch *summum ius, summa iniuria*. Was beweist, dass schon die alten Römer etwas verstanden haben von der Güterabwägung.

Der Bericht dürfte in 10 bis 15 Jahren Thema von Dissertationen kopfschüttelnder Studenten sein, dürfte in 20 bis 25 Jahren, sofern dieses Haus noch da ist, einer Puk rufen, um abzuklären, wie es möglich wurde, dass solche Staatsdemontage aufgenommen worden ist; er müsste heute schon Gegenstand von Karikaturen sein – aber eben, Bö ist leider längst verstorben!

**Spälti:** Wenn man sich in den letzten Tagen und Wochen umgeschaut und in den Medien Äusserungen einzelner Exponenten gehört hat, stellt man fest, dass es zwei Extreme von Beurteilungen des Geschehenen gibt, die beide zu verurteilen sind.

Da sind einmal jene, welche keine Kritik über die getroffenen Massnahmen hören und sie schon gar nicht werten wollen. Jene, die trotz eindeutiger Ergebnisse der Untersuchung der Puk 2 noch immer behaupten, alles habe sich im gesicherten rechtlichen Rahmen abgespielt, und die sogar den Standpunkt vertreten, die gerechtfertigte Schaffung einer Widerstandsorganisation im Umfeld, wie es sich damals präsentierte, rechtfertige auch rechtlich nicht abgesicherte Massnahmen und Handlungen. Das ist die eine Haltung, die klar zu verurteilen ist.

Auf der Gegenseite gibt es jene, die zu den lautesten Kritikern der Widerstandsorganisation P-26 gehören. Die Sprachregelung ist ja schon interessant: man spricht von «Geheimarmee» – bei einer Stärke von zwei Kompanien!

Sie zelebrieren nun eine raffiniert aufgezugene Empörung über alles und jedes, zeigen keine Bereitschaft, die Ereignisse in das damalige Umfeld zu stellen und so wenigstens einen Beitrag zur sachlichen Diskussion zu leisten.

Interessanterweise gehören Leute dazu, welche die korrupten und die Menschenrechte verachtenden Regimes seinerzeit hochgepriesen haben, welche für das – übrigens in breiten Bevölkerungskreisen – als Gefahr empfundene Klima in den siebziger und achtziger Jahren verantwortlich waren.

Die heutigen Enthüllungs- und Recherchierjournalisten haben geschwiegen, als der Bundesrat auf Anfrage damals bestätigte, dass PdA und andere Gruppierungen von der Sowjetunion finanziert wurden, als die Spionage auf dem Höhepunkt war, und als Schweizer in ideologischen Sommerlagern in revolutionären Praktiken geschult wurden. Und es gehören auch Leute dazu, die schon in den Jahren des kalten Krieges den zivilen Ungehorsam in unserem Lande predigten.

Wer die im Bericht der Puk 2 sachlich dargelegten Ereignisse auch objektiv beurteilen will – weil es ihm darum geht, für die Zukunft konkrete Schlüsse zu ziehen und nicht einfach zu polemisieren –, muss diese Ereignisse in ihr damaliges Umfeld stellen. Wer zur Landesverteidigung grundsätzlich ja sagt, muss akzeptieren, dass Ernstfallszenarien erarbeitet und organisiert worden sind.

Solche Vorbereitungen dürfen sich aber nicht im rechtsfreien Raum bewegen; gesetzliche Grundlagen sind notwendig, und die gebotene Geheimhaltung darf nicht zu einer unkontrollierten Eigendynamik führen. Klare Verantwortungen müssen vorliegen, und zwar für solche heikle Aufgaben auf höchster Stufe.

In diesem Zusammenhang ist es doch erstaunlich, dass der jetzige Chef des EMD der erste EMD-Vorsteher ist, der sich über Details über P-26 und P-27 orientierte. Das Nichtwissen einiger Bundesräte muss, auch ins damalige Umfeld projiziert, als Mangel im Erkennen von politisch und rechtsstaatlich kritischen Tatbeständen qualifiziert werden. Da stellt sich die Frage, ob sich hier nicht ein grundsätzliches Problem der Führung durch die Exekutive in diesem Staate zeigt: nämlich die oft zutage tretende mangelnde Fähigkeit respektive der mangelnde Wille, die politischen und sachlichen Prioritäten zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Der Puk-Bericht und die Erkenntnisse führen auch zu einer Feststellung im personellen Bereich. Wenn Vertrauen nicht mehr gegeben ist – das ist in jeder Organisation so, ob in der Verwaltung oder in einer Unternehmung –, müssen Konsequenzen gezogen werden; ganz besonders dort, wo eine Funktion der Öffentlichkeit ausgesetzt ist, spielt nicht nur das interne Vertrauen, sondern auch das Vertrauen nach aussen eine entscheidende Rolle. Wenn dieses Vertrauen, vor allem auch nach aussen hin, nicht mehr gegeben ist, muss man personelle Massnahmen treffen. Keine effiziente Führung kommt um unangenehme Massnahmen herum, auch wenn es menschlich hart sein mag.

Ich glaube, es sind in der nächsten Zeit verschiedene Entscheide zu treffen und Massnahmen zu ergreifen. Dazu gehört ohne Zweifel auch eine Anpassung der Struktur des EMD an die veränderte Umwelt. Diese Entscheide und Massnahmen sollten aber nicht in einem Klima der Polemik oder der Kopfgerei getroffen werden. Damit sind verschiedene Kreise in vielen Parteien – nicht nur in einer oder zwei – und auch einzelne Medien direkt angesprochen.

**Euler:** In der Frühjahrsession habe ich am 6. März an diesem Pult die traurige Geschichte aus dem Jahre 1983 vom Unahauptmann Rudolf Moser, seiner Bespitzelung von AKW-Gegnern und der gegen meine Person gerichteten Bedrohung an Leib und Leben kurz dargelegt. Rudolf Mosers niederträchtige Auftrag- und Geldgeber sind bis heute nicht bekannt. Die seinerzeitige Strafuntersuchung gegen Moser wurde eingestellt. Als Geschädigter konnte ich Anwalts- und Gerichtskosten bezahlen.

Die Puk EMD hat sich mit der Affäre beschäftigt und mir mit Datum vom 23. November 1990 eine separate Antwort gegeben. Darin wird bestätigt, dass Rudolf Moser ein ehemaliges, privatrechtlich angestelltes Mitglied des Führungsstabes der Organisation P-26 war und nach seinem Ausscheiden aus dieser Organisation in den erwähnten Aktionen gegen meine Person tätig war. Verbindungen finanzieller Art zu Una und P-26 konnten nicht überprüft werden, weil Zahlungsbelege dieser Organisationen vernichtet worden sind. Moser konnte nichts bewiesen werden. Die zwielichtige Figur des Hauptmanns Rudolf Moser steht aber nach wie vor im Visier der Öffentlichkeit, weil der Unstimmigkeiten noch zu viele vorhanden sind.

Bundesrat Villiger hat mir am 20. März 1990 geschrieben, dass Moser 1983 nicht mehr im Dienst der Una stand. Das EMD und der Ex-Chef P-26 behaupteten kürzlich, dass Moser im Herbst 1981 aus der Organisation P-26 ausgeschieden sei. Aussagen aus Mosers geheimdienstlichem Umkreis ergaben, dass Moser noch 1984 geheimdienstlich tätig war. Was soll nun stimmen?

Wenn Moser keine geheimdienstlichen Verbindungen mehr hat, warum bestätigt er dann nicht, dass dieser Lebensabschnitt für ihn erledigt ist? Es liegt deshalb die Vermutung nahe, dass Mosers kriminelle Aktionen gegen AKW-Gegner – und meine Person – im Umkreis von privatrechtlichen Tarnfirmen und nicht aufgedeckten Zweig- oder Ablegerorganisationen der Una, der P-26, der P-27 oder wer weiss welcher Organisationen geplant und finanziert hätten sein können. Die geltende Geheimdienstdoktrin über den Feind im Innern und seine Frontorganisationen untermauern die geäusserte Vermutung. Privatrechtliche Aktivitäten von Geheimorganisationen gegen den Feind im Innern sind entgegen den Äusserungen von Herrn Bundesrat Villiger absolut verfassungswidrig – wie es Professor Jean-François Aubert übrigens bestätigt hat.

Die privatrechtliche Geheimorganisation P-26 wurde mit der Anstellung von Oberst Cattelan am 30. Juni 1979 – Monate vor dem Auffliegen der Bachmann-Affäre – eingeleitet. Die Verfassungswidrigkeit wurde also über lange Zeit praktiziert. Es ist deshalb unverständlich, dass Bundesrat Villiger Mitglieder der P-26 – also auch den zwielichtigen Hauptmann Rudolf Moser – als integer bezeichnet. Das ist Hohn in meinen Ohren, wenn ich bedenke, dass Rudolf Moser, Ex-P-26er, in eine Bedrohung meiner Person verstrickt war. Er und seine Hintermänner konnten sich bislang einer strafrechtlichen Verfolgung entziehen. Doch die Vergangenheit wird diese Saubermänner sicher noch einholen. Dafür sorgt auch eine neue Strafanzeige meinerseits.

Dieser übelriechende Sumpf muss im Interesse der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung schonungslos trockengelegt werden. Daher ist der Auftrag der Puk 2 zu verlängern.

**Fäh:** Zur Vergangenheit ist praktisch alles gesagt worden. Ich blicke daher nur kurz zurück, um meine Position zu markieren. Widerstandswille bei feindlicher Besetzung ist Ausdruck von Freiheit und Unabhängigkeit. Widerstand leisten gehört zum Auftrag der Armee und ist unter dem Begriff «Kleinkrieg» in der Truppenführung verankert.

Wer ja sagt zum Widerstand als Kampfform, der muss logischerweise auch ja sagen zu sinnvollen logistischen Vorbereitungen. P-26 hat solche Vorbereitungen getroffen. Ständig von einer Geheimarmee zu sprechen, ist eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit. Und wenn man schon von Umsturz spricht, sollte man klar und deutlich sagen, dass damit ein Umsturz nach dem Rezept von Lenin gemeint war.

Es ist sicher notwendig, dass wir uns mit der Vergangenheit befassen. Weit wichtiger aber ist es, sich mit der Zukunft auseinanderzusetzen.

Kollege Manfred Aregger und andere haben damit begonnen. Es wurde auch heute wieder auf die veränderte und sich verändernde Weltlage hingewiesen. Wir werden im Rahmen der Debatte über den Sicherheitsbericht eingehend darüber sprechen. Für heute nur soviel: Sollte es in Zukunft zu Konflikten kommen – angesichts des vorhandenen Zündstoffes ist dies leider nicht ganz auszuschliessen –, so sind Massnahmen indirekter Konfliktführung, gekoppelt mit Erpressungen, wahrscheinlicher als klassische, offene Konflikte. Damit hat auch die Besetzungsdrohung abgenommen. Die Auflösung von P-26 ist daher gerechtfertigt.

Reguläre Einsatzkräfte gegen indirekte Konfliktführung sind hingegen – ob man es gerne hört oder nicht – notwendiger denn je. Da ein Gegner dieser Art raffiniert vorgehen wird, haben auch Polizei und Armee raffiniert zu sein. «Armee 95» ist auch darauf auszurichten. Dass im Lichte dieser Beurteilung ein wirksamer Nachrichtendienst für uns wertvoll sein kann, steht für mich ausser Frage. Ueber dessen Ansiedlung kann man diskutieren.

Mir scheint, dass etliche vergessen, dass hinter den Sachproblemen, die wir diskutieren, Menschen stehen. Die Angehörigen der P-26 – das wurde x-fach gesagt – haben in bester Absicht gehandelt, auch wenn es einzelne geben mag, für die das nicht zutrifft. Es ist daher ehrenrührig, ihnen andere Absichten zu unterschieben. Es ist beleidigend, sie der Demokratiefeindlichkeit zu bezichtigen, wenn man dies nicht beweisen kann. Unser Mangel, Probleme bewältigen zu können, rührt nicht zuletzt davon her, dass wir einen wesentlichen pädagogischen Grundsatz oft missachten, den Grundsatz nämlich, dass Lob aufrichtet und anspornt, ungerechtfertigte und verletzende Kritik hingegen zerstört, lähmt und Fronten zementiert.

Wie wäre es, wenn man hie und da nebst den Kritiken an den Vorkommissen im EMD ebenso stark die positiven Seiten des EMD betonen würde: den Startschuss zu «Armee 95», die Einsetzung der Kommission Schoch, die Aufhebung der Landsturmbildung, den Antrag, P-26 aufzulösen usw.?

Wer Herrn Bundesrat Villiger als kalten Krieger apostrophiert, der kennt ihn nicht oder will ihn nicht kennen! Im übrigen sollte man uns nicht immer kalten Krieg vorwerfen, wenn man selbst kalten Krieg – freilich auf andere Art – betreibt. Ich meine, die

faire Relation zwischen Kritik und Lob sollte wiederhergestellt werden.

Ich sage es nochmals: Gerechtfertigte, aufbauende Kritik ist notwendig. Fehlbar sind im Rahmen der Gesetze zur Rechenschaft zu ziehen. Mit Kritik allein, mit verletzenden Voten, Verdächtigungen und Uebertreibungen vermögen wir unsere Zukunft nicht zu gestalten. Notwendig sind vielmehr Selbstvertrauen, Vertrauen und Optimismus. Notwendig dazu ist, dass der Respekt vor den Menschen – auch wenn wir sachlich unterschiedlicher Ansicht sind – unseren politischen Stil prägt. Nur wenn wir dies beherzigen, vermögen wir unsere Probleme zu bewältigen.

**M. Darbellay:** Il ne s'agit pas lorsqu'on est le trente-cinquième orateur de faire une analyse complète, il faut se contenter d'un certain nombre de remarques. D'abord merci à la commission pour le travail nécessaire effectué. Nous avons été surpris par certaines découvertes, puis choqués, et les déclarations de ces derniers jours vont un peu dans le même sens: défaut d'information, plus grave encore, informations erronées. Nous déplorons qu'on ait pu mener des investigations internes comme on l'a fait vis-à-vis d'organisations et de citoyens suisses. Nous regrettons également que la primauté du politique n'ait pas été respectée. On a largement parlé de la P-26 et de la P-27, nous regrettons qu'elles aient été mises sur pied sans les bases légales nécessaires. Mais nous n'irons pas jusqu'à emboucher la trompette de ceux qui sont en train de discréditer tous ceux qui ont pu travailler dans ces organisations, en imaginant pour elles toutes sortes d'activités. Non, la plupart des personnes qui ont travaillé dans ces organisations étaient des citoyens soucieux de servir leur pays et à ces personnes-là aussi nous devons le respect. Il faut savoir faire la distinction entre les personnes et les choses.

M. Carobbio nous a invités à ne pas dramatiser, nous n'y tenons pas. Mais nous ne voulons pas «bagatelliser» non plus. Il s'est passé des choses graves et nous devons en tirer les enseignements justes. Après le rapport Bachmann, on a pris connaissance de ce qui s'était passé, mais on n'a certainement pas tiré toutes les conclusions. Il aurait fallu à ce moment-là mettre en place un conseil de sécurité, cela n'a pas été fait, il faut le faire aujourd'hui. Nous constatons d'autre part que la guerre froide n'est pas seulement le fait de deux blocs, elle nous a concernés également et de très près et nous sommes concernés aujourd'hui aussi par sa démobilisation. Cette démobilisation, nous devons la réussir. Le Conseil fédéral a commencé par supprimer la P-26 et la P-27, nous l'approuvons et nous lui disons que nous sommes prêts à appuyer une politique ferme, prospective et transparente de sa part et de la part du chef du Département militaire. Il faut pour cela qu'il clarifie très rapidement les questions restées ouvertes, qu'il mette en place les services dont on a besoin aujourd'hui, par exemple des services de renseignements stratégiques, tenant compte de tous les risques que nous courons. Il faut aussi, Parlement et Conseil fédéral, que nous mettions en place les structures nécessaires proposées par la première et par la deuxième Commissions d'enquête, de manière à ce que, comme vient de le dire M. Fäh, nous puissions dès aujourd'hui regarder davantage vers l'avenir. Nous devons tenir compte de ce passé, nous ne devons pas le tracer d'un trait de plume, nous devons en tirer les conclusions, mais nous devons également nous occuper des problèmes sérieux qui nous attendent dont notre relation avec l'Europe n'est pas des moindres!

Pour pouvoir remplir notre tâche, Conseil fédéral, Conseil national et Conseil des Etats, organes politiques, nous avons aussi besoin de l'administration et dans les tâches urgentes qui nous attendent, nous devons avoir le souci de créer ou de recréer cette ambiance de confiance entre le politique et l'administration, entre l'administration et le politique.

**Frau Stocker:** Nach allem interessieren mich die Wirkungen dieser EMD-Puk. Ich mache deren drei aus. Eine erste: Wut, Kränkung, Empörung, Erschütterung, und zwar hüben wie drüben. Ich habe als Sozialarbeiterin ein gewisses Verständnis für diese gekränkten Helden, die nun entlarvt sind und ver-

stehen müssen, dass auch sie vielleicht lange – zu lange – einem Bild nachgerannt sind, das sich selbst überlebt hat. Ich habe aber auch Verständnis für meine Seite, und ich möchte Sie bitten, nur einen Moment zuzuhören.

Die Herren Couchepin, Müller, Fäh und alle, die Sie hier im Saal von der anderen Seite her argumentieren: Versuchen Sie zu verstehen, was es bedeutet, wenn man sechs Frontorganisationen angehört, wenn man auch eine Familie hat, die «unter Bedrohung an Leib und Leben» – wie die «NZZ» so schön für die Helden sagt – der Securitate à la Wilhelm Tell unter Umständen ausgeliefert gewesen wäre! Der oder die Betroffene spürt, dass er oder sie auch tendenziell im Register eines alt Generalstabschefs, eines alt Chefbeamten eines militärischen Bundesamtes gewesen ist, der mit recht zweideutigen Angeboten an einen herangetreten ist.

Und die Kolleginnen und Kollegen Beiräte hier im Saal: Wie sollen wir miteinander weiter zusammenarbeiten? Vertrauen Sie mir, vertraue ich Ihnen? Wie wollen wir einander glauben nach all diesen Grabenkriegen und Kränkungen hier wie dort? Eine zweite Wirkung mache ich aus, und sie stimmt mich nachdenklich: Ich kenne Hunderte von Frauen und Männern, die aus diesem Land emigrieren – innerlich. Sie fühlen sich wie ich in einem besetzten Land, in dem eine Ideologie um sich gegriffen hat, die uns kaputtmachen will. Meine Damen und Herren: Die meinten zum Teil auch mich, als sie ihre Szenarien inszenierten! Sie meinten unter anderem mich und meine Freundinnen und Freunde von der Friedensbewegung, der Frauenbewegung, der Oekologiebewegung, als sie ihre Heldentaten programmierten. Wie sollen wir hier eine Zukunft haben?

Vielleicht haben meine Freundinnen und Freunde recht, wenn sie mir sagen: Du musst demissionieren. Das ist ein System, das Menschen wie dich nicht will. Sie nicken? Jawohl, das verstehe ich gut, das hätten Sie gern! Aber ich muss Sie enttäuschen: Diese Freude mache ich Ihnen nicht, meine Herren!

Und eine Wirkung drei, die ich leider nicht ausmache in diesem Saal: Es wäre nötig, dass wir uns einer echten Auseinandersetzung stellen würden. Das würde drei Dinge bedeuten: Ueber Ideologien, über Werte sich auseinandersetzen, das erfordert geistige Potenz. Das erfordert nicht 10 Millionen Franken und nicht Geheimarmeen, sondern geistige Grösse, menschliche Kapazität. Ich vermisse sie.

Oder: der Militarismus als Ideologie. Er ist die einzige Ideologie, die keine Anfrage an sich selbst erlaubt. Wer nämlich eine Frage an den Militarismus stellt, wird zum Feind gestempelt, der gerade wieder den Militarismus rechtfertigt. Das ist zu hoch für Sie, Herr Frey, ich weiss. *(Heiterkeit)*

Aber verstehen Sie: Das ist latent die Struktur eines totalitären Staates. Und dafür ist mir die Schweiz zu wichtig.

Ein letzter Punkt, Sie haben ihn ebenfalls erwähnt, Herr Fäh: Wie soll Vertrauen in den Rechtsstaat wieder möglich werden, wenn Generalstabschefs, Amtsträger, Bundesräte, alt Bundesräte für sich in Anspruch nehmen, selbst zu definieren, wo für sie der Rechtsstaat anfängt und vor allem, wo er aufhört?

Die Wirkungen des Puk-Berichtes werden uns sehr, sehr lange beschäftigen. In unserem Staat herrscht Apartheid. Es gibt jene, die auf der Täter- und auf der Wissenseite waren, und es gibt jene, die potentiell auf der Opferseite waren. Und es braucht sehr, sehr viel, bis dieser schmerzliche Graben überwunden wird. Ich selbst bin mir noch nicht sicher, wie das für mich selbst und für meine Gruppen, für meine Partei ausgeht. *(Beifall)*

#### *Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle*

**Frey** Walter: Liebe Kollegin Stocker, da Sie mich angesprochen haben und mich in bezug auf meinen Intelligenzquotienten eingestuft haben, möchte ich Ihnen erstens einmal danken, dass Sie das getan haben, und Sie anfragen, ob Sie bereit wären – wenn ich mich durch Ihr Votum verunsichert fühlen würde –, mir auch die notwendige psychiatrische Hilfestellung zu geben. Ich wäre Ihnen dann dankbar. *(teilweise Heiterkeit)*

**Wyss** William: In meinen Ausführungen möchte ich mich zu einigen Schlussfolgerungen der Parlamentarischen Untersuchungskommission äussern.

Vorweg stelle ich fest, dass die Kommission umfassende Arbeit geleistet hat. Wir haben mit dem Puk-Bericht einen guten Einblick in die Angelegenheiten der Widerstandsorganisation und des ausserordentlichen Nachrichtendienstes erhalten.

Nachdem sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Ständerat und heute hier in diesem Saal viel Vergangenheitsbewältigung über die Bühne gebracht wurde, sollten wir auch einen Beitrag zur vernünftigen und verständlichen Zukunftsbewältigung leisten.

Wir, das Parlament, haben wichtige Kontrollfunktionen, das ist unbestritten. Wir haben aber auch wichtige Führungsfunktionen, und wenn wir in Zukunft glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir beide Funktionen optimal wahrnehmen.

Bei sorgfältigem Studium der verschiedenen Motionen und Postulate der Kommission fällt mir auf, dass viel zu viele Details gefordert wurden, die dem Bundesrat bei der Vorbereitung der hier verlangten Gesetzesänderungen, sei es im militärischen oder im bundespolizeilichen Bereich, wenig Spielraum lassen.

Bereits die parlamentarische Initiative, die richtigerweise nur in Form einer allgemeinen Anregung abgefasst wurde, erachte ich als zu detailliert. In dieser Form kann ich dieser Initiative nicht zustimmen. Warum? Ich bin einverstanden, dass auch Tätigkeiten, die einer besonderen Geheimhaltungspflicht unterliegen, von einer besonderen Delegation beider Räte soweit wie nötig beaufsichtigt werden. Ob diese aus einer gleichen Zahl von Mitgliedern des Nationalrates und Ständerates zusammengesetzt sein soll, erachte ich bereits als nebensächlich. Die Fragen der Aktenbeschaffung, Amtsverschwiegenheit und Geheimhaltung müssen wir im Rahmen der Revision des Geschäftsverkehrsgesetzes einerseits und der Erstellung einer Gesetzesgrundlage für Sicherheitsüberprüfungen andererseits diskutieren und dort verabschieden. Hier verweise ich auf die Motion 3.

Dass im heutigen Zeitpunkt die Auflösung der Widerstandsorganisation in die Wege geleitet wurde, erachte ich als richtig. Wir wissen auch, dass der Generalstabschef mit dem Vollzug beauftragt wurde.

Ich komme zur Motion 1: Hier beantragt uns der Bundesrat, den Vorstoss abzuschreiben. Mit dem Wunsch des Bundesrates bin ich einverstanden, erwarte aber, dass wir Parlamentarier über den Abschluss der Auflösungsarbeiten der Organisation P-26 orientiert werden.

Ich spreche zur Motion 4: Diese erteilt dem Bundesrat einen etwas merkwürdigen Auftrag. Hier wird gefordert, in Sachen Geheimchutzvereinbarungen müsse der Bundesrat prüfen, er müsse allenfalls revidieren oder sogar aufheben. Mit diesem Vorstoss nehmen wir unsere Führungsaufgabe ungenügend wahr! Wir könnten uns in einem späteren Zeitpunkt viele kritische Worte ersparen, wenn wir hier klar sagen würden, was wir wollen.

Ich komme zum ersten Postulat: Da habe ich auch Mühe. In der zweiten Motion erhält der Bundesrat unmissverständlich den Auftrag, den ungesetzlichen Zustand des ausserordentlichen Nachrichtendienstes zu beenden, indem er diese Organisation in den Stab der Gruppe für Generalstabsdienste überführen soll.

Im Postulat 1 wird der Bundesrat eingeladen, sofern er den ausserordentlichen Nachrichtendienst ausserhalb der Verwaltung weiterführen möchte, müsse er dem Parlament eine entsprechende Gesetzesgrundlage unterbreiten.

Hier hat Frau Mauch erklärt, die SP-Fraktion könne dem Postulat 1 nicht zustimmen. Ich erachte dieses Postulat sogar als unnötig, denn mit der zweiten Motion erhält der Bundesrat einen klaren Auftrag für die Zukunft, für die Zukunft des ausserordentlichen Nachrichtendienstes natürlich.

Ich komme zum Schluss: Was in der Vergangenheit nicht einwandfrei gesetzlich geregelt war, konnten wir dem ausführlichen Bericht entnehmen. Auch viele Votanten hier an diesem Mikrofon haben auf gewisse ungenügende Grundlagen hingewiesen. Mit den heutigen Puk-Vorstössen sollten wir dem Bundesrat klare und unkomplizierte Aufträge erteilen, die darauf abzielen, die fehlenden Grundlagen zu ergänzen oder bestehende Schwächen im Kontrollsystem auszumerzen.

Mit allzu vielen Vorstössen und Details erschweren wir dem

Bundesrat die vorbereitende Arbeit. In den vorberatenden Kommissionen werden wir zu gegebener Zeit noch genügend Gelegenheit haben, uns über Wenn und Aber und viele Details zu unterhalten.

Wir beklagen uns auch über den riesigen Papierkrieg, den wir zu bewältigen haben. Oft tragen wir aber wenig dazu bei, die Papierflut etwas zu reduzieren. Das beweisen wir mit den hier allzu zahlreichen Vorstößen.

Nun hoffe ich, dass der Bundesrat bei der Aufarbeitung der hier vorliegenden Aufträge die Armee reform 95 voll und ganz im Auge behält. Wir sprechen immer von Koordination. Herr Bundesrat Villiger, ich wünsche Ihnen bei der Bewältigung der bevorstehenden Revisionsarbeiten eine geschickte Hand und bin überzeugt, dass Sie den ganzen Zusammenhang, gerade mit Blick auf die Sicherheit unseres Landes, nicht aus dem Auge verlieren.

**Herczog:** Die Rechtfertiger von P-26 nennen zwei Argumente: erstens, die Vorbereitung des Widerstandes sei legitim, und zweitens, der Aufbau sei im Lichte des kalten Krieges gewissermassen eine Schuld der Geschichte.

Diese Argumente können problemlos entkräftet werden. Stichwort: Die Erfindung von P-26 geschah nicht auf der Höhe des kalten Krieges (Kubakrise, Vietnamkrieg), sondern Anfang der achtziger Jahre, und der letzte Kredit wurde bekanntlich 1989 gesprochen, wo also kein normaler Mensch mehr von Ost-West-Konfrontation in diesem Sinne sprechen kann. Aber auch wenn man diese beiden Argumente gelten lassen möchte, sind sie ungenügend, da weitere gewichtigere Fragen unbeantwortet bleiben. So zum Beispiel:

1. Information: Das Prinzip «Mein Name ist Hase» ist dann politisch unverantwortlich, wenn das Bundesmonopol der Landesverteidigung an Private delegiert wird. Konkretes Beispiel: Warum sagt Bundesrat Koller, er hätte nichts gewusst, und demgegenüber sagt Herr Cattelan, Herr Koller wäre an mindestens zwei Uebungen dabeigewesen? Warum müssen Sie, Herr Bundesrat Villiger, Ihre Informationen aus Ihrem Bereich den Medien entnehmen? Und umgekehrt: Statt dass Sie als Chef an einer Medienkonferenz teilnehmen, lassen Sie Ihre Militärs auf der politischen Bühne antreten!

2. Der Auftrag: Die P-26 arbeitete regelmässig mit einer ähnlichen Organisation im Nato-Land Grossbritannien zusammen. Die P-26 hatte die gleiche Ausrüstung wie ähnliche Organisationen in der Nato. Diese europäischen Geheimtruppen – Schwert, Gladio, Shuffe usw., wie sie auch immer heissen – waren finanziell und operativ mit der CIA verknüpft, teilweise auch durch die CIA aufgebaut. Ziel dieser Organisationen – das können Sie heute in den Zeitungen nachlesen – war in erster Linie, kein einziges sogenanntes «unfriendly government» – «unfriendly» gegenüber der US-Administration – entstehen zu lassen.

Wenn wir nun wissen, dass bei uns Listen von sogenannten «Gefährlichen» und «Verdächtigen» existieren und Internierungspläne vorbereitet werden und dass alle ähnlichen Geheimorganisationen innerhalb des Nato-Raumes genauso mit inländischen Zielen operierten: Wie soll man nun glauben, dass die P-26 mit solchen Operationen, mit solchen Organisationen gar nichts zu tun hat? Wenn man von Naivität spricht, ist gerade hier keine Naivität am Platz.

3. Finanzgebaren im Eidgenössischen Militärdepartement: Ich habe schon mehrmals die versteckte, auf der Geheimhaltung beruhende Budgetierungsweise im EMD kritisiert. Es hat sich gezeigt, dass diese Kritik mehr als berechtigt war. Die 10,7 Millionen für P-26 im Jahre 1989 wurden irgendwo unter der Budgetrubrik «Verpflegung und Unterkunft» untergebracht. Die Materialbeschaffung, 20 Millionen für Uebermittlungsmaterial, wurden gar nicht als Verpflichtungskredite deklariert.

Da im Bereich der Rüstungsbeschaffung ja alles geheim figuriert, frage ich Sie: Wie wird uns garantiert, dass bei Rüstungsausgaben generell alles nach Plan und korrekt verläuft? Insbesondere: Wie garantieren Sie, Herr Bundesrat, dass nicht weitergehende Verknüpfungen mit der Privatwirtschaft existieren? Ich frage Sie ganz konkret, Herr Bundesrat Villiger: Kön-

nen Sie heute bestätigen, dass solche Verknüpfungen mit der Privatwirtschaft weder operativ noch finanziell existieren?

Ich bin auf alle Fälle mit der Weiterführung der Puk EMD einverstanden. Diese Fragen sollten geklärt werden. Es ist nämlich so – wie das Oskar Reck einmal geschrieben hat –, dass Loyalität zu unserem Land und kritischer Geist sich gegenseitig bedingen. Blinder Glaube und blinde Ergebenheit führen ganz eindeutig weg von unseren demokratischen Grundlagen.

**Frau Ulrich:** Heute morgen hat Frau Mauch zu Recht gesagt, dass dieser Staat nur durch das Volk selber gerettet werden kann und dass er eben nur gerettet wird, wenn das Volk das auch tatsächlich will. An diesem Willen des Volkes zweifle ich heute.

Frau Stocker hat vorhin gesagt, wie viele von ihren Bekannten in die innere Emigration gegangen sind. Ich möchte Ihnen ein kleines Beispiel erwähnen. Ich habe vor ein paar Tagen einen meiner alten Lehrer getroffen. Dieser Mann war für mich immer einer derjenigen, die bedingungslos zu diesem Staat und vor allem auch bedingungslos zur Armee standen. Er war Offizier. Man durfte kein Wort gegen die Verteidigung dieses Landes sagen. Vor ein paar Tagen sagte er zu mir: «Weisst Du, ich habe einige hundert Aktivdiensttage hinter mir. Ich würde heute keinen einzigen Tag mehr aktiven Dienst für dieses Land in der Uniform leisten.» Das hat mir stark zu denken gegeben. Es ist ein Zeichen dafür, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diesen Staat verlorengegangen ist. Es bleibt uns in diesem Parlament und in der Regierung nichts anderes übrig, als alles zu tun, um dieses verlorene Vertrauen wiederaufzubauen.

Es wurde heute morgen verschiedentlich von «Zeitgeist» gesprochen, mit dem sich so vieles erklären lässt, was in den letzten Jahren passiert ist. Wenn wir aber aus der heutigen Situation zum Schluss kommen, dass wir nun etwas anderes tun müssen, haben wir die Pflicht, die Dinge rasch und gründlich zu ändern, mit allem aufzuräumen, um neu anfangen zu können. Begangene Fehler müssen eingestanden und die entsprechenden Konsequenzen rasch und mit allem Nachdruck gezogen werden.

Dazu gehört nicht nur das Auflösen der geheimen Strukturen und die Unterstellung der Einrichtungen unter eine bessere demokratische, parlamentarische Kontrolle, und zwar in allen Bereichen unseres Staatswesens. Dazu gehört für mich ebenfalls – auch wenn es nicht so spektakulär ist – die Entschuldigung bei all denen, die durch diese ganze Affäre in irgendeiner Weise beeinträchtigt worden sind. Ich denke hier im besonderen an den «Fall Murten» des Journalisten Andreas Kohlschütter. In der Märzsession haben Sie, Herr Bundesrat, die Glaubwürdigkeit von Herrn Kohlschütter vor diesem Rat, in diesem Raum in Frage gestellt und sich über sein – wie Sie damals sagten – zartes Gewissen mokiert. Sie haben damals auch gesagt, es stehe Aussage gegen Aussage, nämlich diejenige des Journalisten gegen diejenige des Una-Beamten. Der Puk-Bericht zeigt uns nun, dass Herr Kohlschütter nach dem Ablauf der Geschehnisse, wie sie die Puk eruiert hat, «annehmen durfte, dass der Una-Beamte ihn mit Andeutungen für eine Informationstätigkeit anzuwerben versuchte». Ihr ganzer Kommentar – Herr Bundesrat – zum «Fall Murten» im Ständerat bestand in einem Satz, und zwar in dem genau gleichen, den Sie im März schon in diesem Rat hier gesagt haben, nämlich wiederum: «Es steht Aussage gegen Aussage.» Dies genügt nicht!

Im Sinne des Aufräumens und des Neuanfangs ist es nötig, dass Sie, Herr Bundesrat Villiger, vor diesem Rat, vor dem Sie den Journalisten angegriffen haben, Ihre damalige Aussage zurücknehmen und sich entschuldigen. Es wäre dies ein kleiner Schritt auf dem langen Wege des Aufräumens und des Zurückgewinnens von Vertrauen. Dieser kleine Schritt ist zwar nicht so spektakulär wie die gestrige Ankündigung, die P-27 aufzulösen. Aber er ist wichtig als Zeichen, dass auch der Bundesrat begangene Fehler eingesteht und die Zukunft aktiv neu gestalten will, ganz im Sinne, das Vertrauen der Bevölkerung und die aktive Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger an diesem Staat wieder zurückzugewinnen.

Ich bitte Sie, diesen Schritt am Ende des 699. Jahres der Eidgenossenschaft, zu Beginn unserer 700-Jahr-Feiern zu tun.

**Reimann Maximilian:** Ich möchte mein Votum primär der Rolle der Medien widmen, die diese in vorliegender Angelegenheit eingenommen haben. Die Macht der Medien ist bekanntlich gross, der Einfluss auf die öffentliche Meinung sehr bedeutend. Das haben gerade die Beispiele der beiden Puk gezeigt, wo eine grosse und zumeist unwissende Öffentlichkeit das Spektakel rund um die sogenannten Enthüllungen mit grossem Interesse und Neugier mitverfolgt hat. In jüngster Zeit ist es nun Usus geworden, dass ein Teil der Presse uns Parlamentariern wie auch dem Bundesrat Noten austellt, Auf- und Absteiger ermittelt, Qualitätseinteilungen vornimmt usw.

Kein Wunder, dass unlängst auch Herr Jacobi glaubte, in diesen Chor der selbsternannten Kampfrichter mit einsteigen zu müssen. Im Gegensatz zu Herrn Jacobi als Staatssekretär ist es natürlich das volle Recht der freien Presse, uns Politiker und Behörden nach Lust und Laune kritisieren zu dürfen. Ebenso nehme ich aber auch mir das Recht heraus, der Öffentlichkeit einmal zu sagen, wie ein Mitglied des vielkritisierten Parlamentes über die Arbeit der Medien denkt.

Ich unterscheide dabei grosso modo drei Gruppierungen, wobei mir klar ist, dass die Uebergänge fliessend und überlappend sind:

In einer ersten Gruppe erwähne ich die grosse Mehrheit der abonnierten schweizerischen Tagespresse. Diese hat – pauschal beurteilt, zu mehr reicht die Zeit leider nicht – ihre Aufgabe mit Sorgfalt und Verantwortung erfüllt. Sie hat die Grenzen zwischen öffentlichem Interesse und würdeloser Sensationsschere erkannt und respektiert.

In einer zweiten Gruppe sehe ich jene Medien, die mit konzentriertem Trommelfeuer das Spiel der Entrüstung, wie heute etwa wieder von den Fraktionssprechern der Grünen und der Sozialdemokraten aufgelegt, mitgespielt oder gar initiiert haben. Auch das ist natürlich das gute Recht dieser Presse. Aber was damit erreicht wurde, ist nicht ohne Belang. Die politische Kultur hat doch recht darunter gelitten; das Klima zwischen den politischen Parteien ist aggressiver geworden. Manche Bürgerin, mancher Bürger sieht sich in eine Identitätskrise gestürzt, nicht wegen der aufgetauchten Fichen oder wegen den Enthüllungen, sondern weil diese Themen zu einem politischen Dauerbrenner geworden sind und andere wichtige politische Aufgaben einfach liegenblieben.

Diese zweite Gruppe ist von möglichst hoher Transparenz in unserem Staat beseelt. Darf das Schweizervolk aber auch einmal erfahren, ob bei dieser Art von Journalismus alles mit legalen Mitteln zugeht? Wer sind eigentlich die heimlichen Verräter? Sind etwa gar Schmiergelder mit im Spiel? Transparenz wäre im Interesse der Sache auch hier einmal erwünscht.

Die dritte Gruppe sind die elektronischen Monopolmedien der SRG. Ihre Tätigkeit muss besonders genau betrachtet werden, ist sie doch an einen besonderen, verfassungsmässigen Leistungsauftrag gebunden. Die SRG ist als Medium nicht frei wie die Presse, sondern sie ist gehalten, im Rahmen der Verfassungsschranken eine sachgerechte Darstellung der Ereignisse zu gewährleisten und dabei angemessen die Vielfalt der Ansichten zu berücksichtigen. Ist dieser Leistungsauftrag hier eingehalten worden? Ich habe berechtigte Zweifel. Schon in der Verwendung der Begriffe wird deutlich, dass sehr oft nicht die von der Verfassung verlangte Vielfalt der Meinungen, sondern eine ganz bestimmte Tendenz zum Ausdruck gebracht wird.

Ein Beispiel, auch von Herrn Spälti eben erwähnt: Das Wort «Geheimarmee», mit Beharrlichkeit immer wieder verwendet. Aber 400 Leute sind nun wirklich keine Armee; wer das behauptet, der sagt nicht die Wahrheit. Dasselbe konnten wir auch schon bei der Puk 1 feststellen, wo namentlich im DRS-Bereich unser Land immer wieder als «Schnüffelstaat» bezeichnet wurde. Eine geistige Anleihe bei der GSoA, eine Beleidigung für breite Kreise unserer Bevölkerung!

Aber wie halten es gewisse SRG-Journalisten mit ihrer eigenen Schnüffelaktivität? Wie vor 14 Tagen in die Privatsphäre der Familie Cattelan eingedrungen wurde, war niveaumarmer Boulevardjournalismus, unwürdig für eine nationale Medien-

anstalt. Oder wie hält man es mit der Unterschlagung von wichtigen Fakten? Eines der schönsten Beispiele deckte der Puk-Bericht selber auf: Ich erwähne das gleiche Beispiel wie Frau Ulrich, nämlich das ominöse Meeting von Murten. Beim Zuschauer wurde damals noch der Eindruck erweckt, dieses Meeting sei von der Una zum Zweck der Anwerbung von Herrn Kohlschütter als Spitzel inszeniert worden. Ich interpretiere den Puk-Bericht nun anders als Frau Ulrich. Er relativiert diese Version deutlich; das aber wurde seinerzeit den TV-Zuschauern verschwiegen.

Ich bezichtige keineswegs alle SRG-Mitarbeiter eines tendenziösen Journalismus; das tue ich nicht, das weiss man auch an der Giacomettistrasse draussen. Aber was sich einzelne Mitarbeiter dieses Monopolmediums in jüngster Zeit alles erlaubt haben – Schwachstellen in unserem Staat hin oder her –, dafür gibt es kaum eine Rechtfertigung. Ich bin froh, dass man in höheren Instanzen der SRG meine Lagebeurteilung zu teilen beginnt. Auch das ist eine positive Auswirkung dieser beiden Puk.

**Braunschweig:** Nach dem Votum meines Vorredners schlage ich vor, dass wir zum Thema «Vorkommnisse im EMD» zurückkehren, das wir heute nachmittag diskutieren. Zunächst eine ethische Ueberlegung: Nachrichtendienste, das tönt recht vertrauensvoll; es wäre aber ehrlicher, wenn man sagen würde: Spionageorganisationen. Darum geht es ja in Tat und Wahrheit. Und diese – ob sie nun so oder so heissen – sind immer aufgebaut auf Lüge, auf Misstrauen und auf Verdächtigung. Es gibt keine Spionageorganisation, die nicht auf Lüge aufgebaut ist. Wer sagt, diese seien absolut nötig, wir bräuchten diese Nachrichtendienste – ich unterscheide nicht zwischen ausserordentlichen oder ordentlichen –, der baut eben auf Lüge auf und sagt ja zur Lüge.

Die Lüge greift um sich, wird zum Normalfall: Wenn von bundesrätlicher Seite seit Monaten immer nur das eingestanden wird, was von der Presse oder von andern Medien recherchiert worden ist, so wird das zu späte Eingestehen zur Lüge. Das Wort «stufengerechte Information» ist ein anderes Wort für lügenhafte Information: Es gibt eine offene, demokratische Information – bei der «stufengerechten Information» entscheidet derjenige, der die Information hat, wem er Informationen weitergeben will. Nach meiner Auffassung ist diese Willkür Lüge. Wir sollten vorsichtig sein im Gebrauch neu auftauchender Worte und fragen, welcher Aussagewert dahintersteht.

Die zweite Ueberlegung betrifft den Zeitgeist: Befürworter und Verharmloser der Geheimarmee tun so – es wurde heute auch mehrmals so getan –, als ob es damals, in der Zeit des kalten Krieges, nur den einen, immer wieder beschriebenen Zeitgeist gegeben hätte. Es gab aber während des kalten Krieges in diesem Lande auch noch Menschen, die die Verteufelung der Sowjetunion nicht mitmachten, obwohl sie ihr mindestens ebenso kritisch und ablehnend gegenüberstanden. Sie blieben dem Dialog auch unter erschwerten Bedingungen treu. Sie fragten nach geschichtlicher Entwicklung, nach Konfliktursachen, nach Strömungen und suchten Nischen und Ritzen in diesem Gebäude der Macht und der Bürokratie.

Konkret denke ich an die Dialoge, die während des ganzen kalten Krieges an wissenschaftlichen Kongressen in allen Fachgebieten immer wieder geführt worden sind. Es gab Hindernisse – diese lagen aber auch auf unserer Seite. Ich denke an kirchliche Begegnungen, beispielsweise an die Christliche Friedenskonferenz, die immer wieder so schlecht und einseitig dargestellt worden ist. Es gab kulturelle Einladungen, soweit sie nicht – auch von unserer Seite – verhindert worden sind. Es gab Friedens- und Entspannungsvorschläge; ich denke beispielsweise an die Ideen eines polnischen Aussenministers, der schon in den sechziger Jahren an die Schaffung einer atomfreien Zone dachte. Unser Land stand leider immer abseits.

Persönlich war ich damals Sekretär der Schweizerischen Vereinigung für internationalen Zivildienst. In den fünfziger Jahren haben wir während acht Jahren mit den zuständigen Stellen der Sowjetunion verhandelt, bis wir in der Sowjetunion einen freiwilligen internationalen Arbeitsdienst nach unseren Vorstellungen – ohne Propaganda, aber mit Diskussion – durch-

führen konnten. Solche Dinge waren im kleinen Rahmen möglich; wenn sich noch mehr daran beteiligt hätten, wäre auch mehr möglich gewesen. Eine offizielle Unterstützung erhielten wir so gut wie nie, im Gegenteil.

Oft vermissten wir auch die Mitarbeit der Medien, die heute so aktiv und erfolgreich recherchieren und an der Wiederherstellung der Demokratie und der Freiheit in unserem Lande mitarbeiten.

Diese Minderheit des andern Zeitgeistes vertrat auch im militärischen und im aussenpolitischen Bereich andere Ideen. Es waren Konzepte vorhanden – ich denke an die Bewegung der Blockfreien Staaten –; die offizielle Schweiz war durch das einseitige militärische Denken gelähmt, das zwangsläufig zu dem geführt hat, führen musste, das wir heute diskutieren: Geheimnachrichtendienste, Geheimarmee.

Eigentlich bin ich dankbar, dass ich zur Minderheit gehört habe, die damals den Weg des demokratischen Dialogs, der militärischen Zurückhaltung und des aussenpolitischen Engagements, ausgerichtet auf die Dritte Welt, gegangen ist.

**Bonny:** Am 5. Juni 1986 fand in diesem Saal zu einer Interpellation Sager eine interessante Debatte über das Widerstandsrecht statt. Vertreter der Linken haben sich damals – das sei festgestellt – geschlossen für das Recht auf Widerstand des einzelnen, am Rande oder ausserhalb des Rechts, eingesetzt zur Wahrung höherer Grundsätze. Eine Kollegin hat damals gesagt: «Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.»

Es gibt aber auch ein Widerstandsrecht des Staats: Im Staatszweckartikel 2 der Bundesverfassung – ich gestatte mir, Herr Rechsteiner, ihn trotzdem zu zitieren – wird an erster Stelle «die Behauptung des Vaterlandes gegen aussen» erwähnt.

Primäre Aufgabe unserer Regierung ist es somit, die Weiterexistenz der staatlichen Gemeinschaft mit allen Mitteln zu gewährleisten. Die Schaffung einer Widerstandsorganisation für den Besetzungsfall oder eines Nachrichtendienstes zur Vorwarnung gegen einen Angriff von aussen sind für mich klare Aufträge, die sich zwar mittelbar, aber zwingend aus dem Auftrag ergeben, den unsere Regierung aus der Verfassung erhalten hat.

Nicht in Ordnung – und hier kritisiert die Puk zu Recht – ist die fehlende Abstützung auf Gesetzesstufe; nicht in Ordnung sind auch die Verletzungen des Finanzhaushaltgesetzes – übrigens ähnliche Verletzungen, wie wir sie bei der Verabschiedung des Budgets begangen haben, als wir das Volk mit Zahlen, die der Teuerung bewusst nicht angepasst waren, hinters Licht geführt haben. Das Offenlegen von Missständen und Fehlern ist Aufgabe der Puk und rechtfertigt deren Existenz.

Der Bericht enthält viel Richtiges und Wertvolles, ist aber leider auch mit Fehlern und Ungereimtheiten behaftet. Ich habe den Eindruck, dass die Puk 1 besser gearbeitet hat. Die Puk 2 fordert zu Recht eine parlamentarische Kontrolle. Die fehlende parlamentarische Kontrolle war ein Fehler, aber ein Fehler, den vor allem wir als Parlament mitzuverantworten haben.

Was mich bedrückt, ist die Art und Weise, wie in- und ausserhalb dieses Hauses die Diskussion geführt wird. In unserem Land grassiert eine Art geistiger Masochismus, eine Tendenz zur Selbsterfleischung. Die Schweiz droht zu einer Abbruch-GmbH zu werden. Wir von den Behörden haben darauf zu achten, dass wir das Volk nicht noch mehr verunsichern; wir müssen es durch Offenlegung und klaren Kurs stärken.

Der Bundesrat – hier ist ein offenes Wort fällig – tritt in dieser kritischen Phase viel zuwenig als Kollegium auf. Drei Mitglieder der jetzigen Regierung waren bzw. sind schliesslich Chef des EMD. Entweder tritt der Bundesrat künftig vermehrt als Einheit auf – das gilt auch für andere wichtige Geschäfte –, oder er wird – das kann eine folgenschwere Aussage sein – als Führungsorgan scheitern, was eine Reform und Umstrukturierung des Bundesrats von Grund auf nötig machen wird.

Ein kritisches Wort ist auch zum Verfahren der Puk gemäss Artikel 55ff. des Geschäftsverkehrsgesetzes am Platze. Ich stelle fest, dass mit Bezug auf den Rechtsschutz der Betroffenen Rechtsgrundlage und Praxis der Puk absolut ungenügend und inakzeptabel sind. Ein Puk-Betroffener, sei es nun ein alt

Bundesrat, ein alt Generalstabschef oder irgendein anderweitig Betroffener, hat weniger Rechtsschutz als der letzte Kriminelle in diesem Land. Er hat keine Rechtsmittel; es ist z. B. nicht in Ordnung, wenn Generalstabschef Zumstein in einem dürren Brieflein vom 30. Oktober 1990 die Vorwürfe etwa in zwei Sätzen mitgeteilt bekommt, der entscheidende Vorwurf aber, nämlich die potentielle Möglichkeit eines Umsturzes (S. 199/200), mit keinem Wort erwähnt wird. Er hatte so denn auch nicht die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Das ist nicht in Ordnung.

Ich komme zum Schluss: Es ist rechtsstaatlich bedenklich, wenn ein Instrument, das der Verteidigung des Rechtsstaates dienen soll, in seiner Praxis dann selber Grundsätze des Rechtsstaates missachtet. Ich werde daher eine parlamentarische Initiative einreichen, die eine deutliche Verbesserung der Rechtsstellung und des Rechtsschutzes der Betroffenen im Puk-Verfahren verlangt.

**Steffen:** Mit dem Beschluss, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen, haben National- und Ständerat eine Gruppe beauftragt, Licht in höchst geheime Bereiche unserer Sicherheits- und Abwehrpolitik zu bringen. Dieser Auftrag wurde mit bekannt schweizerischer Gründlichkeit erfüllt und fand seinen Niederschlag im vorliegenden Puk-EMD-Bericht von 277 Seiten und in den Stellungnahmen des Bundesrates.

Die Anträge der Kommission habe ich zur Kenntnis genommen; wir können feststellen, dass der Bundesrat diese vollumfänglich akzeptiert. Damit kann der Bundesrat, wenn wir diese Vorstösse ebenfalls übernehmen, mit Handeln beginnen. Seine Entscheide, P-26 und P-27 aufzulösen, sind Entschlüsse, die nach der Offenlegung dieser Geheimbereiche eine verständliche Massnahme darstellen. Allerdings hat man den Eindruck, diese seien durch die konzertierte Medienkampagne und durch den Druck der damit angefachten sogenannten öffentlichen Meinung und nicht aufgrund einer seriösen Beurteilung der Lage gefasst worden.

Die Motion 1 räumt dem Bundesrat immerhin Zeit bis zur Herbstsession 1991 ein, entweder gesetzliche Grundlagen für eine Widerstandsorganisation vorzulegen oder über die vollzogene Auflösung Recherche abzulegen.

Was kann ich schon in nur fünf Minuten Abdankungsrede über die allzu früh verstorbenen Organe des Widerstands und der Sicherheitspolitik aussagen? Burschikos ausgedrückt: Zwei im Geheimbereich und mit ungenügender Gesetzes- und Verordnungsbasis operierende Gruppen, die eine jahrelange aufwendige Aufbauarbeit hinter sich haben, sind bei einem Jagdunfall umgekommen, haben die Beine gestreckt und hinterlassen durch ihren Ausfall eine gefährliche Lücke im Verteidigungsdispositiv unseres Landes. Ich erwarte vom Bundesrat, dass er bald die Möglichkeit schaffen wird, rechtzeitig die Lücke zu schliessen.

Im zweiten Teil meiner Ausführungen möchte ich mich mit der sich ausbreitenden Behauptung, der kalte Krieg sei zu Ende, auseinandersetzen. Diese Behauptung wurde von utopischen Hochgradpolitikern bei Besuchen und auf Konferenzen in die Welt gesetzt, von den Medien verbreitet und eingehämmert und schliesslich von Parlamentariern und Bundesräten kritiklos übernommen.

Kurz nach dem Fall der Berliner Mauer hatte Gorbatschow vor russischen Studenten geäussert: «Wir sind für einen lebendigen Lenin.» Doch wer bei uns erinnert sich noch an die Marschparolen des lebendigen Lenin? Hierzu drei Zitate: «Wir gehen vorwärts, wenn wir zurückgehen.» «Wenn wir stark sind, dann lasst uns Schwäche vortäuschen.» «Die taubstummen kapitalistischen Hamsterer und ihre Regierungen werden uns Kredite eröffnen, welche die Kassen der kommunistischen Organisationen in ihren Ländern füllen, und werden mit der Lieferung von Waren aller Art unsere Kriegsproduktion vergrössern und verbessern, die wir für künftige siegreiche Angriffe gegen unsere Lieferanten benötigen.»

Was meint Gorbatschow mit seinem «lebendigen Lenin»? Solche Aeusserungen müssen wir ernst nehmen, und wir müssen auch beim Entspannungsprozess auf der Hut sein. Ist der kalte Krieg wirklich liquidiert, wenn die Auslandagenten des

Stasi oder die in unser Land eingeschmuggelten Speznas-Leute nicht enttarnt und ausgeschafft sind? Herr Kollege und Brigadier Mühlemann hat von 3000 Personen gesprochen.

General Markus Wolf, einer der höchsten Stasi-Chefs, ist mit den Auslandsakten des Stasi noch rechtzeitig nach Moskau verschwunden. Die Fichen über uns hier im Parlament, die Organigramme und Einsatzpläne für ausländische Geheimorganisationen in der Schweiz dürften in Moskauer Kellern lagern – leider gibt es dort im Osten keine Puk 1 und keine Puk 2.

Die Schweiz war immer und ist noch das Eldorado der fremden Geheimdienste und der fremden Dunkelmänner. Wer weiss, vielleicht wurden bestimmte Enthüllungen im Zusammenhang mit Puk 1 und 2 von ausländischen Agenten an Journalisten weitergegeben – wer weiss?

Zum Schluss möchte ich all jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die bereit waren, im Kriegsfall besonders gefährliche geheime Aufgaben zu übernehmen, persönlich danken. Im Gegensatz zu gewissen Journalisten unterstelle ich diesen Leuten keine unlauteren, verfassungsfeindlichen Absichten, denn es gibt auch nach dem Spuk-Bericht – entschuldigen Sie den Freudschen Versprecher: nach dem Puk-Bericht – keine diesbezüglichen Anhaltspunkte.

Ich hoffe, dass mit der Behandlung des vorliegenden Berichts dieser Spuk vorbei sein wird.

**M. Spielmann:** Je ne veux pas reprendre tout ce qui s'est dit dans le débat depuis ce matin, mais simplement préciser que j'étais parmi ceux qui avaient exprimé leur scepticisme quant aux résultats qu'on pouvait attendre d'une telle commission d'enquête. Certes, elle apporte quelques débuts de réponses et donne surtout un éclairage accablant sur les responsabilités politiques des responsables qui ont fermé les yeux face à la mise en place de cette armée secrète, mais en fait elle soulève plus de questions qu'elle n'apporte de solutions. D'ailleurs, les révélations qui se succèdent après le dépôt de son rapport le démontrent. Décidément, s'il y a une constante chez les responsables successifs du Département militaire fédéral – il a déjà été relevé à cette tribune que trois d'entre eux siègent aujourd'hui encore au Conseil fédéral – c'est qu'ils sont toujours en retard d'une révélation. Cette constante dans le retard et dans la volonté de faire la transparence laisse planer plus que des doutes sur le désir de tourner la page. Plus grave encore, comme cela a été dit à plusieurs reprises depuis le début de cette affaire, on tente de cacher tout ce que l'on peut, sauf lorsqu'il n'y a plus d'autres possibilités. Face à cette réalité, une seule décision s'impose, soit prendre en main les destinées de ce département, soit démissionner.

Mise en place de cette armée secrète: elle a lieu dans le contexte – comme cela a été répété tout à l'heure – des années 80 et aussi sur la base de ce qui s'est fait dans le cadre des fiches de la police politique. Elle a donc un but bien précis. On a affirmé aujourd'hui que nous avions l'imagination féconde de quelqu'un qui aurait la maladie de la persécution. J'aimerais quand même rappeler qu'il y a une constante dans les fiches du Ministère public et dans les décisions de l'armée secrète. On a prévu d'interner des gens, on a rédigé des listes de personnes, non en fonction de leurs activités, mais en fonction de ce qu'elles pouvaient penser ou de leurs éventuelles actions. Ceci est particulièrement grave. Rappelez-vous simplement les conclusions du rapport Bonjour. Pensez simplement à ce qui se serait passé lors de la dernière guerre avec une invasion de l'Allemagne hitlérienne. Elle n'aurait plus eu qu'à utiliser les mandats de perquisition et d'arrestation qui avaient été préparés pour 2000 citoyens de ce pays. Cette décision est donc particulièrement insoutenable.

Le problème de fond soulevé – je dois dire que je suis effaré d'avoir entendu certaines prises de position à cette tribune – concerne un changement de mentalité. On ne défendra pas le pays contre une partie de sa population. L'histoire a démontré que ceux qui se sont tout le temps battus sont aussi ceux qui ont pris part à la vie politique de ce pays, quelquefois de manière critique. Or, tout progressiste, toute personne coupable de s'être manifestée pour la paix, de s'être engagée pour la protection de l'environnement était systématiquement fichée et désignée comme traître à la patrie. Tout cela est inaccepta-

ble, d'autant plus que, si on consulte l'histoire, on remarque dans quel camp se sont placés les superpatriotes au début de la dernière guerre. Rappelons aussi qu'à cette époque on avait parlé du groupe des 200. Aujourd'hui, on se réfère à un groupe des 400. Il y a là parfois quelques rouages de l'histoire qui se regroupent.

En ce qui concerne les réponses non apportées, celles ayant trait aux liens avec la CIA, il faut dire qu'il y a toute une série de révélations qui tombent depuis quelques années et qui d'ailleurs éclairent d'un jour nouveau les activités des armées secrètes de l'ensemble de l'Europe. Ainsi, elles seraient coupables ou elles auraient préparé des attaques de train en Italie (Italicus). On parle aussi à leur propos de l'attentat de la gare de Bologne et de liens avec Gelli. On rappelle aussi que dans la commission d'enquête parlementaire italienne sur la Loge P-2, le vice-président, Alberto Cecchi, avait déjà parlé de ce Club de Berne – antenne de la CIA – qui préparait en fait toute une série d'offensives. Il avait été clairement dit, et la télévision suisse alémanique l'avait aussi annoncé par l'intermédiaire d'un membre de la CIA, que l'OTAN était directement liée à la CIA, aux armées secrètes et aux organisations «Gladio» successives et, dans les pays neutres, elles passaient par des groupements tels que celui-ci. Il y a donc là aussi toute une série de questions qui sont soulevées et qui sont restées sans réponse.

C'est la raison pour laquelle je souhaitais que la commission poursuive son travail. Toutefois, comme les deux rapporteurs ont répondu par avance à mon souhait au début de cette séance, je retire ma proposition.

Je conclus en affirmant que l'on ne changera rien, ni dans l'affaire des fiches, ni dans l'affaire des polices secrètes, ni dans celle de l'armée secrète, sans une profonde évolution de la mentalité, sans une ouverture sur l'avenir et sans une prise en compte de tous ceux qui, dans ce pays, participent activement à la construction démocratique avec un esprit critique, car sans un tel esprit on ne progresse pas. Alors, vouloir s'aliéner toute une partie de la population, c'est affaiblir la défense de ce pays.

**Präsident:** Herr Spielmann hat seinen Antrag zurückgezogen.

**Schmid:** Die Puk EMD hat analog zur ihrer Vorgängerin in einen merkwürdigen Untergrund hineingestossen und ist auf einen Sumpf gestossen. Da beide Male zum Teil gleiche Namen auftauchen und dies bei der Ueberprüfung des Falles Jeanmaire wiederum der Fall ist, handelt es sich unter Umständen um den immer gleich grossen Sumpf. Das kann einen erschrecken, wenn man bedenkt, dass wohl auch nach Abschluss aller Untersuchungen der Sumpf in seinem Ausmass noch lange nicht und vielleicht überhaupt nie abgesteckt werden kann. Man kann wohl Teile davon trockenlegen, aber vielleicht müssen wir mit ihm leben lernen und uns fragen, wie er entsteht und was zu tun ist, um ihn in Grenzen zu halten.

Die Demokratie ist die anspruchsvollste und darum wohl auch die zerbrechlichste Staatsform, die es gibt. Sie lebt von der Oeffentlichkeit und vom Dialog. Was nicht in der Tageshelle ausgetragen wird, treibt sein Unwesen in der Düsternis des Untergrunds, und zwar ungeachtet dessen, wie die weltpolitische Lage im Augenblick beurteilt wird. Dies hat eine lächerliche und eine bedrohliche Seite zugleich: lächerlich, weil es so gar nicht mehr in das Bild der internationalen Entspannung passt, bedrohlich, weil die Ueberwachungen und Bespitzelungen sich unweigerlich auch auf unbequeme, kritische Leute im eigenen Land ausdehnen. In der Tat ist kaum anzunehmen, dass eine solche Truppe je fein säuberlich zwischen äusseren und angeblich inneren Bedrohungen des Landes unterscheiden kann.

Während der Vorgänge in Rumänien erfuhren wir erstmals von der Existenz einer Geheimarmee. Keine Angst, ich ziehe da nicht einfach Vergleiche. Die Sache hat mich nur damals während der Diskussionen um eine Schweiz ohne Armee beschäftigt, weil offenbar weder die Existenz noch die Inexistenz einer offiziellen Armee vor einer möglichen illegalen und privaten Formation in der Unterwelt bewahrt. Ich kann mir sogar vor-

stellen: Je weniger wir öffentliche Institutionen zeitgerecht reformieren, desto mehr wuchern im Untergrund die Geheimbünde. Das ist keine Entschuldigung, höchstens eine psychologische Erklärung.

Ich setze daher einige Hoffnungen in eine wirklich umfassende Reform der Armee. Wir müssen diesem staatlichen Instrument jene Aufgaben geben, die zu lösen heute not tut. Wir können sie zu diesem Zwecke neu definieren, neu strukturieren, ja sogar völlig umkrepeln, die Wehrpflicht endlich einmal zur Dienstpflicht erweitern und die Angehörigen der Armee in die kommenden grossen sozialen und ökologischen Verantwortlichkeiten einbinden, statt jene zu diffamieren, die auf diese tatsächlichen Aufgaben und Gefahren hingewiesen haben. So wird der Sicherheit und dem Ueberleben am meisten Genüge getan, und so nebenbei werden die P-26-Leute und andere ängstliche EMD-Angestellte von ihrem wahnhaften Lebens- und Ueberlebensverständnis befreit. Räumen wir also angstfrei diesen unterirdischen Keller aus, und machen wir uns nach Bereinigung dieser unrühmlichen Vergangenheit an die gemeinsamen Aufgaben der Zukunft!

**Mme Aubry:** En prenant connaissance du rapport de la CEP DMF, j'ai ressenti une impression de malaise. On piétine volontairement ce que notre Parlement avait accepté en 1981, soit la création d'un service de renseignements extraordinaire. Seuls, le groupe du PÖCH et les communistes ne l'ont pas approuvé à l'époque. Aujourd'hui, les mêmes s'acharnent sur un soi-disant scandale qui n'en n'est pas un. Il y a des lacunes dans notre système, je l'admets, mais on peut y remédier.

Quels sont donc les buts recherchés par un rapport qui ressemble davantage à une oeuvre de délation et à des comptes d'espionnage qu'à un travail en vue de défendre notre sécurité? On a mis en miettes un sérieux morceau de notre défense en étalant des secrets qui devraient rester ignorés si nous voulons continuer de collaborer avec les services de renseignements étrangers ou tout simplement défendre notre pays. L'Europe est en plein bouillonnement et nous ne savons pas ce que l'avenir nous réserve à nous, Suisses, et à nos voisins. Veut-on faire oublier qu'à une époque la P-26 et la P-27 ont été acceptées par notre Parlement alors que la situation européenne était peu sûre? Nos compatriotes engagés l'ont fait de bonne foi et non par profit, et je remercie M. Darbellay de l'avoir souligné ici. Aujourd'hui, on fouine partout et on crie: «bas les masques» à ceux qui ont un secret de fonction ou détiennent un secret militaire. On les montre du doigt, comme des criminels. Qu'ont-ils fait d'autre que d'empêcher l'infiltration dans nos services de renseignements et que de recueillir des données importantes pour la sécurité du pays?

Ceux qui aujourd'hui, dans cette salle, en appellent à la démocratie et sont les plus acharnés à supprimer nos services de renseignements, n'étaient-ils pas les amis de Pol Pott qui a le sang de millions de Cambodgiens et de Vietnamiens sur ses mains, ou d'autres encore qui pliaient le genou devant les monuments de Staline ou louaient le régime des Honecker et Ceausescu? Et ce sont encore les mêmes qui exigent une base légale pour P-26 et P-27, alors que leurs amis des pays totalitaires employaient la Stasi, la Securitate, sans qu'ils émettent une seule protestation contre les meurtres et les violences.

Les propositions de la CEP DMF sont dangereuses. C'est particulièrement le cas de l'initiative parlementaire qui compromet la sécurité du pays, car elle mettrait des dossiers secrets entre les mains de n'importe qui. Ce rapport a pour but d'éveiller les soupçons sur tout ce qui touche à l'armée et c'est la suite d'un certain 26 novembre 1989. La Suisse en est aujourd'hui hébétée, les cadres de l'armée découragés, le pays déstabilisé. Beau travail! En un mot, je ne vois qu'une solution, mettre devant la porte du DMF une pancarte: «En liquidation au plus offrant». Ce seront ainsi 60 000 employés au chômage. C'est bien ce que cherchent certains ici présents, pensez-y!

Je ne puis que refuser un tel rapport. Notre pays vaut mieux que ces fouteurs. Monsieur le Conseiller fédéral, je vous réitère ici ma confiance à la tête du DMF, mais une confiance qui est liée à une démonstration de fermeté de votre part et de

celle des parlementaires encore aptes à juger de la gravité de la situation.

**Reich:** Gestatten Sie mir ein paar kurze Bemerkungen zum Komplex Finanzaufsicht aus der Perspektive der Finanzdelegation. Kurze Bemerkungen deswegen, weil ich der Januartagung der Finanzdelegation nicht vorgreifen möchte, die sich im Detail mit den sich hier stellenden grundsätzlichen Fragen befassen wird.

Kurze Bemerkungen aber auch aus einem verfahrenstechnischen Grund: Im Puk-Bericht steht auf Seite 10, dass alle befragten Personen angewiesen worden seien, über ihre Einvernahme Stillschweigen zu bewahren. Damit stellen sich der Finanzdelegation formale Probleme. Ich habe gestern Herrn Ständerat Schmid gefragt, ob diese Bestimmung noch Geltung habe. Er sagte, die Puk habe nichts anderes beschlossen. Er könne da keine klare Antwort geben. Ich muss infolgedessen Zurückhaltung üben, um nicht zusätzlich Wirrnisse rund um Beamte heraufzubeschwören, die ausserordentlich belastet sind und nach meiner Ansicht auch ungerecht behandelt werden, Beamte, die nach ihren eigenen Aussagen – im Sinne des Votums von Herrn Bonny – als Zeugen vorgeladen waren und nachher den Eindruck hatten, das Untersuchungszimmer als Angeklagte oder gar Verurteilte zu verlassen.

Hier und jetzt kann ich aber bezüglich Finanzkontrolle und Sekretariat der Finanzdelegation festhalten: In bezug auf die gesetzliche Grundlage ihrer Aktivitäten in diesem Zusammenhang war sie nach meiner Meinung in der gleichen Situation wie sämtliche anderen Beamten und Magistraten, die mit dieser Sache zu tun hatten – nicht mehr und nicht weniger.

Das wird im übrigen später einer abschliessenden Würdigung zu unterziehen sein. Gleichzeitig ist festzuhalten – und das wurde nie bestritten –, dass die finanztechnische Abwicklung ihrer Aufgabe untadelig war, zu keinerlei Beanstandung Anlass gibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Lanz – der heute morgen laut darüber nachgedacht hat, ob gegen die Exponenten der Finanzkontrolle nicht strafrechtlich vorzugehen sei – zu bedenken geben, dass er in diesem Zusammenhang doch wohl auch die Verantwortlichkeit der GPK und letztlich des Gesamtrates miteinbeziehen müsste, wenn es darum geht, strafrechtliche Positionen aufzubauen.

Zur Frage des Informationsstandes der Finanzdelegation: Frau Uchtenhagen hat heute vormittag ein sehr bitteres Votum abgegeben. Ich habe Verständnis für diese Bitterkeit, muss aber sagen, dass sie auf einer falschen Informationsbasis beruht. Im Puk-Bericht steht auf Seite 227, dass alle Präsidenten der Finanzdelegation über die Art der Finanzierung von P-26 und P-27 orientiert worden seien. Sie selbst hatte damit den Eindruck, sie sei nicht gleich behandelt worden wie andere Präsidenten der Finanzdelegation. Diese Annahme ist deswegen falsch, weil der Sachverhalt anders war.

Der Sachverhalt war wie folgt – Sie mögen sagen, es sei zu akribisch, aber in diesem Zusammenhang ist das sehr wichtig –: Die Präsidenten der Finanzdelegation wurden jeweils bei Amtsantritt darauf aufmerksam gemacht, dass die EFK im Zusammenhang mit dem Geheimbereich von Una und EMD ein Mandat habe. Das war die Aussage, und in etwas abgestufter Form erhielten die Militärsektionen der Finanzkommissionen die gleiche Auskunft. Sie wurden jeweils bei der Budgetbehandlung darauf hingewiesen, dass in einzelnen Positionen des EMD auch Beträge subsumiert seien, die diesen Geheimbereich betrafen. Ich weise darauf hin, dass auch die entsprechenden GPK-Sektionen jährlich Inspektionen im Bereich Una gemacht haben. Ich lanciere damit nicht ein Schwarz-Peter-Spiel, sondern ich stelle einfach den Sachverhalt klar.

Nochmals zur Finanzdelegation: Ich verstehe, dass Frau Uchtenhagen auf der Basis des Puk-Berichtes zu ihrer bitteren Aussage kam; aber ich wiederhole: Auf dem Hintergrund des präzisen Sachverhaltes, den ich hier dargelegt habe, ist kein Grund zu Bitternis vorhanden; auf diesem Hintergrund ist auch die Aussage von Herrn Bundesrat Villiger vor dem Ständerat, die Frau Uchtenhagen als Lüge bezeichnet hat, eben keine Lüge, sondern sie entspricht dem wahren Sachverhalt. Herr Villiger hat vor dem Ständerat wörtlich gesagt, die Präsi-

denten der Finanzdelegation seien eingeweiht worden, nämlich ins Mandat der EFK. Er hat nicht mehr und nicht weniger gesagt. Herr Bodenmann, Sie können nun in Ihrer bekannten Art lachen und den Kopf schütteln: Das war seine Aussage, und sie passt zum Sachverhalt, wie er besteht.

In diesem Zusammenhang – wenn schon von der Integrität von Herrn Villiger die Rede ist – möchte ich Ihnen noch folgendes sagen: Heute vormittag hat ein sehr hochrangiger nicht-bürgerlicher Politiker hier im Vorraum gesagt, nach seiner langjährigen Erfahrung sei Herr Villiger der stärkste EMD-Chef, den er kenne. Herr Villiger hat einen Nachteil: Er ist sehr präzise und skrupellos und nicht bereit – auch unter dem grössten Druck nicht –, Dinge zu versprechen, die er nicht halten kann. Das ist in der jetzigen Situation sein Pech, und wir sollten das entsprechend gewichten.

Ich möchte mich noch kurz zu zwei Voten äussern, die vorhin gefallen sind. Herr Herzog sagte, letztes Jahr hätte doch kein Mensch mehr an die Konfrontation von Ost und West gedacht. Andere haben das auch angetippt. Was war letztes Jahr um diese Zeit? Um diese Zeit stand das Schicksal des Volkes in Rumänien auf des Messers Schneide. Zu dieser Zeit fanden in Prag auf dem Wenzelsplatz noch die riesigen Schweigemärsche statt, die Druck ansetzten, um die Wende wirklich endgültig herbeizuführen: das ist die Realität. Wenn man sagt, das spiele heute keine Rolle mehr, ist das ganz einfach Geschichtsklitterung.

Ich möchte in diesem Zusammenhang Herrn Thür ein Wort sagen: Sie haben heute vormittag eine geradezu geniale Wortschöpfung gebraucht. Sie haben «Geheimarmisten» gesagt und damit die Assoziation zu den Rotarmisten beschworen. Das ist raffiniert, ist aber auch perfid, perfid auf eine besonders infame Art.

Der allgemeine Ruf nach Transparenz ist sicherlich berechtigt, aber er betrifft nicht nur die sogenannte Fichendemokratie, er betrifft auch die Informantendemokratie. Das EMD hat seit Jahr und Tag Lecks, die von einem Teil der Medien ausgenutzt werden. Da war niemand, der die moralischen Ansprüche re-etablierte und sagte, so gehe das nicht. Wenn das Vertrauen in diesem Lande wieder aufgebaut werden soll, muss auch die Rolle der Medien in den letzten Monaten aufgearbeitet werden, sonst kann das Vertrauen nicht wirklich wiederhergestellt werden.

**Baerlocher:** Das Vertrauen in die Regierung, in das Parlament ist nach Puk 1 und nach Puk 2 weiter geschwunden. Wo bleiben die Konsequenzen? Für mich ist das die wichtigste Frage nach dem Puk-EMD-Bericht. Ich meine damit nicht Suspensionen im Amt und Auflösung der P-26 und P-27. Es ist typisch für das schweizerische Regierungssystem, dass sich in derartigen Situationen keiner als wirklich verantwortlich bezeichnen will; weder der zuständige Bundesrat noch seine Vorgänger noch die Verantwortlichen im EMD.

Die Pressekonferenz der EMD-Verantwortlichen, des Generalstabschefs und von «Rico» zeigt, dass diese wie bellende Hunde alle Vorwürfe abstreiten und selbstverständlich keine Konsequenzen dulden wollen. Diejenigen Köpfe, welche die geheimen Dienste geplant und aufgeboden haben, haben sich bewusst und von Staates wegen gegen Demokratie und Bevölkerung gestellt. Antidemokratische Handlungen und Strukturen wurden mit einer selbstdefinierten Staatsraison und dem Diktat militärischer Geheimnisse gerechtfertigt.

Es macht heute den Anschein, dass im EMD eine Geheimgruppe ohne politische Kontrolle am Werke war und ist. Durch die Puk EMD wurde ein weiteres Stück des Militär- und Regierungsfalles aufgedeckt. Rücktritte scheinen mir dringend, damit eine demokratische Erneuerung, eine Perestroika in der Schweiz möglich wird.

Bei der Lektüre des Puk-EMD-Berichtes werden die Mentalität und die Gedankenwelt dieser Männer im EMD überaus deutlich. Bis in die jüngste Zeit herrschte bei der Una, im Generalstab die Vorstellung des kalten Krieges. An der Pressekonferenz des EMD kommt diese Mentalität weiterhin zum Ausdruck. Da wird mit dem Verweis auf die historische Notwendigkeit der Aufbau einer Geheimorganisation ausserhalb jeglicher Rechtsstaatlichkeit gerechtfertigt. Doch unter dem Vor-

wand kalter Krieg ging es um mehr als um die Abwehr des sogenannten bösen Feindes im Ausland: In verschiedenen Ländern Europas wankte infolge der Bewegungen von 1968 die politische Stabilität; das Image des Vorbildes USA war nach dem Vietnamkrieg mehr als angekratzt; in Italien und in Frankreich stand die Regierungsbeteiligung der Kommunisten zur Diskussion.

Die Rolle der geheimen Dienste, von Gladio, von Stay-behind-Organisationen in Westeuropa ist gerade heute, nach verschiedenen Enthüllungen, offensichtlich: Es ging diesen Militärstrategen der Nato nicht um den Widerstand nach einer militärischen Okkupation, sondern um die Verhinderung politischer Veränderungen mittels Schaffung eines unsicheren politischen Klimas. Gerade die jüngsten Veröffentlichungen, Enttarnungen machen eine Untersuchung über Nato- respektive Stay-behind-Verbindungen der Schweiz absolut notwendig. Es scheint mir daher richtig, dass die Puk EMD gemäss ihrem gestrigen Antrag ihre Arbeit weiterführt. Insbesondere dürfen dabei Untersuchungen nicht auf das EMD beschränkt werden, sondern es müssen andere Departemente einbezogen werden.

Wer hat also hinter dem Rücken des Volkes Geheimpolitik betrieben? Wer sind die wirklich Verantwortlichen? Diese Fragen müssen nach dem Puk-EMD-Bericht restlos aufgeklärt werden. Wer hat nun recht, Generalstabschef Senn oder die Bundesräte, welche beim Anhören durch die Puk EMD ihre Kenntnisse über P-26 und P-27 abstritten oder sich nicht mehr erinnern konnten? Wer hat recht, die Bundesräte, die beispielsweise 1979 informiert waren, also die Bundesräte Hürlimann, Ritschard, Honegger, Aubert, Gnägi, Furgler und Chevallaz? Fragen über Fragen. Diese Fragen zu beantworten, mit der Geheimnistuerei aufzuhören: dies scheint mir für eine Schweiz im Umbruch mit einer Regierung ohne Vertrauensbasis bitter notwendig.

**Frau Grendelmeier:** Es ist nicht ganz einfach, als 44. Rednerin noch etwas zu sagen, was nicht schon gesagt worden wäre. Ich habe versucht, mir ein Bild zu machen vom Klima in diesem Land, dessen Bevölkerung wir ja repräsentieren oder repräsentieren sollten. Ich habe versucht, die Stimmungsebene in diesem Saale während dieser Debatte herauszufiltern, und es ist mir folgendes zuallererst aufgefallen: dass eine unendliche Trauer darüber zu herrschen scheint, dass wir ein geliebtes Feindbild verloren haben. Und es ist mir aufgefallen, dass man verbissen versucht, dieses Feindbild herüberzuretten in die so unselige Gegenwart von Glasnost und Perestroika.

Damit das überhaupt möglich ist bis heute, bis an diesem 13. Dezember 1990, muss man zwingend das sogenannte «zeitgeschichtliche Umfeld» oder den «damaligen Zeitgeist» oder die «historische Sichtweise» bemühen, um eine durch und durch un-demokratische Grundhaltung zu rechtfertigen – die ja nicht besser wird dadurch, dass sie vor 20, 30, 40 Jahren stattgefunden hat, und vor allem dadurch, dass sie bis heute angehalten hat. Alsdann versucht man, so schnell wie möglich – wie sonst bei keinem andern Thema – zur so geliebten Tagesordnung zurückzukehren mit dem schlichten Hinweis, dass wir soviel wichtigere Aufgaben zu bewältigen hätten als dieses ewige Gerede von Fichen und ähnlichen unschönen Dingen.

Richtig: Wir haben bei Gott Wichtigeres zu tun, als uns mit einem Geheimgrüppchen von schäbigen 400 Mann – ich bitte zu bemerken, dass ich nicht von einer «Armee» geredet habe, sondern von einem «schäbigen Grüppchen von 400 Mann» – zu beschäftigen, von denen niemand etwas wissen durfte, weder der Bundesrat noch das Parlament, und die uns im Falle eines sogenannten Umsturzes als Widerstandsarmee dann doch plötzlich hätten dienen sollen.

Abgesehen davon, dass es sich hier um eine Mischung von unerträglicher Arroganz und Dilettantismus handelt, wird hier die Demokratie von Grund auf in Frage gestellt. Wir können und wir dürfen nicht einfach weitergehen, zur Tagesordnung übergehen, ohne dass wir uns mit dieser Vergangenheit auseinandergesetzt haben.

Wir sind die ersten, die es den Deutschen unendlich lange

übelgenommen haben oder hätten, hätten die nicht versucht, ihre Vergangenheit zu bewältigen. Wir aber wären vermutlich mit Hinweis auf die «Gnade der späten Geburt» zur Tagesordnung übergegangen. Wir sind uns in diesem Lande nicht gewohnt, dass auch wir eine Vergangenheit zu bewältigen haben. Auch da bekommt unser gehätscheltes Bild vom «Sonderfall Schweiz» einen herben Schlag. Auch da müssen wir umdenken.

Es genügt aber nicht, auf eine Eiterbeule ein grosses Pflaster zu kleben und wegzuschauen, in der Hoffnung, sie würde von selber verschwinden. Hier gibt es nur eines: aufstechen – und das tut weh. Es tut weh, wenn wir einen Fehler zugeben müssen, zu einer Schuld stehen müssen. Erst wenn wir uns entschuldigen bei all denen, die bespitzelt worden sind, bei all denen, die verdächtigt worden sind, bei all denen, die verunglimpft worden sind – zum Teil ohne dass sie es überhaupt wussten –, können wir wieder nach vorne schauen. Aber es braucht eine öffentliche Entschuldigung und das Eingeständnis, dass man einen Fehler gemacht hat. Und dieses Eingeständnis, diesen Hauch von Reue vermisste ich in diesem Saal. Es würde Herrn Villiger wohl anstehen – Frau Ulrich hat es gesagt –, wenn er sich *pars pro toto* bei Herrn Kohlschütter entschuldigen könnte, um wenigstens bei diesem Menschen etwas gutzumachen.

Am Schluss noch etwas Erfreuliches: Zwei Vertreter jener bürgerlichen Partei, die 1848 dieses Land mitbegründet hat, haben – als einzige jener Partei – den Mut gehabt, diese Schuld einzugestehen; sie haben sich und uns daran erinnert, dass es auch einmal eine Schweiz gab, auf die man stolz sein konnte, die mutig war, die es nicht nötig hatte, im Untergrund zu agieren. Und auf diese Schweiz warte ich.

**M. Eggly:** Rassurez-vous, je ne viens pas me justifier d'avoir fait partie, avec quelques collègues ici présents, de ce fameux «Beirat» ou Conseil de parlementaires. Lorsque, à un moment donné, on estime qu'on doit faire quelque chose, même si ensuite il y a de l'agitation et des secousses, on doit l'assumer jusqu'au bout et il n'y a rien de plus triste que ceux qui se dégonflent parce que les turbulences arrivent et qui n'assument pas complètement ce qu'ils ont fait.

La question que pose ce rapport, c'est bien évidemment la question essentielle de la base légale. Était-elle suffisante, ou bien n'y en avait-il pas du tout, et dans ce cas était-ce inadmissible? Autre question, celle du contrôle politique. Je comprends très bien que l'on pose ces questions, cela fait réfléchir, et c'est à mon avis ce qu'il y a de plus valable et de plus intéressant dans le rapport de la commission. Je voudrais dire cependant ici que, davantage encore après les discussions qui ont déjà eu lieu, y compris en public, le mandat constitutionnel sur l'idée d'une défense, d'une résistance en cas d'invasion, apparaît très clairement. Je voudrais rappeler que l'intention politique du rapport sur la sécurité était clair aussi et que le Parlement en avait parfaitement pris acte; que la Commission de gestion, et plus particulièrement sa sous-commission, et le Parlement derrière elle avaient également pris acte et par conséquent approuvé cette grande idée de la résistance armée à un oppresseur totalitaire qui occuperait le territoire; qu'enfin, malgré tout, le Conseil fédéral a été informé par deux fois dans son entier, dans toute sa collégialité, et que sa délégation l'a été aussi.

Monsieur le Conseiller fédéral, avant vous il y a eu deux autres chefs du Département militaire fédéral et je regrette un peu, je le dis franchement – et là je crois que je rejoins même M. Herzog – que vous soyez tout seul à ce banc, je regrette que M. Delamuraz et M. Koller ne soient pas à vos côtés, pour marquer que, contrairement à ce qui a été dit, le gouvernement savait ce qu'il en était dans les grandes lignes, approuvait le principe; et s'il n'en savait pas davantage, c'est parce qu'il ne l'a pas voulu. En effet, j'insiste sur ce point: au moment où l'on parle de contrôle politique, ce que le Conseil fédéral ou même ce que le Parlement, et notamment la Délégation des finances, n'a pas su, c'est ce qu'il ou ce qu'elle n'a pas voulu savoir, car l'autorité politique aurait pu avoir tous les renseignements qu'elle aurait souhaités, et cette façon de dire qu'il s'est passé

des choses à l'insu et contre l'autorité politique relève de l'es-roquerie intellectuelle et de la supercherie politique.

J'en reviens maintenant au contexte international. M. Peter Sager l'a dit mieux que je n'aurais su le faire: le contexte international justifiait amplement la P-26 et la P-27. La démarche était hautement légitime et la question qu'on peut se poser, c'est de savoir si tout cela ne sentait pas un peu trop l'amateurisme et si finalement cela se serait révélé efficace en cas de besoin. En réalité, cette question est plus importante que beaucoup parmi celles que nous posons actuellement. Pourtant, je suis d'accord, je le répète, avec un examen critique et j'accepte celui auquel la commission nous a contraints. Personnellement j'y suis prêt, mais j'estime que dans ce pays et dans ce Parlement on devrait en avoir assez de ces inversions des valeurs et des hommes avec leurs valeurs.

Je dois reconnaître, Monsieur Carobbio, que vous avez lu un rapport relativement modéré. C'est la raison pour laquelle, contrairement à ce qui aurait pu se produire, je ne vous attaquerai pas. Je vous dirai cependant que j'aurais aimé que vous insistiez davantage que vous ne l'avez fait sur la bonne foi et sur l'engagement civique des gens qui ont servi aussi bien à la P-26 qu'à la P-27.

Monsieur Spielmann, vous avez eu aussi la sagesse de tenir ici un discours modéré. C'est pourquoi je ne répliquerai pas comme je l'aurais fait si vous aviez tenu un autre discours. Je me contenterai de vous renvoyer également à ce qu'a dit M. Sager tout à l'heure, lorsqu'il a, avec sa culture habituelle, décrit quelles étaient en Europe les menaces qui pouvaient peser sur nous et notre pays. Ces menaces, venant de pays qui ne vous étaient quand même pas très étrangers, ont été fortes et crédibles jusqu'à il y a très peu de temps. Par conséquent, je pense que, là aussi, la P-26 en tout cas et la P-27 aussi, car il faut bien un service de renseignements, étaient parfaitement légitimes.

Quant à vous, Monsieur Longet, je vous pose la question: quel est ce scénario qui consisterait à faire croire ici et ailleurs que la P-26 par exemple serait un danger pour la démocratie, alors qu'elle était là précisément pour vous permettre, à vous le démocrate critique comme vous vous intitulez, de le rester, dans les valeurs démocratiques qui nous sont chères à tous?

Monsieur le Conseiller fédéral, je crois que ces gens qui ont servi l'Etat et la démocratie, qui étaient des démocrates «jusqu'au-boutistes», méritent ici vos remerciements. Nous aimerions que l'on n'entende plus ici des excuses de la part du gouvernement, que l'on cesse de se couvrir de cendres, nous aimerions que le Conseil fédéral gouverne, dirige et rende hommage à ceux qui sont prêts à défendre ce pays. (*Applaudissements partiels*)

#### *Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle*

**M. Spielmann:** Après les paroles de MM. Eggly et Sager, je voudrais formuler une réflexion à l'intention de cette assemblée. On a abondamment évoqué les transformations en cours dans les pays de l'Est; je suis de ceux qui sont satisfaits de ces transformations démocratiques et de la manière dont elles se déroulent. Mais, dans un cas, cela ne s'est pas passé aussi calmement et démocratiquement qu'ailleurs, c'est-à-dire là où il y avait une armée secrète, la Securitate, qui a tenté d'empêcher par la violence le changement démocratique, et c'est précisément ce que voulait faire la P-26 dans ce pays. (*Brouhaha*)

**Luder:** Mein Votum steht unter der Ueberschrift: «Mein Nationalratskollege Thür und der ehemalige Generalstabschef Zumstein.» Ich decke meine Karten auf: Ich bin einer der drei Nationalräte, die den gleichen Heimatort haben wie der ehemalige Generalstabschef. Aber das ist nicht der Grund, warum ich hier vorne stehe.

Ich bin nicht einverstanden, wie sich Herr Thür über das Verhalten von Herrn Zumstein in den Medien geäußert hat. Ueberrigens: Als Herr Zumstein die P-26 übernommen hat, gab es noch keine grüne Fraktion. Das nur, um aufzuzeigen, von welcher Zeit wir reden.

Zumstein hat nichts Böses getan. Er hat seine Pflicht erfüllt,

und er hat recht mit der Aussage: «Schweizer haben Schweizer entwaflnet.» Diese Aussage trifft auf die Waffen zu, die glücklicherweise nie verteilt wurden. Und die Enttarnung von P-26 und jetzt von P-27 als geheimer Widerstands- und Nachrichtenorganisation beruht ja auch auf Schweizern, und das ist eigentlich gut so. Es ist viel besser, dass es Schweizer gewesen sind, als wenn es Ausländer gewesen wären.

Zumsteins Aussage sagt aber auch: Diejenigen, die entwaflnet und enttarnt haben, tragen auch die Verantwortung dafür, dass wir nun keine Organisation für die Organisation von Widerstand bei Landesbesetzung mehr aufweisen können.

Die Aussage, dass keine parlamentarische Kontrolle angeregt oder verlangt wurde, entspricht einem Grundsatz der Geheimhaltung, nämlich, dass der Kreis der Wissenden möglichst klein gehalten werden muss. Der damalige Generalstabschef Zumstein hatte auch die Verantwortung über die Geheimhaltung.

**Fierz:** Es wird viel gesprochen, aber es ist wahrscheinlich nötig, dass wir uns gegenseitig die Positionen erklären, die sehr verschieden sein können. Ich bin zwischen den Generationen und habe eine etwas gespaltene Position. Ich möchte einen Rückblick und einen Ausblick tun.

«Lieber tot als rot», hat man sich nach den Ueberfällen auf Ungarn, auf die Tschechei und auch noch auf Afghanistan gesagt. In diesem Geist habe ich 1000 Tage Militärdienst geleistet, ohne Lust, aber mit Ueberzeugung, als Beitrag zu einer Dissuasion. Ich habe dabei als Divisionäre Herrn Senn und Herrn Zumstein kennengelernt: Herrn Senn sehr gut, Herrn Zumstein etwas weniger gut. Ich habe von beiden – das will ich hier feststellen – damals in den siebziger Jahren einen hervorragenden Eindruck als Generäle gehabt. Ich kann das nicht von jedem Divisionär sagen. Natürlich waren sie hart und vielleicht manchmal unangenehm. Aber wir wollen ja keine Sozialarbeiter als militärische Führer.

«Lieber grün als tot», musste man sich seit 1969 sagen, als man zu realisieren begann, dass wir diesen Planeten beängstigend rasch ruinieren. Viele haben begonnen, sich zu engagieren. Meine Frau und ich haben damals den Einstieg über die Verkehrsunfälle genommen: Wir fanden, wir sollten die Kinder nicht totfahren. Wir engagierten uns für Tempo 50, für Wohnstrassen und was damals so aktuell war – heute alles Selbstverständlichkeiten.

Wir mussten dann Ende der siebziger Jahre überrascht feststellen, dass Ernst Cincera, der mir inzwischen lieb geworden ist, mit einem Vortrag durch die Lande zog, der hiess: «Unsachliche Angriffe auf das Automobil als Mittel zur Unterwanderung von Staat und Gesellschaft». Da waren wir also bei den Unterwanderern! Die unheimlichen Patrioten witterten damals Gefahr für das Vaterland von den AKW-Gegnern, von Schäfern von Longo Mai, von den Friedensfrauen usw.

Diese wahnhaftige Grünrot-Blindheit gehörte zur Kultur der siebziger und der achtziger Jahre. Das war ganz weit verbreitet und hat sich auch im Feindbild der Geheimdienste niedergeschlagen. Geheimdienste haben, Herr Braunschweig, nicht so sehr den Hang zur Lüge als den Hang zum Wahnhaften.

Ich habe das zuerst in London lernen müssen, als uns ein wahnkranker Geheimdienstangehöriger mit einem grossen Wahnsystem vorgestellt wurde; es wurde uns gesagt, dass sich wahnhaftige Leute sehr gerne in die Geheimdienste begeben. Sie laufen Gefahr, in das Wahnhaftige abzurutschen.

Beim Wahn stellt sich immer die Frage: Ist alles Wahn, oder wie weit ist es eben nicht Wahn? Es gab damals, als Russland noch aggressiv agierte, in der Schweiz Leute, die Honecker hofierten; Leute, die den Einmarsch in die Tschechoslowakei ausdrücklich guthiessen. Wir mussten den Eindruck haben, dass die Quislinge im Ernstfall bereitstünden. Wer damals Diktatur des Proletariats gefordert hat, sollte jetzt nicht empfindlich sein, wenn rechtsstaatliche Regeln der Demokratie verletzt sind. Alle anderen haben das Recht, aber die nicht!

Ausblick und Folgerungen: Es scheint mir, wir sollten diese überholten Feindbilder – grün, rot – hüben und drüben in die Mottenkiste der Geschichte versorgen. Geben wir Fehler zu, wo wir sie gemacht haben! Stellen wir Rechtsstaatlichkeit her, wo sie verletzt war! Aber vor allem scheint mir die Folgerung die: Wenn die Generäle falsch agiert haben, lag die Schuld bei

der politischen Führung. Nicht die Generäle müssen die Rechtsstaatlichkeit primär überprüfen. Sie haben einen Auftrag von der politischen Führung, und die politische Führung muss im Militärischen, in der Landesverteidigung und im Geheimdienst, wieder das Primat gewinnen. Zielvorgaben und Sinn müssen politisch definiert werden. Wer den Vorsteher des EMD anlügt, muss sofort fliegen! Lügen geht einfach nicht.

Herr Villiger, Sie wurden nicht nur in der Fichenaffäre angelogen. Sie wurden auch in einem einfachen Postulat über die Schirmbilder angelogen. Es wurde Ihnen und mir gesagt, man finde noch Tuberkulose. Als ich eine Statistik verlangt habe, stellte sich heraus, dass keine Statistik existiert. Das war einfach aus dem hohlen Bauch behauptet. Solche Dinge dürfen nicht mehr passieren!

Wir können Herrn Villiger nur ermutigen, jetzt die Führung zu übernehmen, damit eine Armee entstehen kann, die nicht Selbstzweck für Generäle ist, sondern wo junge Leute wieder einigermassen mitmachen können.

**Cincera:** Ich möchte zuerst Herrn Fierz für das Kompliment danken. Ich werte es so: Wir haben uns über gemeinsame kulturelle Interessen finden dürfen. Ich glaube, das ist das Beste, was einem Land passieren kann: wenn sich Menschen kulturell finden. Vielleicht finden sie sich später auch viel besser in der politischen Auseinandersetzung.

Ich danke Ihnen für das Kompliment, das Sie am Schluss auch Herrn Bundesrat Villiger gemacht haben. Gerade Herr Bundesrat Villiger ist ein Mann von einer ganz tiefen Kultur, belesen, denkend und nicht mit Textbausteinen referierend. Gerade diese Fähigkeiten sind es, die wir nutzen müssen, um aus den Vorfällen, die wir hier besprechen, Lehren ziehen zu können.

Ich wende mich noch an Frau Grendelmeier. Sie ist leider nicht hier. Sie sagte etwas, was mich doch sehr beschäftigt: Sie wirft uns, denjenigen, die den Staat vielleicht auf eine andere Art verteidigen als gewisse andere Leute in diesem Saal, vor, wir könnten nicht ohne Feindbilder leben. Leute wie Peter Sager und ich haben uns vier Jahrzehnte lang, unter nicht immer einfachen Umständen, bemüht, für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker einzutreten, für die in totalitären Systemen unterdrückten Menschen einzutreten. Wir sind äusserst glücklich, dass es dort jetzt anders geht, dass diese Leute endlich ihre volle Freiheit, die Meinungsfreiheit, die Äusserungsfreiheit, die Selbstgestaltung ihres Landes an die Hand nehmen können.

Ich kann Ihnen garantieren: Wir bekommen von diesen Leuten, für die wir eingetreten sind, den Dank heute mindestens so gut, wie ihn allenfalls jene bekommen, die noch vor kurzem in der Presse verlauten liessen, die DDR sei nicht so schlecht gewesen wie ihr Ruf.

Das sind die Tatbestände. Wir diskutieren jetzt einen Vorfall in der Schweiz, und da muss ich Frau Grendelmeier auch kritisieren. Das ist keine gute Dialektik, die sie anwendet: Wenn man erstens einmal aus dieser Kaderorganisation für den Widerstand einfach auch semantisch eine Geheimarmee macht, oder sogar eine Privatarmee, wie das Herr Thür gemacht hat, und wenn man diesen Leuten unterstellt, etwas ähnliches zu sein wie Geheimarmeen in totalitären Staaten. Es war das Gegenteil: Es waren Leute, die überzeugt waren, dass man gerade auch mit diesem Instrument, solches in unserem Lande verhindern kann. Das Beispiel der Zeitgeschichte in den letzten 40 Jahren hat uns bewiesen, dass es eben nicht nur den militärischen, sondern auch den politischen Angriff gibt, der ganze Völker die Freiheit kosten kann.

Solches zu unterstellen ist dialektische Unredlichkeit. Wir sind jetzt damit beschäftigt, die Vergangenheit zu bewältigen. Aber die Vergangenheit bewältigt man nicht, indem man die Zeitgeschichte verdrängt oder verharmlost. Man kann in guten Treuen verschiedener Auffassung sein, mit welchen Mitteln man die Sicherheitspolitik dieses Landes gestalten will.

Aus der Sicht der Jahre, die seit dem Zweiten Weltkrieg – für uns und in Europa – die politische Situation prägten, konnte man durchaus auch für solche Instrumente wie eine Widerstandsorganisation oder eine nachrichtendienstliche Organi-

sation eintreten. Im übrigen hat der Bundesrat ja gehandelt, er hat diese enttarnten Organisationen bereits aufgelöst, und wir haben jetzt eine neue Aufgabe: Wir müssen die Sicherheitspolitik der Zukunft in einer immer unsicherer werdenden Zeit lösen.

Die Diskussion um den Puk-2-Bericht hat mich noch in einer anderen Hinsicht beschäftigt. Wir diskutieren hier in diesem Saal, in der Öffentlichkeit und auch in den Medien an einer mir staatspolitisch gefährlich erscheinenden Grenze herum. Ich halte es für gefährlich, weil diese Grenze nicht sauber unterscheidet zwischen sachlicher und berechtigter Kritik einerseits und Wertung und Beurteilung der Ist-Zustände, der Geschehnisse andererseits. Wir wenden uns in unserer Kritik einer Methode zu, die – verbunden mit Dialektik und medien-trächtiger Enthüllungssucht – zu einem Kult erhoben wird, der zwangsläufig in unserem Lande eine destruktive Wirkung erzielen und mehr Schaden als Nutzen hinterlassen wird. Darüber müssen wir alle nachdenken – vor allem diejenigen, die diesen Kult als Bewältigung der Vergangenheit weitertreiben wollen.

**Ruckstuhl:** Als Stellungspflichtiger bekam ich das Soldatenbuch in die Hand. Später war es das militärische Grundschulreglement. Seither ist für mich selbstverständlich, dass einem möglichen Besetzer unseres Landes auch noch Widerstand erwächst, wenn unsere Armee diese Aufgabe nicht mehr offiziell wahrnehmen kann.

Im Rahmen meiner bescheidenen militärischen Laufbahn habe ich mich mit vielen Kameraden bemüht, diesen Anforderungen notfalls gerecht zu werden. Ich war auch überzeugt, dass ein Widerstand gegen eine allfällige Besetzung von der Basis her organisiert und nach Möglichkeit auch koordiniert würde. Eine Organisation zur Unterstützung dieses Widerstandes hätte in vernünftigem Rahmen auch innerhalb unseres Rechtsstaates durchaus Platz gehabt. Was muss aber beispielsweise ein Kasernenverwalter heute denken, wenn er von den verschleierte Millionen hört, während er jährlich zweimal von Amtes wegen überprüft wurde, ob er auch tatsächlich alle «Zwanzgerli» seines «Tschüttelautomaten» ablieferte?

Was uns in jüngster Zeit auf unakzeptable Art und Weise zwischen Geheimhaltung und Vertuschung präsentiert wird, ist nicht nur eine Frechheit gegenüber den politischen Behörden, es ist auch eine Beleidigung für Tausende von überzeugten Bürgern und Schweizer Soldaten, die sich ausserdienstlich, ohne jede Entschädigung, auf eine mögliche schwere Zeit vorbereitet haben.

Als Mitglied des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes stehe ich zu den vier Thesen, wie sie Ihnen heute auf die Pulte gelegt wurden. Sie decken sich zum Teil mit den Postulaten und Motionen der Puk EMD. Ich erwarte insbesondere eine klare Regelung der Kompetenzen und Kontrollinstanzen. Ich erwarte aber auch eine Richtigstellung von falschen Anschuldigungen und Verdächtigungen, selbst wenn diese von Parlamentariern in diesem Saal verbreitet werden.

So erwarte ich vom Bundesrat insbesondere eine Stellungnahme zum Votum von Herrn Günter: Herr Bundesrat, haben wir Offiziere, die behaupten, es gebe Bereiche, in denen das Militär das Primat vor der Politik habe? Wenn ja, glauben Sie nicht auch, dass diese Leute am falschen Platz sind und Konsequenzen gezogen werden müssten? Da Herr Günter diese Anschuldigung nicht persönlich, sondern im Namen seiner Fraktion aussprach, darf nicht von vornherein eine böswillige Verdrehung unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität angenommen werden. Im Interesse der Angesprochenen, die nicht das Privileg haben, sich an diesem Pult zu rechtfertigen, ist ein klärendes Wort notwendig.

**Hafner Rudolf:** Ich kann Herrn Bundesrat Villiger eine kleine Pause geben, in dem Sinne, dass ich jetzt in parlamenteigener Sache spreche. Es ist so, dass das Parlament durchaus bisher schon Strukturen hatte, die es ermöglicht hätten, diese Skandale zu verhindern: so das Organ der Finanzdelegation, die nach Gesetz den Auftrag und die Möglichkeit hat, sämtliche laufenden Finanzflüsse zu kontrollieren. Wenn ich im folgenden Kritik anbringe, will ich deutlich aussprechen, dass die

gegenwärtigen Mitglieder nicht lange im Amt und deshalb nicht in gleicher Weise in die Verantwortung eingebunden sind.

Das Ganze ist nicht einfach ein Geheimarmee-Skandal, sondern auch eine Finanzaffäre. Man kann im Puk-Bericht nachlesen, das Ganze sei mit Finanzmanipulationen gespiesen worden. Immerhin kommen die Staatsgelder aus Steuermitteln. Direkt oder indirekt ist praktisch jeder Bürger von dieser Sache betroffen, und es muss nachdenklich stimmen, wenn die Steuergelder in diesem Sinn verwendet werden.

Auf Seite 209 des Berichts kann man lesen, dass mehrere Präsidenten der Finanzdelegation in die Fragen eingeweiht waren. Es hätte also erstens durchaus die Möglichkeit bestanden, wenn man die Pflicht erkannt hätte, in die Tiefe zu gehen. Das ist nicht geschehen. Zweitens ist die Finanzierung von P-26 und P-27 ganz klar eine illegale Finanzmanipulation. Drittens konnte oder wollte die Finanzdelegation laut Puk-Bericht die gesetzwidrigen Verstösse nicht verhindern.

Unter diesen Umständen muss man sich fragen: Wie stehen wir als Parlament da, wenn wir zwar früher im Prinzip die Organe geschaffen haben, wenn diese aber aus irgendwelchen Gründen diese Zustände nicht verhindern konnten oder wollten?

Auf meine Anregung als Vertreter der grünen Fraktion hat Anfang dieser Woche eine Sondersitzung der Finanzkommission stattgefunden. Die Finanzkommission ist das weitere Organ, das sich um die Finanzdelegation gruppiert. Die Kommission hat es aber abgelehnt, eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus allen Fraktionen einzusetzen, in der man in einer zügigen, effizienten Weise sofort die bestehenden Probleme durchleuchtet hätte. Immerhin kann ich den Herren Reich und Züger, den Mitgliedern der Finanzdelegation, bestätigen, dass man den Entschluss gefasst hat, auf die Sache zurückzukommen. Ich hoffe, dass das wirklich in effizienter Art passiert und dass Sie als Parlament einen Bericht erhalten, in dem nichts beschönigt wird, sondern die Dinge ganz klar aufgedeckt werden, die die Puk bloss angeschnitten hat.

Wichtig ist aber vor allem die Strukturfrage. Bisher wurde es – trotz mehreren Anläufen seitens der grünen Fraktion – immer wieder abgelehnt, die Finanzdelegation zu erweitern. Und ich frage Sie: Was ist das für ein Demokratieverständnis, wenn ausgerechnet einem der wichtigsten Organe dieses Parlaments nur drei Vertreter der grössten Bundesratsparteien angehören? Hier ist es doch unbedingt notwendig – wenn man das Ganze demokratisch abstützen will –, auch die Vertreter der kleineren Fraktionen, die manchmal kritisch oder als Störenfriede auftreten, einzubeziehen. Weil das bisher nicht passiert ist, reichen wir noch in dieser Session eine entsprechende parlamentarische Initiative ein, um es endlich hinzukriegen.

Zuletzt noch eine Anerkennung an die SVP. Sie haben es fertiggebracht, Ihren Vertreter in der Finanzkommission, der langjähriger Präsident der EMD-Sektion war, zurückzuziehen; das ist zu anerkennen.

#### *Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle*

**Jaeger:** Ich möchte das, was Herr Hafner jetzt vorgetragen hat, in einem einzigen Punkt präzisieren. Es ist tatsächlich so, dass Herr Hafner diesen Antrag gestellt hat. Dieser Antrag ist aber auch materiell aufgenommen worden. Die Finanzkommission hat beschlossen, dass das Präsidium und der künftige Präsident der Finanzdelegation, der damals nicht dieser Delegation angehörte, diese Abklärungen vornehmen und entsprechend dem Plenum der Kommission, wo alle Fraktionen vertreten sind, Bericht erstatten. Wir werden im nächsten Finanzseminar einen ganzen Vormittag dazu verwenden, dieses Problem zu diskutieren; es wird dann auch der Rat darüber orientiert. Das muss hier gesagt sein, damit Sie sehen, dass auch wir uns hier um Transparenz bemühen.

**M. Cevey:** Le 25 septembre 1957, M. Jaeckle, conseiller national indépendant, faisait accepter sans débat son postulat. M. Paul Chaudet, alors conseiller fédéral, tout en émettant des doutes sérieux quant à l'opportunité d'une telle préparation,

soulignait que l'efficacité d'un système de résistance clandestine repose sur le secret absolu. L'acceptation du postulat Jaeckle explique, selon toute vraisemblance, le mandat donné en 1957/58 par le chef de l'Etat-Major général de créer une organisation de résistance. Le déroulement ultérieur des faits vous est maintenant connu.

Ce qui me paraît ressortir des investigations de la commission se résume en trois constatations concordantes. Primo, la nécessité de maintenir le secret absolu autour d'une telle organisation. Secundo, le danger d'intégrer tout dispositif de ce genre dans une stratégie officielle qui, en cas d'occupation du territoire et de capitulation décidée par le gouvernement, interdirait, en vertu du droit international, toute poursuite d'une résistance dans la clandestinité. Tertio, inopportunité, risque même d'un contrôle parlementaire institutionnalisé.

Partant de là, toute la démarche paraît logique. Etait-elle cependant raisonnable et, partant, acceptable à long terme? La Commission d'enquête se prononce nettement par la négative. Elle condamne le choix fait alors par les responsables entre deux attitudes de prudence. Primo, la prudence imposée par la nécessité absolue et la volonté de résister au-delà d'une capitulation, prudence d'éviter une relation institutionnelle entre l'organisation et les autorités gouvernementales ou parlementaires. Secundo, la prudence qu'aurait inspiré le souci de la légalité, donc la crainte qu'un jour – et nous y sommes – les structures les plus secrètes soient révélées au grand jour, que des personnalités engagées dans la confidentialité la plus absolue soient démasquées comme de vulgaires criminels, que des officiers supérieurs soient soupçonnés de félonie, et enfin que notre gouvernement soit accusé des pires légèretés.

Dans les temps de la guerre froide et dans le souvenir des actes souvent glorieux de mouvements de résistance, à l'ouest comme à l'est, notamment en Pologne asservie par les volontés complices de Hitler et de Staline, c'est la prudence, garante du secret et donc des possibilités de survie de la résistance nationale, qui a été choisie.

Aujourd'hui, dans l'euphorie des embrassades sur les gravats d'un mur érigé pour empêcher les Allemands de l'Est de fuir le «paradis» communiste, il est facile de juger péremptoirement que ce choix fut mauvais et critiquable et il est aisé de l'expliquer par la légèreté des responsables, et même, en travestissant la réalité, par le noir dessein antidémocratique de «traîneurs de sabre» ou de «chasseurs de sorcières» obsédés par leur anticommunisme. Car il convient de rappeler quelques jalons de cette guerre froide. Le blocus de Berlin décrété par Staline en 1948, la répression des ouvriers par les Soviétiques à Berlin-Est en 1953; l'écrasement de la révolution hongroise par les chars russes en 1956; l'écrasement du printemps de Prague par Moscou en 1968; l'invasion de l'Afghanistan par l'armée rouge en 1979; le coup d'état militaire en Pologne avec la bénédiction de Moscou toujours, il y a neuf ans, jour pour jour, ce 13 décembre.

A ce propos, certains d'entre vous ont peut-être entendu ce matin, à la radio romande, dans l'émission «Histoire d'un jour», à 6 h 45, l'ancien conseiller national Forel relativiser l'événement du 13 décembre 1981 à Varsovie; il a parlé des «éléments incontrôlés» de Solidarnosc. Neuf ans après, cette injure au mouvement de Lech Walesa m'a écoeuré, mais elle ne m'a guère surpris.

Puisque nous parlons de M. Forel, comment ne pas rappeler, en entendant M. Carobbio se gausser quelque peu de la P-26 et de la P-27, que maintes fois, à cette même tribune, son ancien collègue de groupe, M. Forel, s'est appliqué à combattre les crédits militaires, en nous recommandant de remplacer notre armée par la préparation à la guerre de maquisards.

Sagesse d'hier, folie d'aujourd'hui? Posez-vous la question, Monsieur Carobbio, même si vous savez mieux que moi à quel point tout était bon de la part de M. Forel et d'autres pour combattre les crédits militaires.

Des structures de résistance, qui eussent pu s'avérer utiles si notre pays n'avait pas été épargné, sont aujourd'hui démantelées. Un grave soupçon a été injustement instillé dans l'opinion à l'égard des responsables de notre défense nationale. Et le Parlement, pas plus que le Conseil fédéral, n'a le droit de se

draper dans la fausse dignité de l'ignorance, dans ces circonstances lamentables. Je ne puis approuver l'esprit dans lequel la CEP 2 a entrepris son travail. Les maladroites et les insuffisances révélées en l'occurrence ne justifient pas un tel acharnement. Assez détruit, assez sali!

**Ledergerber:** Man kann sich durchaus vorstellen, dass auch ein demokratischer Staat, wie die Schweiz es sein möchte, sich Ueberlegungen macht und Vorbereitungen trifft, um in einem Fall der Besetzung Widerstand zu leisten. Man kann darüber streiten, ob das die richtige Strategie ist; aber man könnte es sich vorstellen. Das allein ist nicht der Skandal. Das möchte ich vor allem jenen von Ihnen ganz klar zu verstehen geben, die hier vor das, was passiert ist, hingestanden sind und gesagt haben: Das war patriotisch und vaterländisch.

Der Skandal besteht darin, wie man das gemacht hat, wie man diese Ueberlegungen und diese Strukturen aufgebaut hat: ohne gesetzliche Grundlage, unter Verletzung einer ganzen Reihe von Vorschriften, ohne demokratische Legitimierung. Es wurde gelogen, gemauert, geklüngelt, veruntreut und konspiriert. Darin besteht das Aergernis; darin besteht der wichtige Teil des Skandals.

Dieser Skandal kann nicht geheilt werden durch vaterländische Gesinnung. Es gibt kein Notrecht in diesem Land. Das Gewissen übereifriger Patrioten erlaubte, im Namen der Freiheit und des Widerstandes unsere eigenen Gesetze zu brechen. Es ist auch unerträglich, wenn der Versuch unternommen wird, diese widerrechtlichen Machenschaften direkt von einem obskuren Naturrecht auf Widerstand abzuleiten – wie dies heute morgen gemacht wurde.

Als Republikaner und als Demokraten verlangen wir den Primat der Politik – und das nicht nur in Friedenszeiten, sondern auch im so viel und gerne beschworenen Ernstfall. Wer diese Grundmaxime unseres politischen Staates, unseres politischen Handelns nicht teilt, hat in einem demokratischen Parlament nichts zu suchen.

Genau an diesem Punkt beginnt der zweite Teil des Skandals: dass es unter uns Politiker und Militärs gibt, die alles, was vorgefallen ist, mit dem Hinweis auf den kalten Krieg rechtfertigen, ja sogar glorifizieren und sagen, dass das den Dank des Vaterlandes verdiene. Diese Art des Denkens ist Ursache der Staatskrise, wie wir sie haben. Es sind nicht so sehr unsere Strukturen, die versagt haben, es sind jene Politiker und Militärs, die in diesem Bereich nicht mehr zwischen Recht und Unrecht unterscheiden können; welche die Politik als Strammstehen vor einmal gefällten Entscheidungen verstehen; die nicht mehr kritisch hinterfragen können. Das macht unseren Staat kaputt.

Wir sind heute soweit, dass wir dem Bundesrat und erst recht dem EMD nichts mehr glauben können. Sogar Mitglieder der Puk sind nach intensiver, langer Arbeit zum Schluss gekommen, dass wir heute weniger denn je sicher sind, dass das, was wir zu sehen glauben, auch wirklich ist. In der Tat: Die Ungereimtheiten in diesem ganzen Halblügen- oder Halbwahrheitengebäude – wie Sie lieber wollen – sind unübersehbar.

Nehmen Sie die P-26, eine Widerstandsorganisation – geheim, aber trotzdem soll sie Dissuasionswirkung haben –, die den Kampf führen soll, aber aus älteren Herren zwischen 50 und 60 Jahren besteht. Die Geschichte lehrt uns, dass all diese Widerstandsorganisationen, z. B. die Résistance, von jungen Leuten getragen wurden, dass die älteren Herren dazu nicht mehr in der Lage sind. Die 50- bis 60jährigen sind allenfalls in der Lage, Umstürze zu provozieren, zu planen. Zum Widerstand, zum Kämpfen im Untergrund, sind sie nicht mehr in der Lage. Da machen auch die EMD-Mitarbeiter keine Ausnahme.

Wie heute der «Tages-Anzeiger» dargestellt hat, muss man zum Schluss kommen, dass gerade bei dieser P-26 die Ungereimtheiten so gross sind, dass eine internationale Zusammenarbeit mit diesen Gladio-Organisationen, mit diesem Shuffle und wie sie alle heissen, nicht ausgeschlossen werden kann. Eine Verbindung zur CIA könnte bestehen, auch eine Finanzierung solcher Organisationen in Europa durch die CIA ist möglich; ebenso ist es möglich, dass die Kommunikations-

systeme genau die gleichen waren; im übrigen gibt es eine ganze Reihe von weiteren Indizien.

Herr Bundesrat, uns bleibt unklar, wie Sie eine Organisation aufrüsten können und wollen, die Sie nicht kennen, die nach dem mittlerweile berühmten Kirschensystem aufgebaut ist und die im Untergrund weiterwuchert. Glauben Sie wirklich, dass die Liste der 400, die offenbar letzten Mittwoch zusammengestellt worden ist, tatsächlich die Mitglieder der P-26 wiedergibt? Worauf stützen Sie diesen Glauben?

**Hubacher:** Herr Villiger ist jetzt ziemlich genau zwei Jahre Vorsteher des EMD, und ich meine, der Start im Jahre 1989 war aussergewöhnlich gut. Die schwierige Abstimmung über die Initiative «Schweiz ohne Armee» ist nicht zuletzt dank Herrn Villiger in einer sehr demokratischen Art ausgefochten worden. Ich könnte mir Vorgänger vorstellen, die im Morgarten-Stil gekämpft hätten.

Und doch herrscht jetzt im EMD dicke Luft. Was ist eigentlich passiert? Herr Villiger ist irgendwie «ins Sandwich» geraten. Die Debatte war sehr interessant und ist bisher spannend verlaufen. Sie zeigt die enormen Auffassungsverschiedenheiten unter uns auf. Die einen finden, alles, was innerhalb P-26 und P-27 geschah, sei nötig, legitim und rechtsstaatlich in Ordnung gewesen; Betroffene – dazu gehören wir – haben eine andere Auffassung. Wir müssen wahrscheinlich lernen, miteinander umzugehen, Konflikte auszutragen.

Wir haben immer befürchtet, dass das EMD ein Staat im Staate sein könnte. Wir meinen, hier hat sich gezeigt, dass es so ist. Wir haben immer befürchtet und gespürt, dass mangels eines direkten äusseren Feindes – nicht mangels einer Bedrohung – ein innerer Feind konstruiert würde. Diese sogenannten Frontorganisationen, die von den «Ärzten gegen den Atomtod» – Nobelpreisträgern – bis zu den Demokratischen Juristen und allem, was sich im linken Umfeld bewegt, reichten, sind als innerer Feind, als trojanische Pferde, als Einstiegsmöglichkeit für den äusseren Feind betrachtet worden. Deshalb müssen Sie für die Betroffenheit, die Sensibilität der so disqualifizierten und diskreditierten etwas mehr Verständnis aufbringen, als das einige Redner getan haben. Ich danke den Rednern, vor allem Herrn Bütiker und Herrn Wanner, die sich da vorteilhaft abgehoben haben.

Nun, Herr Bundesrat, das EMD hat sich in diesem Staat irgendwie verselbstständigt. Sie laufen Gefahr, dass sich dieses EMD auch von Ihnen löst und dass es Ihnen entgleiten könnte. Wir sind uns wohl einig, Herr Bundesrat Villiger, dass für diese schwierige Führungsaufgabe – Sie haben ein schwieriges Departement übernommen, das in den letzten Jahren nicht gerade unter Führungsstärke «gelitten» hat – der Blindenhund kein Schrittmacher ist. Ich frage mich, wie lange Sie eigentlich einige Ihrer Chefbeamten derart von ihrer Verantwortung befreien wollen, wie Sie das bisher, in Ihrer absolut anständigen Art, getan haben.

Es gibt eine Verantwortung des Parlaments. Sie ist angesprochen worden. Wir sind irgendwie am Limit mit unserem Betrieb. Wir spüren das, und wir reden auch von Parlamentsreform, und rückblickend gesehen sind sicher auch Fehler begangen worden. Aber es gibt auch eine Verantwortung von Chefbeamten, die für gewisse Aufgaben gewählt und gut bezahlt werden. Wenn diese Chefbeamten Dinge tun, die nicht in Ordnung sind, dürfen sie nicht mehr geschont werden als irgendein kleiner Sünder.

Ich spreche hier als einer der acht Kolleginnen und Kollegen in diesem Rat, die sich erlaubt haben, den Waffenplatz Neuchâten-Anschwilien zu besuchen; es heisst: zu besetzen. 150 Meter sind wir ins Gelände vorgedrungen, und schon wird die Militärjustiz aktiv, will die Immunität aufheben, damit wir vors Strafergericht kommen. Warten wir ab, was daraus wird. Aber es geht nicht an, dass Leute, die unter vorsätzlicher Täuschung im Budget Millionen von Franken bewilligt bekommen und ausgeben, anscheinend keine Disziplinierung, keine Untersuchung, keine Verantwortung zu fürchten haben!

Herr Bundesrat Villiger, Mitte November fand in Montreux ein Kolloquium für etwa 150 Chefbeamte des Bundes zum Thema Sicherheitspolitik statt. In der Einladung sind auch die Spesen geregelt: Zwei Uebernachtungen, vier Hauptmahlzeiten, total

340 Franken Spesen, kostendeckend, und dann noch 6 Franken zusätzlich für allgemeine Umtriebe. Das ist peinlich genau, auf den Franken genau gerechnet, das imponiert eigentlich – und dann haben wir hier Leute, die Millionen ausgeben können, und das soll alles in Ordnung sein, obwohl wir hier nichts gewusst haben!

Ich spreche zum Schluss einen Wunsch aus. Herr Bundesrat Villiger, wir haben jetzt sehr viel staatspolitischen Schutt angehäuft. Der muss weg, sonst bekommen wir keinen Ausblick in die Zukunft, auf die Fragen, die uns dringend beschäftigen sollten. Ich vermisse den «Befreiungsschlag», das Wort des Bundesrates, deutsch und deutlich, der sagt, was war und was nicht hätte sein dürfen; also beispielsweise, dass man die Demokratie nicht mit undemokratischen Methoden verteidigen kann. Man kann nicht auf einer nicht existierenden rechtlichen Grundlage irgendeine Kaderorganisation, Geheimarmee oder wie das Ding immer heisst, aufbauen, Millionen ausgeben und das nicht einmal deutlich erklären. So geht es in dieser Demokratie nicht!

Ich bitte Sie, Herr Bundesrat, sagen Sie dieses Wort! Reden Sie deutlicher als im Ständerat, damit dieser Schutt weggeräumt werden kann.

**Frey Walter:** Der kalte Krieg wurde nicht in der Schweiz erfunden. Aber er hat stattgefunden. Und viele Leute denken, dass er heute noch stattfindet.

Die in Bratislava erscheinende slowakische Zeitung «Praca» veröffentlichte ein aufschlussreiches Gespräch mit dem Lehrstuhlleiter der dortigen militärpädagogischen Hochschule, Oberst Bejec. Nach seiner Ausführungen war die bisherige Breschnew-Doktrin Moskaus nicht zuerst als eine Frage einer beschränkenden Souveränität der Ostblockstaaten zu werten; das Ziel sei vielmehr eine Negierung der friedlichen Koexistenz gewesen und habe die Ausrichtung auf einen «kleinen», auf Europa beschränkten Krieg beinhaltet. Das Schwergewicht der UdSSR habe auf sämtlichen zersetzenden Elementen des Westens gelegen. Hier scheute man weder Mittel noch Kräfte. Kuba kostete die Sowjetunion pro Tag eine Million Dollar. Um den nordamerikanischen Schiffsverkehr abzuwürgen, habe sie die mittelamerikanischen Staaten unterstützt; mit dem Ziel, die Premierministerin zu stürzen, habe Moskau auch die seinerzeitigen Grubenstreiks in England mitfinanziert.

Bereits ab 1968 habe der sowjetische Marschall Sokolowski die Theorie vom Gegenschlag entwickelt. Der gesamte Plan hätte auf einem angenommenen Augenblick im labilen Europa beruht, also dem Zeitpunkt von Streiks, Regierungskrisen und, wie es wörtlich hiess, «Kundgebungen der Friedensbewegung». Wortwörtlich erklärte der Militärwissenschaftler im Gespräch weiter, zu diesem Zeitpunkt sollten dann militärische Operationen für die Dauer von drei bis fünf Tagen unternommen werden, deren Zweck darin bestanden hätte, den fortschrittlichen Kräften zu Hilfe zu kommen, die gegebenenfalls um eine solche Hilfe nachgesucht hätten. Die Heere sollten binnen dreier Tage Europa bis zur französischen Grenze überrollen. Das Weitere hätte sich nach Ansicht der führenden Militärs Moskaus folgendermassen abgespielt:

Nach erfolgter Besetzung im Zuge einer solchen Blitzaktion hätten unverzüglich Gespräche und Verhandlungen über den Frieden in Europa – freilich unter veränderten Vorzeichen – in Angriff genommen werden sollen. Heute, so schliesst das Gespräch der «Praca», erscheine dies unwirklich – wie die ganze Wahrheit der jüngsten Vergangenheit.

Dies zur Vergangenheit und zum kalten Krieg. Und nun zur Gegenwart. Wir alle haben heute auf unserem Pult ein Schreiben des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes vorgefunden. Dieses Schreiben verdient es meiner Meinung nach, einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden. Ich zitiere:

«Der Zentralvorstand des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes würdigt den Bericht der Parlamentarischen EMD-Untersuchungskommission und nimmt dazu folgendermassen Stellung:

1. Die Schaffung einer geheimen Widerstandsorganisation in der Zeit des kalten Krieges war unerlässlich und zweckmässig.

2. Ueberall, wo zukünftige Armeeangelegenheiten Geheimhaltung erfordern, sind klare und von den politischen Instanzen kontrollierbare Rahmenbedingungen zu schaffen.

3. Die übertriebene und tendenziöse Darstellung des Untersuchungsberichtes durch einzelne Medien ist abzulehnen. Es ist nicht korrekt, eine Organisation von 400 Mitgliedern als 'Geheimarmee' zu bezeichnen.

4. Die Mitglieder des Schweizerischen Unteroffizierverbands sind nicht bereit, dauernd nur Vergangenheitsbewältigung zu betreiben. Sie möchten im Rahmen ihrer ausserdienstlichen Tätigkeit mithelfen, die Schweizer Armee der Zukunft zu gestalten.»

Dem habe ich nichts beizufügen.

**Auer:** Was die Kritik an fehlenden Rechtsgrundlagen betrifft, kann man in guten Treuen geteilter Meinung sein; jener des Parlaments von 1981 oder der Auffassung der Puk von heute. Daher sei nichts gesagt gegen jene hier, die als Begleitmusik zur Puk feste auf die Pauke hauen und sich als demokratische Musterknaben und -mädchen ausgeben.

Nicht glaubwürdig sind jedoch jene Wendehälse, die hier den Sicherheitsbericht 1973, samt Widerstandsorganisation, lobten, die 1981 dabei waren – sogar als Mitglieder der GPK – und damit mitverantwortlich sind für die damaligen Feststellungen, die Geheimorganisationen entsprächen den rechtlichen und demokratischen Anforderungen; die damals ja sagten, aber seither nichts zugunsten der heute geforderten parlamentarischen Kontrolle unternommen haben. Auch ich nicht, denn ich pflege mich nicht zu kratzen, wenn es mich nicht beisst. Heute erst scheint es alle zu beissen.

Aber jene Mitgegangenen und Mitgehangenen sind nicht glaubwürdig, die zu den kältesten kalten Kriegern gehörten und heute einstige kalte Krieger immer noch als kalte Krieger anklagen, die sich heute als empörte Saubermänner aufspielen und Zeter und Mordio schreien – oder schreiben – über etwas, für das sie selbst mitverantwortlich sind. Ich nenne keine Namen, sonst gibt Herr Hubacher wieder eine persönliche Erklärung ab.

Am übelsten ist der Vorwurf an P-26, sie sei auch als innenpolitisches Machtinstrument vorgesehen: Sie habe die Schweiz «terroristisch unterwandert», Herr Cattelan sei der «Licio Gelli der Schweiz» – so im Baselbieter Landrat ein Poch-Vertreter, der zurzeit als Grüner firmiert –, und P-26 sei eine «Securitate in Kleinformat» – ein Verhältnisblödsinn, den heute auch Frau Stocker und der sonst etwas gescheitere Herr Spielmann übernommen haben.

Bewusst unterschlagen wird im immer wieder erwähnten sogenannten Umsturzscenario der Satz (Seite 191): «Auch in diesem Fall ist das Ziel eine Besetzung der ganzen Schweiz.» Mit Besetzung aber ist eindeutig eine ausländische Macht gemeint und kein demokratischer Mehrheitsentscheid!

Nach allem, was man heute weiss, ist die Vorstellung kindisch, 400 meist ältere Frauen und Männer, verteilt über das ganze Land, ohne Zugriff zu den Waffen, hätten zu einem Marsch nach Bern mobilisiert werden können. Jede Landwehr-Füsilierkompanie im WK ist dafür viel besser geeignet. Aber auch das ist nicht vorstellbar, ganz einfach, weil sich unsere Milizsoldaten zu Umstürzen nicht missbrauchen lassen.

Frau Bühler bezeichnete im Ständerat P-26 als «verschworene Gesellschaft», als «eine kleine, aber gut ausgerüstete Truppe» und erinnerte dann an Sprengstoffattentate auf Strommasten und an die Zerstörung des Besucherpavillons in Kaiseraugst. «Die Untersuchung wurde aus unerklärlichen Gründen fallengelassen», bemerkte sie.

Frau Bühler sagte nicht *expressis verbis*, P-26-Leute seien die Täter gewesen. Schlimmer: Sie verdächtigt, sie schnüffelt in verkappter Frageform. Entweder unterschiebt sie wider besseres Wissen – sie ist immerhin Mitglied der Puk –, oder aber sie hat die Verhörprotokolle der Puk-Sektionen nicht gelesen. Sonst hätte sie nämlich erkennen müssen, dass ihre Unterstellungen nicht nur ausgesprochen bössartig sind, sondern völlig irrational.

Sich im nachhinein am Radio damit herauszureden, es handle sich bloss um ein «Gedankenspiel», macht die Sache nicht besser. Es ist so oder so eine Beleidigung der Mitglieder von

P-26, die eine zusätzliche Pflicht übernommen haben, verbunden mit Risiken und im Wissen, dafür nie Dank zu erhalten.

Es ist immerhin rührend von den Inquisitoren der Puk, siehe Seite 200, dass sie ihnen wenigstens «keine staatsgefährdenden Absichten» unterstellen.

Meines Erachtens ist überdies erstens Dank am Platz: Die Leute haben in lauterer Absicht, in guten Treuen gehandelt, legitim im Rahmen der von uns gutgeheissenen Sicherheitspolitik und in der berechtigten Auffassung, auch das Parlament – wenigstens jenes von 1973 und von 1981 – stehe hinter ihnen. Zweitens gebührt ihnen ein Kompliment dafür, dass sie die erforderliche absolute Verschwiegenheit wahrgenommen haben und dass daher innert zehn Jahren nichts herausgekommen ist ausser erfundenen, läppischen Rambo-Geschichten.

Das Dritte: Die Leute von P-26 mussten sich schriftlich zum Schweigen verpflichten. Der Staat hat sich umgekehrt verpflichtet, ihre Namen nicht preiszugeben. Ich erwarte, Herr Bundesrat, dass diese Verpflichtung auch heute gilt.

**Blocher:** Die Schweiz hatte eine Widerstandsorganisation. Sie war völlig geheim. Sie musste völlig geheim bleiben. Und ich als Parlamentarier hatte keinen Einfluss und war nicht einmal informiert: Das ist ja schon wahnsinnig schlimm. Aber ich finde das gut. Es gibt gar nichts anderes. Diese neurotischen Ausfälle, weil es gewisse Bereiche gegeben hat, die geheim waren – Bereiche, die nicht allen offenstanden –, kann ich wirklich nicht begreifen.

Hat diese Widerstandsorganisation je funktioniert? Ja, denn sie blieb geheim. Herr Bundesrat Villiger: Anerkennung, dass sie geheim blieb! Das ist wirklich wunderbar in unserem Land, dass es Sachen gab, die geheim sein mussten und geheim blieben. Das gibt's ja fast nicht mehr.

Jetzt ist diese Organisation noch durchleuchtet worden, gründlich durchleuchtet worden. Zehn Jahre Arbeit in einem so schwierigen Bereich: da müssten ja viele Fehler sein. Wer schon geführt hat – es gibt ja ein paar Menschen, die das schon getan haben –, weiss, dass Fehler zum Vorschein kommen müssen, wenn man einen Bereich, in dem man zehn Jahre lang etwas tat, durchleuchtet.

Der Bericht der Puk hat mich richtig gelangweilt, weil einfach nichts zum Vorschein gekommen ist, das wirklich gravierend wäre. Ich muss Ihnen sagen, Herr Bundesrat Villiger – das können Sie Ihren Geheimleuten sagen –: Ich möchte nicht zwanzig Jahre der Geschichte meiner Firma durchleuchten müssen und dabei sagen: «Es wird todsicher nichts hervorkommen, was ich nicht gewusst habe, und es kamen keine Fehler vor.» Wir machen ja nichts anderes, als dauernd Fehler zu korrigieren!

Aber jetzt komme ich zur Sache: Achten Sie einmal darauf, wer da alles Ratschläge erteilt und sagt, was alles passiert ist. Es tut mir leid, aber es sind vor allem Leute, die überhaupt noch nie einen Bereich aufgebaut, geführt haben – und dann erst noch einen so schwierigen, wo man nicht einmal schreiben kann, sondern wo alles mündlich geschehen muss, in der Angst, entdeckt zu werden. Es kommen jetzt Leute und gehen wie alte Nähschul-Tanten hin und sagen uns von morgens bis abends, wie wir unsere «Lismete» in Ordnung bringen können. Die wollen uns sagen, wie man diesen Bereich hätte führen sollen!

Ich kann nur – Herr Bundesrat Villiger – das Kompliment aussprechen, dass da nicht mehr Dummheiten passiert sind. Herr Fierz, das ist ein schwieriges Metier, das zieht auch Leute an. Sie haben gesagt, der Nachrichtendienst sei immer sehr heikel; da begeben man sich in heikle Sachen. Wenn nicht mehr Fehler an den Tag kommen, dann ist gut geführt worden. Wenn ich an die Geschichte denke: Spionageabwehr 1945 – als man nach dem Krieg darüber ausgepackt hat: Allen Bundesräten wurde damals das Telefon abgehört, selbst der General musste zum Büro hinausgehen, um telefonieren zu können usw. Solche Auswüchse sind hier nirgends vorgekommen. Ich kann nur sagen: Geheimdienste bringen Gefahren; da muss man auch immer dafür sorgen, dass da nichts Falssches passiert.

Diese wehleidige Klage hier von Leuten, dass sie in den letzten Jahren in der politischen Auseinandersetzung bekämpft und

angegriffen worden seien! Ich bin ja in den letzten Jahren von den Gr'unden und den Sozialdemokraten immer nur gelobt worden f'ur meine politische T'atigkeit, ich bin noch nie angegriffen worden! Also dieses wehleidige Spiel! Als ob das nicht an der Tagesordnung w'are, dass wir angegriffen werden, wenn wir etwas tun.

Damit, Herr Bundesrat Villiger, m'ochte ich auch Ihnen folgendes auf den Weg geben: Sie m'ussen jetzt in einer schwierigen F'uhungssituation stehen. Sie werden wohl unglaublich hart angegriffen. Das geh'ort jetzt dazu. Ich kann Ihnen nur auf den Weg geben: Wenn im EMD nichts getan wird, als was der Auftrag Ihnen gebietet, dann kommt es gut heraus.

Ich w'urde nicht hinh'oren, was jetzt alle diese Kritiker sagen, was diese Journalisten von morgens bis abends schreiben. Ich gebe Ihnen auch den Rat, diese Zeitungen nicht zu lesen und nicht fernzusehen. Sie k'onnen jemanden anstellen, der das nebenbei macht und Ihnen sagt, ob etwas Ehrverletzendes dabei war – das k'onnen Sie noch machen. Sie werden sich sonst nur von der Sache ablenken lassen. Auch diesen Pressedienst im EMD, der jeden morgen kommt, um m'oglichst jeden zu verunsichern: Ich jedenfalls habe den Argus der Presse schon lange abbestellt! Denn das macht einen einfach unsicher, wenn man immer sieht, was geschrieben wird.

*(Heiterkeit)*

Nehmen Sie sich keine Zeit, Dinge 'uber Sie selbst zu lesen; gehen Sie vom Auftrag aus. Die Presse kann n'amlich h'ochstens unser Ansehen verletzen. Aber die Substanz kann die Presse nicht antasten. Ich habe hier gewisse Erfahrungen. Widerstehen geh'ort auch zur F'uhung. Ich w'unsche Ihnen nur, dass Sie es tun.

Nun zu diesem Geheimbereich: Ich bin der Meinung, die Leute, die da drin waren, sollten schweigen. Wenn etwas auskommt, k'onnen sie sagen: Wir geben keine Auskunft. Ich erinnere Sie an die sehr problematischen Verhandlungen des Generals und seiner Leute mit Frankreich w'ahrend des Krieges, 'uber die man dann sp'ater die Akten in La Charit'e gefunden hat: Diese Leute schweigen bis zum Tod. Sie sagen allen Politikern, Journalisten, Historikern einen Satz: «Wir haben geschworen, nichts zu sagen.» Und sie haben geschwiegen. Sie konnten das ertragen, weil sie es f'ur unser Land getan haben. Das sollten wir hier auch tun. Wir haben gar kein schlechtes Gewissen. Ich bin stolz, dass es Leute gab, die die Kraft hatten, in dieser schwierigen Zeit zu stehen. Ob sie ein paar Fehler gemacht haben, ist eine andere Frage.

Und wenn Sie falsch informiert worden sind durch einen Mitarbeiter, dann machen Sie das mit ihm unter vier Augen aus! *(Beifall)*

**Bodenmann:** Alt CVP-Nationalrat M'uller-Marzohl f'uhrt seit zehn Jahren einen beharrlichen Kampf gegen die Arroganz des EMD, gegen dessen illegale Dienste und gesetzliche Geheimarmeen. Die Puk EMD und deren Resultate sind auch sein Erfolg.

Nationalrat Auer – und niemand anders – zog vor zehn Jahren in diesem Saal gegen M'uller-Marzohl – wie heute gegen andere – mit folgenden Worten los: «Einer unserer Kollegen hat mit seiner Betriebsamkeit erreicht, dass wir im 'Blick' neben Clay Regazzoni, Kurt Felix und seiner Paola, Prinz Charles und seiner Diana Spencer, M'ani Weber und Hormonk'alb'ern, Ursula Andress und Jack the Ripper auch immer wieder den Namen unseres lieben Alfons M'uller lesen konnten.» Das Protokoll vermerkt «Heiterkeit», Herr Auer. Herr Auer, die Zeit dieser Sp'asse ist vorbei. Legen Sie Ihre Verstrickungen offen, nachdem Sie offenbar so gut informiert sind!

Die Puk EMD war nur m'oglich, weil ein liberaler Journalist die rechtswidrigen Praktiken der Una aufdeckte. Der Zensurfl'ugel des Freisinns beschimpft seit Jahr und Tag die Journalistinnen und Journalisten in diesem Land. Die Frage stellt sich: Wann erlaubt das «zarte Gewissen» dem Departementsvorsteher, sich bei Herrn Andreas Kohlsch'utter endlich zu entschuldigen?

Herr Pascal Couchepin ortete heute fr'uh richtigerweise Naivit'at in diesem Saal: F'alschlicherweise bei der Puk und nicht beim Departementsvorsteher oder beim Freisinn, der mit allen Mitteln versuchte, die Einsetzung einer Puk zu verhindern, der

behauptete, die Gesch'af'tspr'ufungskommission k'onne diese Arbeit auch erledigen – so nebenbei und ohne die Kompetenzen der Puk. Dabei ist klar: Wenn wir keine Puk gehabt h'atten, w'are das L'ugengeb'au'ude des EMD nicht einmal angeknabbert worden.

Im R'uckblick verstehen wir, warum sich die Freisinnige Partei und die Fraktion gegen eine Puk gewehrt haben. Die SP hat nicht nur die beiden Puk-Kommissionen beantragt. Die SP besitzt nicht nur die meisten Fichierten in diesem Land. Viele von uns w'aren auch interniert worden im Ernstfall, *(Unruhe)* ja wohl!

Ohne Wissen, ohne Zustimmung unserer Partei liessen sich einige Mitglieder in diese Geheimarmee einbinden, liessen sich gebrauchen. Der Generalstabschef w'ahlte sich nicht nur sein Parlament, nicht nur seine parlamentarische Kontrolle, sondern auch seine Sozialdemokraten. Das ist auch ein Teil der traurigen Wahrheit. Kritik und Selbstkritik sind bei uns durchaus auch am Platz.

Heute allerdings ist die Zeit der Ausreden vorbei. Das EMD und die Una hatten vollen Zugriff auf die 900 000 Fichen und auf die dahinterliegenden politischen Dossiers. Das EMD f'uterte mit eigenen Angaben diesen gigantischen Schn'uffelf'aden. Die Una beteiligte sich systematisch an der Bespitzelung aller Beweglichen und Bewegten. Wer heute noch einmal das unwahre Gegenteil behauptet, wird sp'atestens in einigen Monaten wieder im Regen stehen.

Wir, das Parlament, erhielten w'ahrend Jahren den geheimen Bericht der GPK aus dem Jahre 1981 nicht. Generalstabschef H'asler verteilte ihn am letzten Freitag der Presse. Der Vorsteher des EMD war nicht dabei, als die alte Riege der kalten Krieger erkl'arte, der Bundesrat werde «stufengerecht informiert». Kleine Zwischenfrage: Auf welcher Stufe klassieren die Generale den Bundesrat, der nicht einmal wusste, dass sein Informationschef im F'uhungsstab der P-26 sitzt?

Der Freisinn hat immer wieder behauptet, er sei f'ur weniger Staat und mehr Freiheit. Wir verstehen heute, dass er f'ur weniger Staat war und offenbar f'ur mehr private Geheimarmee-t'atigkeiten. Bundesrat Chevalaz geht einen Schritt weiter, wenn er sagt: Was heisst hier Rechtsstaat? Bundesrat Villiger geht einen Schritt weiter, wenn er sagt, der Vorwurf der Illegalit'at stosse ins Leere.

Herr Blocher, f'ur uns ist es nicht langweilig, wenn die Verfassung gebrochen wird – im Gegenteil, f'ur uns ist es h'ochst beunruhigend.

**Steinegger:** Wir haben mit dieser Puk 2 einen kleinen Teil der Staatst'atigkeit bis in alle Details ger'ontgt. Was ist herausgekommen? Kaum Neues bez'uglich der Verd'achtigenliste und des Inlandnachrichtendienstes. Dass es eine Widerstandsorganisation und einen besonderen Nachrichtendienst gibt, hat die Delegation der GPK schon bei ihrem Zugriff im Fr'uhling 1990 gemerkt. H'atte sie es nicht gemerkt, h'atte man einfach die Protokolle dieses Rates unter GPK lesen k'onnen.

Wie die Organisation in den Grundz'ugen aussehen k'onnte, h'atte man in den geheimen Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe Bachmann der Gesch'af'tspr'ufungskommission von 1980 nachlesen k'onnen. Und diejenigen, die nicht so weit zur'uckgehen wollen wie unser kalter Krieger Bodenmann vor mir, k'onnten in einem Mordbuch von Roger de Diesbach 'uber die Armee nachlesen, erschienen 1988, Seite 52: Es ist die Widerstandsorganisation erkl'art worden, es ist der separate Nachrichtendienst erkl'art worden. Alle, die nun glauben, man k'onne auf den Puk-Bericht nur mit Betroffenheit, Erstauen und offenem Munde reagieren, sind 'uber diese Relativierung entt'auscht. Aber der politische Erinnerungshorizont darf ja durchaus mehr als ein halbes Jahr betragen.

Diese Relativierung heisst aber keineswegs, dass wir mit den Schlussfolgerungen der Puk grunds'atzlich nicht einverstanden sind. Wir sind froh, dass es die Verd'achtigenliste seit 1977 nicht mehr gibt. Die undemokratische Ausrichtung dieses Instrumentes hat auch uns erschauern lassen. Aber wir sind nicht bereit, uns dieses Misthaufens zu bedienen, um gegen die Verantwortlichen von heute Dreck zu werfen; dies ist in den vergangenen Tagen und auch heute im Ueberfluss gemacht worden.

Heute braucht es wahrscheinlich keine mit Organigrammen, Sprengstoffen und Funkgeräten ausgerüstete Widerstandsorganisation. Wachsamkeit und Nachrüstung haben diese neue Situation entstehen lassen, nicht Friedensmärsche! Es ist ein Verdienst der parlamentarischen Kontrolle – und damit auch der Puk –, dass wir in diesem Bereich nun die notwendigen Anpassungen an die aktuelle sicherheitspolitische Lage vorgenommen haben.

In der heutigen Bedrohungslage können wir eventuell auf diesen Balanceakt zwischen dem Prinzip der offenen Gesellschaft und der demokratischen Kontrolle einerseits und dem Geheimhaltungsbedarf einer derartigen Organisation andererseits verzichten. Seien wir doch froh darüber, verteufeln wir aber nicht die Leute, die in einer anderen Lage handeln mussten!

Dieser Balanceakt findet auf einem hohen Seil statt ohne Netz, man kann auf beiden Seiten in die Tiefe fallen – ein Abgrund heisst: fehlende Vorbereitung. Wir sind deshalb nicht bereit, Unwissenheit und Betroffenheit zu heucheln und die Stoffsammlung der Puk dazu zu verwenden, die Beteiligten als Staatsfeinde hinzustellen. Das Parlament ist dazu nicht berechtigt.

Die heute kritisierte Organisation ist weitgehend ein Produkt von parlamentarischen Organen. Einzig die PdA/PSA/Poch-Fraktion wollte 1981 den entsprechenden Bericht ablehnen. Heute sitzt ein ehemaliges Mitglied dieser Fraktion als Mitglied der SP-Fraktion auf dem Stuhl des Kommissionspräsidenten. Ich möchte jetzt nicht Stellungnahmen von PdA und Poch zu Ereignissen des kalten Krieges zitieren; Herr Carobbio hat seine Berichterstattung objektiv absolviert.

Ich halte jedoch fest: Wir sind heute eine ziemlich offene Gesellschaft. Wir gehen mit der Puk in der Forderung nach gesetzlichen Grundlagen einig. Wir sind uns aber auch bewusst, dass sich die entsprechenden Anschauungen gewandelt haben, und sind nicht bereit, renommierte Staatsrechtler und ehemalige Bundesrichter – wie das Herr Thür gemacht hat – als verantwortungslose Personen hinzustellen und die Uebergelungen von 1980 aufgrund der heute veränderten Anschauungen zu kritisieren.

Es sind Anpassungen vorzunehmen, man darf jedoch nicht von «illegalen Organisationen» phantasieren, denn wenn wir dies wollen, dann müssen wir überall die gleiche Messlatte ansetzen; dann könnten ganze Abteilungen der Bundesverwaltung ebenfalls als illegal bezeichnet werden.

Die Arbeit der Puk und die heutige Debatte haben nur einen Sinn, wenn diese Bemühung nicht zum Sammeln von Stoff für ein sensationsfreudiges Publikum verkommt und wenn wir Schikanen zum politischen Zeitvertreib vermeiden. Unter diese letzte Kategorie subsumiere ich die Rücktrittsaufforderungen gegenüber dem Chef EMD.

Die Anpassung unserer Sicherheitspolitik und ihrer Instrumente an die heutige Lage ist eine schwierige Aufgabe. Hierzu braucht es den Blick nach vorn. Dies ist die Herausforderung – nicht der Marsch durch die Vergangenheit, um dort Dreck zu finden, damit man die Lösung der Zukunftsaufgaben behindern kann.

**M. Jeanneret:** Nous avons d'un côté les 250 pages d'une Commission d'enquête qui n'épargne rien. Qu'elle excite surtout la curiosité des services secrets étrangers, c'est là, sans ironie, son principal mérite! De l'autre, nous avons un homme qui n'est pas ici pour se défendre, qui a pu s'exprimer à l'extérieur et auquel j'aimerais, en tant que dernier orateur inscrit, rendre hommage. Il fut certainement l'un des meilleurs chefs du Département militaire fédéral que nous ayons eus; M. Georges-André Chevallaz écrit ceci: «Ce que je ne puis admettre, c'est la manière désinvolte dont vous avez accusé les chefs du DMF et leurs collaborateurs de s'être soustraits à leurs responsabilités dans l'exécution d'une tâche qui se justifiait amplement dans les menaces du moment, cautionnée en son principe par le Parlement, mais qui exigeait, dans ses dangers et pour son efficacité, le secret le plus rigoureux.» En quelques mots, M. Chevallaz a parfaitement résumé quelle était l'attitude qu'il devait avoir. Entre ces deux philosophies, je n'hésite point et j'approuve les remarques de M. Chevallaz.

Tout était conforme à l'Etat de droit constitutionnel. Est-ce que c'était conforme au légalisme? Il est peut-être difficile d'en discuter aujourd'hui. Nous sommes de ceux qui admettons qu'il est possible de concilier le secret et la transparence démocratique du Parlement et ce, jusqu'à celui qui est sur le terrain. Mais le légalisme, Monsieur le Vice-président, il faut commencer par l'appliquer à vous-même et ne pas demander de prolonger les travaux de votre commission! Dites: «Mission accomplie», et laissez les organes normaux du Parlement faire désormais le travail.

Je m'adresse maintenant à ceux qui mènent cette chasse aux sorcières dont M. Bonny a parlé, et j'applaudis les propositions qu'il fera. Je ne veux pas revenir sur le cas de ce M. Schneiter qui a été cité et qui a parfaitement dit qu'il n'était pas membre de la P-26, qu'il ne connaissait pas son chef et qu'il ne l'avait jamais vu. Cette chasse aux sorcières, que les mêmes milieux qui nous reprochent d'avoir des fiches, qui veulent la protection individuelle de la personne, commence dans cette salle après avoir été déjà entretenue à l'extérieur et dans les médias. Sur ce point, Monsieur le Conseiller fédéral, la Confédération a la responsabilité de protéger ceux qui sont ainsi poursuivis et d'assumer les dommages éventuels.

Je ne me serais pas adressé à M. Spielmann pour deux raisons: d'une part, parce qu'il n'est pas là – je parlerai donc de lui à la troisième personne – d'autre part, s'il n'avait pas répondu tout à l'heure à M. Eggly. Lorsque nos enfants et petits-enfants demanderont ce que nous avons fait ce 13 décembre 1990, ils iront dans les bibliothèques chercher l'ordre du jour de nos travaux et ils verront, comme suite à notre ordre du jour: «Aide aux pays de l'Est et aide à l'Union soviétique». Et M. Spielmann prétend nous faire la leçon, alors que sa réponse de tout à l'heure montre qu'il souscrit encore aux thèses d'un des gouvernements qui fut parmi les plus totalitaires et les plus policiers et que l'Ouest doit maintenir secourir.

Enfin, Monsieur le Conseiller fédéral, je ne voudrais pas vous donner des conseils, d'autres l'ont déjà fait. M. Blocher vous en a donné d'excellents et sur la lancée de ce qu'il vous a dit: ne vous occupez en tout cas pas des injures que prononce M. Bodenmann sur votre Département. Il nous y a habitués lorsqu'il parle de «l'édifice de mensonges du Département militaire fédéral». Il y a deux choses à faire, à mon avis: reprendre sur le plan technique un certain nombre de points de la conduite de ce Département, vous nous le direz certainement tout à l'heure; mais il y a plus important encore, parce qu'au-delà de l'administration militaire, il y a les milliers d'hommes et de cadres de l'armée de milice. C'est à eux que vous devez penser maintenant. Ce que le peuple attend, c'est qu'on redonne confiance à son armée de milice, à ses cadres, qui attendent que nous déclarions que les choses sont en ordre, que rien de ce qui a été fait ne peut être remis en cause, que l'organisation sera perfectionnée et que le Conseil fédéral, et non pas le seul chef du Département militaire, témoigne publiquement sa confiance dans notre armée de milice. C'est le message que nous attendons maintenant de vous, Monsieur le Conseiller fédéral.

Enfin, Monsieur le Conseiller fédéral, je ne voudrais pas vous donner des conseils, d'autres l'ont déjà fait. M. Blocher vous en a donné d'excellents et sur la lancée de ce qu'il vous a dit: ne vous occupez en tout cas pas des injures que prononce M. Bodenmann sur votre Département. Il nous y a habitués lorsqu'il parle de «l'édifice de mensonges du Département militaire fédéral». Il y a deux choses à faire, à mon avis: reprendre sur le plan technique un certain nombre de points de la conduite de ce Département, vous nous le direz certainement tout à l'heure; mais il y a plus important encore, parce qu'au-delà de l'administration militaire, il y a les milliers d'hommes et de cadres de l'armée de milice. C'est à eux que vous devez penser maintenant. Ce que le peuple attend, c'est qu'on redonne confiance à son armée de milice, à ses cadres, qui attendent que nous déclarions que les choses sont en ordre, que rien de ce qui a été fait ne peut être remis en cause, que l'organisation sera perfectionnée et que le Conseil fédéral, et non pas le seul chef du Département militaire, témoigne publiquement sa confiance dans notre armée de milice. C'est le message que nous attendons maintenant de vous, Monsieur le Conseiller fédéral.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

## Vorkommnisse im EMD. Parlamentarische Untersuchungskommissionen

## Événements survenus au DMF. Commissions d'enquête parlementaires

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.022
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.12.1990 - 15:00
Date	
Data	
Seite	2367-2385
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 315

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

90.022

**Vorkommnisse im EMD.  
Parlamentarische  
Untersuchungskommissionen  
Événements survenus au DMF.  
Commissions d'enquête parlementaires**

*Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 2367 hiervor – Voir page 2367 ci-dévant

M. Carobbio, rapporteur: Après le long débat que nous venons d'avoir sur le rapport de la Commission d'enquête, vous serez d'accord avec moi que cela n'aurait aucun sens de reprendre en détail toutes les questions qui ont été soulevées ici par les divers intervenants. Je me limiterai donc, dans cette dernière intervention, à quelques considérations d'ordre général et à quelques précisions.

Tout d'abord, je dois constater qu'en ce qui concerne en tout cas les conclusions, le rapport de la Commission d'enquête a été, sauf quelques cas isolés, accueilli de façon positive. S'il y a eu des appréciations différentes quant aux évaluations de la

commission, les faits rapportés n'ont pas été contestés. Les porte-parole de groupe, notamment, ont tous donné un avis positif quant au travail de la commission et, à quelques réserves près, ils ont déclaré qu'ils pouvaient approuver nos propositions. Je pense que c'est déjà là un résultat important.

Toutefois, deux critiques de caractère général et quelques critiques particulières ont été adressées à la commission et à son rapport. Les premières se résument en deux termes, qui ont été formulés par M. Couchepin, porte-parole du groupe radical, notamment, et par M. Sager, à savoir: «naïveté» et «déséquilibre». On a parlé d'un rapport qui aurait analysé les symptômes en ignorant les causes.

En ce qui concerne le déséquilibre, il faut rappeler que la Commission d'enquête n'était pas chargée de faire une analyse historique de la situation politique internationale de ces trente dernières années. Sa tâche consistait à vérifier si les services en cause présentaient des problèmes quant au respect des lois et quant à leur fonctionnement. La commission a volontairement évité d'entrer dans des considérations sur la situation internationale, tout en soulignant qu'il fallait cependant tenir compte de ces données d'un point de vue général et placer les événements dans leur contexte.

Pour ce qui est de la naïveté, je ne pense pas qu'on puisse qualifier le rapport de la commission de naïf. La commission, par exemple, n'a jamais soutenu dans son rapport que la Confédération ne doit pas avoir un service de renseignements. Par contre, elle a mis en cause la façon dont on a développé, notamment à partir des années 80, les deux services secrets: l'organisation de cadres pour la préparation à la résistance, la P-26, et le service extraordinaire P-27. Organisations qui ont été instaurées en dehors de l'administration et en dehors de l'armée, et surtout en dehors d'un vrai contrôle politique, soit de la part du gouvernement, soit de la part du Parlement. La commission a fait une série de critiques dans ce sens et elle a formulé des propositions précises quant aux mesures à prendre pour corriger cette situation.

Le rapport de la commission peut se résumer à trois exigences fondamentales. Premièrement, la commission revendique la primauté de la politique et des autorités politiques sur toutes les décisions qui concernent les activités des services de l'Etat, y compris les services secrets, ce qui, dans un Etat de droit et dans une démocratie, est une exigence fondamentale. Deuxièmement, la commission demande que le Conseil fédéral assume la direction et le contrôle politiques de toutes ces activités. Troisièmement, la commission propose expressément que le Parlement renforce son rôle de contrôle de toutes ces activités. Elle est aussi de l'avis que toutes les questions relatives au financement de ces services soient réglées de façon tout à fait différente de ce qui s'est fait dans le cas précis.

Pour ce qui est maintenant des activités du service de renseignements en Suisse, la commission a clairement souligné que, sans contester la nécessité d'un tel service pour l'armée, il faut absolument interdire qu'il procède à des contrôles des opinions politiques des citoyens. Vous admettez avec moi que lorsque, par exemple, le service de sécurité de l'armée contrôle des militaires simplement parce qu'ils se prononcent en faveur d'un service civil, cela n'a absolument rien à voir avec les problèmes de sécurité. C'est une ingérence dans les droits constitutionnels garantis. Une telle situation est intolérable et doit être absolument interdite. De même, pour les services secrets, la commission n'a pas pris position quant à la nécessité de prendre des mesures pour préparer la résistance. Elle a contesté que cela ait été fait en dehors d'une vraie base légale et en dehors d'un contrôle politique. Telles sont les positions de la commission.

Pour conclure, comme nous l'avons dit, il est important de rétablir la confiance des citoyens dans l'Etat. S'il y a une manière d'y parvenir, c'est justement en appréciant le rapport de la commission dans son véritable contenu et, surtout, la partie des propositions constructives. Si ce Parlement et, surtout, le Conseil fédéral sont en mesure de garantir clairement qu'à l'avenir les activités de contrôle des idées politiques seront interdites et que, dans ce domaine, on a commis des fautes qui sont contraires aux droits constitutionnels, si on affirme clairement la volonté de responsabiliser l'exécutif et le législatif

et de donner à ce dernier un rôle de contrôle des activités des services spéciaux du Département militaire fédéral et si, après ce débat, le chef du Département militaire fédéral en particulier admet clairement, en ce qui concerne le fonctionnement de son département, qu'il y a toute une série de mesures à prendre parce qu'il n'est pas normal qu'un chef ne sache pas ce qui se passe dans son département et reçoive des informations partielles sur des activités sensibles comme celles dont nous avons parlé aujourd'hui, eh bien je pense que les conditions nécessaires pour rétablir la confiance vis-à-vis des institutions et des services de l'Etat seront réunies.

Pour les mêmes raisons, il est aussi important d'autoriser la commission à poursuivre son activité pour surveiller les mesures de démantèlement de la P-26 et pour vérifier, avec le Conseil fédéral, si les rumeurs concernant les relations de la P-26 avec des services étrangers sont fondées.

Voilà les conclusions dont je voulais vous faire part. Sur la base de ces considérations, je vous invite à approuver le rapport et toutes les propositions que la commission vous a présentées.

**Loretan**, Berichterstatter: Es ist dem Bericht der Puk EMD und den Vertiefungen, welche die Kommissionssprecher heute daran angebracht haben, besser ergangen, als es eigentlich nach dem in den letzten Tagen Gehörten anzunehmen war. Ich möchte Ihnen für die – alles in allem betrachtet – gute, ja teilweise hochstehende und von Verantwortungsbewusstsein geprägte Debatte ein Kompliment machen. Die Feinzeichnungen der Kommission haben heute Farbtupfer, manchmal auch Farbkleckse erhalten. Das ist aber üblich, normal und richtig in einer parlamentarischen Debatte zu einem Thema, wie wir es heute zu behandeln haben. Der Bericht erfuh natürlich auch – wie möchte es anders sein – negative Qualifikationen von «tendenziös» bis, so Herr Blocher, «langweilig».

Wie erwartet stand nicht das Thema der Fichen im Vordergrund, das ist offenbar – mindestens vorübergehend – abgehakt, sondern die Geheimorganisationen. Ich danke speziell den Kolleginnen und Kollegen, die ausgeführt haben, dass hier eine Mitverantwortung des Parlamentes an den nun zu Tage geförderten Zuständen – «Zustände» im neutralen Sinn – besteht. Jedermann von uns hat und hatte Gelegenheit, mit parlamentarischen Instrumenten Fragen zu stellen, nachzustossen. Es haben es offenbar allzu viele unterlassen.

Die heutige Debatte gibt Hoffnung, dass, wie ein Votant sagte, «Schutt weggeräumt» werden konnte, noch weiter weggeräumt werden kann und dass das Vertrauen in unsere Institutionen wiederhergestellt werden kann. Die Kommission stellt fest, dass mit einer Ausnahme ihre Anträge von den Fraktionen unterstützt beziehungsweise nicht bekämpft werden.

Einige Worte zum Verfahren. Herr Bonny hat gerügt, dass das Aeusserungsrecht gegenüber der Puk zu kurzatmig angelegt worden sei. Tatsächlich ist der Brief mit Datum 30. Oktober 1990, den z. B. der frühere Generalstabschef, Korpskommandant Zumstein, zugestellt erhalten hat, sehr kurz gefasst. Das ist durchaus einzuräumen. Es hätte aber die Möglichkeit bestanden – andere haben davon Gebrauch gemacht –, eine erneute Anhörung vor der Kommission zu verlangen. Als noch zur Disposition des Bundesrats stehender Höherer Stabsoffizier hätte Herr Zumstein aber auch die Gelegenheit gehabt, den Berichtsentwurf im vollen Umfang im Militärdepartement einzusehen.

Weiter wurde der Kommission von zwei Rednern vorgeworfen, sie sei «inquisitorisch» vorgegangen. Ich kann Sie versichern, dass das nicht der Fall war. Wir haben uns mit sämtlichen Zeugen und Auskunftspersonen in einem durchaus normalen und zivilen Ton unterhalten. Sämtliche Angehörten hatten am Schluss die Gelegenheit, auch ihre Reklamationen zum Verfahren, zum Stil der Anhörung zu deponieren. Ich stelle fest, dass keine Reklamationen diesbezüglich deponiert worden sind, weder im Moment noch später. Diese Vorwürfe werden von der Kommission «sec» zurückgewiesen.

Ich stelle mit Vergnügen fest, dass in den juristischen Beurteilungen weithin Einigkeit herrscht. Die Verfassungsmässigkeit von P-26 und P-27 kann nicht durchs Band weg verneint werden. Ich persönlich bejahe sie.

Man ist sich einig, dass es an der gesetzlichen Ermächtigung für die völlige Auslagerung der beiden Dienste aus Armee und Bundesverwaltung gefehlt hat. Damit war das Fundament für die Führung durch den Gesamtbundesrat, für die Kontrolle durch das Parlament und insbesondere für eine Finanzaufsicht, die diesen Namen verdient, eben nicht gegeben. Die Streitereien um die legalistische Basis – oder wie man das bezeichnen will – sind also nicht rein formeller Art, sondern sie haben einen tiefen materiellen Grund und eine Bedeutung!

Zur Sicherheitsdelegation äussere ich mich jetzt, weil ja die parlamentarische Initiative nicht grundsätzlich bestritten ist. Heute haben wir über die Eintretensfrage zu entscheiden. Wenn Sie ja sagen zu unserer parlamentarischen Initiative, Eintreten beschliessen, wird wie üblich eine vorberatende Kommission einen Beschlussentwurf auszuarbeiten haben. Dort wird dann über die Detailausgestaltung der Sicherheitsdelegation zu entscheiden sein: wie viele Mitglieder, welche Art Verfahren, Rechte dieser Sicherheitsdelegation, Geheimhaltungsverpflichtung usw. Es sind dabei auch hängige Vorstösse und zurzeit laufende Verhandlungen in Kommissionen beider Räte zu diesem Thema in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Ich komme zu einer Detailfrage. Herr Günter, Sie haben in Ihrer persönlichen Erklärung behauptet, dass in den geheimen Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe Bachmann der GPK, datiert vom 15. Dezember 1980, der Name Dr. Schneiter vorkomme. Ich habe dies durch den Sekretär der Kommission überprüfen lassen. Er hat diesen Namen nicht gefunden. Möglicherweise – ich öffne Ihnen diese Tür – findet sich dieser Name in irgendeinem Protokoll oder Bericht. Das ist durchaus möglich.

Nun zur Weiterführung der Arbeit. Diese war vielen Rednerinnen und Rednern ein Anliegen. Die Puk EMD wird ihre Arbeit als Petitionskommission *ad hoc* in der Angelegenheit Petition Jeanmaire weiterführen und Ihnen möglichst bald den Bericht vorlegen, in der Hoffnung, er könne im Januar 1991 in beiden Räten behandelt werden. Weitere Aufträge müssen von den beiden Räten in einem formellen Beschluss erteilt werden. Dabei hat der Ständerat die Priorität.

Die Puk EMD hat mit Schreiben vom 12. Dezember, also von gestern, die Bereitschaft erklärt:

1. den Bericht des Bundesrates – unsere Motion 5 verlangt ihn – über eine allfällige Zusammenarbeit mit ausländischen Stay-behind-Organisationen zuhanden der beiden Räte zu prüfen;
2. die Oberaufsicht über die Auflösung der Organisation P-26 auszuüben.

Über die Weiterführung der Arbeit in diesen beiden Bereichen wird, wie gesagt, noch zu entscheiden sein – mit Behandlungspriorität beim Ständerat.

Ich bitte Sie ebenfalls – wie der Kommissionspräsident, Kollege Carobbio –, unseren Anträgen nunmehr zuzustimmen.

#### *Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle*

**Günter:** Ich weiss nicht, welchen Bericht der Kommissionsprecher deutscher Zunge vor sich hat. In meinem Bericht steht auf Seite 34 zum Thema «Schah-Gelder an die Una»: «Zeugen: Major XY; Schneiter Rudolf, Riehen (Ciba). Die beiden Herren spielen bei den Zahlungen eine aktive Rolle. Es ist anzunehmen, dass gemäss Weisungen des Spez D (Spezialdienstes) und unter Berufung auf internationale Beziehungen keine Aussagen gemacht werden.»

Ich möchte das nur richtigstellen. Ich bitte den Kommissionsprecher, das nächste Mal seriösere Abklärungen zu treffen.

**Reich:** Nur ganz kurz: Herr Loretan hat mir soeben bestätigt, dass er pauschal, ohne mich zu nennen, auch meinen Einwand in bezug auf die Darstellung des Informationsgrades der Finanzdelegationspräsidenten zurückgewiesen habe.

Ich stelle noch einmal fest, dass auf Seite 227 eine unkorrekte Darstellung steht; dass diese Darstellung von einem der einvernommenen Zeugen schriftlich korrigiert wurde, mit der Bitte um Korrektur; dass dies nicht erfolgt ist. Die Angelegenheit wird im übrigen im Rahmen der Finanzdelegation noch definitiv bereinigt.

Bundesrat Villiger: Wir leben in einer Zeit des Umbruchs, und die europäische Landkarte hat sich schlagartig grundlegend verändert. Der Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen im Osten, die rasante Integration Westeuropas und der Zusammenschluss von Deutschland haben in der geschichtlichen Entwicklung sozusagen einen Quantensprung zur Folge gehabt. Vor kurzem wurde – zum Glück – am KSZE-Gipfel in Paris der kalte Krieg endgültig überwunden; sozusagen über Nacht ist alles anders geworden.

Dieser Umbruch hat auch die Lage unseres Landes in Europa abrupt verändert. Viele Elemente unseres Selbstverständnisses entstanden ja sozusagen durch die Abgrenzung gegenüber Europa. Wir waren demokratischer als andere. Wir hatten uns gegen andere zu behaupten, was uns wiederum einte. Nun ist Europa offener geworden. Europa ist demokratischer geworden. Alte Feindschaften sind überwunden. Was sich früher abgrenzte, beginnt nun wieder – zum Glück – zusammenzuwachsen. In vielen europäischen Ländern ist nachgerade eine Aufbruchsstimmung zu verspüren. Die Stimmung in unserem Land steht dazu in einem seltsamen Gegensatz. Wir werden von Selbstzweifeln befallen. Und wir suchen eine neue Identität im neuen Europa.

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind verunsichert. Die Meinungen gehen weiter auseinander als auch schon. Das Gespräch zwischen den verschiedenen Gruppen wird schwieriger, und oft hat man den Eindruck, glücklicherweise abgebaute Feindbilder würden durch neue ersetzt. Die zentrifugalen Kräfte scheinen sich gegenüber den integrierenden eher zu verstärken.

In diesem schwierigen Umfeld sind wir daran, ein Stück Vergangenheit zu bewältigen. Das ist in diesem Umfeld ein schmerzhafter Prozess für alle. Ich beklage das nicht. Anpassungsprozesse sind immer mit Schwierigkeiten, mit Schmerzen verbunden.

Ich meinte heute bei der Debatte zu verspüren – obwohl mir nicht jedes Votum gleich viel Freude gemacht hat, wenn ich ehrlich bin –, dass doch der Wille, über Grenzen hinweg zu sehen, sichtbar wurde, der Wille, solche Anpassungen letztlich doch gemeinsam vorzunehmen, und dafür möchte ich Ihnen danken.

Ein Anpassungsprozess hat zwei Komponenten: Zum ersten ist Vergangenheit zu bewältigen, und zum zweiten ist Zukunft zu gestalten. Der Puk-Bericht bietet Anlass, einen Beitrag zur ersten Komponente zu leisten, und das ist eine Chance. Ich bin gewillt, diese Chance zu ergreifen. Es soll aufgeräumt werden, was es aufzuräumen gibt. Und ich meine auch, dass dies rasch geschehen soll. Die Arbeit hat ja längst begonnen, und wir müssen nun versuchen, rasch wieder Kräfte für die zweite Komponente, die Gestaltung der Zukunft, freizusetzen.

Ihre Untersuchungskommission hat wertvolle Arbeit geleistet. Sie hat Licht in ein Dunkel gebracht, in dem Verdächtigungen und Anschuldigungen wucherten, und sie hat aufgeklärt, wo Unsicherheit herrschte. Wir kennen jetzt die Mängel und Schwachstellen in der Una und im Umfeld der geheimen Organisationen. Einige Problemfelder waren mir schon vor der Puk bekannt. Deshalb haben wir früh begonnen, sie zu beseitigen. Einige neue sind bekanntgeworden, und wir werden nicht zögern, auch hier Abhilfe zu schaffen.

Ich darf einige der berechtigten Kritiken des Puk-Berichtes ansprechen. Zuerst zu den Fichen: Die Fichen im EMD waren teilweise ebenso fragwürdig wie die Fichen in der Bundespolizei, auch wenn es weniger waren. Ich habe Eintragungen gesehen, die mich erschütterten; dazu stehe ich. Da waren Halbwahrheiten, ungeprüfte Verdächtigungen, einäugige politische Urteile und auch läppische Bagatellen bunt durcheinandergemischt. Das hat Menschen betroffen, an deren Haltung es keine Zweifel geben kann. Es scheint, dass offensichtlich der kalte Krieg die nüchterne Optik einiger Beamten oder Denunzianten verzerrt hat. Es sind Feindbilder entstanden, die hin und wieder zu fast grotesken Auswüchsen führten.

Ich habe Verständnis dafür, dass sich Bürger in diesem Lande und vielleicht auch politische Gruppierungen verletzt fühlen, dass viel Vertrauen verlorengegangen ist. Ich meine, dass hier zuviel zerstört worden ist. Ich habe mich – das widerspricht vielleicht dem, was hier behauptet worden ist – dafür schon im

Frühjahr öffentlich entschuldigt. Aber ich bin gerne bereit, diese Entschuldigung hier nochmals nachdrücklich zu bekräftigen.

Es gibt auch andere Fehler, die nicht zu beschönigen sind. Die Una hat im Inland vereinzelt Aktivitäten entfaltet, die nicht zugelassen werden können. Ich zähle dazu die Entsendung eines Informanten an eine ökumenische Veranstaltung in Basel. Nach heutigem Rechtsverständnis – das ist auch eindeutig – hätte für den Aufbau einer Widerstandsorganisation eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden müssen. Bei der Finanzierung der geheimen Organisationen wurde gegen das Finanzhaushaltsgesetz verstossen. Es werden auch andere, weniger bedeutende Fehler zu Recht kritisiert.

Die Schlussfolgerungen der Puk sind zukunftsorientiert, sie sind zeitgemäss. Ich bin froh, dass sie hier nicht bestritten worden sind. Der Bundesrat stimmt ihnen vollumfänglich zu. Damit könnte der Puk-Bericht – so hoffe ich – Anlass für einen Neubeginn geben. Wir werden die vorgeschlagenen Massnahmen realisieren. Sie sollen die Reste des kalten Krieges beseitigen und einen Beitrag zur Vertrauensbildung leisten.

Bei aller positiven Würdigung gibt es aber zum Puk-Bericht auch Kritisches zu sagen. Die Ehrlichkeit gebietet mir, auch dazu zu stehen. Ich möchte dabei drei Punkte besonders hervorheben: Der Bericht trägt den historischen Rahmenbedingungen zu wenig Rechnung. Es ist ein geschichtsloser Bericht. Die Mitverantwortung des Parlamentes – das ist das Zweite – wird zu wenig sichtbar. Das Dritte: Im Zweifel wird häufig gegen den Angeklagten entschieden, und einige Ereignisse erhalten mehr Gewicht, als ihnen in Wirklichkeit zukommt. Ich will das begründen:

Zur Geschichtslosigkeit des Berichtes: Wer das Handeln anderer in der Vergangenheit beurteilt, muss die geschichtlichen Umstände berücksichtigen. Wer das nicht tut, der verurteilt, statt dass er beurteilt. Der kalte Krieg war nicht die Erfindung westlicher Generäle, auch wenn er bei uns gewisse Auswüchse hatte. Denn der Versuch, die kommunistische Weltrevolution zu exportieren, gehörte bis vor kurzem zur Doktrin der östlichen Supermacht. Sie schreckte dabei auch vor der Anwendung von Gewalt nicht zurück: Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968, Afghanistan 1979 sind Mahnmale eines kommunistischen Machtanspruchs. Auch der systematische Versuch einer Schwächung der psychologischen Widerstandskraft war eine Realität des kalten Krieges. Die Frontorganisationen wurden in der psychologischen und ideologischen Auseinandersetzung genauso eingesetzt wie die Drohung mit überdimensionierten Waffenarsenalen. Dass man sich auch in der Schweiz für den Einfluss ausländischer Frontorganisationen interessierte und dass man auch bei uns die Vorbereitung des Widerstandes im besetzten Gebiet an die Hand nahm, war aus damaliger Sicht eine Pflicht der staatlichen Vorsorge. Dass dabei auch Fehler passierten, habe ich gesagt. Ich will diese Fehler nicht entschuldigen, aber man muss jenen, die die Fehler begingen, zugute halten, dass sie damals eben aus einer anderen Situation heraus handelten. Dieser Verweis auf die Geschichte ist keine Flechtfertigung. Ich selber war ja damals weder im Parlament noch in der Regierung mitverantwortlich. Es geht mir aber hier um die Fairness im Urteil. Für das Urteil, das wir heute fällen, tragen wir die Verantwortung. Diese Verantwortung will und muss ich mittragen. Deshalb möchte ich die geschichtliche Perspektive miteinbeziehen.

Ich komme zur Mitverantwortung des Parlamentes. Das Parlament selber zeigt ja eigentlich, dass Verhältnisse je nach geschichtlichem Umfeld verschieden beurteilt werden. Die GPK-Berichte, Kommissions- und Ratsprotokolle aus der Zeit der Bachmann-Affäre zeigen, dass das Parlament von der Existenz der geheimen Dienste wusste. Viele Kommissionsmitglieder waren über die Grundzüge dieser Organisationen informiert. Es ist festzuhalten, dass aus dem Einvernahmeprotokoll der Arbeitsgruppe Bachmann der GPK vom 6. November 1980 klar hervorgeht, dass Generalstabschef Senn die Arbeitsgruppe über das Konzept und den Auftrag der neuen Widerstandsorganisation – nach Bachmann – orientiert hatte. Es ist Geschichtsklitterung, wenn jetzt behauptet wird, die damals Verantwortlichen hätten ohne jeden politischen Rückhalt gehandelt. Schon damals hätte auch die Öffentlichkeit mehr

über diese Organisationen erfahren, wenn nicht auch das Parlament der Geheimhaltung mehr Priorität beigemessen hätte als heute.

Ich sage das nicht, um die Verantwortung für das Geschehene auf das Parlament abzuschieben, das wäre falsch; die Verantwortung liegt in erster Linie bei der Exekutive. Ich sage das nur, um zu zeigen, dass die damaligen Mitglieder Ihres Rates doch vielleicht andere Gewichte setzten als Ihre Puk heute.

Zu den Gewichtungen im Puk-Bericht: Die Puk war eingesetzt worden, weil der Vorwurf erhoben worden war, die Una bespitzle und überwache systematisch Personen und Organisationen in der Schweiz. Ich habe von Anfang an, als ich zum ersten Mal von so etwas hörte, sehr klar gesagt, dass ich im EMD keine Spitzel will, und ich stehe heute noch zu dieser Aussage; und wenn ich irgendwo einen entdecke, dann wird gehandelt. Ich kann nicht die Verantwortung übernehmen für das, was vor meiner Zeit im EMD geschah. Aber für das Heute und die Zukunft bin ich verantwortlich, und ich wiederhole hier mit aller Klarheit, dass die Una keine politische Polizei sein darf.

Zum Glück hat aber der Puk-Bericht gezeigt – nicht zum Glück für mich, aber ich fand es gut für die Organisation –, dass der Verdacht der systematischen Spitzeltätigkeit der Una falsch war. Trotzdem werden im Bericht drei problematische Einzelfälle – einen habe ich schon verurteilt – auf breitem Raum dargestellt. Auch wenn sich der «Fall Murten» so dramatisch zugetragen hätte, wie er im Fernsehen geschildert wurde, wäre er doch ein Einzelfall gewesen. Zusammen mit den Fällen «Basel» und «Interlaken» ist das – so habe ich die Ueberzeugung – nicht die Spitze eines Eisberges, sondern es sind die einzigen Fälle, welche die Puk nennt. Ihre breite Gewichtung im Bericht kann deshalb einen falschen Eindruck erwecken. So ist man denn da und dort einer gewissen Tendenz zum Aufbauschen und zur Verzerrung erlegen. Es geht mir auch hier nicht um eine Rechtfertigung, ich muss mich ja nicht rechtfertigen für Dinge, die sehr alt sind. Es geht mir um ein faires Urteil, um ein Urteil, das zwar Fehler anprangert, sie aber nicht verallgemeinert, pauschalisiert und verabsolutiert.

Ein Problem besteht aus meiner Ueberzeugung darin, dass der Puk-Bericht in einigen Punkten mehrfach interpretiert werden kann; es ist sozusagen ein Bericht mit zwei Gesichtern. Die ambivalente Schilderung etwa des sogenannten Putschszenarios ist dafür ein Beispiel.

Die Puk stellt fest, sehr vorsichtig, dass nicht auszuschliessen sei, dass die Organisation auch bei einem demokratisch zustande gekommenen Machtwechsel eingesetzt werden könnte. Sie liefert allerdings nicht den geringsten konkreten Anhaltspunkt dafür, dass mit dieser Möglichkeit ernsthaft zu rechnen gewesen wäre; die Würdigung bleibt also rein theoretisch. Aber in diesem Zusammenhang wurden wilde Spekulationen angestellt. Diese brauche ich hier ja nicht zu zitieren. Es fällt aber auf, dass nach der Pressekonferenz des Chefs P-26 zahlreiche Pressekommentare auch zu anderen Schlüssen kamen; angesichts der glaubwürdigen Persönlichkeit von Herrn Cattelan muteten für einige Kommentatoren die Putschgerüchte wie Ueberinterpretationen eines doch eher nüchternen Sachverhaltes an.

Ich brauche es nicht zu wiederholen: Wir haben in diesem Lande glücklicherweise keine Putschgeneräle. Das würde ich nicht dulden. Bei P-26 bestand nach meiner Ueberzeugung weder der Wille noch die praktische Möglichkeit, allfällige demokratische Machtwechsel rückgängig zu machen.

Das Szenario des inneren Umsturzes mit der nachfolgenden Besetzung meinte denn auch etwas anderes – und das hätte vielleicht bei der Redaktion des Berichtes betont werden müssen –: nämlich das Vorgehen, das die Nazi-Putschisten 1934 gegen den österreichischen Kanzler Dollfuß, die Sowjetrusen 1948 in der Tschechoslowakei gegen Jan Masaryk und 1979 gegen Staatspräsident Amin in Afghanistan angewandt haben.

Man spricht heute sehr viel von Transparenz und Offenheit, auch in diesem Saal. Offenheit, ich weiss das, schafft Vertrauen. Wo Anhaltspunkte bestehen, dass etwas Unrechtes geschah, ist Offenlegung unerlässlich. Nur sie kann Vertrauen schaffen. Ich denke hier beispielsweise an die Gerüchte über Gladio oder die CIA. Wo aber keine Anhaltspunkte für eine Ver-

dächtigung bestehen, wo etwas in den Bericht hineingelesen wird, das gar nicht darin steht, da meine ich, wird Vertrauen zerstört. Deshalb haben mich doch einige Aeusserungen von heute eher nachdenklich gemacht.

Zur Widerstandsorganisation auch ein paar grundsätzliche Gedanken: Die Selbstaufgabe war in der Schweizer Geschichte nie eine Alternative zum Widerstand. Der Widerstand im Besetzungsfall ist völkerrechtlich grundsätzlich legitim. Seine Vorbereitung ist auch verfassungsmässig. Das ist für mich entscheidend. Ich möchte hier betonen, dass ich voll zu diesem Rechtsstaat stehe, und zwar ohne jede Relativierung. Diese Verfassungsmässigkeit wird auch von einer Studie bestätigt, die nicht etwa das EMD ganz allein mit Generälen verfasst hat – beileibe nicht –, sie entstand unter Mitwirkung des EJPD und eines renommierten Staatsrechtlers. Auch das Gutachten Grisel bestätigt das, laut Puk auf Seite 216. Es befremdet mich, dass gerade ein Puk-Mitglied hier eine ganz andere These aus seiner eigenen Sicht vertreten hat.

Vom Grundsatz der Vorbereitung des Widerstandes klar zu unterscheiden ist die Frage, wie diese Aufgabe an eine aussenstehende Organisation übertragen werden kann. Hier gehen die Meinungen offenbar auseinander.

Bei der Bewältigung der Bachmann-Affäre hat sich das Parlament über das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage für die geheimen Organisationen offenbar nicht sonderlich aufgehalten. Die damalige Arbeitsgruppe der GPK stellte fest, dass die Widerstandsorganisation den Anforderungen entspreche, die vom Standpunkt des Rechtsstaates und der Demokratie aus zu stellen seien. Würde man heute aber eine solche Organisation aufbauen, wäre die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage selbstverständlich. Ich könnte als Verantwortlicher heute der Lösung von 1981 nicht zustimmen.

Eine Widerstandsorganisation – hier kommen wir natürlich zum eigentlichen Dilemma – kann nur dann wirklich funktionieren, wenn die Geheimhaltung funktioniert, weil sie sonst im Ernstfall sofort auffliegt. Damit gibt es sowohl für die Offenlegung ihrer Finanzierung wie auch für die öffentliche Kontrolle Grenzen. Ich meine, man muss sich hier halt entscheiden zwischen Widerstand und Offenheit, weil beides zusammen fast nicht zu haben ist. Sie wissen, dass in der Zwischenzeit der Bundesrat diese Frage entschieden hat.

Immerhin gab es einen parlamentarischen Beirat, der die Widerstandsorganisation begleitete. Es hat nie jemand behauptet, dieser Beirat sei ein Instrument der umfassenden parlamentarischen Kontrolle. Ich meine aber, dass seine Mitglieder in verdienstvoller Weise Ratschläge erteilt haben. Dafür verdienen sie Dank und nicht Kritik.

Auch die Finanzen von P-26 wurden minutiös überprüft. Es gibt keinen konkreten Hinweis auf Veruntreuungen.

Ich komme hier kurz zur Frage der Strafbarkeit: Die Puk selber geht ja davon aus, dass keine Straftaten begangen worden sind. Strafanzeigen mit unpräzisen Vorwürfen kann nicht nachgegangen werden. Wenn aber spezifizierte Anzeigen eingereicht werden, dann könnten sie von der Bundesanwaltschaft erst nach Aufarbeitung der Verfahrensakten der Puk EMD näher behandelt werden.

Ich darf nun noch auf ein Thema kommen, das mir etwas am Herzen liegt, weil ich nämlich den Vorwurf, der Bundesrat sei in diesen Bereichen untätig gewesen, nicht auf mir sitzen lassen will und auch nicht auf mir sitzen lassen kann.

Es ist in bezug auf Vergangenenheitsbewältigung in meinem Departement schon einiges geschehen, zum Teil schon vor der Puk, zum Teil auch während der Puk.

1. Wir haben beispielsweise dem Parlament eine Rechtsgrundlage für die Sicherheitsüberprüfungen vorgeschlagen, aber es war das Parlament, das nicht wollte. Die Gründe sind allerdings auch uns damals verständlich gewesen. Diese Vorlage wird wieder kommen.

2. Weil mir die demokratische Kontrolle der Una-Aktivitäten ungenügend erschien, führte ich schon gegen Ende 1989 Gespräche mit einigen parlamentarischen Beiräten. Anfang 1990 machte die Una in meinem Auftrag eine Studie über die parlamentarische Kontrolle in anderen Ländern. Ich wollte das überprüfen lassen. Da sich dort diese Kontrolle bewährte, habe ich schon im Februar in diesem Rate klar eine echte par-

lamentarische Kontrolle der geheimen Dienste gefordert und befürwortet.

3. Die Fichenaffäre im EMD ist dank der frühzeitigen Einsetzung des Sonderbeauftragten bis auf wenige Beschwerden erledigt. Neue Fichen mit unzulässigen Eintragungen wird es nicht mehr geben. Die organisatorischen und personellen Massnahmen sind getroffen, um dies sicherzustellen.

Ich komme hier kurz auf die Frage von Frau Mauch zu sprechen. Ich bedaure etwas, dass sie wieder eine neue Verdächtigung in die Welt setzt. Ich wollte mich am 1. Februar selber vergewissern, ob es wirklich keine Fichen hat. Leider habe ich dann solche gefunden. Es kam tags darauf oder zwei Tage darauf meine Amerika-Reise dazwischen, und sofort nachher habe ich die Öffentlichkeit informiert. Vorher wusste ich es nicht, was ich bedaure.

4. Auch die Weiterführung der Widerstandsorganisation P-26 hat mich schon früh beschäftigt. Ich habe mit dem neuen Generalstabschef von Anfang seiner Amtszeit an verschiedene Fragen erörtert, vor allem drei, nämlich:

1. Entspricht eine solche Organisation noch dem aktuellen Bedrohungsbild?

2. Kann eine solche minutiös vorbereitete Organisation im Ernstfall, im Chaos, wirklich funktionieren?

3. Ist eine geheime bewaffnete Organisation mit den Erfordernissen einer offenen, demokratischen Gesellschaft verträglich?

Ueber dieses Thema hat der Generalstabschef in meinem Auftrag von sehr verschiedenen Gruppen zwei Studien erstellen lassen. Wir sind zum Schluss gelangt, dass unter den heutigen politischen Umständen – bei der heutigen Bedrohungslage – die Vorbereitung des Widerstandes keine Priorität mehr hat. Der eigentliche Besetzungsfall – darüber dürfen wir uns freuen – ist sehr unwahrscheinlich geworden. Ich bin auch etwas skeptisch, ob trotz noch so guter Organisation die Garantie bestanden hätte – eine Garantie sicher nicht, aber wie gross die Wahrscheinlichkeit gewesen wäre –, dass eine solche Organisation den Ernstfall, das Chaos, wirklich bestehen könnte. In einer auf Transparenz angelegten Demokratie – das war für mich von Anfang an ein wichtiges Element – gibt eine geheime, bewaffnete Organisation immer auch Anlass zu Misstrauen, auch dann, wenn sie es nicht verdient. Bei der heutigen Bedrohungslage wären die Nachteile eines solch schleichenden, bleibenden Misstrauens grösser als der Nutzen einer Organisation. Der Bundesrat hat deshalb die Auflösung von P-26 beschlossen. Es war – Herr Steffen hat das hier vermutet – kein voreiliger Entschluss, sondern ein wohlüberlegter. Die Auflösung ist im Gang. Sie ist bereits zum grossen Teil vollzogen. Die Puk – oder wer immer nachher diese Aufgabe übernehmen will – kann sie überwachen und kontrollieren. Dieses Problem dürfte bewältigt sein.

Es gibt aber noch eine wichtige offene Frage, nämlich ob es zwischen der P-26 und den ausländischen Stay-behind-Organisationen oder der CIA Verbindungen gegeben hat. Ich habe doch selber das allergrösste Interesse, dass hier die wuchernden Spekulationen durch gründliche Abklärungen beendet werden können, und ich habe selber das grösste Interesse, zu wissen, ob damals in irgendeiner Weise gegen die Neutralitätspolitik, gegen unsere glaubwürdige Neutralität verstossen worden ist. Der Bundesrat wird diese Abklärungen veranlassen, wenn Sie die Motion 5 überweisen. Die Puk, wenn Sie die Fortsetzung der Puk beschliessen, die GPK, wenn Sie es nicht beschliessen, oder die neue Sicherheitsdelegation, wenn Sie sie rasch beschliessen, werden diese Untersuchungen überwachen können, und wir werden diese Kommissionen über die Ergebnisse ins Bild setzen.

Ich komme zu einem heiklen Punkt, nämlich zur Forderung, die auch hier geäussert worden ist, wir sollten die Namen aller Mitglieder von P-26 bekanntgeben.

Es wird angeführt, dies sei nötig, um das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederherzustellen. Es wird auch gesagt, die Namen würden ohnehin bekannt, und das EMD solle nicht wie früher und wie immer gegen eine offene Information mauern. Ich kenne diese Namen seit gestern. Gestern wurde die erste, vollständige Liste ausgedruckt. Die Puk hat diese Liste verlangt und hat sie auch erhalten. Ich werde auch meinen Bun-

desratskollegen Einblick in diese Liste gewähren. Nach meiner Ueberzeugung und nach der Durchsicht enthält diese Liste die Namen ehrenwerter Bürger; mir ist niemand aufgefallen, bei dem ein grosser Skandal in hoher Position zu erwarten wäre. Sie kommen aus allen Schichten unseres Volkes. Ich werde diese Namen nicht veröffentlichen. Wenn sie bekannt würden, weil andere die Verpflichtung zur Diskretion verletzen, wäre dies sehr zu bedauern. Diese Personen verlassen sich und haben sich seit Jahren auf den Vertrauensschutz verlassen. Sie haben Anspruch auf den Schutz ihrer Persönlichkeit. Gerade dieses Parlament hat zu Recht den Persönlichkeitsschutz in den letzten Jahren besonders hoch bewertet; die Empörung über die Fichen, die den Persönlichkeitsschutz verletzt, hat dies bewiesen. Ich bin überzeugt, dass das Vertrauen des Volkes in die Behörden schwer erschüttert würde, wenn wir diese Menschen an den Pranger stellen würden, und zwar mehr, als wenn wir dies nicht tun. Nicht immer schafft Offenlegung nur Vertrauen. Hier wäre wahrscheinlich der Schaden durch den Bruch des Vertrauens, das diese Leute hatten, gross. Es geht schliesslich nicht um die Aufdeckung von Verbrechen.

Ich komme zu ein paar Einzelfragen; ich kann nicht auf alle eingehen.

Zu Herrn Günter: Herr Häsler hat in Montreux über den Auftrag der Armee bei der Friedensförderung, der Existenzsicherung und der Kriegsverhinderung gesprochen. Ich habe mir das Referat kommen lassen und es in der Zwischenzeit auch Herrn Günter gegeben. Herr Häsler hat festgehalten, dass die Armee die Verantwortung für die Verteidigung des Landes und des Volkes trägt, sofern es zum Letzten, zum Krieg kommt. Er hat erklärt, dass bei einem Versagen im Krieg weder die Parlamentarier noch die Regierungsmitglieder, sondern die Militärs zur Rechenschaft gezogen würden.

Ich selber konnte bei der Durchsicht aus diesen Aeusserungen nicht ableiten, der Generalstabschef stelle das Militär über die Politik. Ich kenne Herrn Häsler seit einem Jahr sehr gut; ich habe sehr eng mit ihm zusammengearbeitet. Er ist – natürlich – ein straffer Militär, aber er ist ein überzeugter Demokrat, und für ihn ist das Primat der Politik über die Armee selbstverständlich. Und dieses Primat der Armee über die Politik (*Heiterkeit*) ist für mich überhaupt eine der Bedingungen, dass ich dieses Amt ausüben kann und will.

Die zweite Frage betreffend die «Aerzte für den Frieden» will ich genau prüfen. Ich werde sie Ihnen schriftlich beantworten. Die dritte Frage wurde zum Teil bereits von Herrn Loretan beantwortet: Der Chef von P-26 hat keinen Stellvertreter, und Herr Schneiter ist nicht Mitglied von P-26.

Herr Ernst – das ist die vierte Frage – ist auch nicht Mitglied von P-26; er hat mir versichert, dass er weder über Herrn Strasser in P-26 indirekt mitgewirkt habe noch dass er von der Mitgliedschaft von Herrn Strasser bei P-26 gewusst habe. Das entspricht auch dieser totalen Abschottung, die in dieser Organisation Tradition war.

Ich komme zur Frage von Frau Uchtenhagen: Meine Meinung war, dass die Präsidenten der letzten Jahre, und zwar die Präsidenten aller Bundesratsparteien, auch solche Ihrer Fraktion, orientiert waren. 1981, als Frau Uchtenhagen Präsidentin der Finanzdelegation war, hat sich gerade die Arbeitsgruppe Bachmann speziell und unter Einschluss finanzieller Aspekte mit dieser Organisation befasst. Ich war damals nicht dabei, könnte mir aber vorstellen, dass dies ein Grund gewesen wäre, sie nicht besonders zu informieren.

Ich möchte jetzt doch zur Zukunft kommen: Mein Departement muss die Vergangenheit in einer Zeit bewältigen, da sich, gerade in diesem Departement, ein gewaltiger Strukturbedarfsbedarf schlagartig überall, in sämtlichen Bereichen zeigt. Organisationen wie das EMD und die Armee, die sich während Jahren ununterbrochen, stetig, ohne Umbrüche, ohne Zäsuren entwickelt haben, müssen nun plötzlich als träge Organisationen in kürzester Zeit an ein völlig neues Umfeld angepasst werden, mentalitätsmässig, in der Hardware, in allem. Das ist eine grosse Aufgabe, vor der ich selber Respekt habe. Das ist eine grosse Aufgabe für alle meine 20 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Eine Puk-Untersuchung ist ein sehr schwerer Eingriff in eine

lebendige Organisation. Ein solches Unternehmen ist eine Art Organismus; der Eingriff hinterlässt Spuren, er muss reinigend wirken. Das ist auch sein Ziel, das wird er tun, er wird präventiv wirken. Aber er wirkt auch verunsichernd, er erzeugt Aengste. Und weil solche Berichte immer eher die Fehler aufzählen und das Gute weniger, entsteht häufig auch bei Mitarbeitern das lähmende Gefühl, alles falsch gemacht zu haben. Deshalb möchte ich hier für meine Mitarbeiter ausdrücklich festhalten: Sie haben Fehler gemacht, wie wir alle, aber sie haben auch viel gute Arbeit geleistet, auch in der Una; das darf ich als Chef hier sagen. Ich empfinde es nicht immer nur als Vorwurf, wenn man mir vorhält, ich würde mich vor meine Leute stellen. Ich glaube, 20 000 Leute haben es verdient, dass man zu ihnen steht.

Ich bin gewillt, diese Vergangenheitsbewältigung so rasch wie möglich zu beenden. Ich möchte möglichst bald wieder die vollen Kräfte des ganzen Departements auf die Zukunft ausrichten können. Wir werden die Massnahmen, die die Puk vorgeschlägt, rasch und entschlossen durchführen. Wir werden prüfen, wie wir den Nachrichtendienst neu strukturieren wollen.

Leider – ich sage das hier auch – hat die Enttarnung des Chefs P-27 ein wichtiges Instrument für den Krisenfall zerstört, stumpf gemacht. Jahrelange Aufbauarbeit ist vernichtet worden, ich bedaure das. Damit wurde ein Entscheid des Bundesrates, der noch bevorgestanden hätte, und auch des Parlaments, den ausserordentlichen Nachrichtendienst neu zu strukturieren, stark vorweggenommen. Wir werden prüfen, wie jetzt weiter vorgegangen werden soll; ich will hier nicht aus der Hüfte schiessen.

Wir werden auch das EMD organisatorisch – das ist ein Element dessen, was uns bevorsteht – und personell den neuen politischen Bedürfnissen anpassen. Sicherheitspolitisch und innenpolitisch ist sehr viel mehr in Bewegung als früher. Die politische Substanz in diesem Departement muss verstärkt werden. Ich treffe aber meine Personalentscheide nicht in diesem Saal – Personalpolitik im EMD macht noch immer der Bundesrat, also weder das Parlament noch die Öffentlichkeit. Es ist richtig, dass gewisse meiner Mitarbeiter das Vertrauen ihrer Chefs missbraucht haben. Das kommt auch im Privatsektor vor, überall, aber genausowenig wie dort kann das beim Bund geduldet werden. Ich brauche Leute meines Vertrauens um mich herum, das ist völlig klar. Ich werde die nötigen Massnahmen treffen, um das sicherzustellen. Führen hat immer mit Vertrauen zu tun. Sie können nicht mit Misstrauen führen, weil Sie sonst ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht motivieren können. Sie müssen doch spüren, dass der Chef an sie glaubt und zu ihnen steht. Aber Vertrauen geben beinhaltet immer auch das Risiko, dass irgendeiner es missbraucht; dann muss man natürlich das Problem lösen. Ich werde auch weiterhin meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Vertrauen führen, sonst macht auch mir dieser Job keinen Spass mehr – er macht mir aber nach wie vor sehr viel Freude.

Es ist mir auch ein Anliegen, die oft als wenig offen empfundene Informationspolitik des EMD auf Vordermann zu bringen – ich gebe zu: Das ist nicht immer ganz leicht.

Der Prozess der Oeffnung und der Anpassung ist im EMD eingeleitet. Ein kleines Detail: Auf 1. Januar werden die Geheimhaltungsvorschriften gelockert, angepasst, wie das auch vernünftig ist. Wir sind gewillt, diesen Prozess der Oeffnung trotz des schwierigen Umfeldes durchzuziehen; wir müssen wahrscheinlich auch ein obsoletes Stück Geheimhaltungsmentalität aufbrechen.

Ich stelle aber trotz aller Kritik mit Befriedigung fest, dass seit meinem Amtsantritt doch schon sehr viel in Bewegung gekommen ist. Ich will mich nicht rühmen, aber ich habe den Eindruck, es sei doch recht viel mehr bewegt worden als vielleicht in Jahren zuvor.

Wir leiteten die grösste Armee reform ein, die wahrscheinlich je in diesem Land stattgefunden hat; und sie ist auf guten Wegen. Wir entwickelten eine neue Sicherheitspolitik, die heute auch von ausländischen Experten als rascher und mutiger Schritt in eine neue Richtung gelobt wird – wir werden ihn hier diskutieren können. Wir schufen die Infrastruktur für vermehrte friedenspolitische Massnahmen. Wir nahmen die enorm schwierige Arbeit zur Restrukturierung des ganzen EMD-Indu-

striepotentials an eine neue Technologie, an eine kleinere Armee, an neue Umstände mit weniger Geld in Angriff. Wir setzten auch bei den Finanzen neue Akzente. Wir setzten die Arbeitsgruppe Schoch ein, die jetzt Vorschläge zur Anpassung der militärischen Ausbildung vorgelegt hat. Wir werden nächstens dem Bundesrat und, nach der Verabschiedung im Bundesrat, dem Parlament einen Bericht über die Realisierungsmöglichkeit von schweizerischen Blauhelmen vorlegen. Wir werden im Februar ein Treffen der Verteidigungsminister der vier neutralen Länder in der Schweiz organisieren, um gemeinsam Fragen der europäischen Sicherheit zu diskutieren. Unser Land hat auch auf sicherheitspolitischem Gebiet seine Stellung in Europa neu zu bestimmen, und wir wollen das innovativ und rasch tun.

Das sind die Aufgaben, die wir heute anpacken müssen. Es sind grosse, wichtige Aufgaben, und ich möchte alle Kräfte meines Departements darauf und auf die Zukunft konzentrieren. Ich zähle dabei auch auf die Unterstützung dieses Rates. *(Beifall)*

**Präsident:** Die Puk EMD beantragt Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

*Zustimmung – Adhésion*

*Parlamentarische Initiative – Initiative parlementaire*

**Präsident:** Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass beim Entscheid über die parlamentarische Initiative für den Fall, dass ein Ablehnungsantrag gestellt wird, eine Abstimmung unter Namensaufruf verlangt worden ist.

Die Kommission beantragt Ihnen, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

*Zustimmung – Adhésion*

*Motion 1*

*Abgeschrieben – Classé*

*Motion 2*

**M. Carobbio,** rapporteur: La motion 2 n'a plus raison d'être, le Conseil fédéral ayant décidé de liquider l'organisation.

**Loretan,** Berichterstatter: Die Motion 2 kann ebenfalls abgeschrieben werden, nachdem der Bundesrat beschlossen hat, den ausserordentlichen Nachrichtendienst aufzulösen. Der Bundesrat vertritt ebenfalls diese Meinung.

Ich beantrage Ihnen namens der Kommission, die Motion 2 abzuschreiben.

*Abgeschrieben – Classé*

*Motionen 3–5 – Motions 3–5*

*Ueberwiesen – Transmis*

*Postulat 1*

**M. Carobbio,** rapporteur: En ce qui concerne le postulat 1, la situation est la même que pour la motion 2. Il concernait le service de renseignements extraordinaire que le Conseil fédéral a décidé de dissoudre. On peut donc biffer ce postulat.

**Loretan,** Berichterstatter: Wir haben bei Postulat 1 die gleiche Situation wie bei Motion 2. Durch die Auflösung von P-27 ist das Postulat überholt, es kann als erledigt abgeschrieben werden. Ich stelle Ihnen in diesem Sinne Antrag.

*Abgeschrieben – Classé*

*Postulat 2*

**Herczog:** Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen Ablehnung von Postulat 2 «Strategischer Nachrichtendienst».

Im Puk-Bericht heisst es zu diesem strategischen Nachrichtendienst beziehungsweise zur Begründung (Seite 269/70), die Nachrichtendiensttätigkeit müsse heute eine strategische sein, die Bedrohungen seien heute mannigfaltig; «in einem umfassenden Sinne», heisst es da. So könne es von Bedeutung sein, Informationen zu erhalten etwa über die innenpolitische Situation in Ländern, aus denen Migrationsbewegungen entstehen könnten, und über potentielle Umweltbedrohungen. Der strategische Nachrichtendienst müsse somit alle sicherheitsrelevanten Gesichtspunkte umfassen.

Ehrlicherweise müssen wir doch zugeben, dass dies heute, zu diesem Zeitpunkt und auch nach den Ausführungen von Bundesrat Villiger, eine Alibi-Lösung wäre.

Die Puk EMD wollte eigentlich die Auflösung der P-27 dem Bundesrat überlassen und schlug ein relativ undefinierbares Ding, nämlich diese strategische Nachrichtenbeschaffung, vor. Wenn wir nun gestern die Aussage von Herrn Knecht im Fernsehen gehört haben – als er auf eine Frage des Interviewers seine Zettel hervorgekramt und erzählt hat, die P-27 habe Jahr für Jahr Nachrichten abgeliefert; z. B. 1984 und 1985 sei sie gewissermassen im «Zentrum der Nachrichtenbeschaffung» gewesen, u. a. auch, was Umweltszenarien und Umweltkrisen betrifft –, dann müssen wir doch sagen, dass ein solcher strategischer Nachrichtendienst offenbar mit der P-27 schon bestand.

Bevor nun also ein neuartiger, nicht definierbarer Nachrichtendienst aufgebaut werden soll, sind zwei Dinge absolut unerlässlich:

1. Wir müssen hier in diesem Saal zunächst die Sicherheitspolitik anhand des Sicherheitsberichtes des Bundesrates diskutieren. Mit anderen Worten: Wir müssen die sicherheitspolitische Lage gemeinsam, wenn es geht auch in einem Konsens, definieren und nicht voreilig für P-27 irgend etwas Ueberdepartmentales schaffen, was dann wieder zu Friktionen führen wird.

2. Wir müssen zuerst die ganze Geschichte mit den geheimen Diensten wirklich bereinigen und erst nachher wieder etwas Neues schaffen.

Ich möchte zu der veränderten Situation in der Sicherheitspolitik keine langen Ausführungen mehr machen.

Nur einzelne Stichworte: die Ziele der Gesamtverteidigungskonzeption von 1973. Man kann heute nicht mehr auf dieser Basis einen strategischen Nachrichtendienst aufbauen. Man kann nicht heute auf dem Szenario der Dissuasion einen strategischen Nachrichtendienst aufbauen, da ja die europäische Integration die Schweiz vollständig anders definiert. Wir sind keine «Pufferzone» mehr, sondern wir werden möglicherweise – hoffentlich! – eher zu einem Brückenkopf.

Die Puk hat zu Recht erkannt, dass die Sicherheitspolitik auszuweiten sei, dass die neuen Bedrohungen einzubeziehen seien. Unsere Fraktion wendet sich nicht gegen diese Ausweitung, im Gegenteil. In nächster Zeit wird nicht militärische Macht massgebend sein, sondern technologische, wirtschaftliche, siehe den Nord-Süd-Konflikt usw., alles Dinge, die auch die Puk aufgelistet hat. Ebenfalls wird es auch zu innenpolitischen Veränderungen kommen (Wertwandel usw.), worauf Bundesrat Villiger bereits hingewiesen hat.

Sie konnten im Puk-Bericht nachlesen, dass noch ein militärischer Nachrichtendienst bzw. zwei Dienste bestehenbleiben: der ordentliche militärische Nachrichtendienst der Una und der militärische Nachrichtendienst der Sektion Flieger und Fliegerabwehr.

Bevor man sich ohne effektive sicherheitspolitische Grundlagen in ein neues Abenteuer stürzt, solange man sich innerhalb des Nachrichtendienstes über renommierte Zeitungen wie «Le Monde», «Frankfurter Allgemeine Zeitung», «NZZ», «Times» und andere Medien Nachrichten beschaffen kann, möchte ich Ihnen auf alle Fälle beantragen, nicht einen Dienst einzusetzen, der heute politisch unnötig und unerwünscht ist. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

**M. Carobbio**, rapporteur: L'ironie du sort veut que, ce soir, ce soit moi qui doive combattre la proposition de M. Herczog. En effet, en 1981, on refusait de concert le rapport concernant ce service.

Cela dit, au nom de la commission, je vous invite à repousser la proposition de M. Herczog. Nous partons de l'idée qu'un service de renseignements est nécessaire pour notre pays. En tirant les conclusions des critiques que nous avons émises, nous sommes arrivés à la conclusion qu'il était utile de demander au Conseil fédéral d'étudier la possibilité de créer un nouveau service de renseignements, avec des compétences plus larges, qui ne serait pas un service dépendant du Département militaire fédéral. Par cette proposition, la commission voulait donner la possibilité d'un débat au Parlement pour déterminer les tâches et les limites d'un service de renseignements. Je pense que ce postulat est aujourd'hui d'autant plus nécessaire, pour faire suite à la décision prise par le Conseil fédéral de supprimer le service de renseignements extraordinaire.

M. Herczog a parlé de la nécessité de lier ce débat à la question du rapport sur la sécurité. Ce postulat me paraît arriver au bon moment. En effet, le rapport sur la sécurité étant aujourd'hui devant les commissions, on peut donc tenir compte de ce débat. Je souligne d'autre part qu'il s'agit d'un postulat en vertu duquel, s'il est accepté, le Conseil fédéral devra préparer des propositions et ce sera au Parlement de discuter ces dernières ainsi que les choix à faire.

Je vous invite donc à repousser la proposition du groupe socialiste.

**Loretan**, Berichterstatter: Die Kommission beantragt Ihnen, den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, vertreten durch Herrn Herczog, abzulehnen und ihrem Postulat 2 zuzustimmen, dies aus folgenden fünf Gründen:

1. Das Postulat entspricht durchaus der Oeffnung, Aktualisierung und Modernisierung unserer Sicherheitspolitik, wie sie ja gerade auch von denjenigen gefordert wird, die nun dieses Postulat bekämpfen.

2. Der Sicherheitsbericht des Bundesrates, der in den Räten noch zu behandeln sein wird, geht in dieselbe Richtung und bildet für die Ueberlegungen, die hinter diesem Postulat stehen, eine gute Basis. Mit anderen Worten: Die Stossrichtung des Postulates ist identisch mit derjenigen des bundesrätlichen Sicherheitsberichtes.

3. Das Postulat ist unabhängig vom Schicksal des ausserordentlichen Nachrichtendienstes P-27 geboren worden. Man kann also nicht argumentieren, es sei, weil nun der Bundesrat den ausserordentlichen Nachrichtendienst aufgehoben habe, überflüssig geworden.

4. Von daher gesehen ist es jetzt erst recht nötig, dass wir unserem Land verstärkt «Augen nach aussen» geben, auch in der heutigen internationalen Situation, die Gott sei Dank nicht mehr unbedingt von Kriegsgefahr geprägt ist, sondern von schwierigen Situationen und Bedrohungen anderer Art wie Migrationsbewegungen, Drogenhandel, internationale Kriminalität usw. usf., wie das ganze Arsenal moderner Bedrohungen heisst. Jetzt brauchen wir einen über den militärischen Bereich klar hinausgehenden Nachrichtendienst. Es besteht also ein gewisses Bedürfnis, in dieser Hinsicht zu handeln. Unser Land braucht «Augen nach aussen».

5. Das Postulat fordert den Bundesrat lediglich auf, diese Frage zu prüfen. Seine Ueberlegungen werden in einen Bericht und in Anträgen an das Parlament ausmünden. Wir haben dannzumal Gelegenheit, uns dazu zu äussern – in Erinnerung an das, was wir heute gefordert haben, nämlich dass solche Dienste – ob innerhalb oder ausserhalb der Bundesverwaltung und der Armee – eine gesetzliche Grundlage brauchen, damit dann eben auch die parlamentarische Kontrolle zur Institution wird. Wir sollten uns nun nicht zieren und zuwarten mit Aufträgen, bis der sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates behandelt ist, sondern sollten mit der Ueberweisung des Postulates dokumentieren, dass wir – wie das der Chef EMD soeben dargelegt hat – mit Herrn Bundesrat Villiger zusammen in die Zukunft blicken und gehen wollen. Ich bitte Sie deswegen, das Postulat 2 zu überweisen.

Ich kann Ihnen im Sinne einer persönlichen Erklärung noch kurz mitteilen – auch auf Wunsch von Kollege Günter –, dass wir uns in bezug auf die Namensnennung von Dr. Schneiter insofern gefunden haben, als wir zwei unterschiedliche Papiere

ins Visier gefasst haben. Für mich ist der Geheimbericht Bachmann in den sogenannten Schlussfolgerungen – wie sie heissen – der Arbeitsgruppe Bachmann der GPK unseres Rates vom 15. Dezember 1980 enthalten. Darin findet sich dieser Name nicht. Herr Günter hatte ein anderes Papier vor sich, in dem offenbar dieser Name figuriert. Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Die Hauptsache ist: Wir haben uns gefunden.

*Schluss der Sitzung um 20.30 Uhr  
La séance est levée à 20 h 30*

**Bundesrat Villiger:** Ich will es kurz machen. Zuerst noch eine Bemerkung zu meinem Votum vorhin.

Ich wurde etwas verunsichert, als es plötzlich auf einer Seite zu Gelächter kam. Nachdem wir in einer Zeit leben, wo jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird, will ich hier ausdrücklich feststellen, dass ich nicht sagen wollte, die Armee habe das Primat über die Politik, sondern die Politik das Primat über die Armee. Ich halte dies hier fest, damit mir nicht wieder Zitate aus dem Protokoll unterschoben werden von Dingen, die ich zwar gesagt, aber nicht gemeint habe.

Nun zum Nachrichtendienst. Ein Nachrichtendienst kann in einer Krise für ein Land lebenswichtig sein. Er ist auch in normalen Zeiten wichtig für Lagebeurteilungen, um Tendenzen, Entwicklungen, die das Land beeinflussen können, festzustellen. Das hat nichts mit Spionage zu tun, es geht um Informationen. Es geht aber vor allem auch um Analyse.

Der heutige Nachrichtendienst im EMD – er ist militärisch ausgerichtet – hat schon sehr stark strategische Komponenten, beispielsweise indem man sich auch um die Entdeckung von Firmen kümmert, die z. B. Proliferationen begehen, bei denen Meldungen eingehen, die vielleicht Drogen betreffen, die an die Bupo weitergehen usw.

Auch die Risiken sind ja heute immer vernetzter. Es ist wichtig, dass man sich für die Beurteilung der Situation eines Landes eine umfassende Sicht der Dinge zu verschaffen versucht und auch eine umfassende Analyse macht. Der Bundesrat ist absolut bereit, das zu prüfen. Es heisst ja: strategischer Nachrichtendienst.

Es ist ein Postulat. Die Puk stellt sich vor, dass dieser Dienst vom Departement losgelöst wird und nicht zu einem Departement gehört. Ich bin nicht der Meinung, dass das sehr klug ist, der Bundesrat auch nicht. Es muss ein Departement für einen solchen Dienst die volle Verantwortung übernehmen. Aber dieser Dienst muss allen zur Verfügung stehen. Es gibt beispielsweise im Finanzdepartement das Personalamt, das ja auch anderen zur Verfügung steht. Das ist wichtig. Aber es sollte ein Bundesrat im Bundesrat dafür die Verantwortung tragen. Es wäre eine bundesrätliche Delegation denkbar, die das Ganze kontrolliert, natürlich neben der parlamentarischen Kontrolle.

Der Bundesrat hält es auch nicht für undenkbar, dass das EMD zuständig bleibt, aber diese Frage wird er prüfen. Nur eines sollte man nicht integrieren – und das sagt die Puk auch nicht –: Die Bundespolizei darf man natürlich nicht integrieren – obschon sie auch einen Nachrichtendienst hat –, weil damit ein Superdienst entstehen würde, der eben wieder zu den gleichen Problemen führt, die wir jetzt mit der Puk ausräumen wollten.

Die Bundespolizei soll dort bleiben, wo sie ist, abgeschottet. Die Zusammenarbeit, die Abgrenzung zum anderen Nachrichtendienst muss genau definiert und geklärt werden. Das werden wir tun. Aber man kann versuchen, die anderen Dienste strategischer zusammenzufassen.

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat zu akzeptieren.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission (Ueberweisung des Postulates)	104 Stimmen
Für den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (Ablehnung des Postulates)	39 Stimmen

*Postulate 3 – 8, Empfehlungen  
Postulats 3 – 8, recommandations*

*Ueberwiesen – Transmis*

## Vorkommnisse im EMD. Parlamentarische Untersuchungskommissionen

## Événements survenus au DMF. Commissions d'enquête parlementaires

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.022
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.12.1990 - 15:00
Date	
Data	
Seite	2390-2397
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 317

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.